

Statistisch-prognostischer Bericht 1983/84

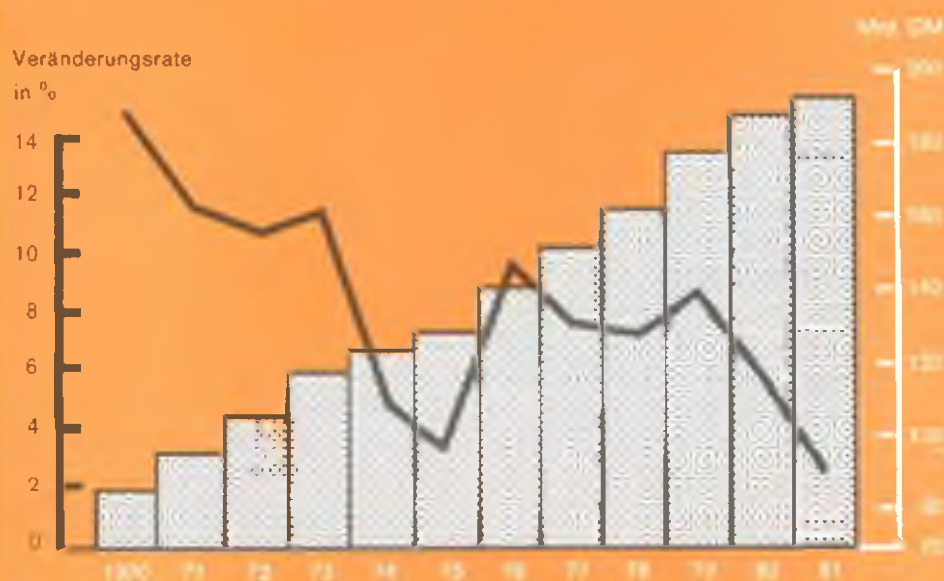
Daten - Analysen - Perspektiven

Heft 11

Einzugsgebiete der Berufsakademien



Entwicklung des Volkseinkommens



Baden-
Württemberg



Statistisch-prognostischer Bericht 1983/84

Daten - Analysen - Perspektiven

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

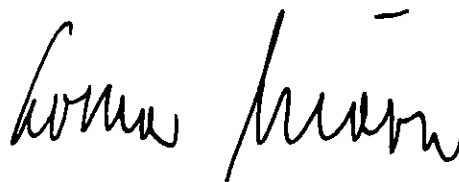
Vorwort

Die Landesregierung legt mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1983/84 den elften Band dieser Reihe vor.

Vielfältige Einzeluntersuchungen zu verschiedenen politischen Schwerpunktbereichen werden auch in diesem Bericht vorgelegt. Es sei hier nur auf die Untersuchungen über die "Ausbildungswege der Abiturienten", die "Situation der Weiterbildung", die "Qualifikationsstruktur der Beschäftigten" und die "Aspekte der Luftbelastung" verwiesen. Im Hinblick auf die Erfordernisse und die Notwendigkeit eines grundlegenden Strukturwandels zur Stärkung der Wirtschaftskraft, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Schutz unserer natürlichen Umwelt sind die Ergebnisse dieser Analysen von größter politischer Bedeutung. Mit der Regierungserklärung vom 19. Juni 1984 haben wir durch die Darlegung unserer Ziele und Maßnahmen den Handlungsrahmen der Landesregierung in den nächsten Jahren abgesteckt. Die Analysen des Berichts stellen hierfür aus unserer Sicht wichtige Basisinformationen für die Ausgestaltung der Politik der Landesregierung dar. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat mit der gewohnten Sorgfalt und großem Sachverstand Daten und Statistiken zusammengetragen und ausgewertet, die einen Rückblick geben und Trends aufzeigen. Der Bericht stellt nicht nur den politisch Verantwortlichen in Landtag und Regierung eine zuverlässige Datensammlung und informative Analysen zur Verfügung, vielmehr ergeben sich hieraus Grundlagen für künftige Entscheidungen, auch auf den anderen Ebenen des politischen Lebens. Nicht zuletzt sollen mit diesem Bericht auch die Bürger des Landes über einzelne Schwerpunkte der Landespolitik aus statistisch-analytischer Sicht informiert werden.

Im Namen der Landesregierung danke ich dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Max Wingen, und seinen Mitarbeitern für die Erarbeitung des Berichts 1983/84.

Stuttgart, im Juli 1984



Ministerpräsident
Lothar Späth

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Teil I Rückblick 1983 – Ausblick 1984	7
Teil II Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen	27
1. Bildungswesen	27
1.1 Ausbildungswege der Abiturienten	27
1.2 Struktur und Entwicklung der Berufsakademien	39
2. Weiterbildung und Qualifikationsstruktur	56
2.1 Zur Situation der Weiterbildung	56
2.2 Zur beruflichen Qualifikationsstruktur der Beschäftigten	74
3. Sozialstruktur und Einkommen	98
3.1 Zur Erwerbstätigkeit von Müttern	98
3.2 Die Entwicklung und Verteilung des Volkseinkommens	109
4. Umwelt	123
4.1 Aspekte der Luftbelastung	123
Anhang	137

Rückblick 1983 - Ausblick 1984

Zusammenfassung

1983 war ein Jahr des konjunkturellen Umschwungs. So konnten die rezessiven Wirtschaftstendenzen des Jahres 1982 bereits im ersten Quartal 1983 aufgefangen werden. Allerdings blieb die konjunkturelle Lage noch im ganzen ersten Halbjahr durch Unsicherheit und Labilität gekennzeichnet. Erst im Herbst wurde ein Aufschwung auf breiter Front sichtbar, der sich dann zum Jahresende 1983 und in den ersten Monaten von 1984 durchsetzte.

Die zunächst infolge gegenläufiger Entwicklungen noch unausgelasteten Kapazitäten führten entsprechend zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, bis dann im Herbst erste Entspannungstendenzen auch auf dem Arbeitsmarkt sichtbar wurden. Dies beeinflusste auch die Bevölkerungsentwicklung, insbesondere die Wanderungsbewegung. So war 1983 eine Nettoabwanderung der Ausländer von 31 500 Personen zu verzeichnen, die allerdings nicht durch die Zunahme der Abwanderung, sondern durch ein Absinken der Zuzüge bewirkt wurde. Insgesamt ist die Bevölkerung Baden-Württembergs 1983 um 27 300 Personen auf einen Stand von 9,243 Millionen am Jahresende zurückgegangen. Auch für 1984 ist eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung - die kurzfristig stark vom Wanderungsverhalten, insbesondere der Ausländer abhängt - zu erwarten.

Die labile Situation im ersten Halbjahr 1983 wurde durch die nachgebende Produktion und durch die rückläufige Auslandsnachfrage hervorgerufen. Diesen Tendenzen stand die Stetigkeit der Binnennachfrage entgegen, die durch einen leicht zunehmenden privaten Konsum hervorgerufen wurde. Deutlich stützende Effekte gingen des weiteren vom Bausektor aus. Die reale Nachfrage nach Bauleistungen lag im Wohnbau und vor allem im gewerblichen Hochbau deutlich über dem Niveau des ersten Halbjahres 1982.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1983 wurde die Besserung der Rahmenbedingungen der Wirtschaft insbesondere von der Kostenseite her immer deutlicher: starke Abnahme des Preisauftriebs auf allen Wirtschaftsstufen

- hervorgerufen durch leicht sinkende Einfuhrpreise, aber auch durch Nachlassen des Kostendruckes -, Abbau des hohen Zinsniveaus, durch Rationalisierung starke Produktivitätssteigerungen, die in Verbindung mit nur mäßigen Lohn- und Gehaltssteigerungen zu sinkenden Lohnstückkosten führten. Die wieder gestiegenen Ertragserwartungen kamen dann auch in einem Anziehen der Investitionsgüternachfrage ab dem 3. Quartal zum Ausdruck. Gleichzeitig verbesserte sich die konjunkturelle Situation in den USA, Japan und in einigen europäischen Industrieländern - allerdings nicht bei den für das Land nicht unwichtigen Handelspartnern Frankreich und Italien -, so daß die reale Auslandsnachfrage im Verarbeitenden Gewerbe im weiteren Jahresverlauf erheblich stieg. Entsprechend erholten sich die Exporte. Auch die Bauwirtschaft legte noch einmal zu, was jedoch im wesentlichen durch Großaufträge bedingt war.

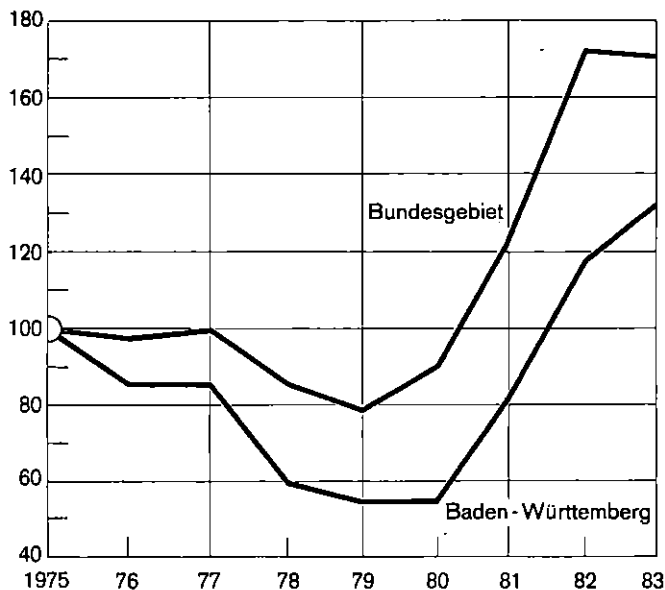
Auch die Entwicklung der Zahl der Unternehmensinsolvenzen verdeutlicht, daß die Rezession überwunden ist. Zwar mußten 1983 nochmals mehr Unternehmen Konkurs oder Vergleich anmelden als im Vorjahr (+ 12,4 %), doch ist diese Zunahme allein auf die Entwicklung des 1. Halbjahres zurückzuführen, bereits im 3. Quartal war gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Abnahme zu verzeichnen (- 7 %). Zwar war im Bundesgebiet 1983 bereits eine Stagnation der Zahl der Unternehmensinsolvenzen zu beobachten (- 0,6 %), doch erfolgte dies auf hohem Niveau, denn 1983 wiesen Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils 58 Insolvenzfällen je 10 000 Unternehmen die geringste Insolvenzhäufigkeit auf (Bundesdurchschnitt: 70). Auch 1984 ebnete die Insolvenzwelle weiter ab, in den beiden ersten Monaten sank die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Baden-Württemberg deutlich unter den Vorjahreswert (- 30 %).

Bemerkenswert war, daß von der privaten Nachfrage erstmals seit 1980 wieder positive Impulse ausgingen, der private Verbrauch stieg bundesweit real um 1 %. Zwar fielen die Lohn- und Gehaltssteigerungen nochmals mäßiger aus als im Vorjahr, doch waren auch

Schaubild 1

Entwicklung der Insolvenzen¹⁾ von Unternehmen im Bundesgebiet und Baden-Württemberg

1975 = 100



1) Konkurs- und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

159 84

die Preissteigerungsraten rückläufig. So stiegen die Verbraucherpreise in Baden-Württemberg um 3,1 %. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg bundesweit (nominal) um 2,5 %, so daß die gestiegene Konsumneigung auch durch eine Verringerung der Ersparnisbildung finanziert wurde, die um 7,3 % zurückging. Für 1984 erwartet das Frühjahrsgutachten eine weitere leichte reale Zunahme des privaten Verbrauchs von 1,5 %.

Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen bundesweit real kräftig an (+ 5,7 %), auch für 1984 erwartet das Frühjahrsgutachten eine abermalige deutliche Aufstockung um 5,5 %. Hier von dürfte die heimische Wirtschaft allein vom Gewicht der Investitionsgüterherstellung her besonders profitieren, im ersten Quartal von 1984 lagen die realen inländischen Bestelleingänge der heimischen Investitionsgüterherzeugung um 10,9 % über dem Vorjahresniveau.

Die Bauinvestitionen stiegen bundesweit um real knapp 1 % an. Das Bestellvolumen am Bauhauptgewerbe wuchs in Baden-Württemberg um 12 % (im Bundesgebiet 10 %) an, wobei die positiven Steigerungsraten allerdings im Jahresverlauf etwas abflachten. Zu Beginn des Jahres 1984 lagen so die Auftragsbestände des heimischen Bauhauptge-

werbes im Hochbau um knapp 10 %, im Tiefbau um 4 % über dem Vorjahresstand. Für die realen Bauinvestitionen wird vom Frühjahrsgutachten ein bundesweiter Anstieg von 3 - 3,5 % erwartet. Allerdings ist im weiteren Jahresverlauf eine spürbare Abschwächung auf dem Bauproduktmarkt nicht unwahrscheinlich. Bereits im ersten Quartal von 1984 gingen die nominalen Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich zurück (- 11 %).

Erst gegen Jahresende belebte sich die Ausfuhr spürbar und strahlte erhebliche Impulse auf die Konjunktorentwicklung aus. Dies kommt allerdings im Jahresdurchschnitt (nominal + 1,2 %, Bundesgebiet + 1,1 %) nicht zum Ausdruck. Die Auftragseingänge aus dem Ausland im heimischen Verarbeitenden Gewerbe zeigen seit dem Herbst 1983 deutlich nach oben, diese Entwicklung hielt auch im 1. Quartal von 1984 weiter an (+ 18,4 %), so daß im Zuge der weltweiten Konjunkturbelebung und der anhaltend niedrigen Bewertung der DM gegenüber dem Dollar für 1984 der Export neben den Investitionen zum Konjunkturmotor werden dürfte. Das Frühjahrsgutachten erwartet für 1984 einen realen Zuwachs der Ausfuhren von 8,5 %.

Im Zuge der zum Teil gegenläufigen und unsicheren Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 1983 hatte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt noch bis zum Herbst hin verschlechtert. Im Jahresdurchschnitt waren 230 700 Personen arbeitslos, dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 5,9 % gegenüber 4,8 % im Jahr 1982. Allerdings wies Baden-Württemberg trotzdem die mit Abstand geringste Arbeitslosenquote unter den Bundesländern auf; der Bundesdurchschnitt lag 1983 bei 9,1 %. Die Entspannungstendenzen seit dem Herbst wirkten sich aus in einem deutlichen Abbau der Kurzarbeit, einer leichten Zunahme der Zahl der offenen Stellen wie auch darin, daß die Arbeitslosenzahl nicht weiter zunahm, sondern saisonbereinigt sogar etwas zurückging. Diese Tendenzen setzten sich nach 1984 hin fort. So wurden Ende April 1984 in Baden-Württemberg 218 800 Arbeitslose registriert, das waren 5,7 % weniger als ein Jahr zuvor. Allerdings ist auch bei einer günstigeren Wirtschaftsentwicklung auch 1984 nicht mit einer durchgreifenden Änderung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen.

Hier spielt einerseits eine Rolle, daß die Arbeitsproduktivität, die in einer Aufschwungphase erfahrungsgemäß besonders stark steigt, 1984 in etwa im Gleichschritt mit dem Sozialprodukt wachsen dürfte, so daß eine spürbare Zunahme der Beschäftigtenzahl hiervon nicht zu erwarten ist. Zum anderen wird das deutsche Erwerbspersonenpotential

Tabelle 1-

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet

Merkmal	Einheit	1983		1984		
		Prognosen des Sachverständigenrats ¹⁾	Ist 2)	Prognosen		
				Sachverständigenrat ¹⁾	Jahreswirtschaftsbericht ³⁾	Frühjahrgutachten ⁴⁾
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,5	- 1,7	0	0	+ 0,5
Arbeitslose	Mill.	2,5	2,26	2,2 bis 2,3	.	2,15
Verwendung des Sozialprodukts (real)	Veränderung gegen Vorjahr in %					
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen		+ 1	+ 1,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 3
Privater Verbrauch	"	- 1	+ 1,0	+ 1,5	..	+ 1,5
Staatsverbrauch	"	+ 0,5	- 0,2	+ 0,5	.	+ 0,5
Anlageinvestitionen	"	+ 4	+ 2,9	+ 6,5	.	+ 5,0
Ausfuhr	"	+ 2,5	- 0,9	+ 4,0	+ 4 bis + 5	+ 8,5
Einfuhr	"	+ 2	+ 0,8	+ 4,5	.	+ 6,5
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	"	+ 4	+ 3,0	+ 3,0	+ 3	+ 3
Bruttosozialprodukt	"	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,0	+ 3	+ 2,5
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)	"					
Volkseinkommen	"	+ 4	+ 4,2	+ 5,5	+ 4,5 bis + 5,5	+ 6,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	"	+ 2,5	+ 1,7	+ 4,5	+ 3,5 bis + 4	+ 4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	+ 7,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 7 bis + 9	+ 9,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 2,5 ⁵⁾	+ 2,5 ⁵⁾	+ 4,0	+ 3 bis + 4	+ 4,0

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; 1983: (November/Dezember 1982); 1984: (November 1983).— 2) Vorläufiges Ergebnis.— 3) Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung.— 4) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1984 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.).— 5) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

durch die immer noch stark besetzten jüngeren Altersjahrgänge weiter zunehmen. Allerdings ist andererseits auch 1984 eine weitere leichte Verringerung der Zahl der ausländischen Erwerbspersonen zu erwarten, die durch die Rückkehrförderung noch verstärkt werden könnte. Von den geplanten Maßnahmen zur Vorruhestandsregelung für ältere Arbeitnehmer dürften dagegen allenfalls erst 1985 merkliche Impulse ausgehen.

Sowohl im Land wie im Bund war 1983 ein Jahr der Konjunkturwende. Baden-Württemberg hat allerdings die Rezession zu Anfang der achtziger Jahre besser überstanden als das Bundesgebiet insgesamt. So war die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts bereits 1982 günstiger (- 0,2 %) als im Bundesdurchschnitt (- 1,0 %) und 1983 fiel der Anstieg kräftiger aus (+ 1,3 % gegenüber + 0,9 %). Maßgeblich dazu beigetragen hatte die günstige Entwicklung im Verarbeitenden

Gewerbe. Hier betrug die Zunahme der Bruttowertschöpfung im Land + 2,3 % gegenüber + 0,9 % im Bundesgebiet. Für 1984 fielen die Prognosen für das Wirtschaftswachstum zunehmend positiver aus. Während der Sachverständigenrat im Herbst 1983 noch eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um real 2,5 % erwartete, geht das Frühjahrgutachten inzwischen von einer Steigerung um mehr als 3 % aus. Für das erste Quartal wurde bereits ein Anstieg um 3,6 % ermittelt. Während noch bis zum ersten Halbjahr von 1983 der private Verbrauch die Hauptstütze der Konjunkturentwicklung war, gehen seither von den Investitionen und vom Export die stärkeren Impulse aus. Von diesen beiden Nachfragekomponenten wird Baden-Württemberg durch seine Wirtschaftsstruktur besonders begünstigt werden, ein wieder höheres Wirtschaftswachstum als im Bundesdurchschnitt erscheint somit nicht unwahrscheinlich. Allerdings können die wirtschaftlichen

Auswirkungen der Arbeitskämpfe im Mai und Juni noch nicht übersehen werden. Unter diesem Eindruck werden neuerdings die Wachstumsannahmen etwas zurückhaltender eingeschätzt.

Baden-Württemberg ist als eine exportorientierte industriereiche Region besonders dem weltwirtschaftlichen und technologischen Wandel ausgesetzt. Zur wirtschaftlichen und sozialen Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen hatte die Landesregierung unter anderem 1983 die Kommission "Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen" berufen, die zum Jahresende 1983 ihren Bericht der Öffentlichkeit vorstellte. Als ein wichtiger Aspekt hierbei hat sich die Qualifikation der Arbeitnehmer erwiesen, insbesondere auch die Entwicklung der Weiterbildung. Eine von der Landesregierung eingesetzte Kommission "Weiterbildung" wird noch in diesem Jahr ihre Vorstellungen zur Aus- und Weiterbildung vorlegen.

Bevölkerungsbewegung

Die Gesamtbevölkerungszahl Baden-Württembergs ging im Laufe des Jahres 1983 um 27 300 Personen auf rund 9 243 300 zurück. Dieser Bevölkerungsrückgang ergab sich aus einem Sterbefallüberschuß von 300 und einem Wanderungsverlust von 27 000 Personen. So wurde im Jahr 1983 - im Gegensatz zu 1982 - die Nettoabwanderung von 31 493 Ausländern nur zu einem kleinen Teil durch den Wanderungsüberschuß bei der deutschen Bevölkerung (+ 4 489) kompensiert.

Bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ergaben sich folgende Veränderungen zum Vorjahr: Während 1982 insgesamt noch 100 268 Kinder geboren wurden, waren es im Jahr 1983 nur noch 95 447 (- 4,8 %). Die Zahl der Gestorbenen hat sich gleichzeitig um 2,7 % auf 95 750 erhöht. Der Rückgang der Geburtenzahlen ist sowohl auf die Entwicklung bei der deutschen wie auch bei der ausländischen Bevölkerung zurückzuführen. So kamen 1982 noch 84 873 deutsche Kinder zur Welt, 1983 waren es 83 043. Der bereits 1982 abgeflachte Aufwärtstrend bei den Geburten der deutschen Bevölkerung setzte sich damit 1983 nicht weiter fort, sondern wurde durch eine erneute Abnahme abgelöst. Ursächlich ist der Rückgang der Fruchtbarkeit, die 1983 nur noch knapp über dem seitherigen Tiefstpunkt von 1978 liegt. Der Abnahme der Lebendgeborenen um 2,2 % steht eine Zunahme der Sterbefälle bei den Deutschen um 2,9 % auf 94 258 gegenüber. Von den Lebendgeborenen des Jahres 1983 waren 12 404 und damit 13 % Ausländer. Im Jahr 1982 hatte die Zahl der ausländischen Geburten noch 15 395 und ihr Anteil an der Gesamtgeburtenzahl 15,4 % betragen. Die Zahl der neugeborenen Ausländerkinder sank um 19,4 %, während die Bevölkerungszahl der Ausländer nur um 3,4 % zurückging. Dies verdeutlicht, daß der ausländische Bevölkerungsteil sich rasch dem generativen Verhalten der deutschen Bevölkerung anpaßt. Zwar liegt die Geburtenhäufigkeit nach wie vor über der der Deutschen, doch ist die Abnahme seit 1980 außerordentlich stark, was dazu führt, daß die Fruchtbarkeit der Gesamtbevölkerung 1983 unter dem seither tiefsten Niveau von 1978 liegt.

Tabelle 2

Bevölkerungsbewegung

Merkmal	1982			1983			
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon		
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer	
	Anzahl						
Lebendgeborene	100 268	84 873	15 395	95 447	83 043	12 404	
Sterbefälle	93 197	91 635	1 562	95 750	94 258	1 492	
Geburtenüberschuß bzw. -verlust (—)	7 071	— 6 762	13 833	— 303	— 11 215	10 912	
Zuzüge	} über die Landesgrenze	192 261	117 130	75 131	165 198	99 417	65 781
Fortzüge		216 645	104 578	112 067	192 202	94 928	97 274
Wanderungssaldo	— 24 384	12 552	— 36 936	— 27 004	+ 4 489	— 31 493	
Ein- bzw. Ausbürgerung (—)	—	+ 2 450	— 2 450	—	+ 2 434	— 2 434	
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme (—)	— 17 313	8 240	— 25 553	— 27 307	— 4 292	— 23 015	
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 270 608	8 353 737	916 871	9 243 301	8 349 445	893 856	

Die Einwohnerzahl der Deutschen hatte in den vergangenen Jahren aufgrund von Zuwanderung kontinuierlich zugenommen und im Jahr 1982 mit 8 353 737 ihren bislang höchsten Stand erreicht. Demgegenüber ging 1983 die Bevölkerungszahl der Deutschen um 4 292 Personen auf 8 349 445 zurück. So konnte das Geburtendefizit der Deutschen (- 11 215) durch den Wanderungsüberschuß von 4 489 Personen und durch die rund 2 440 Einbürgerungen, die den Deutschen zugeordnet und bei den Ausländern abgezogen werden, 1983 nicht aufgewogen werden. Jedoch ist das Ergebnis durch noch nicht voll übersehbare Auswirkungen des neuen Melderechts mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

Die Ausländerzahl hatte bereits 1981 mit 942 400 Personen (Stand Jahresende) ihren Gipfelpunkt erreicht, der Rückgang hat somit ein Jahr früher eingesetzt als bei der deutschen Bevölkerung. Hierfür war jedoch ausschließlich die insbesondere durch eine ungünstige Arbeitsmarktlage bedingte Nettoabwanderung maßgeblich. Von der Nettoabwanderung von Ausländern über die Landesgrenze im Jahr 1983 (31 500 Personen) entfielen 12 450 auf Türken, 11 250 auf Italiener. Im Gegensatz zu den Deutschen wiesen die Ausländer sowohl 1982 wie auch 1983 noch einen Geburtenüberschuß auf (10 912). Dieser hat allerdings gegenüber dem Vergleichsjahr 1982 um gut ein Fünftel abgenommen, wobei sich unter anderem der Wegzug von Ausländern auswirkte. Im ganzen hat sich die ausländische Einwohnerzahl im Jahr 1983 um 23 015 auf 893 856 vermindert. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank damit entsprechend von 9,9 % auf 9,7 %. Es wohnen aber noch ca. 20 % aller im Bundesgebiet lebenden Ausländer in Baden-Württemberg, während der Anteil des Landes an der Gesamtbevölkerung bei 15 % liegt.

Die kurzfristige Bevölkerungsentwicklung ist in starkem Maß vom Wanderungsverhalten beeinflusst. Bereits 1982 war, vor allem auch als Folge der schlechter gewordenen Arbeitsmarktsituation eine Verminderung der Nettozuwanderung bei den Deutschen und ein Umschlagen der bisher zu beobachteten Wanderungsgewinne in eine Nettoabwanderung bei den Ausländern zu verzeichnen. Diese Entwicklung hat sich nach 1983 hin fortgesetzt und dürfte auch 1984 andauern, wenn auf dem Arbeitsmarkt trotz einer Stabilisierung keine wesentliche Besserung zu erwarten ist. Bei den Ausländern kommt hinzu, daß die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur finanziellen Rückkehrförderung der von Arbeitsmarktproblemen betroffenen ausländischen Arbeitnehmerfamilien die Abwanderungsneigung noch verstärken dürften, zumal diese Förderungsmaßnahmen zeitlich

begrenzt sind. Während noch 1982 und wohl auch 1983 der negative Wanderungssaldo der Ausländer überwiegend durch eine Verringerung der Zuwanderung bei gleichzeitig nur wenig verstärkter Abwanderung bewirkt wurde, könnte 1984 die Rückwanderung eine größere Rolle spielen.

Bezüglich der Geburtenentwicklung könnte bei den Deutschen allenfalls eine Stagnation auf dem erreichten Tiefstand eintreten, bei den Ausländern ist - auch im Zusammenhang mit den Abwanderungstendenzen - ein weiterer Rückgang zu erwarten, so daß bei altersstrukturbedingt eher zunehmenden Sterbefällen per Saldo ein Geburtendefizit eintreten könnte. Zusammen mit der zu erwartenden Nettoabwanderung bedeutet dies, daß auch 1984 mit einem Bevölkerungsrückgang zu rechnen ist, der noch etwas größer sein könnte als im abgelaufenen Jahr.

Weiterhin Rückgang der Schüler- und Anstieg der Studentenzahlen

In den Grundschulen wurden zu Beginn des Schuljahres 1983/84 rund 91 000 Erstkläßler und damit 2 % weniger als im Vorjahr unterrichtet. Die rückläufige Bewegung der Schülerzahl, die schon seit den frühen 70er Jahren als Auswirkung des Geburtenrückgangs zu beobachten ist, hat sich damit weiter fortgesetzt. Insgesamt wurden an den Grundschulen noch 365 500 Schüler gezählt, das sind 4,1 % weniger als im vorausgegangenen Jahr. In diesem Zusammenhang ist auch zu beobachten, daß die Übergangsquote von der 4. Grundschulklasse in die Hauptschule wieder leicht gesunken ist, und zwar auf 42 %, nachdem sie im Schuljahr 1982/83 von 40 % stark auf 43 % gestiegen war. Dies wirkte sich vor allem bei den Realschulen aus, für die die Übergangsquote von 25,7 % auf 26,3 % zunahm. Die Gymnasien waren bei einem leichten Anstieg der Quote von 26,5 % auf 26,8 % weniger stark berührt. Da jedoch insgesamt wegen der schwächer werdenden Altersjahrgänge 10 000 Viertkläßler weniger auf weiterführende Schulen gewechselt haben als im Vorjahr und relativ hohe Abgänge aus den Abgangsklassen zu verzeichnen waren, ergab sich sowohl für Realschulen als auch für Gymnasien ein Absinken der Schülerzahl um jeweils 5 % und für Hauptschulen um 7,5 %. Der Bestand umfaßt derzeit 239 500 Hauptschüler, 231 000 Realschüler und 307 000 Gymnasiasten. Bei den Sonderschulen ergab sich ein Rückgang um 4,8 % auf 50 000 Schüler. Die Gesamtschülerzahl an allgemeinbildenden Schulen liegt im Schuljahr 1983/84 mit rund 1,223 Mill. um 5,3 % unter dem Vorjahr. Von den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sind im Sommer letzten

Jahres rund 38 700 Schüler mit Hochschulreife abgegangen, das sind 2 700 (7,5 %) mehr als 1982.

An den beruflichen Schulen werden im Schuljahr 1983/84 rund 445 000 Schüler unterrichtet, das sind 2 400 (+ 0,6 %) mehr als im Vorjahr, obwohl aufgrund der rückläufigen Abgängerzahlen der Hauptschulen eher ein Rückgang nahegelegen hätte.

Insbesondere im Teilzeitbereich (Berufs- und Sonderberufsschulen sowie kooperatives Berufsprüfungsjahr) ist eine Zunahme der Schülerzahl um 2 000 auf 282 000 zu verzeichnen, die in erster Linie auf das starke Interesse an einer Ausbildung im dualen System zurückzuführen ist. So stieg die Zahl der neu in die beruflichen Teilzeitschulen eingetretenen Schüler auf über 103 000 (+ 8 500 oder + 9 %) an. Da gleichzeitig die Zahl der Schüler ohne Ausbildungsvertrag um über 4 000 auf knapp 19 000 zurückging, weisen diese Zahlen auf eine erhebliche Steigerung der Zahl der neubesetzten Ausbildungsplätze hin. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die Zahl der Abiturienten unter den neu eingetretenen Lehrlingen mit über 50 % ungewöhnlich stark. Der Anteil der Abiturienten an der Gesamtzahl der neu in die Teilzeitschulen eingetretenen Schüler stieg damit von 3,9 % auf 5,5 %.

An den Hochschulen (einschließlich Fachhochschulen) in Baden-Württemberg haben sich im Wintersemester 1983/84 rund 28 600 Studenten neu eingeschrieben (+ 2,4 % gegenüber WS 1982/83). Diese Veränderung ist das Resultat stärkerer Altersjahrgänge mit Hochschulberechtigung und von gegenläufigen Entwicklungen bei den einzelnen Hochschularten. So steht einer relativen Zunahme der Studienanfänger im Universitätsbereich um 5,1 % (+ 1 000) eine Abnahme an den Pädagogischen Hochschulen um 19,3 % (- 300) entgegen. Die Zahl der Studienanfänger an den Fachhochschulen schließlich übertrifft bei relativ stark gestiegenen Zulassungsbeschränkungen das Vorjahresniveau nur geringfügig (+ 0,4 %).

Wie bereits im laufenden Schuljahr wird auch im Schuljahr 1984/85 die Zahl der Schüler in allen allgemeinbildenden Schularten aufgrund der zunehmend geringer besetzten Altersjahrgänge abnehmen. Im einzelnen kann davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Erstkläßler um rund 1 000 (- 1 %) zurückgeht, hier wird aber durch die zwischen 1979 und 1981 vorübergehend leicht angestiegenen Geburtenzahlen ab 1985/86 ein leichter Anstieg erfolgen. An den Grundschulen wird der Rückgang der Schülerzahlen 10 000 betragen (- 3 %); stärker dürfte der Rückgang bei den Hauptschulen

(- 15 000) und bei den Realschulen (- 13 000) ausfallen. An den allgemeinbildenden Gymnasien könnte der Rückgang bei 18 000 Schülern liegen; damit wäre in allen 3 weiterführenden Schularten ein Rückgang von rund 6 % zu verzeichnen. An den beruflichen Schulen sind zwar weniger Eintritte von Hauptschülern wegen der zurückgehenden Absolventenzahl zu erwarten, doch dürfte diese Wirkung durch die gestiegene Ausbildungsbereitschaft der Realschüler und Gymnasiasten kompensiert werden, so daß in etwa mit gleich hohen Zugangs- und Bestandszahlen zu rechnen ist.

Die Zahl der Studienanfänger und Studenten dürfte trotz stagnierender Studierneigung weiter zunehmen, da zum Schuljahresende 1984/85 steigende Abiturientenzahlen zu erwarten sind, allein an den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien knapp 40 000 Abgänger mit Hochschulreife; hinzu kommen Studienanfänger als Absolventen früherer Schuljahre. Damit wird die Zahl der Studierenden aller Voraussicht nach an den Hochschulen im Wintersemester 1984/85 bei knapp 190 000 liegen, davon ca. 130 000 an den Universitäten.

Anhaltend schwierige Ausbildungsplatzsituation

Für Bewerber um einen Ausbildungsplatz war die Situation 1983 weiter angespannt. Im von Oktober 1982 bis Ende September 1983 laufenden Ausbildungsjahr hatten sich mit rund 101 000 (+ 20 %) deutlich mehr Jugendliche als ein Jahr zuvor bei den Arbeitsämtern um eine Lehrstelle bemüht, auf der anderen Seite ist die Zahl der angebotenen, bei den Arbeitsämtern registrierten Ausbildungsplätze leicht gesunken (- 4 %). Diese gegenläufige Entwicklung führte dazu, daß zum Stand Ende September in Baden-Württemberg mit einer Zahl von 6 910 erstmals mehr Jugendliche noch einen Ausbildungsplatz suchten als Lehrstellen unbesetzt blieben (4 020). Besonders schwierig ist die Lehrstellensuche für Mädchen, auf die allein zwei Drittel der noch unversorgten Lehrstellensuchenden entfielen. Auch regional war die Ausbildungsplatzsituation sehr unterschiedlich. Vergleichsweise günstig war die Lage im Mittleren Neckarraum, wo teilweise, so im Bezirk Ludwigsburg, sogar mehr freie Plätze als Bewerber vorhanden waren. Dagegen entfielen in den Bezirken Heidelberg, Karlsruhe, Offenburg, Rottweil und Balingen deutlich mehr als drei Ausbildungsplatzsuchende auf eine offene Stelle.

Während in Baden-Württemberg rein rechnerisch Ende September auf eine freie Lehrstelle 1,7 unversorgte Bewerber entfielen,

waren es im Bundesgebiet 2,5. Dies zeigt, daß die Lage in Baden-Württemberg deutlich günstiger ist.

Bis zum Ende des Kalenderjahres hatte sich die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber auf 3 750 reduziert. Damit waren mehr als 96 % der Bewerber untergekommen, ihnen standen am Jahresende rechnerisch 1 260 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber.

Im laufenden Ausbildungsjahr, das sich bis September 1984 erstreckt, zeichnete sich Ende Mai 1984 folgendes Zwischenergebnis ab: Die Zahl der bis Mai gemeldeten Ausbildungsplätze lag leicht unter dem Stand des entsprechenden Vorjahreszeitraums (- 3 %), demgegenüber war die Zahl der Bewerber deutlich gestiegen (+ 7 %). Die Zahl der Ende Mai noch unbesetzten Ausbildungsplätze war zwar höher als im Vorjahr (+ 8 %), aber auch die Zahl der noch unvermittelten Bewerber lag 10 % über dem Vorjahresstand, so daß nach dem bisherigen Stand eine anhaltende Anspannung für den Lehrstellenmarkt 1984 bereits jetzt sichtbar wird. Dies dürfte insbesondere für Mädchen gelten (unvermittelte Bewerber: + 13 %), während die männlichen Kollegen (+ 6 %) bislang relativ bessere Vermittlungschancen hatten. Dabei deutet sich an, daß wie bereits im Vorjahr Mädchen mit mittlerem Bildungsabschluß besondere Schwierigkeiten auf dem Lehrstellenmarkt haben.

Bei diesen Zahlen, die allein auf den den Arbeitsämtern bekannt gewordenen Vermittlungswünschen basieren, ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei angespannter Ausbildungsplatzsituation der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter bei den Bewerbern erfahrungsgemäß steigt, bei den angebotenen Ausbildungsplätzen dagegen sinkt.

Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosigkeit nahm 1983 auch in Baden-Württemberg noch bis in den Herbst hinein zu, stabilisierte sich aber mit der im Jahresverlauf wieder anziehenden Produktion und Auftragslage. So lag die Zahl der Arbeitslosen im 4. Quartal nur noch 6,0 % über dem Vorjahresstand, während es im Jahresdurchschnitt noch 26,5 % waren. Am Jahresende erreichte die Arbeitslosenquote sogar wieder das Niveau des Vorjahres (jeweils 6,0 %).

Insgesamt waren jahresdurchschnittlich 230 676 Personen arbeitslos, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,9 % für 1983 (1982: 4,8 %). Damit war die Arbeitslosenquote nicht nur nach wie vor deutlich niedriger als im Bundesgebiet (9,1 %); Baden-

Württemberg hatte auch mit Abstand die geringste Arbeitslosenquote unter den Bundesländern, noch relativ günstig war die Lage in Hessen mit 7,6 %, Bayern mit 8,1 % und Rheinland-Pfalz mit 8,5 %. Die höchste Arbeitslosenquote wies Bremen auf mit 13,1 %.

Die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt zeigte sich auch darin, daß die Zahl der offenen Stellen, die sich bereits 1982 halbiert hatte, 1983 nochmals um ein Viertel (- 27,3 %) auf den Wert von 14 948 verringerte, aber auch hier war im 4. Quartal eine Aufwärtsentwicklung gegenüber dem Vorjahresstand zu erkennen (+ 17,5 %). Übers ganze Jahr betrachtet, entfielen auf eine offene Stelle rechnerisch 15,4 Arbeitslose (1982: 8,9); auch hier wird der große Abstand zum entsprechenden Bundeswert (29,8) deutlich (1982: 17,5).

Die Zahl der Kurzarbeiter lag 1983 per Saldo mit 113 424 Personen im Jahresdurchschnitt bereits knapp unter dem Vorjahresstand (- 1,2 %), während sie im Bundesgebiet darüber lag (+ 11,4 %). Vor allem bei diesem Frühindikator für den Arbeitsmarkt zeigt sich bei quartalsweiser Betrachtung eine erhebliche Trendwende; während im ersten Quartal die Zahl der Kurzarbeiter in Baden-Württemberg mit 75,2 % über dem Vorjahresstand lag, unterschritt sie ihn im 4. Quartal bereits um 54,9 %. Der Schwerpunkt der Kurzarbeit lag, wie bereits 1982, im Maschinenbau (30 900 Kurzarbeiter) und im Baubereich (11 000). Trotz einer Abnahme um 21 % war die Zahl der Kurzarbeiter auch in der Elektrotechnik (15 900) noch erheblich.

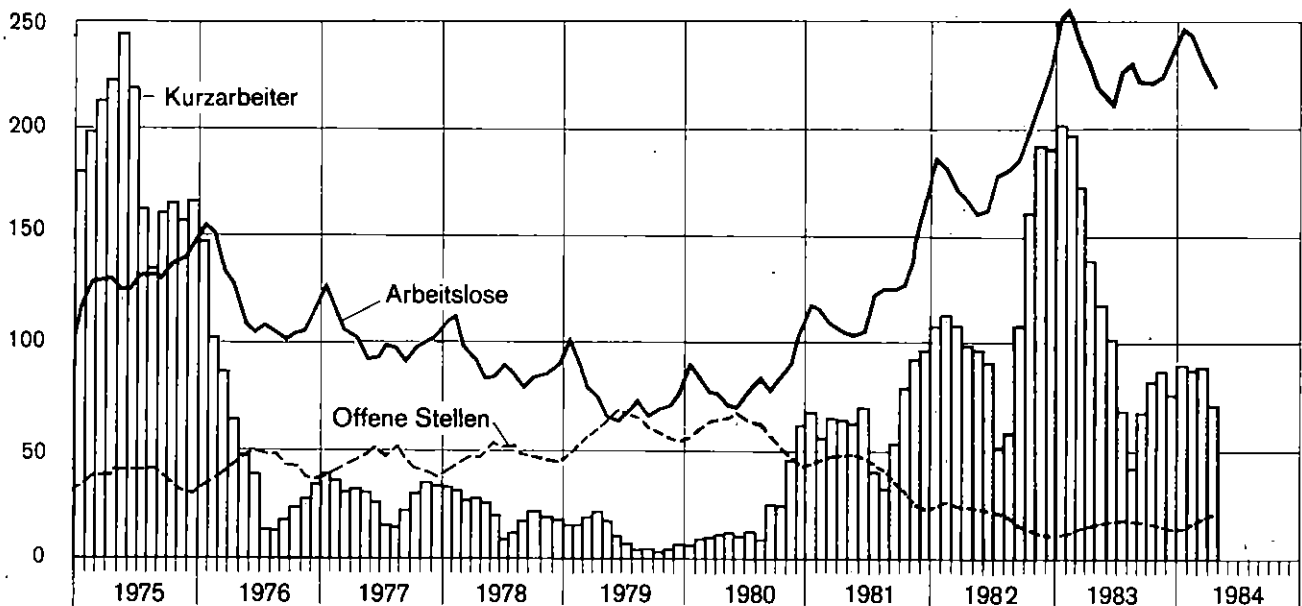
Bei der Arbeitslosigkeit einzelner Personengruppen bot sich auch 1983 ein differenziertes Bild. Die Arbeitslosenquote war im Dezember 1983 bei den Frauen mit 7,1 % deutlich höher als bei den Männern (5,2 %). Stark überdurchschnittlich blieb auch weiterhin die Arbeitslosenquote bei den Ausländern (10,2 %), jeder fünfte Arbeitslose war in Baden-Württemberg ein Ausländer. Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren entsprach die Arbeitslosigkeit dem Durchschnitt (6,0 %). Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg vor allem die Zahl der arbeitslosen Behinderten (+ 9,2 %) und die Zahl der weiblichen Arbeitslosen (+ 4,2 %), rückläufig war die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren (- 13,5 %) sowie - auch aufgrund der Rückwanderungstendenzen - die der arbeitslosen Ausländer (- 3,0 %).

Die Entwicklung der ersten drei Monate des Jahres 1984 zeigt im Vorjahresvergleich eine fortgesetzte Aufhellung der Arbeitsmarktsituation. So war die Zahl der Arbeitslosen im ersten Quartal mit 240 300 3,5 % unter dem

Schaubild 2

Entwicklung des Arbeitsmarktes

Tausend



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

167/84

Vorjahresstand, die Arbeitslosenquote sank entsprechend von 6,3 % auf 5,9 %. Die Entlastungseffekte zeigen sich auch bei der Zahl der offenen Stellen (+ 3,4 %) und vor allem bei der Zahl der Kurzarbeiter, die sich halbiert hatte (- 54,0 %).

Geht man von der Perspektive des Vorjahresvergleichs über zur Entwicklung im Verlauf des Jahres 1984, so deutet sich aller-

dings an, daß die jüngsten Erholungstendenzen vorwiegend saisonalen Ursprungs sind. So ist die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen von Februar bis März sogar leicht gestiegen, allerdings ist die Zahl der offenen Stellen auch bei saisonbereinigter Betrachtung angewachsen. Dies zeigt, daß sich die auf breiter Front entwickelnde konjunkturelle Erholung bei der Zahl der Arbeitslosen erst spät und nur zögernd ausprägt, da die Unternehmen

Tabelle 3

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung

Nachweis	Einheit	1983						1984
		1.	2.	3.	4.	Jahresdurchschnitt		1.
		Vierteljahr	Vierteljahr	Vierteljahr	Vierteljahr	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Vierteljahr
Arbeitslose (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	249 065	221 332	226 364	226 778	230 676	2 258 235	240 335
	Veränderung zum Vorjahr in %	37,7	35,3	24,8	6,0	26,5	23,2	- 3,5
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeitarbeit)	%	6,3 ¹⁾	5,6 ¹⁾	5,7 ¹⁾	6,0 ¹⁾	5,9	9,1	5,9 ¹⁾
Kurzarbeiter	Anzahl	192 736	119 570	59 458	81 930	113 424	675 101	88 753
	Veränderung zum Vorjahr in %	75,2	25,8	- 18,1	- 54,9	- 1,2	11,4	- 54,6
Offene Stellen (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	12 880	16 212	16 838	14 312	14 948	75 797	16 758
	Veränderung zum Vorjahr in %	- 49,5	- 31,2	- 10,6	17,5	- 27,3	- 27,7	3,4

1) Stand: jeweils zum Quartalsende.

erfahrungsgemäß auf eine wirtschaftliche Belebung wegen der Nutzung vorhandener freier Personalkapazitäten bei Neueinstellungen vorsichtig reagieren. Hinzu kommt, daß auch 1984 mit einer weiteren Zunahme des Erwerbspersonenpotentials zu rechnen ist, die allerdings etwas geringer als bisher ausfallen dürfte, da der demographisch bedingte Zuwachs des Arbeitskräfteangebots voraussichtlich schwächer ausfallen wird und bei den ausländischen Erwerbspersonen zudem durch eine Nettoabwanderung eine leichte Abnahme erfolgen könnte.

Die weitere Entwicklung der Arbeitslosenzahlen dürfte im laufenden Jahr etwas günstiger sein als im Vorjahr, weil die verbesserte Auftragslage sich auch bei diesem Spätindikator noch deutlicher auswirken wird. Für Baden-Württemberg kommt hinzu, daß das bereits sichtbare Anziehen der Inlands- und Auslandsnachfrage (anders als noch 1983) vor allem eine Investitionsgüterkonjunktur ist, die sich bei der heimischen Wirtschaft mit ihrem hohen Investitionsgüteranteil besonders auswirken dürfte.

Für das Bundesgebiet erwartet das Frühjahrsgutachten eine Zahl von 2,15 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. Dies würde einen Rückgang um 110 000 bzw. knapp 5 % bedeuten, wobei zum Jahresende die Arbeitslosenzahl aufgrund des günstigen Verlaufs 1984 um 200 000 unter dem Stand Ende 1983 liegen würde.

Eine ähnliche Entwicklung wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg prognostiziert. Bei der (zum Zeitpunkt der Erstellung im November 1983 als optimistisch deklarierten) Variante, die, wie inzwischen das Frühjahrsgutachten, von einem Wirtschaftswachstum von etwas über 3 % ausgeht, resultiert eine Abnahme der bundesweiten Zahl der Arbeitslosen um rund 3 %. Für Baden-Württemberg ergibt sich nach dieser Prognose, die die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur der Bundesländer berücksichtigt, ein etwas stärkerer Rückgang um knapp 5 %.

Die vorliegenden Prognosen lassen nicht erwarten, daß der - vor allem in den nördlichen Bundesländern und im Saarland enorm hohe - Sockel an Arbeitslosigkeit auf kürzere Sicht abgetragen werden kann. Mit ursächlich ist hier, daß - wie immer in Zeiten einer konjunkturellen Erholung - die Arbeitsproduktivität stark ansteigt. So wuchs im verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1983 die Produktivität je Beschäftigten um 5,9 %, auf Stundenbasis um 4,6 % bei einem Produktionswachstum von 2,1 %. Hinzu kommt, daß auch ohne konjunkturelle Effekte die Arbeitsproduktivität durch die stark ge-

stiegene Investitionstätigkeit und durch die rasche Verbreitung der durch die Mikroelektronik geprägten neuen Techniken in allen Wirtschaftsbereichen stärker steigen dürfte. Deshalb erscheint es als nicht sehr wahrscheinlich, daß allein durch das zu erwartende Wirtschaftswachstum eine durchgreifende Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren erreicht werden kann.

Konjunkturelle Erholung setzt sich durch

Im letzten Quartal des abgelaufenen Jahres hatte sich der in den Monaten zuvor zaghaft begonnene Aufschwung auf breiter Basis durchgesetzt. Dabei gingen im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahresquartalen die Zuwachsraten stetig nach oben, was bei jahresdurchschnittlicher Betrachtung nicht zum Ausdruck kommt. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Ordereingänge real um 4,2 %, wobei die Inlandsaufträge (+ 3,6 %), vor allem aber die Auslandsaufträge (+ 5,4 %) deutlich zunahmen. Wie die Konjunktur im Lauf des Jahres 1983 wieder Tritt faßte, wird so vor allem bei quartalsmäßiger Betrachtung deutlich. Schon im ersten Quartal von 1983 konnte der Verfall der Auftragseingänge des Jahres 1982 aufgehalten werden (+ 1,1 %), obwohl die Bestelleingänge aus dem Ausland, die bereits in der 2. Jahreshälfte von 1982 eingebrochen waren, noch rückläufig waren (- 5,5 %), dagegen zeigten die Inlandsbestellungen deutlich nach oben (+ 5,0 %). Dies war deshalb besonders bemerkenswert, weil trotz der Auftragsspitze vom Jahresende 1982 (bedingt durch das Ablaufende der Bestellfrist im Rahmen der Investitionszulage) eine positive Weiterentwicklung folgte. Im zweiten Quartal zog bei weiterhin kontinuierlicher Inlandsnachfrage (+ 3,5 %) die ausländische Ordertätigkeit wieder an (+ 4,0 %, insgesamt + 3,7 %), wobei sich im dritten Quartal diese Tendenz verstärkt fortsetzte (Inland + 4,8 %, Ausland + 7,1 %, insgesamt + 5,6 %). Im vierten Quartal stieg der Ordereingang aus dem Ausland nochmals stark (+ 17,1 %), allerdings gegenüber einem gedrückten Vorjahresniveau. Bei den Inlandsaufträgen (+ 1,0 %) ist zu beachten, daß das Vorjahresniveau durch das Auslaufen der Investitionszulage nach oben getrieben worden war; nimmt man deshalb hier den Zeitraum September - November, zeigt sich auch bei den Inlandsaufträgen eine deutlich positive Entwicklung (+ 9,2 %).

Im abgelaufenen Jahr konnten alle großen Wirtschaftsbereiche ein Auftragsplus verzeichnen. Überdurchschnittliche Zuwächse konnte die Grundstoff- und Produktionsgütererzeugung verbuchen (+ 6,7 %), hier wies die Chemische Industrie einen Zuwachs von 6,1 % aus. Insgesamt gesehen ver-

Tabelle 4

In- und ausländische Nachfrageentwicklung 1983

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (1980 = 100)		Umsatz	
	Veränderung 1983 gegen 1982		insgesamt	Veränderung 1983 gegen 1982
	Wertindex	Volumenindex		
	%		Mill. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	6,3	4,2	224 320,3	2,6
Inland	5,6	3,6	159 144,8	2,7
Ausland	7,7	5,4	65 175,4	2,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	7,7	6,7	40 415,4	1,8
Inland	6,7	5,3	31 978,1	0,2
Ausland	11,0	10,8	8 437,3	8,2
Chemische Industrie	7,6	6,1	15 423,6	6,2
Inland	6,0	3,9	10 613,6	4,3
Ausland	11,2	11,0	4 810,0	10,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	6,2	3,6	127 226,2	3,3
Inland	5,3	2,8	78 459,0	4,6
Ausland	7,4	4,7	48 767,2	1,3
Maschinenbau	2,5	- 0,7	32 886,0	1,7
Inland	- 1,3	- 4,3	18 620,6	6,7
Ausland	7,1	3,8	14 265,4	- 4,1
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	10,0	7,3	38 889,8	5,9
Inland	16,6	13,8	21 390,7	8,3
Ausland	5,0	2,3	17 499,1	3,1
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	6,9	4,1	32 576,0	2,6
Inland	5,4	2,8	22 362,0	1,4
Ausland	10,0	7,1	10 213,9	5,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	- 2,3 ¹⁾	- 4,9 ¹⁾	6 214,4	- 4,3
Inland	- 6,8 ¹⁾	- 9,1 ¹⁾	3 894,8	- 4,5
Ausland	4,7 ¹⁾	1,6 ¹⁾	2 319,6	- 3,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	5,6	4,1	37 973,3	1,0
Inland	5,6	4,1	31 449,8	0,7
Ausland	5,9	3,9	6 523,5	2,5
Textilgewerbe	7,2	5,0	10 267,4	0,4
Inland	8,0	5,9	8 106,5	1,1
Ausland	4,5	2,3	2 160,9	- 2,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	-	-	18 705,4	2,3
Inland	-	-	17 258,0	2,6
Ausland	-	-	1 447,5	- 1,8
Nachrichtlich Bundesgebiet:				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	4,3	2,6	1 280 388,3	2,3
Inland	4,9	3,1	929 363,7	2,4
Ausland	3,2	1,5	351 024,6	2,2

1) Ohne Herstellung von Uhren.

gleichsweise schwach, wenn auch sehr heterogen, war die Aufwärtsentwicklung im Investitionsgüterbereich (+ 3,6 %). Ursächlich waren hier vor allem die per Saldo stagnierende Entwicklung im Maschinenbau (- 0,7 %) und die rückläufigen Auftragseingänge in der Feinmechanik/Optik (- 4,9 %). Dagegen wiesen der Fahrzeugbau (+ 7,3 %), die Elektrotechnik (+ 4,1 %), die EBM-Waren (+ 8,7 %) und vor allem wieder der Bereich ADV/Büromaschinen (+ 27,2 %) ein deutliches Plus der Bestelleingänge auf. Die Entwicklung des Verbrauchsgütersektors lag mit 4,1 % fast im Branchendurchschnitt. Besonders positiv war die Tendenz der Auftragseingänge im Textilgewerbe (+ 5,0 %) und insbesondere in der Ledererzeugung (+ 19,4 %).

Als Folge der zunehmend lebhafter werdenden Auftragseingänge stieg 1983 auch die Produktion (+ 2,1 %), auch hier verdeckt der jahresdurchschnittliche Anstieg die zunehmend positive Entwicklung im Jahresverlauf: Nach einem Produktionsrückgang im ersten Quartal verharrte der Ausstoß im zweiten Quartal auf dem Vorjahresstand, im dritten bzw. vierten Quartal nahm die Produktion dann um 2,9 % bzw. 8,7 % zu, allerdings war der hierin enthaltene Dezemberwert (+ 17,6 %) durch eine höhere Zahl an Arbeitstagen etwas überzeichnet.

In fast allen bedeutenden Wirtschaftsgruppen war 1983 der Produktionsausstoß höher als im Vorjahr. Der Grundstoff- und Produk-

Tabelle 5

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes 1983

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte		Arbeiterstunden		Produktion		Exportquote		Erzeuger- preise 1980=100 ¹⁾
	insgesamt MD 2)	Ver- änderung 1983 gegen 1982	insgesamt	Ver- änderung 1983 gegen 1982	Index MD 2)	Ver- änderung 1983 gegen 1982	1983	1982	Ver- änderung 1983 gegen 1982
	1000	%	Mill.	%	1970=100		%		
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1362,2	- 3,8	1501,0	- 3,5	121,3	2,1	29,1	29,2	1,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	162,3	- 2,9	182,1	- 2,1	124,9	4,7	20,9	19,6	- 0,4
Chemische Industrie	63,1	- 0,9	55,1	- 1,6	157,5	2,9	31,2	30,0	0,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	855,3	- 3,3	909,5	- 3,3	127,6	1,4	38,3	39,1	2,7
Maschinenbau	242,2	- 3,9	254,0	- 4,6	102,4	- 0,2	43,4	46,0	3,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	206,5	- 2,0	247,2	- 1,7	151,6	1,0	45,0	46,2	3,7
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	222,2	- 2,7	213,3	- 2,6	134,1	1,6	31,4	30,5	2,6
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	50,4	- 14,1	53,0	- 13,2	97,9	- 1,9	37,3	37,2	2,9
Verbrauchsgüterproduzierendes Gewerbe	289,5	- 5,6	345,8	- 4,3	102,8	2,2	17,2	16,9	2,8
Textilgewerbe	80,9	- 6,9	97,9	- 6,1	85,2	0,6	21,0	21,6	1,9
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	55,1	- 3,7	63,5	- 5,3	122,8	0,6	7,7	8,1	2,2
Nachrichtlich Bundesgebiet: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	6 699,7	- 4,2	7 647,7	- 4,2	96,2	0,8	27,4	27,5	1,5

1) Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, ohne Mehrwertsteuer. — 2) Monatsdurchschnitt.

tionsgüterbereich hatte ein deutliches Plus (+ 4,7 %), das in der Chemischen Industrie (+ 2,9 %) vergleichsweise schwächer ausfiel. Im Investitionsgüterbereich (+ 1,4 %) standen den Branchen mit einem Produktionszuwachs — so der Straßenfahrzeugbau (+ 1,0 %), die Elektrotechnik (+ 1,6) und die ungebrochen expansive Büromaschinenherstellung (+ 13,3 %) — Branchen mit einem Produktionsrückgang gegenüber, so der Maschinenbau (- 0,2 %) und die Feinmechanik/Optik (- 1,9 %). Etwa im Branchendurchschnitt bewegte sich die Produktion in der Verbrauchsgütererzeugung (+ 2,2 %), während der Nahrungs- und Genussmittelbereich nur eine schwache Aufwärtsentwicklung zeigte (+ 0,6 %).

Der nominale Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes stieg 1983 um 2,6 %, der Inlandsumsatz wuchs dabei etwas schneller (+ 2,7 %) als der Auslandsumsatz (+ 2,2 %), so daß die Exportquote von 29,2 % (1982) auf 29,1 % geringfügig sank, wie übrigens auch im Bundesgebiet (von 27,5 % auf 27,4 %).

Der Produktionszuwachs reichte nicht aus, den Produktivitätszuwachs zu kompensieren, so daß im Jahresdurchschnitt 1983 die Be-

schäftigtenzahl um 3,8 % abnahm, allerdings schwächer als im Bundesgebiet (- 4,2 %). Mit der wieder anziehenden Produktion hatte sich der Beschäftigtenrückgang im Jahresverlauf allerdings abgeflacht, am Jahresende lag die Zahl der Beschäftigten um 2,1 % unter dem Stand von Ende 1982. Nachdem sich im letzten Quartal von 1983 der konjunkturelle Aufschwung auf breiter Front durchgesetzt hatte, setzten sich diese Tendenzen im ersten Quartal von 1984 ungebrochen fort (reale Auftragseingänge + 12,1 %). Dabei waren vor allem die Bestelleingänge aus dem Ausland (+ 18,4 %), aber auch die inländischen Aufträge (+ 8,8 %) weiter aufwärtsgerichtet. Dies gilt trotz der Einschränkung, daß — wieder durch die zum Jahresende 1982 ausgelaufenen Investitionsvergünstigungen — die Auftragseingänge in den ersten Monaten des Vorjahres einen vergleichsweise niedrigen Stand hatten. Das Zusammentreffen der weiteren Belebung der in- und ausländischen Nachfrage begünstigt insbesondere die Investitionsgütererzeugung (+ 14,1 %), wo nach langer Flaute auch der Maschinenbau (+ 17,3 %) deutliche Fortschritte machte. Die Belebung setzte sich über die Breite der Branchen durch. So lagen die realen Auftragseingänge im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (+ 8,7 %) wie auch im Ver-

Tabelle 6

Entwicklung des Auftragseingangs und der Produktion

– Veränderung 1. Quartal 1984 gegen 1. Quartal 1983 –

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang ¹⁾			Produktion ²⁾ insgesamt
	Volumenindex insgesamt	davon		
		Inland	Ausland	
%				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	12,1	8,8	18,4	6,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	8,7	4,5	20,0	4,5
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	14,1	10,9	19,0	8,4
darunter Maschinenbau	17,3	13,0	22,1	— 0,9
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	5,4	— 4,7	15,8	9,6
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	16,5	16,2	17,4	13,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	8,0	7,1	12,0	3,7
darunter Textilgewerbe	7,0	5,6	11,8	5,5
Nachrichtlich Bundesgebiet:				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	8,4	5,2	14,4	5,7 ¹⁾

1) 1980 = 100. – 2) 1970 = 100.

brauchsgütersektor (+ 8,0 %) spürbar über dem Niveau des Vorjahresquartals. Nach allen vorliegenden Anzeichen dürfte somit die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes 1984 deutlich anziehen. Allerdings können die direkten und indirekten Wirkungen durch die lang anhaltende Streikbewegung im Mai und Juni in der Druckindustrie und dem Metallgewerbe noch nicht übersehen werden.

Zunehmende Investitionsneigung

Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen im Bundesgebiet 1983 auch real betrachtet kräftig an (+ 5,7 %), nachdem sowohl 1982 (– 6,6 %) wie auch bereits 1981 (– 3,5 %) jeweils weniger investiert wurde als im entsprechenden Vorjahr. Zu der verstärkten Investitionstätigkeit hat beigetragen, daß Ausrüstungsgüter, für die die Investitionszulage in Anspruch genommen werden sollte, bis Jahresende 1983 ausgeliefert sein mußten. Dies zeigen die Zahlen des 4. Quartals deutlich, hier lagen die realen Ausrüstungsinvestitionen um 10 % über dem Vorjahresquartal. Von nachhaltiger Wirkung war aber

auch, daß sich die Absatz- und Ertragserwartungen spürbar gebessert haben wie auch bereits die tatsächlichen Erträge, die ab dem ersten Halbjahr von 1983 nach oben tendierten. So waren die von der Deutschen Bundesbank berechneten Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen schließlich im zweiten Halbjahr um 13 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung muß aber vor dem Hintergrund der langanhaltenden Ertragsschwäche der Vergangenheit gesehen werden. So war der Anteil der Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen am Volkseinkommen 1983 mit 21,6 % immer noch unter dem Anteil von 1979 (23,0 %) (jeweils 2. Halbjahr). Zur Konsolidierung der Ertragslage trug auch die Kostenseite bei, so lagen die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1983 sogar leicht unter dem Vorjahresstand (– 1,1 %), nachdem sich deren vorheriger Anstieg bereits 1982 verlangsamt hatte (+ 3,5 %). Seit der Jahreswende hat sich das Investitionsklima bei zunehmend positiver Auftragslage weiter gebessert, darauf deuten nicht nur die Befragungen des Ifo-Instituts hin, sondern – für Baden-Württemberg – auch die Umfragen der Industrie- und Handelskammern; dort wird berichtet, daß zahlreiche Unternehmen beabsichtigen, das ursprünglich geplante Investitionsvolumen nach oben zu revidieren.

Die weitere Belebung der Investitionsneigung zeigt sich auch bei den realen inländischen Bestelleingängen der baden-württembergischen Investitionsgütererzeugung, die im ersten Quartal von 1984 deutlich über dem Vorjahresniveau lagen (+ 10,9 %), bei differenzierter Entwicklung in den Branchen (Elektrotechnik + 16,2 %, Maschinenbau + 13,0 %, Feinmechanik/Optik + 8,7 %).

Dagegen wiesen die inländischen Auftragseingänge des Straßenfahrzeugbaus nach unten (– 4,7 %), hier dürfte aber eine Sonderentwicklung im Vorjahresquartal eine Rolle gespielt haben. Denn diese Branche – sowohl der Nutzfahrzeugbereich wie der PKW-Bereich – profitierte in hohem Maße von der Ende 1982 ausgelaufenen Bestellfrist im Rahmen der Investitionszulage, wobei Nachmeldungen auch das Ergebnis des Januars 1983 noch beinflusst haben dürften. Außerdem war im ganzen ersten Quartal von 1983 eine Auftragswelle im Fahrzeugbereich zu beobachten, so daß das Auftragsvolumen des gesamten Vergleichs quartals sehr hoch ausfiel.

Das Frühjahrsgutachten erwartet bundesweit einen realen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 5,5 %. Davon dürfte das baden-württembergische Verarbeitende Gewerbe, allein vom Gewicht der Investitionsgüterherstellung im Land, besonders begünstigt werden.

Bauinvestitionen auf hohem Niveau

Die sich im zweiten Halbjahr 1982 abzeichnende Belebung in der nominalen Auftragsentwicklung der Bauwirtschaft setzte sich vor allem in den ersten drei Quartalen 1983 fort. So konnten die Betriebe des Bauhauptgewerbes im Jahr 1983 rund 12 % mehr Bauaufträge verbuchen als im Vorjahr (Bundesgebiet: + 9,9 %). Daran waren die Hochbauaufträge mit einem Plus von 13,2 % und der Tiefbau mit einem Plus von 10,3 % beteiligt.

Bei diesen deutlich positiven Werten ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Steigerungsraten im Laufe des Jahres 1983 deutlich abflachten. Während so bei den Auftragseingängen insgesamt in den ersten drei Quartalen deutliche Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr festgestellt werden konnten (1. Quartal: 11 %, 2. Quartal: 13,4 %, 3. Quartal: 19,1 %), lagen sie im 4. Quartal nur noch bei 5 %. Für den noch im 3. Quartal hohen Wert waren außerdem noch Sonderentwicklungen durch Großaufträge ausschlaggebend. Schaltet man diese Sondereinflüsse aus, so ergibt sich schon im dritten Quartal eine Abschwächung der Bestellzunahme im Bauhauptgewerbe auf + 7 %.

Maßgeblich beeinflusst wurde 1983 das Ergebnis von einer seit Jahren nicht mehr beobachteten Auftragsentwicklung im gewerblichen und industriellen Hochbau (+ 27,4 %). So führte beim Wirtschaftsbau vor allem die Auftragsentwicklung Ende des 1. Quartals

sowie im Verlauf des 2. und 3. Quartals 1983 zum kräftigen Auftragszuwachs (2. Quartal: 40,6 %, 3. Quartal: 74,6 %) gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum, während im 4. Quartal die Anstiegsrate lediglich 1,0 % betrug. Das hohe Auftragsniveau wurde zum einen durch die erwähnte Sonderentwicklung mitverursacht, zum anderen dürfte die Investitionszulage ausschlaggebend gewesen sein. Im Wohnungsbau setzte sich 1983 der schon 1982 zu verzeichnende positive Trend fort, der jedoch im 2. Halbjahr 1983 abflachte. Hier nahmen die nominalen Auftragseingänge um 16,2 % zu. Abweichend von dieser günstigen Gesamtentwicklung gingen die öffentlichen Hochbauaufträge 1983 um 19,7 % zurück, jedoch scheint der anhaltende Rückgang der öffentlichen Hochbauaufträge zum Stillstand gekommen zu sein (4. Quartal 1983: + 4,1 %).

Die Zunahme der Auftragseingänge führte zu einer Ausweitung der realen Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe. So lag das Volumen der noch nicht abgewickelten Aufträge und Auftragsteile preisbereinigt Ende 1983 im Hochbau um 12,8 % über dem Bestandsvolumen des entsprechenden Vorjahreszeitpunkts und im Tiefbau um 10,3 %.

Die vor allem in den ersten drei Quartalen 1983 registrierte Auftragsbelebung beim Bauhauptgewerbe schlug sich etwa ab dem Frühsommer zunehmend in den Beschäftigungszahlen nieder. Während noch im Durchschnitt des 1. Quartals 1983, rund 2 % weniger Beschäftigte als im entsprechenden Vorjahres-

Tabelle 7

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1983 (1976 = 100)

Zu- bzw. Abnahme (–) gegen Vorjahr in %

Zeitraum	Bauhaupt- gewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zu- sammen	darunter			zu- sammen	darunter		
			Wohn- nungs- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾		Straßen- bau	gewerblicher und industrieller Bau	Gebiets- körper- schaften ¹⁾
1. Vierteljahr	11,0	9,6	33,6	2,8	– 33,9	14,6	2,0	40,1	13,2
2. Vierteljahr	13,4	18,3	20,4	40,6	– 25,3	4,0	1,3	10,7	4,4
1. Halbjahr	12,4	14,3	26,3	21,1	– 28,9	8,2	1,5	24,1	8,1
3. Vierteljahr	19,1	20,4	7,6	74,6	– 17,5	16,7	4,6	14,0	5,3
4. Vierteljahr	4,9	4,1	6,5	1,0	4,1	6,8	32,6	0,6	4,1
2. Halbjahr	12,2	12,1	7,0	34,8	– 8,3	12,2	15,6	8,2	4,7
Jahr	12,3	13,2	16,2	27,4	– 19,7	10,3	8,5	15,8	6,4
Nicht Bundesgebiet: Jahr ²⁾	9,9	12,6	20,9	11,2	– 4,8	5,1	2,5	0,8	0,8

1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie öffentliche Auftraggeber. – 2) 1980 = 100.

Zeitraum registriert wurden, überstieg die Beschäftigtenzahl Ende Dezember 1983 mit rund 197 300 Personen die des Dezember 1982 um nahezu 3 %. Infolge dieser Entwicklung konnte das Bauhauptgewerbe im Durchschnitt des Gesamtjahres 1983 das Beschäftigungsniveau des Vorjahres gut halten. Auf dem Arbeitsmarkt der Bauberufe standen im Jahresdurchschnitt den 1 259 offenen Stellen 8 848 Arbeitslose gegenüber. Auf 7 Arbeitslose kam damit im Durchschnitt – rein rechnerisch – eine offene Stelle.

Im 1. Quartal 1984 ist jedoch die Hochbaunachfrage, wie sie im Volumen der Hochbaugenehmigungen zum Ausdruck kommt, erheblich zurückgegangen. Das zum Neubau freigegebene Hochbauvolumen – gemessen an der Kubikmeterzahl umbauten Raumes – lag um rund 19 % unter dem des 1. Quartals 1983. Dabei war die Entwicklung im Wohnungsbau und Nichtwohnungsbau gegenläufig. So ergab sich in den Monaten Januar bis März 1984 gemessen an der Zahl der zum Bau freigegebenen Neubauwohnungen mit 11 % nochmals eine deutliche Zunahme gegenüber dem 1. Quartal 1983. Im Nichtwohnungsbau setzte sich dagegen die rückläufige Entwicklung, die schon ab dem 3. Quartal 1983 erkennbar wurde, fort. So lag im 1. Quartal 1984 das zum Bau freigegebene Neubauvolumen im Nichtwohnungsbau um 42 % unter dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Hier ging insbesondere das Genehmigungsvolumen im Wirtschaftsbau um fast 48 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück. Beim öffentlichen Hochbau konnte dagegen eine Zunahme des genehmigten Hochbauvolumens von nahezu 16 % verzeichnet werden, was allerdings vor dem niedrigen Niveau des Vorjahres zu sehen ist.

Bundesweit wird für die Bauinvestitionen 1984 ein realer Anstieg von 3 bis 3,5 % im Frühjahrgutachten der Forschungsinstitute angenommen. So dürfte im Wirtschaftsbau die Produktion beträchtlich steigen, da die von der Investitionszulage begünstigten Bauten bis zum Jahresende fertiggestellt sein müssen. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß im weiteren Jahresverlauf eine spürbare Abschwächung auf dem Baumarkt eintritt, die sich gegen Jahresende auch in der Bauproduktion niederschlagen würde. Bereits im ersten Quartal waren die nominalen Auftrags-eingänge im Bauhauptgewerbe deutlich rückläufig (– 11 %), insbesondere im Hochbau (– 14 %).

Stagnierende Ausfuhr – Belebung ab Herbst

Im Jahr 1983 stagnierten die Exporte mit 72,951 Mrd. DM in etwa auf dem Vorjahresniveau (+ 1,2 %). Bei einer Preissteigerung

der Ausfuhr Güter um 1,7 % ergab sich damit auch real ein gleich hohes Ausfuhrniveau (– 0,5 %).

Während noch 1982 die Ausfuhr konjunkturstützend wirkte und Waren im Wert von 72,105 Mrd. DM und damit um 8,8 % mehr als 1981 umgesetzt wurden, gingen 1983 erst gegen Jahresende positive Nachfrageeffekte vom Export aus. Die Entwicklung im Bundesgebiet verlief ähnlich (+ 1,1 %). Der Anteil der Ausfuhr Baden-Württembergs am Bundesgebiet betrug daher, wie schon im Vorjahr, 16,9 %.

Im Laufe des Jahres 1983 zeigten sich bei den Exporten deutliche Belebungstendenzen. Während in den Monaten Februar bis April 1983 die Exporte deutlich rückläufig waren, und sich dann im Jahresverlauf wieder etwas erholten (3. Quartal: + 1,8 %), lagen die Ausfuhrwerte im November um fast 8 % und im Dezember um mehr als 4 % über den Vorjahreswerten.

Tabelle 8

Ausfuhr nach Handelspartnern 1983

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	47 291	64,8	– 0,0
davon			
EG-Länder	28 860	39,6	+ 0,3
Frankreich	10 055	13,8	+ 1,1
Belgien-Luxemburg	2 924	4,0	– 0,7
Niederlande	4 239	5,8	+ 5,1
Italien	5 240	7,2	– 5,2
Großbritannien	4 590	6,3	+ 2,4
Republik Irland	199	0,3	– 6,7
Dänemark	971	1,3	+ 5,3
Griechenland	642	0,9	– 7,7
EFTA-Länder ¹⁾	13 517	18,5	+ 1,4
Staatshandelsländer ²⁾	2 508	3,4	– 4,8
Übriges Europa	2 629	3,6	– 3,9
Afrika	3 648	5,0	– 22,4
Amerika	11 663	16,0	+ 12,0
darunter			
Vereinigte Staaten	9 855	13,5	+ 19,6
Asien	9 536	13,1	+ 8,1
Australien und Ozeanien	812	1,1	– 5,6
Ausfuhr insgesamt	72 951	100	+ 1,2
davon			
Industrialisierte Länder	58 802	80,6	+ 2,7
Entwicklungsländer	11 641	16,0	– 4,6
darunter OPEC-Länder ³⁾	5 942	8,1	– 7,5
Staatshandelsländer insgesamt ⁴⁾	2 508	3,4	– 4,8

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. – 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. – 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

Im Durchschnitt des Jahres 1983 stagnierte vor allem die Warenausfuhr mit den traditionell wichtigsten Handelsblöcken, der EG und der EFTA (+ 0,3 % bzw. + 1,4 %), die etwa zwei Fünftel (39,6 %) bzw. knapp ein Fünftel (18,5 %) der Exporte des Landes beziehen. Innerhalb der EG-Handelsbeziehungen waren insbesondere die Lieferungen nach Griechenland (- 7,7 %), Republik Irland (- 6,7 %) und Italien (- 5,2 %) stark rückläufig, während die in anderen Jahren hohen Ausfuhrzunahmen nach Frankreich - unserem wichtigsten Handelspartner - stagnierten (+ 1,1 %). Dies ist ein Spiegelbild der besonderen konjunkturellen Schwierigkeiten in diesen Ländern in Verbindung mit einem gewissen Aufwertungsdruck der DM gegenüber ihren Währungen. Während aber Griechenland und Irland nur einen geringen Anteil an den baden-württembergischen Exporten haben (0,3 bzw. 0,9 %), fallen auf Italien 7,2 % und auf Frankreich 13,8 %.

In entfernte Industrieregionen war die Warenausfuhr dagegen außerordentlich lebhaft. So war gegenüber Amerika ein Plus von 12 % zu verzeichnen und gegenüber Asien von 8,1 %. Das Ausfuhrgeschäft mit den Vereinigten Staaten von Amerika entwickelte sich sogar außerordentlich günstig und lag um nahezu 20 % über dem Vorjahresniveau. Mit einem Anteil von 13,5 % an der Gesamtausfuhr des Landes konnten die USA damit beinahe an den seit vielen Jahren von Frankreich (13,8 %) gehaltenen ersten Platz in der Rangfolge unserer Abnehmerländer heranrücken. Hier wirken sich die in den USA in diesem Jahr verstärkten Auftriebskräfte aus, wie zum anderen die Expansionskraft des südostasiatischen Raums, - jeweils unterstützt durch Abwertungstendenzen der DM (so gegenüber dem Dollar und dem Yen). So verdienen auch die gegenüber dem Vorjahr um über 11 % angestiegenen Exporte nach Japan eine besondere Erwähnung.

Dagegen gingen bei sehr uneinheitlicher Entwicklung die Exporte in die Entwicklungsländer insgesamt um fast 5 % zurück, wobei das Ergebnis für die OPEC-Länder mit einer Abnahme von über 7 % noch etwas ungünstiger ausfiel. Mit einer wertmäßigen Verdreifachung seiner Bezüge aus Baden-Württemberg nahm der Iran hier eine Sonderstellung ein und konnte in dieser Ländergruppe nach mehreren Jahren wieder den ersten Platz belegen. Die Ausfuhren in die Staatshandelsländer schließlich lagen um nahezu 5 % unter dem Vorjahresergebnis. Eine nennenswerte Zunahme (+ 40 %) war lediglich bei den Exporten in die Volksrepublik China zu verzeichnen, die einen Wert von 200 Mill. DM erreichten.

Die traditionell wichtigsten Exportprodukte Baden-Württembergs, die Maschinen und

Kraftfahrzeuge, mußten im Laufe des vergangenen Jahres Exporteinbußen hinnehmen (- 0,6 % bzw. - 1,7 %), so daß ihre Anteile an der Warenausfuhr auf 22,8 % bzw. 26 % leicht zurückgingen. Höhere Exporte waren jedoch für die Elektrotechnischen wie auch die Chemischen Erzeugnisse (+ 5,8 % bzw. + 8,0 %) sowie weiterhin für Waren aus NE-Metallen (+ 5 %) und Büromaschinen (+ 6,2 %) zu verzeichnen. Besonders starke Zunahmen konnten für landwirtschaftliche Maschinen und Ackerschlepper (+ 10,3 %), Pumpen und Druckluftmaschinen (+ 9 %) und Pharmazeutische Erzeugnisse (+ 8,4 %) verzeichnet werden.

Im Jahr 1983 wurden Waren im Wert von 51,944 Mrd. DM aus dem Ausland nach Baden-Württemberg eingeführt. Die wertmäßige Zunahme um 4,2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum wurde ausgelöst durch die relativ kontinuierliche Binnennachfrage in Verbindung mit den deutlich nachgebenden Einfuhrpreisen. Im Beobachtungszeitraum gingen die Einfuhrpreise um 0,3 % zurück, so daß die Einfuhr dem Volumen nach um 4,5 % stieg. Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten waren bei den wertmäßigen Einfuhren von Chemischen Erzeugnissen (+ 12 %) und Maschinen (+ 11 %) zu verzeichnen. Aber auch bei Gütern der Ernährungswirtschaft (+ 6 %), bei Kraftfahrzeugen und Textilien (jeweils + 5 %) sowie bei Elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 4 %) lagen die Importwerte deutlich über den entsprechenden Ergebnissen des Jahres 1982. Die Erdöleinfuhren übertrafen mit 11 Mill. Tonnen das Vorjahresvolumen mengenmäßig um 4 %, doch haben sich bei zurückgegangenen Durchschnittspreisen die entsprechenden Importwerte um über 3 % verringert. Nach Ländergruppen entwickelten sich die baden-württembergischen Warenbezüge gegenüber dem Vorjahr sehr unterschiedlich. Nahezu um 7 % höher lagen 1983 die Importe aus den industrialisierten westlichen Ländern, wobei allerdings ein leichter Rückgang beim Geschäft mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu verzeichnen war. Mit einer überdurchschnittlichen Zuwachsrate von 9 % waren auch die Einfuhren aus den Staatshandelsländern gekennzeichnet, während die Importe aus der Dritten Welt eine deutliche Abschwächung erfuhren. So wurden aus den OPEC-Ländern um 6 % und aus den übrigen Entwicklungsländern um 7 % weniger Waren bezogen. Besonders betroffen von dieser rückläufigen Entwicklung waren die amerikanischen und die asiatischen Entwicklungsländer.

Im Jahr 1983 gingen insbesondere im 1. Halbjahr vom Export noch keine Impulse aus, während dagegen im 4. Quartal deutliche Steigerungen der Exporte zu verzeichnen

Tabelle 9

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden- Württembergs 1983	Veränderung des Außenwerts der DM gegenüber Ende 1982 ¹⁾	Saldo der Leistungs- bilanz 1983	Veränderung gegen Vorjahr			
				Brutto- sozialprodukt real	Ver- braucher- preise	Brutto- sozialprodukt real	Ver- braucher- preise
1983		1984 ²⁾					
%		Mrd. \$	%				
Bundesrepublik Deutschland	—	—	+ 3,3	+ 1,3	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0
Frankreich	13,8	+ 8,9	— 5,25	+ 0,5	+ 9,6	+ 1,0	+ 7,5
Italien	7,2	+ 7,7	+ 1,5	— 1,2	+ 14,7	+ 2,0	+ 12,0
Niederlande	5,8	+ 2,3	+ 4,5	+ 1,5	+ 2,8	+ 2,0	+ 3,0
Belgien	}	+ 4,4	— 1,0	+ 0,5	+ 7,7	+ 1,5	+ 6,0
Luxemburg				— 2,5	+ 8,7		
Großbritannien				+ 3,0	+ 4,6	+ 2,5	+ 5,5
Schweiz	7,8	— 2,4	+ 3,25	+ 0,0	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,5
Österreich	5,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 5,5
USA	13,5	— 6,8	— 42,5	+ 3,4	+ 3,2	+ 5,0	+ 5,5
Japan	1,8	— 13,2	+ 22,5	+ 3,0	+ 1,9	+ 4,5	+ 2,5

1) Stand März 1984 (Monatsdurchschnitt). — 2) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, Ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrgutachten 1984).

waren. Diese Tendenzen dürften sich nach 1984 hin fortsetzen, denn der Frühindikator der Auftragseingänge aus dem Ausland entwickelte sich im 4. Quartal 1983 wie auch im 1. Quartal 1984 stark nach oben (+ 17 % bzw. + 18,4 %). Dies zeigt an, daß infolge einer anhaltenden Konjunkturerholung der westlichen Industrieländer 1984 auch von der Ausfuhr kräftige Impulse ausgehen dürften. Zudem dürften sich die Absatzmöglichkeiten in die Entwicklungsländern vergrößern. So ist laut Frühjahrgutachten der Forschungsinstitute für das Bundesgebiet ein realer Exportzuwachs von 9,5 % im 1. Halbjahr 1984 und 7,5 % im 2. Halbjahr 1984 zu erwarten.

Deutlich verlangsamter Preisauftrieb

Die Preissteigerungsraten waren 1983 deutlich niedriger als in den Vorjahren. Diese günstigen Preisentwicklungen wurden vor allem auch durch die Preissituation auf den Weltrohstoffmärkten und durch den zum Jahresanfang noch hohen Außenwert der DM, insbesondere gegenüber dem Dollar möglich. Infolgedessen hatten die sinkenden Einfuhrpreise einen deutlich stabilisierenden Einfluß (jahresdurchschnittliche Veränderungsrate: - 0,3 %). Während aber hier im 1. Halbjahr 1983 eine deutlich sinkende Tendenz zu verzeichnen war (- 1,7 %), zogen die Einfuhrpreise im 2. Halbjahr 1983 allerdings wieder an (Dezember: + 3,7 %).

Die Entspannung bei den Preisen, die in den letzten Monaten des Jahres 1982 begonnen hatte, machte im Laufe des Jahres 1983 weitere deutliche Fortschritte. Lag der Preisindex für die Lebenshaltung im Januar 1983 noch um 4,1 % über dem entsprechenden Vorjahresmonat, so nahm die Zuwachsrate kontinuierlich bis Juli (+ 2,4 %) ab, um nach einem Anstieg im August (+ 3,1 %) wiederum zu fallen (ab Oktober: 2,6 %). Im Zuge dieser verlangsamten Preisentwicklung wurde nach einer Veränderungsrate von + 3,1 % im Mai dann im Juni mit + 2,5 % erstmals seit über 4 Jahren die 3 %-Marke unterschritten. Eine entsprechende Preissteigerungsrate wurde zuletzt im Januar 1979 mit + 2,6 % festgestellt. Zwar handelt es sich bei diesem Sprung auch um einen Basiseffekt - so erhöhte sich im Juni 1982 der Preisindex durch die Tabaksteuererhöhung - doch war die abgeschwächte Tendenz in der Verteuerung auch im weiteren Jahresverlauf festzustellen. Die niedrigen Preissteigerungsraten wurden nicht zuletzt durch Preisnachlässe beim Heizöl bedingt. Hier lagen die Preise im laufenden Jahr zwischen - 2,7 % (August) und - 15,5 % (Oktober) unter dem entsprechenden Vorjahresniveau, jedoch flachte der Rückgang der Preissteigerungsraten im November (- 10 %) und im Dezember (- 4,8 %) etwas ab.

Der verlangsamte Preisauftrieb machte sich bundesweit auf allen Handelsstufen bemerk-

Tabelle 10

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1983 (1980 = 100)

Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft 1)2)		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inland)1)	Großhandelsverkaufspreise 1) 2)	Einzelhandelspreise2) 3)	Preisindex für	
								Bauleistungen an neuen Wohngebäuden 3)	die Lebenshaltung 2)4:
Bundesgebiet 5)								Baden-Württemberg	
Januar	- 0,9	1,9	- 3,2	2,0	2,2	- 0,2	3,9	-	4,1
Februar	- 2,0	1,6	- 2,4	1,1	2,0	- 0,8	3,6	0,3	3,8
März	- 2,9	1,0	- 2,6	1,0	1,7	- 1,1	3,3	-	3,6
April	- 2,6	0,8	- 3,6	0,6	1,5	- 0,8	2,8	-	3,4
Mai	- 1,1	1,4	- 4,3	0,5	1,3	- 1,3	2,4	0,7	3,1
Juni	- 0,9	1,4	- 3,1	- 0,7	1,1	- 1,3	1,3	-	2,5
Juli	- 0,4	1,6	- 3,9	- 0,6	0,8	- 2,0	1,5	-	2,4
August	1,3	1,9	- 3,1	0,1	1,3	0,2	2,1	2,0	3,1
September	1,2	2,0	- 1,6	1,1	1,5	0,9	2,2	-	3,0
Oktober	- 0,1	2,1	- 0,8	1,1	1,2	0,1	1,9	-	2,6
November	0,8	2,3	- 1,1	1,3	1,4	0,7	1,8	3,0	2,6
Dezember	3,7	2,9	- 1,5 _p	1,5	1,7	1,7	2,0	-	2,6
Jahresdurchschnitt	- 0,3	1,7	- 1,0 _p	0,8	1,5	- 0,3	2,4	1,5	3,1

1) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 2) 1976=100. - 3) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. - 4) Aller privaten Haushalte. -

5) Quelle: Statistisches Bundesamt.

bar. So lagen die Großhandelspreise im Durchschnitt um 0,3 % niedriger als im Vorjahr, wobei sie im 2. Halbjahr 1983 jedoch wieder anstiegen (Dezember: + 1,7 %). Die Einzelhandelspreise lagen dagegen um 2,4 % über dem Vorjahresniveau, wobei jedoch hier im 2. Halbjahr 1983 deutlich niedrigere Preissteigerungsraten zu verzeichnen waren.

Auch beim Index der Erzeugerpreise der gewerblichen Produkte war durch die Entwicklung der Weltrohstoffpreise sowie binnenwirtschaftlich durch die niedrigen Lohnstückkosten - bedingt durch mäßige Lohnsteigerungen und Rationalisierung - im Laufe des Jahres 1983 ein verhaltener Preisauftrieb festzustellen. So betrug hier die Preissteigerungsrate gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis im Jahresdurchschnitt (+ 1,5 %). Im Dezember war die Preissteigerung auch hier mit 1,7 % etwas höher, wofür nicht zuletzt wieder leicht steigende Rohstoffpreise verantwortlich sein dürften.

Eine verhaltene Preisentwicklung war Anfang des Jahres auch bei den Baupreisen festzustellen. So lag der Preisindex für Wohngebäude - Bauleistungen am Bauwerk - im Feb-

ruar um 0,3 % und im Mai um 0,7 % über dem Vorjahresniveau. Jedoch war hier im August bereits wieder eine Preissteigerungsrate von 2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat und im November sogar um 3,0 % festzustellen, was neben dem allgemeinen Anziehen der Baupreise auch durch die mit Wirkung zum 1.7.83 in Kraft getretene Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 13 % auf 14 % bedingt ist. Im Februar 1984 lag der Preisindex für Wohngebäude - Bauleistungen am Bauwerk - in Baden-Württemberg sogar um 3,5 % höher als vor einem Jahr. Ausschlaggebend hierfür waren nicht zuletzt Material- und Rohstoffverteuerungen.

Die wieder etwas ansteigende Tendenz des Preisauftriebs bei den Verbraucherpreisen setzte sich in den ersten Monaten dieses Jahres fort. Die Steigerungsraten des Lebenshaltungskostenindex aller privaten Haushalte war im März mit 3,5 % und im April mit 3,2 % wieder deutlich höher als im 2. Halbjahr 1983. Da aber derzeit noch keine ausgeprägten preistreibenden Effekte abzusehen sind, dürften höhere Preissteigerungen bei den Verbrauchsgütern nicht zu erwarten sein. Ob sich allerdings die im Frühjahrs-

gutachten genannte Preissteigerungsrate der Verbraucherpreise um 3 % im Jahresdurchschnitt 1984 bei stärkeren konjunkturellen Auftriebstendenzen wird halten lassen, bleibt abzuwarten.

Private Nachfrage

Die nominalen Lohn- und Gehaltssteigerungen fielen 1983 nochmals mäßiger aus als im Vorjahr, doch konnte wegen der geringeren Preissteigerungsraten ein real günstigeres Ergebnis erreicht werden. So erhöhte sich in Baden-Württemberg der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe von Oktober 1982 bis Oktober 1983 um 2,8 %. Im Oktober hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 4 029,-- DM (+ 2,7 %), während ihre Kolleginnen mit 2 495,-- DM im Durchschnitt sogar weniger verdienten als im Vorjahr (- 1,3 %).

Im selben Zeitraum stiegen die Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter - gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste - um 2,6 %. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren es noch 4,1 % gewesen. Der Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste ist jedoch um 5,3 % gestiegen. Dies erklärt sich aus der Zunahme der bezahlten Wochenstunden. So wurden im Zusammenhang mit der zunehmenden Produktion im Oktober 1983 im Durchschnitt wieder 1,6 bezahlte Mehrarbeitsstunden geleistet (1982: 1,3). Den Arbeiterinnen wurde so im Durchschnitt ein Bruttowochenverdienst von 481,-- DM (+ 5,5 %) ausbezahlt, während ihre männlichen Kollegen 683,-- DM (+ 5,2 %) verdienten.

Für den Lebensstandard ist jedoch weniger die nominelle Steigerung der Bruttostundenverdienste entscheidend, sondern vielmehr die Entwicklung der Reallöhne, also die von Preissteigerungen bereinigte Lohnentwicklung, die mit Hilfe des Reallohnindex bestimmt wird. Errechnet wird dieser Index, indem der Index der Bruttowochenverdienste der Arbeiter mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen deflationiert wird. Infolge des verlangsamten Preisauftriebs - die Teuerungsrate betrug zwischen Oktober 1982 und Oktober 1983 + 2,6 % - ergab sich eine Zunahme der realen Bruttowochenverdienste um 2,7 %. Entsprechend nahm die Kaufkraft zu, wobei allerdings die durch die nominale Einkommenssteigerung bedingte höhere Steuer- und Sozialabgabenbelastung noch nicht berücksichtigt ist.

Die private Nachfrage war aber nicht nur durch die wieder etwas steigenden Reallöhne, mitbedingt durch geringeren Preisanstieg, sondern auch durch andere Faktoren - so der Beschäftigtenentwicklung und der geringeren Sparquote - etwas günstiger. Während der Rückgang der Erwerbstätigen geringfügig niedriger war als im Vorjahr, (Bundesgebiet: - 1,7 %), war der Anstieg der Arbeitslosen wesentlich geringer (+ 23,2 %, 1982: + 44,1 %). Konjunkturstützend wirkte sich auch aus, daß der Konsum auf Kosten einer bundesweit um 7,3 % zurückgehenden Sparquote ausgeweitet wurde. Der Private Verbrauch hat real 1983 bundesweit um 1 % zugenommen, nachdem er im Vorjahr noch rückläufig war (- 2,2 %). Entsprechend waren auch die Umsätze des Einzelhandels in Baden-Württemberg wieder steigend (real + 1,6 %), während sie im Vorjahr ebenfalls noch rückläufig waren.

Im Jahr 1984 sind weder starke Impulse noch Einschränkungen bezüglich des Privaten Verbrauchs zu erwarten. Der Private Verbrauch wird so 1984 voraussichtlich entsprechend den Angaben des Frühjahrsgutachtens real um 1,5 % bis 2 % ansteigen. Unterstützend dürfte hier auch der Anstieg der Erwerbstätigen wirken (im 2. Halbjahr 1984 voraussichtlich + 0,5 %). Jedoch ist die Entwicklung des Privaten Verbrauchs von der Entwicklung des verfügbaren Einkommens nicht unabhängig. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird im kommenden Jahr nach den Annahmen des Frühjahrsgutachtens um etwa 4 % ansteigen (1983: + 2,5 %). Entscheidend ist hier aber auch die Preisentwicklung, die weiterhin günstig veranschlagt wird.

Nur geringer Anstieg beim Haushaltsvolumen

Der Staatshaushaltsplan 1983 von Baden-Württemberg wurde einschließlich des Nachtrags auf 33,304 Mrd. DM festgestellt und lag damit um 3,2 % über dem Haushaltsvolumen 1982. Das Haushaltsvolumen setzte sich dabei zusammen aus 39,2 % Personalkosten, 30,9 % Zuweisungen und Zuschüsse, 14 % Investitionen sowie 15,8 % sächliche Verwaltungsausgaben und Schuldendienst. Bei den Einnahmen entfielen 68,3 % auf die Steuern, 20,5 % auf übrige Einnahmen sowie 11,2 % auf Kreditaufnahmen. Im Mittelpunkt dieses Haushaltsplans standen die Reduzierung der Neuverschuldung, die Begrenzung der staatlichen Personalausgaben sowie die Ausweitung der konjunkturfördernden öffentlichen Investitionen.

Dabei wurden vor allem die Mittel für den Wohnungsbau, die Zuschüsse zur Förderung städtebaulicher Sanierung und Entwicklung

sowie die Mittel für den Straßenbau erhöht. Schwerpunkt der Nachtragshaushalte waren auch die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung des Umweltschutzes.

Die Ist-Steuereinnahmen des Landes lagen 1983 mit 22,63 Mrd. DM um 3,6 % höher als im Vorjahr. Dabei wurden die Einnahmen vor allem durch Zunahmen bei der Lohnsteuer (+ 4,3 %), den Steuern vom Umsatz (+ 8,7 %) sowie von den reinen Landessteuern bestimmt. An übrigen Einnahmen konnten 1983 rund 7,59 Mrd. DM verbucht werden. Das waren 7,7 % mehr als im Jahr 1982. Die Bruttokreditaufnahme belief sich im Jahr 1983 auf 3,987 Mrd. DM und lag damit um 235 Mill. DM über der des Jahres 1982. Diesen Kreditaufnahmen standen aber rund 2,25 Mrd. DM Tilgungen gegenüber, so daß die Nettokreditaufnahme im Berichtszeitraum mit 1737 Mill. DM nun immerhin 451 Mill. DM niedriger war als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gesamteinnahmen betrugen 34,292 Mrd. DM und lagen um 5,0 % über den Ergebnissen des Jahres 1982. Die Gesamtausgaben beliefen sich im Berichtszeitraum 1983 auf 34,202 Mrd. DM (+ 4,8 %). Dabei betrugen die Personalausgaben 13,224 Mrd. DM und waren um 2,9 % höher als im Vorjahr.

Bei den Gemeindefinanzen waren 1983 steigende Einnahmen und stagnierende Ausgaben

kennzeichnend. Die Nettoeinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern stiegen gegenüber 1982 um etwas mehr als 4,0 % (unter Einbeziehung der Grunderwerbsteuer rd. 6,5 %). Für das Vorjahr wurde hier ein Zuwachs um 1,7 % verzeichnet. Die Gesamteinnahmen der Gemeinden erhöhten sich von 1982 auf 1983 um 3,8 %. Die Gesamtausgaben stiegen nur ganz geringfügig um 0,5 % gegenüber 1982. Dadurch war es den Kommunen möglich, einen erheblichen Beitrag zur Konsolidierung ihrer Haushalte zu leisten.

Der Staatshaushaltsplan 1984 wurde auf 34,3 Mrd. DM festgestellt. Die Einnahmen des Landes werden voraussichtlich zu 71,4 % aus Steuern, zu 18,9 % aus übrigen Einnahmen und zu 9,7 % aus Kreditaufnahmen gedeckt. An Personalkosten werden 1984 voraussichtlich rund 13,1 Mrd. DM (38,1 % der Gesamtausgaben) anfallen. Mit 4,94 Mrd. DM werden über 14 % der Landesausgaben für konjunkturfördernde investive Zwecke - Wohnungsbau, städtebauliche Sanierung und Entwicklung, Staatlicher Hochbau sowie Straßenbau - ausgegeben. Vor allem die für die wirtschaftliche Zukunft entscheidenden Bereiche Forschung und Technologie werden verstärkt gefördert. Weiterhin verstärkt gefördert werden der Umweltschutz sowie Maßnahmen mit umweltverbessernder Wirkung.

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Bildungswesen

1.1 Ausbildungswege der Abiturienten

Das Gymnasium führt über eine breite und vertiefte Allgemeinbildung zur Studierfähigkeit (§ 8 Abs. 1 des Schulgesetzes). Aus dieser Definition des gymnasialen Bildungswegs und dem herkömmlichen Verständnis des Abiturs als Berechtigung zum Eintritt in den Hochschulbereich liegt der Schluß nahe, daß die weit überwiegende Mehrzahl auch von dieser erworbenen Studienmöglichkeit Gebrauch macht. Zumindest für den Zeitraum zu Beginn der 70er Jahre traf diese Erwartung auch im wesentlichen zu. Damals hatten – jeweils im Frühjahr – die Schüler in der Abschlußklasse zu etwa 85 % die feste Absicht, ein Studium aufzunehmen. Wie Schaubild 1 zeigt, ist dieser Gewißheitsgrad der zukünftigen Abiturienten, wie er in der Erhebung der Studien- und Berufswünsche dokumentiert wird, im Verlauf der vergangenen 10 Jahre laufend gesunken. Gegenwärtig zeigt sich jeder vierte Oberprimaner zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres noch unentschlossen, ob er ein Studium aufnehmen soll oder nicht; außerdem sind 15 % der zukünftigen Abiturienten schon zu diesem frühen Zeitpunkt überzeugt, daß sie auf ein Studium verzichten werden. Obwohl diese unverbindlichen Absichtserklärungen keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben dürfen, scheinen sie doch ein wichtiger Indikator für die verschlechterten Berufschancen für Hochschulabsolventen – zumindest aus der Sicht der Abiturienten – zu sein.

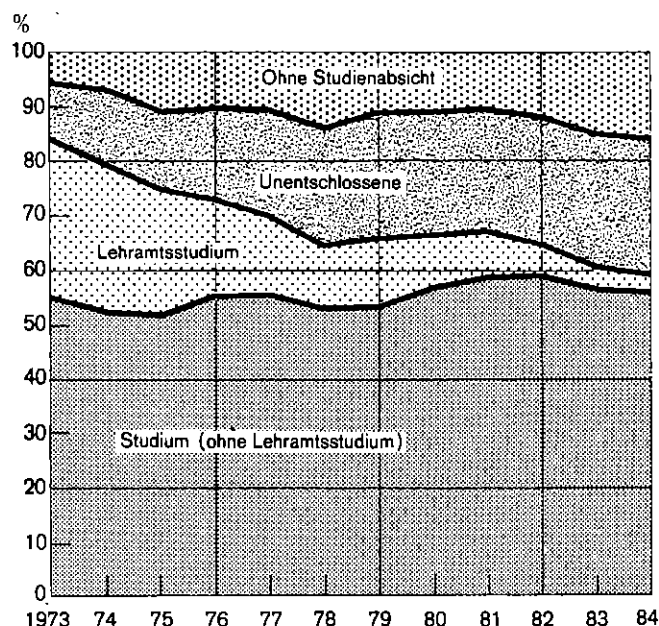
Es ist das Ziel dieses Beitrags, das gegenwärtige Verhalten der Abiturienten beim Übergang von der Schule in den Beruf näher zu untersuchen und Unterschiede zu früheren Verhaltensweisen aufzuzeigen.

Steigerung der Abiturientenzahl

Wenn man nach Gründen für den bereits angedeuteten Wandel hinsichtlich der Einstellung gegenüber dem Studium sucht, so fällt bereits bei der Betrachtung von Schaubild 1 der ständig fallende Anteil von Lehramtsaspiranten auf, der aus den sich verschlechternden Aussichten für den Lehrerberuf re-

Schaubild 1

Studienabsichten der Abiturienten¹⁾ 1973 bis 1984
-in % der Befragten-



1) Einschließlich einer geringen Zahl von Abgängern mit angestrebter Fachhochschulreife.
Quelle: Erhebung der Studien- und Berufswünsche.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

186 84

sultiert. Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Abiturientenzahlen im längerfristigen Blickwinkel (Tabelle 1).

So stieg innerhalb von gut 20 Jahren die Abiturientenzahl von 8 500 auf fast 39 000 (1983); für 1984 ist sogar mit nahezu 40 000 erfolgreichen Abschlüssen zu rechnen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in der Gegenwart die bislang stärksten Altersjahrgänge der 18- bis 20jährigen zu verzeichnen sind, ergibt sich immer noch eine relative Steigerung der Abiturientenzahl seit 1960 um rund 300 %. Diese "Expansion" beruht auf mehreren Faktoren. In der Hauptsache wurden durch die Bildungswerbung Anfang der 60er

Tabelle 1

Abiturienten nach Geschlecht und ausgewählten Schularten

Jahr	Abiturienten insgesamt		Davon				An beruflichen Schulen ¹⁾		
			männlich		weiblich		insgesamt	darunter	
								Technische Gymnasien	Technische Oberschulen
	Anzahl	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾	Anzahl	% ²⁾	Anzahl		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1960	8 533	6,0	5 751	7,9	2 782	4,0	881		66
1970	14 120	11,4	8 733	13,8	5 387	8,9	2 533		173
1975	20 995	15,7	11 795	17,3	9 200	14,1	5 155	1 296	335
1978	25 264	16,9	14 067	18,3	11 197	15,3	6 127	1 607	283
1980	28 594	17,7	15 693	18,9	12 901	16,5	6 513	1 908	331
1981	33 404	20,2	18 118	21,3	15 286	19,1	7 355	2 163	362
1982	36 005	21,4	19 468	22,4	16 537	20,4	8 709	2 478	456
1983 ³⁾	38 694	23,2	20 532	23,8	18 162	22,6	9 756	2 802	439

1) Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen und Berufliches Abendgymnasium. — 2) Bezogen auf den (gemittelten) Altersjahrgang der 18- bis unter 20-jährigen. — 3) Vorläufige Zahlen.

Jahre zusätzliche Übergänge auf Gymnasien induziert. Die Absicht war in erster Linie, bislang "benachteiligte" Gruppen (insbes. Mädchen, Arbeiterkinder, ländliche Bevölkerung) verstärkt zu höheren Abschlüssen zu führen. Im Ergebnis nahm vor allem das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht beim Übergang auf das Gymnasium in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr ab. Gegenwärtig sind die 10- bis 11-jährigen Mädchen hinsichtlich des Übergangs zum Gymnasium bereits leicht überrepräsentiert, da sie in der Gesamtbevölkerung einen Anteil von knapp 49 % haben, aber die Hälfte der Sextaner stellen. Mit entsprechender zeitlicher Verzögerung wirkt sich ein solcher verstärkter Wechsel auf das Gymnasium auch bei den Abiturienten aus. Die Propagierung einer Erweiterung der höheren Bildung erfaßte neben den Mädchen auch traditionell bildungsnahe Schichten mit der Folge einer generellen Steigerung der gymnasialen Übergangsquote. Allerdings war die Notwendigkeit der Ausschöpfung von Begabungsreserven häufig nicht nur unter sozialpolitischen Aspekten unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit gefordert worden, sondern auch mit volkswirtschaftlichen Argumenten - so der Behauptung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten als rohstoffarmes Land - begründet worden. Inwieweit dabei die Wandlung der Produktions- und Arbeitskräftebedarfsstruktur überschätzt wurde, läßt sich gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen.

Zu den längerfristig wirksam gewordenen Verschiebungen bei der Wahl einer weiterführenden Schulart gesellten sich zusätzliche

Faktoren, die die Tendenz zur Steigerung der Abiturientenzahlen noch verstärkten. Hierbei sind insbesondere zu nennen:

- Der Ausbau der beruflichen Gymnasien, der vor allem von Realschulabsolventen genutzt wurde.
- Die Verringerung der Abgängerquoten nach der Sekundarstufe I ("mittlere Reife").
- Die Neugestaltung der Oberstufe, die einen geringeren "Drop-Out" beim Durchlaufen der Jahrgangsstufen 11 bis 13 zur Folge hatte.

Der letztgenannte Faktor der höheren Erfolgsquote (gemessen an der Zahl vorzeitiger Abgänge) war im übrigen in den vergangenen Jahren in allen Klassenstufen des Gymnasiums zu beobachten und nur in der Oberstufe besonders ausgeprägt.

Der überproportionale Anstieg der Absolventen aus beruflichen Gymnasien wird aus Tabelle 1 (vgl. Spalten 1 und 7) deutlich, doch waren es in erster Linie die Technischen Gymnasien, die von der Standortzahl her vermehrt wurden, wenngleich auch viele bereits vorhandene Wirtschaftsgymnasien nunmehr stärker frequentiert werden. Der Ausbau der Technischen Gymnasien diente vor allem der Vorbereitung auf ingenieurwissenschaftliche Studiengänge. Ansonsten bleibt festzuhalten, daß die sich verschlechternden Berufsaussichten für viele geisteswissenschaftliche Berufe zur Verunsicherung der Abiturienten hinsichtlich ihres weiteren Bildungswegs beigetragen haben dürften, wobei

auch die wachsende Zahl der Absolventen mit Hochschulreife in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen dürfte.

Duales System als Alternative zum Hochschulstudium

Die wohl bei einer größeren Zahl von Abiturienten vorliegende Unsicherheit, was die Erfolgsaussichten eines Studiums anlangt, läßt sich auch an der wachsenden Bedeutung von Alternativen zum Hochschulstudium ablesen. Die quantitativ wichtigste Alternative ist die einer Berufsausbildung im dualen System. Im weiteren Sinne zählt dazu auch das Studium an den Berufsakademien, wenn gleich diese nicht unter das Berufsbildungsgesetz fallen und vom Abschlußniveau her eher mit den Hochschulen zu vergleichen sind. Dieser Alternative, die gegenwärtig von rund 4 % der Abiturienten unseres Landes gewählt wird, ist ein gesonderter Abschnitt gewidmet, weshalb auf sie hier nicht näher eingegangen werden soll.

Das duale System im engeren Sinne umfaßt die anerkannten Ausbildungsberufe, wie sie im entsprechenden Verzeichnis beschrieben sind. Die praktische Seite der Berufsausbildung erfolgt vorwiegend im Betrieb, während für die Theorie die Berufsschule zuständig ist. Die wichtigsten Träger der Berufsbildung sind die Kammern von Industrie und Handel, Handwerk und Freien Berufen. Diese sind für den Abschluß der Ausbildungsverträge und die Abnahme der Prüfungen zuständig. Noch vor 8 Jahren hatte die Ausbildung im dualen System für Abiturienten keine große Bedeutung; nur etwa 3 % der Abiturienten schlossen einen Lehrvertrag ab. Inzwischen ist diese Quote - vor allem zwischen dem Schuljahr 1982/83 und 1983/84 - rapide gestiegen und dürfte gegenwärtig bei fast 15 % liegen (Tabelle 2). Die Übergangsquote in das duale System läßt sich nicht exakt ermitteln, da sich unter den neu eingetretenen Berufsschülern mit Hochschul-

reife auch Abiturienten früherer Jahre befinden können und die Zugangsstatistik der Kammern - soweit eine Gliederung nach der Vorbildung überhaupt vorhanden ist - ebenfalls nicht nach Abiturjahrgängen unterscheidet. Mit der hier gewählten Methode der Übergangsquoten-Ermittlung, nach der die Zahl der Berufsschulanfänger eines Schuljahres auf die Schulabgängerzahl des vorangegangenen Schuljahres bezogen werden, läßt sich die Neigung der Abiturienten zur beruflichen Ausbildung somit nur näherungsweise bestimmen. Allerdings stimmen die in Tabelle 2 ausgewiesenen Quoten zumindest in der Entwicklungstendenz mit der Erhebung der Studien- und Berufswünsche überein. In beiden Fällen zeigen sich außerdem für die jungen Frauen höhere Berufsausbildungsquoten bzw. -absichten als für die männlichen Abiturienten. Eine weitere Betrachtungsweise, die die Absolventen mit Fachhochschulreife und den Eintritt in die Berufsakademien berücksichtigt, führt hinsichtlich des Übergangs in das duale System zu einer Quote von 20-21 %.

Obgleich - wie gezeigt - die Bereitschaft der Abiturienten zur Aufnahme einer Berufsausbildung im dualen System sehr stark gestiegen ist, machen die Lehrlinge mit Hochschulreife nur einen kleinen Teil der Auszubildenden (ca. 5 %) aus, da die Absolventen der Haupt- und Realschulen sehr viel häufiger eine Lehre beginnen. Allerdings verteilen sich die Abiturienten nicht gleichmäßig auf alle Berufsfelder, sondern sind in bestimmten Ausbildungsberufen ungewöhnlich stark vertreten. Ein Schwerpunkt gilt bestimmten kaufmännischen Berufen. Während beispielsweise im Ausbildungsberuf "Einzelhandelskaufmann" nur 5 % aller Lehrlinge die Hochschul- oder Fachhochschulreife vorweisen können, beträgt der entsprechende Anteil bei den Bankkaufleuten 31 % und bei den Buchhändlern sogar 68 % (Anhangtabelle 1). Teilweise handelt es sich dabei um Berufe, die schon in der Vergangenheit einen hohen Abiturien-

Tabelle 2

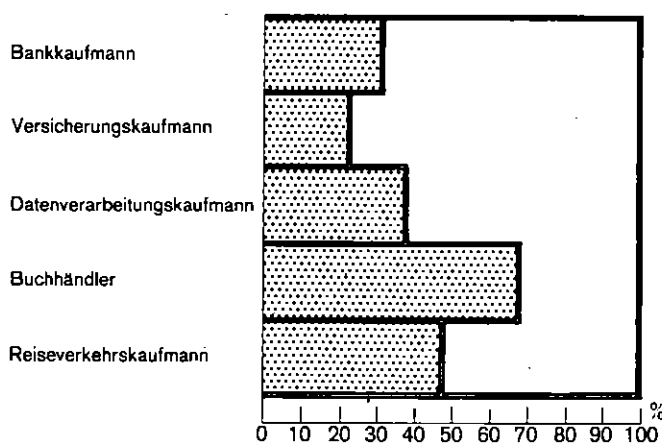
Übergang von Abiturienten in das duale System

Jahr	Schulabgänger ¹⁾			Neueingetretene Berufsschüler ¹⁾²⁾			Rechnerische Übergangsquote in % ³⁾		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
1975	11 795	9 200	20 995	363	339	692	3,0	3,7	3,3
1982	19 468	16 537	36 005	1 591	2 123	3 714	8,2	12,8	10,3
1983	20 532	18 162	38 694	2 515	3 198	5 713	12,2	17,6	14,8

1 Mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife. - 2) Neueingetretene Schüler mit Ausbildungsvertrag an öffentlichen und privaten Berufs- und Sonderberufsschulen einschließlich kooperatives Berufsgrundbildungsjahr, 1975 nur erstes Berufsschuljahr. - 3) Zeitliche Verschiebungen zwischen dem Erwerb der Hochschulreife und dem Übergang in das duale System bleiben unberücksichtigt.

Schaubild 2

Abiturientenanteil in ausgewählten Ausbildungsberufen 1983



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

188 84

tenanteil zu verzeichnen hatten. In der Mehrzahl der gewerblichen Berufe ist der Abiturientenanteil sehr gering und beträgt nur etwa 2 %.

Im Bereich der Handwerkskammern wurden 1983 insgesamt 1 750 Neueintritte mit Hochschulreife als Vorbildung registriert. Von der absoluten Zahl her gesehen übt der Beruf des Tischlers bzw. des Zimmerers (179 bzw. 150 neu abgeschlossene Verträge) die größte Anziehungskraft auf Abiturienten aus. Das höchste formale Vorbildungsniveau ist im Ausbildungsberuf "Zahntechniker" festzustellen, wo von 431 Junglehrlingen 142 (33 %) die Hochschulreife vorweisen können. Weitere Berufe mit hohem Abiturientenanteil sind "Augenoptiker" und "Keramiker".

Weitere berufsqualifizierende Bildungsgänge

Ähnlich wie das Interesse an einer Lehre in einem anerkannten Ausbildungsberuf gewachsen ist, so hat bei den Absolventen der gymnasialen Oberstufe auch die Neigung zugenommen, den Einstieg in die Arbeitswelt über den Besuch einer (beruflichen) Vollzeitschule zu erreichen. Dies wird in Tabelle 3 beim Vergleich des Eintritts von Abiturienten in die beruflichen Vollzeitschulen zwischen 1978 und 1983 dokumentiert. Die stärksten Zuwachsraten sind beim Berufskolleg zu verzeichnen, an denen im übrigen 6 von 7 neueingetretenen Abiturienten weiblichen Geschlechts sind. Auch die Schulen für Berufe des Gesundheitswesens, bei denen nur die Schülerbestände nach Vorbildung statistisch erfasst werden, verzeichnen einen

erweiterten Zustrom von Absolventen mit Hochschulreife und darunter einen ähnlich hohen Frauenanteil wie die Berufskollegs. Die starke Anziehungskraft der Heilberufe wie Krankenschwester, Krankengymnastin oder Logopädin auf Abiturientinnen zeigt sich bei einer Gegenüberstellung der geschätzten Neueintritte mit der entsprechenden Absolventenzahl in der Sekundarstufe II vom gleichen Jahr: Demnach haben zusätzlich zu den Eintritten in andere berufliche Vollzeitschulen und der Wahl einer Berufsausbildung im dualen System ca. 8 % der Abiturientinnen von 1983 eine Ausbildung für einen Gesundheitsberuf begonnen. Auf die Problematik dieser zeitlichen Zuordnung wurde bereits hingewiesen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, daß in vielen Heilberufen vor Antritt der eigentlichen Ausbildung erste praktische Erfahrungen gefordert werden. Auf keinen Fall ist ein Direktübergang von den allgemeinbildenden Gymnasien zu den Fachschulen möglich, denn diese setzen für den Zugang eine abgeschlossene Lehre oder eine mindestens fünfjährige berufliche Tätigkeit voraus.

Tabelle 3

Neueingetretene Abiturienten an Beruflichen Vollzeit-Schulen

Schulart Schulform	Neueingetretene Schüler ¹⁾ mit Hochschulreife			
	insgesamt		darunter weiblich	
	1978/79	1983/84	1978/79	1983/84
Berufskolleg (BK)	400	1 472	310	1 229
darunter				
BK für techn. Assistenten	157	372	126	295
BK für Sozialpädagogik	116	200	104	192
Sonstige Berufsfachschulen ²⁾	464	719	365	392
Fachschulen ³⁾	439	443	241	252
Schulen für Berufe des Gesundheitswesens ¹⁾	2 217	3 363	1 788	2 923
darunter				
Schulen für Krankenschwestern/Krankenpfleger	1 031	1 445	730	1 152
Schulen für Krankengymnasten	375	490	346	456
Schulen für medizinisch-technische Assistenten	621	679	547	645
Geschätzte Neueintritte an Schulen für Berufe des Gesundheitswesens	800	1 700	650	1 500
Nachrichtlich: Zahl der Abiturienten im vorangegangenen Schuljahr	25 264	38 694	11 197	18 162

1) An Schulen für Berufe des Gesundheitswesens wird die Gesamtzahl der Schüler mit Hochschulreife ausgewiesen, also auch Eintritte in früheren Jahren. — 2) Einschließlich schulisches Berufsgrundbildungsjahr. — 3) Einschließlich Technikerschulen.

Tabelle 4

Versicherungspflichtig beschäftigte Abiturienten¹⁾ am 30. Juni 1983 im Alter von 19 bis 22 Jahren

Alter	Insgesamt	Davon		Nachrichtlich: Schätzung der Abiturienten	
		in Ausbildung	nicht in Ausbildung	insgesamt	mit Beschäftigung
	Anzahl			%	
19	1 279	734	545		
20	3 284	2 244	1 040	29 000	11
21	3 875	2 702	1 173	32 000	12
22	3 667	2 030	1 637	30 000	12

1) Arbeitnehmer mit Schulbildung „Hochschulreife“, mit und ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Auch die Beschäftigtenstatistik, in der die Arbeitnehmer einschließlich der Auszubildenden – soweit sie versicherungspflichtig sind – erfaßt werden, liefert keine exakten Angaben über den Eintritt in das Berufsleben. Allerdings weist diese Statistik in altersspezifischer Gliederung die Zahl derjenigen aus, die sich mit Vorbildung „Hochschulreife“ im Beschäftigungssystem befinden. Unter Berücksichtigung einer Schätzung der Abiturientenverteilung auf einzelne Altersjahre lassen sich ungefähre „Beschäftigungsquoten“ der Abiturienten ermitteln (Tabelle 4). Diese Quoten sollen zum Ausdruck bringen, wieviel Prozent der Abiturienten sich im versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis (einschl. Ausbildung) befinden. Hier geht der Begriff des Ausbildungsverhältnisses allerdings über die Definition des Berufsbildungsgesetzes hinaus und umfaßt neben Lehrlingen auch Praktikanten, Volontäre, Anlernlinge u.ä. Auch die Studierenden der Berufsakademien, die ja am Reifeprüfungs-Altersjahrgang, wie schon erwähnt, einen Anteil von ca. 4 % ausmachen, sind in den Zahlen der versicherungspflichtig Beschäftigten enthalten.

Der direkte Übergang von Abiturienten in eine berufliche Tätigkeit hat nach den vorliegenden Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik wie die normale Berufsausbildung in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Ein solcher Direkteinstieg führt aber meist nur über eine firmeninterne Ausbildung oder Schulung. So wurden beispielsweise in großen Chemieunternehmen besondere Ausbildungsgänge für Abiturienten eingerichtet, die zum Assistenten kaufmännischer bzw. mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung oder zur Tätigkeit einer Fremdsprachensekretärin hinführen. Neuerdings wurde mit der Schulung zu Produktionstechnikern eine weitere Sonderausbildung für diesen Personenkreis geschaffen.¹

Nach den Ergebnissen der 10. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks hatten von den Studierenden der wissenschaftlichen Hochschulen im Sommersemester 1982 11 % vor Beginn des Studiums eine Lehre absolviert, weitere 9 % hatten ein Praktikum oder eine andere praktische Berufsausbildung durchlaufen. Diese Zahlen zeigen, daß für Abiturienten auch Ausbildungsgänge außerhalb des dualen Systems eine erhebliche Bedeutung gewonnen haben.

Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), die sich mit dem Übergang von Jugendlichen aus dem Bildungs- in das Beschäftigungssystem befaßt, hat als wichtigen Bestimmungsfaktor für die Nachfrage nach einer betrieblichen Ausbildung die Aufstiegsorientierung in dem angestrebten Beruf ergeben.² Diejenigen Abiturienten, die wegen der Absicht des Fortkommens eine berufliche Ausbildung anstreben, versprechen sich durch ihre höhere Allgemeinbildung im Vergleich zu anderen Bewerbern offenbar längerfristig größere Chancen. Diese Aufstiegsorientierung³, die sich auf den jeweiligen Beruf bezieht, wurde besonders für die weiblichen Ausbildungsaspiranten festgestellt. Als weitere

2 Stegmann, Heinz/Kraft, Hermine: „Abiturient und betriebliche Berufsausbildung“, veröffentlicht in: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, Nr. 1/1983, S. 28 ff. – Es handelt sich um eine Stichprobenuntersuchung des Entlaßjahrgangs 1976.

3 Als „aufstiegsorientiert“ wurden in der IAB-Untersuchung diejenigen eingestuft, die in ihrem Beruf weiterkommen wollen. Demgegenüber haben die „Sozial“-Orientierten die Motivation, in ihrem Beruf anderen Menschen zu helfen.

1 Vgl. „abi-Berufswahl-Magazin“, herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeit, Heft 12/1983, S. 4

Faktoren für die Bewerbung um eine betriebliche Ausbildung werden in dieser Untersuchung genannt:

- Durchschnittsnote im Abiturzeugnis: Je besser diese ausgefallen ist, um so geringer ist der Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung
- Berufliche Stellung des Vaters: Abiturienten aus Arbeiterfamilien bewerben sich in überdurchschnittlichem Maße um einen Ausbildungsplatz.
- Schulabschluß des Vaters: Obwohl dieser Faktor eng mit dem zuletztgenannten zusammenhängt, ist sein Einfluß weniger stark ausgeprägt. Er spielt außerdem bei Frauen eine größere Rolle als bei Männern.
- Zuvor besuchte Schulform: Absolventen der Beruflichen Gymnasien neigen in überdurchschnittlichem Maße zur Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung. Umfassendere Erhebungen in Baden-Württemberg, wie die Feststellung der Studien- und Berufswünsche bzw. der Berufsziele beim Abgang aus der 13. Klassenstufe bestätigen zumindest für die Wirtschaftsgymnasien sowie die Haushalts- und Ernährungswissenschaftlichen Gymnasien dieses Ergebnis der Stichprobenerhebung.

Die IAB-Untersuchung hat weiter gezeigt, daß die genannten Faktoren auch hinsichtlich des tatsächlichen Ausbildungsantritts wirksam werden, teilweise in abgeschwächter Form. Während etwa ein Drittel aller Bewerber mit Hochschulberechtigung bei der Bewerbung erfolglos bleibt, ist diese Quote bei "aufstiegsorientierten" Frauen (14 %) sehr viel niedriger als bei "sozial orientierten" Abiturient(inn)en³, von denen 42 % (männlich) bzw. 43 % (weiblich) keine Zusage erhielten. Auch die Abbrecherquote liegt bei "sozial orientierten" Auszubildenden mit 35 % nahezu dreimal so hoch wie bei den "Aufstiegsorientierten" (12 %). Insgesamt gesehen beenden Abiturienten häufiger eine Lehre vorzeitig als Auszubildene mit mittlerem Abschluß.

Spätere Studienaufnahme verbreitet

Ein großer Teil der Abbrecher dürfte sich nachträglich noch zur Immatrikulation an der Hochschule entschließen. Aber auch von den Abiturienten mit erfolgreichem Abschluß einer Berufsausbildung entscheiden sich sehr viele noch zur Aufnahme eines Studiums. So ergibt die bereits weiter oben erwähnte Untersuchung von Stegmann und Kraft, daß vom Entlaßjahrgang 1976 bis Ende 1980 39 %

der erfolgreichen Lehrlinge ein Studium aufgenommen haben. Bereits in der Abschlußklasse des Gymnasiums will gegenwärtig von den Studierwilligen jeder fünfte erst im Anschluß an eine anderweitige Ausbildung eine Hochschule besuchen. Diese Quote der beabsichtigten späteren Aufnahme ist besonders hoch bei Absolventen der Wirtschaftsgymnasien, da eine einschlägige Berufsausbildung im kaufmännischen Bereich offensichtlich häufig als Voraussetzung oder Ergänzung eines geplanten wirtschaftswissenschaftlichen Studiums betrachtet wird. Da unter den Absolventen der Wirtschaftsgymnasien die Studierquote insgesamt am geringsten und der Anteil der Unentschlossenen am höchsten ist, spielen bei der verzögerten Aufnahme sicher auch Überlegungen zur Steigerung der Berufschancen eine Rolle.

Demgegenüber wenden sich die Absolventen der Technischen Gymnasien und Oberschulen in ihrer überwiegenden Mehrzahl unmittelbar dem Studium zu; Unentschlossenheit oder Planung einer vorangehenden Berufsausbildung sind relativ selten. Dabei dürften die - global betrachtet - etwas günstigeren Berufschancen für Ingenieure ebenso eine Rolle spielen wie das Anforderungsprofil für diese Berufsgruppe, das eine vorangehende praktische Ausbildung wohl nicht in gleichem Maße vorsieht wie für kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Führungskräfte. Nicht ohne Belang dürfte in diesem Zusammenhang auch der wesentlich höhere Mädchenanteil an Wirtschaftsgymnasien im Vergleich zu den Technischen Gymnasien sein, da die weiblichen Abiturienten häufiger an einer beruflichen Ausbildung interessiert sind und bei ihnen unter den Studierwilligen die Tendenz ausgeprägter ist, ein Studium erst nach einer beruflichen Ausbildung aufzunehmen. Die Entscheidung für ein Studium, für eine Berufsausbildung oder für die Kombination beider Ausbildungsgänge hängt also sowohl vom Geschlecht als auch von der zuletzt besuchten Schulart der Absolventen ab, ferner von der Durchschnittsnote beim Abitur und der sozialen Herkunft.

Ein zeitlicher Abstand zwischen Abitur und Studienbeginn kann sich selbstverständlich auch durch die Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes ergeben. Allerdings ist davon nur ein Teil der männlichen Abiturienten betroffen. In der Vergangenheit lag die "Aus-schöpfungsquote" der Bundeswehr - der Anteil der tatsächlich Einberufenen an der Gesamtzahl der Gemusterten - meist zwischen 50 und 60 % eines Jahrgangs. Von den tatsächlich Einberufenen wurde aber nur ein Teil sofort nach Ablegung der Reifeprüfung eingezogen; ein erheblicher Teil folgte mit zeitlicher Verzögerung. Nach Angaben der Wehrbereichsverwaltung für Baden-Württem-

berg wurden beispielsweise zwischen 1.7.1983 und 1.1.1984 insgesamt 8 537 Abiturienten zur Bundeswehr eingezogen; davon haben ca. 7 700 im Jahre 1983 die Abiturprüfung abgelegt. Vom (männlichen) Abiturjahrgang 1983 wurden demnach knapp 40 % ohne nennenswerte Verzögerung zur Bundeswehr einberufen.

Etwa ein Drittel der Abiturienten studiert sofort

Wenn man die längerfristigen Studierquoten der Abiturjahrgänge unabhängig von Geschlecht und der zuletzt besuchten Schulart betrachtet, so fällt auf, daß ein immer geringerer Anteil von Abiturienten unmittelbar nach Ablegen der Reifeprüfung ein Studium aufnimmt. Hatten beispielsweise von den Abiturienten des Jahres 1972 noch fast zwei Drittel sich im nachfolgenden Studienjahr als Studenten eingeschrieben, so ist der entsprechende Prozentsatz bei den Abiturienten 1981 auf 37,4 % gefallen (Tabelle 5). Nach vorliegenden Teilergebnissen für 1982 und 1983 ist dieser Anteil weiter gesunken. Da gleichzeitig der Anteil derjenigen, die mit ein bis zwei Jahren Abstand zur Abiturprüfung an die Hochschule kommen, nicht wesentlich gestiegen ist, ist die globale Studierquote pro Abiturientenjahrgang deutlich im Sinken begriffen. Grob gesprochen ist damit zu rechnen, daß nach Studierquoten von über 90 % für die Abiturientenjahrgänge bis 1974 nunmehr nur noch etwa 80 % eines Jahrgangs im Verlauf der folgenden 5 Jahre an der Hochschule als Studienanfänger in Erscheinung treten werden. Diese Annahme läßt sich auch deshalb rechtfertigen, weil in Stichprobenerhebungen eine zurückgehende Neigung von Auszubildenden mit Hochschulreife festgestellt wurde, nachträglich noch eine Alternative ins Auge zu fassen.⁴

Für die Schätzung der längerfristigen Studierquote ergeben sich allerdings Probleme aus der wachsenden Zahl von erfolglosen Bewerbern um eine Berufsausbildung, für die die Wahl eines Studiums u.U. als Ersatzlösung dienen könnte. Nach Angaben des Landesarbeitsamtes hatten sich 1982/83 mit 7417 Abiturienten (1981/82: 4134) fast 80 % mehr Bewerber mit Hochschulreife gemeldet als im Vorjahr. Obwohl nur etwa jeder zehnte Bewerber am Stichtag (30.9.1983) noch nicht vermittelt war, zeigt ein Vergleich mit den tatsächlichen Eintritt in das duale System, daß ein erheblicher Teil der Bewerber in eine Aushilfsbeschäftigung oder schulische Vollzeitausbildung eingetreten sein muß und damit die ursprüngliche Berufswahl noch nicht realisieren konnte.

⁴; Schaeper, Hildegard: "Übergang von der Schule zur Hochschule", veröffentlicht in: HIS-Kurzinformationen, Heft 1/84 (Tabelle 2).

Hohe Wanderungsströme zwischen den Bundesländern

Die Berechnung von exakten Studierquoten für die Absolventen der höheren Schulen unseres Landes ist auch deshalb erschwert, weil ein größerer Teil der Abiturienten zur Studienaufnahme über die Landesgrenzen wechselt. Knapp 20 % der Abiturienten beginnen ihr Studium in einem anderen Bundesland; hinzu kommt noch ein geringer Prozentsatz von Studierenden im Ausland.⁵ Diese Wanderer über die Landesgrenzen können nur bei der Ersteinschreibung über die Erfassung des Bundeslandes, in dem die Hochschulzugangsberechtigung erworben wurde, registriert werden. Eine spätere Unterscheidung von Studierenden nach dem ständigen Wohnsitz ist wegen der damit verbundenen Ungenauigkeiten und der uneinheitlichen Anwendung des Hauptwohnsitz-Begriffs sehr problematisch. Aus diesem Grunde wurden die nachfolgend vorgestellten Untersuchungen über Fächerwahl, Dauer und Erfolg beim Studium auf die Studentenstatistik des Landes abgestellt, das heißt, es wurden alle Studierenden in Baden-Württemberg einbezogen, unabhängig von deren regionaler Herkunft; die in unserem Bundesland beheimateten Studierenden, die sich an einer Hochschule außerhalb Baden-Württembergs eingeschrieben haben, wurden nicht berücksichtigt. Umgekehrt sind in den nachstehenden Zahlen auch Studierende enthalten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland erworben haben. Da Baden-Württemberg nach wie vor einen hohen Importsaldo aufweist, ist die letztgenannte Zahl wesentlich höher als die Zahl der Abiturienten aus Baden-Württemberg, die in anderen Bundesländern studieren.

Betrachtet man zunächst die Verteilung der Studienanfänger auf Hochschularten, so stellt man eine Verlagerung von den Pädagogischen Hochschulen zu den Fachhochschulen fest, obwohl nur Abiturienten berücksichtigt wurden und an Fachhochschulen noch ein erheblicher Teil von Zugangsberechtigten ohne Hochschulreife zu verzeichnen ist (Tabelle 6).

Diese "institutionelle" Verschiebung beruht vor allem auf dem nachlassenden Interesse an einem Lehramtsstudium, das bei der Erörterung der Studien- und Berufswünsche zum Ausdruck kam (siehe u.a. Schaubild 1) und

⁵ Siehe auch: "Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland", herausgeg. vom BMBW, Bonn, November 1983, Seite 67. Nach den Ergebnissen dieser 10. Sozialerhebung vom Sommersemester 1982 studierten 4 % aller Studenten ein oder mehrere Semester im Ausland.

Tabelle 5

Studienbeginn von Abiturienten aus Baden-Württemberg¹⁾

Jahr des Erwerbs der Hochschulreife	Abiturienten insgesamt	Von den Abiturienten begannen das Studium nach ...									
		0		1		2		3		4	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1972	16 751	11 036	65,9	3 090	18,4	1 574	9,4	238	1,4	109	0,7
1973	18 451	10 442	56,6	3 959	21,5	1 743	9,4	279	1,5	167	0,9
1974	20 310	11 317	55,7	4 298	21,2	2 067	10,2	392	1,9	331	1,6
1975	20 995	11 066	52,7	4 781	22,8	1 449	6,9	506	2,4	379	1,8
1976	23 285	10 367	44,5	4 989	21,4	1 991	8,6	844	3,6	677	2,9
1977	24 320	9 640	39,6	5 353	22,0	2 655	10,9	1 172	4,8	695	2,9
1978	25 269	10 097	39,9	5 705	22,6	3 128	12,4	1 110	4,4	20 040	79,3
1979	22 519	9 263	41,1	5 160	22,9	2 788	12,4	17 211	76,4		
1980	28 594	11 796	41,2	6 111	21,4	17 907	62,6				
1981	33 404	12 507	37,4	12 507	37,4						

1) Studienanfänger, die in Baden-Württemberg die Hochschulzugangsberechtigung erworben haben und ihr Studium bis 1981 an einer Hochschule: Landesstelle für Erziehung und Unterricht.

bereits im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1981/82 festgestellt worden war. In Anhangtabelle 2 sind die Neuimmatrikulierten an Wissenschaftlichen Hochschulen (ohne Fachhochschulen) mit Studienziel "Lehramt" gesondert dargestellt. Danach ist die Zahl der Lehramtsaspiranten unter den Studienanfängern zwischen 1974 und 1983 von 9 654 auf 2 848 (- 70,5 %) gesunken; stellt man in Rechnung, daß im gleichen Zeitraum die Gesamtzahl der Erstimmatrikulierten noch gestiegen ist, so ergibt sich ein relativer Rückgang des Lehramtsstudiums um fast 74 %. Betroffen war zunächst vor allem das Studium an den Pädagogischen Hochschulen (PH), während der Rückgang an Universitäten bei der Zahl der Lehramtsstudienanfänger erst ab 1976/77 größere Ausmaße annahm. Obwohl die Warnungen vor

dem Lehramtsstudium bereits vor diesem Zeitpunkt eingesetzt hatten, verfehlten sie wegen der damals noch besseren Einstellungschancen für Gymnasial- und Berufsschullehrer ihre Wirkung. Schwer zu erklären ist allerdings, warum 1983 wieder ein Anstieg bei den Studienanfängern für das Lehramt an Gymnasien zu verzeichnen war. Dagegen ist die Tendenz bei den Zugängen zur PH weiterhin negativ. Überproportional war hier der Rückgang beim Studium für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, während die Zahl der Erstimmatrikulierten mit dem Studienziel "Realschullehrer" in den vergangenen 4 Jahren annähernd konstant geblieben ist. Bezogen auf alle Studienanfänger mit Hochschulreife im Jahre 1983 beträgt der Anteil des Lehramts nur noch knapp 10 %. Die erwähnte Anteilsverschiebung

Tabelle 6

Deutsche Studienanfänger (Erstimmatrikulierte) mit Hochschulreife nach Hochschularten

Jahr ¹⁾	Studienanfänger insgesamt		Davon an									
			Universitäten		Pädagogischen Hochschulen		Kunsthochschulen		Fachhochschulen (FHS)			
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	zusammen		darunter: Verwaltungs-FHS	
									Anzahl	%	Anzahl	%
1973	19 868	100	13 054	65,7	5 431	27,3	267	1,4	1 116	5,6		
1980	22 614	100	15 625	68,7	1 861	8,2	412	1,8	4 816	21,3		
1981	27 313	100	18 412	67,4	1 877	6,9	436	1,6	6 588	24,1		
1982	27 895	100	18 546	66,5	1 755	6,3	389	1,4	7 205	25,8	2 154	7,7
1983	28 982	100	19 554	67,5	1 465	5,1	447	1,5	7 516	25,9	2 126	7,3

1) Jeweils Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester.

Jahren				Studienanfänger insgesamt	
5		6 und mehr			
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
138	0,8	246	1,5	16 431	98,1
219	1,2	220	1,2	17 029	92,3
324	1,6	271	1,3	19 000	93,5
375	1,8	268	1,3	18 824	89,7
374	1,6	19 242	82,6		
19 515	80,2				

schule in der Bundesrepublik Deutschland begonnen haben.

von den PH zu den Fachhochschulen beruht aber zu einem kleineren Teil auch auf der zwischenzeitlichen Umwandlung von Ausbildungsstätten für den gehobenen Verwaltungsdienst in Fachhochschulen.

Strukturverschiebungen bei der Fächerwahl

Die veränderten Berufsaussichten für Lehrer und die Umwandlung von höheren Fachschulen sind allerdings für die Verlagerung der Studienanfängerzahlen von den wissenschaftlichen Hochschulen zu den Fachhochschulen nicht allein verantwortlich. Vielmehr spielen hier auch andere Faktoren eine Rolle, beispielsweise

- das Interesse an einer praxisnahen Ausbildung,
- die Neigung zur Studienaufnahme in der Nähe des Wohnorts,
- das traditionelle Schwergewicht der Fachhochschulen in den Ingenieurwissenschaften.

Gerade die technischen Fächer haben aber nicht nur an Fachhochschulen, sondern auch an den Universitäten an quantitativer Bedeutung gewonnen. In Anhangtabelle 3 sind die Studierenden im 1. und 2. Fachsemester für das Wintersemester 1983/84 und 1973/74 gegenübergestellt. Dabei zeigen sich insbesondere für die Studienbereiche Maschinenbau, Architektur und Wirtschaftsingenieurwesen überdurchschnittliche Zuwachsraten. In den naturwissenschaftlichen Fächern ist die Verschiebung von Mathematik zur Informatik besonders augenfällig. Im Vergleich zu den

technischen Fächern haben die Rechts- und Sozialwissenschaften bei den Studienanfängerzahlen an Gewicht verloren, obwohl beispielsweise in der Jurisprudenz aufgrund des besonderen Verteilungsverfahrens ein direkter Numerus clausus nicht gegeben war. Der Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften zeigt ein uneinheitliches Bild: Während sehr stark von der Lehrerausbildung geprägte Studienbereiche wie Anglistik und Germanistik eher rückläufige Anfängerzahlen melden, ergeben sich in dem betrachteten Zehn-Jahres-Zeitraum für die Evang. und die Kathol. Theologie überdurchschnittliche Zuwachsraten. Beträchtlich ist auch die Steigerung im Studienbereich Geschichte. Dagegen verzeichnen die Ernährungs- und Agrarwissenschaften gegenüber 1973 jetzt deutlich weniger Studienanfänger. In dieser Fächergruppe ist eine Verlagerung zu den Fachhochschulen unverkennbar, da dort die Studienanfängerzahlen überdurchschnittlich angewachsen sind. Der Ausbau der Fachhochschulen und der steigende Abiturientenanteil in dieser Hochschulart ist im übrigen im Statistisch-prognostischen Jahresbericht 1982/83 ausführlich dargestellt worden.

Verweildauer etwa 6 Jahre

Das Durchschnittsalter der Abiturienten beträgt gegenwärtig knapp 20 Jahre, wobei allerdings die Abiturienten der öffentlichen allgemeinbildenden Gymnasien im allgemeinen jünger sind als die Absolventen der privaten und beruflichen Schulen. Die mittlere Abweichung von ca. 7-8 Monaten erklärt sich hinsichtlich der beruflichen Gymnasien und Fachoberschulen z.T. aus deren höheren Anteil von ehemaligen Hauptschülern, die über die zweijährige Berufsfachschule bzw. den 2. Bildungsweg in die Oberstufe eingetreten sind, also insgesamt eine Schulzeit von meist 14 Jahren absolviert haben. Durch die bereits dargestellten Verzögerungen bei der Studienaufnahme nehmen die Abiturienten im Durchschnitt erst mit ca. 21 Jahren ein Studium auf. Für die meisten Studiengänge an Universitäten gilt eine Regelstudienzeit von 8 bis 10 Semestern. Aus der Statistik der (erfolgreichen) Prüfungsteilnehmer 1982 läßt sich jedoch ablesen, daß zwischen Studienbeginn und Diplom-Abschluß an Universitäten in der Regel mehr als 6 Jahre vergehen (Anhangtabelle 4). Die mittlere Abweichung zwischen der Studiendauer im Abschlußfach und der gesamten Verweildauer im Hochschulbereich beträgt bei beiden Geschlechtern 1 Semester. Die Differenz resultiert zum größeren Teil aus dem Wechsel des Studienfachs, zu einem kleineren Teil aus Beurlaubungen während des Studiums. Der Unterschied zwischen Verweildauer und Fachstudiendauer ist bei den staatlich exami-

nierten Absolventen höher als bei den "Diplomierten" und beträgt bei den Medizern im Durchschnitt mehr als 1 Jahr, wodurch die häufige Wahl eines wartezeitüberbrückenden Ersatzfachs in diesem Numerusclausus-Studienbereich unterstrichen wird. Für das gymnasiale Lehramtsstudium wird nach der Prüfungsstatistik 1982 im Durchschnitt ein Semester weniger benötigt als für das Diplom-Studium. Das Lehramtsstudium an der Pädagogischen Hochschule dauert bis zum erfolgreichen Abschluß im Durchschnitt 4 Jahre. Auffallend ist hier der relativ hohe Unterschied zwischen Hochschul- und Fachsemestern bei den männlichen Absolventen, der auf eine hohe Zahl von "Umsteigern" aus dem Universitätsbereich schließen läßt. Demgegenüber haben die weiblichen PH-Absolventen offensichtlich das abgeschlossene Studium zielbewußter ergriffen und vollendet. Generell sind die Damen bei der Beendigung des Studiums - unabhängig von der Abschlußart - deutlich (1 bis 2 Jahre) jünger als die Männer. Dieser statistisch ermittelte Durchschnittswert beruht auf mehreren Faktoren:

- Früherer Abiturabschluß infolge tendenziell früherer Einschulung und weniger häufigem Wiederholen im Gymnasium,
- Frühere Aufnahme des Studiums, u.a. wegen des entfallenden Wehrdienstes,
- Seltenerer Fachwechsel, insbesondere beim Lehramts- und Fachhochschulstudium,
- Kürzere Fachstudiendauer.

Aus diesen Faktoren ergibt sich für die Damen in vergleichbaren Studiengängen eine mittlere Altersdifferenz beim Hochschulabschluß von etwa 1 Jahr, beim PH-Studium von 2 Jahren zu den männlichen Absolventen. Wollte man geschlechtsspezifisch eine durchschnittliche Studiendauer über den gesamten Hochschulbereich hinweg berechnen, so wäre dabei zu berücksichtigen, daß das weibliche Geschlecht in den kürzeren Studiengängen überproportional vertreten ist.

Studienerfolgsquote etwa 80%

Da die seit längerem geplante, aber noch nicht vollrealisierte Verlaufsstatistik keine entsprechenden Ergebnisse liefert, ist eine exakte Ermittlung des Studienerfolgs nicht möglich. Nach Schätzungen des Hochschulinformationssystems brachen in den 70er Jahren ca. 10-20 % der Studierenden ihr Stu-

dium ab.⁶ Der zwischen den einzelnen Hochschulsesemestern zu beobachtende "Schwund" am Studierendenbestand deutet allerdings eher auf eine höhere Abbrecherquote hin; zusätzlich sind noch die Abgänge mit nicht bestandener Prüfung zu berücksichtigen.

Die Prüfungsstatistik ist zwar bislang nicht mit der Bestandsstatistik verknüpft, liefert aber wenigstens Angaben über die Zahl der Teilnehmer und der bestandenen Prüfungen (Anhangtabelle 5). Danach haben im Studienjahr 1982 rund 95 % der Teilnehmer an einer Diplomprüfung diese auch bestanden. Die Erfolgsquote der weiblichen Kandidaten ist dabei in nahezu allen Fächern geringfügig höher als die der männlichen, obwohl die Summe aller Diplomprüfungen einen gegenteiligen Eindruck vermittelt. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich aus dem überdurchschnittlichen Frauenanteil in Fächern mit niedrigerer Erfolgsquote wie z.B. den Dolmetschern und Übersetzern. Die medizinische und zahnmedizinische Staatsprüfung wird nach der Statistik von nahezu allen (99 - 100 %) Prüflingen bestanden, während bei der juristischen Staatsprüfung fast ein Drittel der Teilnehmer durchfällt und hierbei die Damen eine noch höhere "Mißerfolgs"-Quote vorzuweisen haben. Außerdem steht die vergleichsweise hohe - und noch ansteigende - Durchfall-Quote in Rechtswissenschaft im Gegensatz zu den meisten übrigen Prüfungsfächern, in denen steigende Erfolgsquoten gemeldet werden. Auch bei den Lehramtsprüfungen haben im Vergleich zu früheren Jahren relativ mehr Teilnehmer erfolgreich abgeschlossen, wobei jetzt allerdings insbesondere beim Lehramt für Grund- und Hauptschulen wesentlich weniger Kandidaten als früher zur Prüfung herantreten.

Eine Fortsetzung der akademischen Ausbildung in Form der Promotion streben etwa 10 bis 15 % der Absolventen mit Hochschulabschluß an, wobei dieser Prozentsatz selbstverständlich in einzelnen Fächern wie z.B. Medizin weit überschritten wird.

Unter den vielen Veränderungen, die sich bei der Wahl der verschiedenen Ausbildungsgänge durch die Abiturienten im Laufe der letzten Jahre ergaben haben, ist abschließend das wachsende Interesse an einer Berufsqualifizierung außerhalb des Hochschulbereichs bzw. vor Studienbeginn besonders

⁶ Reisert, R. und Birk, L.: "Studienverlauf, Studienfinanzierung und Berufseintritt von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1979, in: Reihe "Hochschulplanung", Nr. 41, herausgegeben von der HIS-GmbH, Hannover 1982.

hervorzuheben. Sicherlich spielen hierbei die Berufsaussichten eine entscheidende Rolle, doch ist - insbesondere im Blick auf die Veränderungen zwischen 1982 und 1983 - auch ein Einfluß der geänderten BAföG-Bestimmungen möglich. Trotz der sinkenden Studienneigung wird aber eine Entlastung für die Hochschulen in diesem Jahrzehnt kaum eintreten, da sich die Gesamtzahl der Abiturienten noch etwa 4-5 Jahre auf dem derzeitigen hohen Niveau bewegen wird und die Verweildauer im Hochschulbereich eher ansteigt. Die von den geburtschwachen Jahrgängen erwartete Entspannung könnte sich weiter verzögern, falls sich die Tendenz zur Studienaufnahme erst nach einer anderweitigen Ausbildung noch verstärkt.

Zusammenfassung

- Die Zahl der Abiturienten ist zwischen 1960 und 1983 von 8 500 auf 38 700 angewachsen. Gleichzeitig ist der Anteil der weiblichen Absolventen ständig gestiegen von 33 % auf 47 %. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichnen die Beruflichen Gymnasien und hierbei vor allem die Technischen Gymnasien, deren Zubringerfunktion für die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge zu beachten ist.
- Die relative Steigerung der Zahl der Abgänger mit Hochschulreife um rund 300 % in diesem Zeitraum ist vor allem auf die Erhöhung der Übergangsquote auf das Gymnasium, den Ausbau der beruflichen Gymnasien und höhere Erfolgsquoten (bzw. geringere Quoten an vorzeitigen Abgängen) zurückzuführen. Gleichzeitig zeigt sich jeder vierte Oberprimaner hinsichtlich der Wahl eines Studiums unentschieden.
- Während von den Abiturienten des Jahres 1975 nur ca. 3 % eine Lehre in einem anerkannten Ausbildungsberuf begannen, ist diese Quote 1983 auf ca. 15 % angestiegen. Weitere 5 % bis 10 % des Abiturjahrgangs 1983 haben sich ohne Erfolg um eine Lehrstelle beworben. Ausbildungsberufe mit hohem Abiturientenanteil sind die kaufmännischen Berufe im Bank-, Versicherungs-, Verlags-, Datenverarbeitungs- und Reiseverkehrsgewerbe sowie im Buchhandel. Im Handwerk sind vor allem Ausbildungsberufe wie Zahntechniker, Tischler, Zimmerer und Augenoptiker von Abiturienten sehr begehrt.
- Neben den anerkannten Ausbildungsberufen werden auch die Berufsakademien und die beruflichen Vollzeitschulen von Abiturienten zunehmend als Alternative zum Studium gewählt, so daß gegenwärtig rund 30 % der Abiturienten Ausbildungswege außerhalb des Hochschulbereichs beschreiten, auch wenn ein Teil davon eine spätere Studienaufnahme schon fest eingeplant hat.
- Weibliche Abiturienten bemühen sich häufiger als männliche um eine Berufsausbildung im dualen System oder um den Besuch einer berufsqualifizierenden Vollzeitschule (insbesondere zur Erlernung eines Gesundheitsberufs). Neben dem Geschlecht beeinflussen auch die Abiturnote, die zuletzt besuchte Schulart, die soziale Herkunft und die Aufstiegsorientierung die Wahl einer Berufsausbildung.
- Die globale Studierquote eines Abiturientenjahrgangs ist im Sinken begriffen; exakte Ermittlungen und zuverlässige Vorausschätzungen sind wegen der Studienaufnahme außerhalb unseres Landes (jeder 5. Studienanfänger) und infolge der wachsenden Neigung zu einer späteren Studienaufnahme erschwert. Es ist aber damit zu rechnen, daß von den Abiturienten 1983 bis zum Jahre 1988 nur etwa 80 % ein Studium aufnehmen werden.
- Die studierwilligen Abiturienten wählen heute im Vergleich zu 1973 häufiger ein Fachhochschulstudium und seltener ein Lehramtsstudium. Die Einschreibungszahlen an Pädagogischen Hochschulen gehen seit 1975 kontinuierlich zurück, während die Zahl der Erstimmatrikulierten an Universitäten mit Studienziel Lehramt nach jahrelangem Rückgang im Wintersemester 1983/84 erstmals wieder angestiegen ist.
- An den Universitäten und Fachhochschulen nimmt die Neigung zur Wahl eines technischen Studienfaches zu. Auch die Fächer Theologie und Geschichte erfahren einen wesentlich stärkeren Zugang als vor 10 Jahren, während vom Lehramtsstudium geprägte universitäre Fächer wie Germanistik und Anglistik an quantitativer Bedeutung verlieren.
- Die gegenwärtigen Hochschulabsolventen legen im Durchschnitt ihr Examen mit ca. 27 Jahren ab, wobei zwischen den Hochschularten, Abschlußarten, Fächern und vor allem den Geschlechtern erhebliche Unterschiede bestehen. Beim Hochschulabschluß in vergleichbaren Studiengängen weisen die Frauen meist ein niedrigeres Durchschnittsalter als die Männer auf, da sie tendenziell früher das Abitur ablegen, früher das Studium begonnen haben, weniger häufig das Studienfach wechseln und im Abschlußfach mit einer kürzeren Studiendauer auskommen.

- Die durchschnittliche Verweildauer im Hochschulbereich beträgt bei universitären Absolventen über 6 Jahre, bei PH- und Fachhochschulabsolventen 4 bis 5 Jahre. Auch hierbei bestehen zwischen den Geschlechtern erhebliche Unterschiede.
- Die Studiendauer im abgeschlossenen Fach liegt im Durchschnitt 1 bis 2 Semester unter der Verweildauer, die insgesamt im Hochschulbereich verbracht wurde. Der Unterschied zwischen Fachstudiendauer und Verweildauer im Hochschulbereich ist besonders hoch bei Medizinerinnen und männlichen Lehramtskandidaten.
- Etwa 95 % der Teilnehmer an universitären Diplomprüfungen schließen diese erfolgreich ab. An Fachhochschulen liegt die Prüfungserfolgsquote wie in den Lehramtsstudiengängen bei 91 %. Die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen melden tendenziell steigende Erfolgsquoten mit Ausnahme der Rechtswissenschaft, in deren Staatsexamen etwa ein Drittel aller Prüfungsteilnehmer scheitern.
- Unter Berücksichtigung der Personen, die ihr Studium vor Erreichen der Prüfung abbrechen, liegt die Erfolgsquote im gesamten Hochschulbereich bei ca. 80 %.

1.2 Struktur und Entwicklung der Berufsakademien

Als Alternative zu einem Hochschulstudium oder zur Ausbildung in einem der anerkannten Ausbildungsberufe des dualen Systems besteht in Baden-Württemberg seit 1974 die Möglichkeit einer Ausbildung an den Berufsakademien des Landes.

Wesentliche Kennzeichen dieses Ausbildungsganges ist die Verknüpfung theoretischer und praktischer Lerninhalte an zwei verschiedenen Lernorten sowie der Einsatz eines seiner Herkunft nach differenzierten überwiegend nebenberuflichen Lehrkörpers.

Für die Studiendauer von in der Regel 3 Jahren übernimmt die Staatliche Studienakademie den theoretischen wissenschaftsbezogenen Ausbildungsteil, während die praxisorientierten Kenntnisse von der Ausbildungsstätte vermittelt werden, mit der der Studierende einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hat. Ausbildungsstätten können Industriebetriebe, Handels- oder Dienstleistungsunternehmen, Praxen der freien Berufe oder Einrichtungen von Trägern sozialer Aufgaben sein. Im etwa 12-wöchigen Wechsel zwischen den beiden Lernorten Studienakademie und Ausbildungsstätte verzahnen sich dem Hochschulniveau vergleichbare theoretische Ausbildungsabschnitte und praktische Berufserfahrung zum Studiengang der Berufsakademie, einem neuartigen Ausbildungsgang des tertiären Bildungsbereiches außerhalb der Hochschulen, mit wichtigen Merkmalen des bewährten Systems der dualen Berufsausbildung.

Das als Ergänzung zum Studienangebot der Universitäten und Fachhochschulen gedachte Ausbildungsangebot der Berufsakademie erfreut sich von Jahr zu Jahr einer steigenden Nachfrage von Abiturienten und interessierter Ausbildungsstätten. Da infolge des praxisorientierten Studienganges ein rascher Übergang ihrer Absolventen in das Berufsleben begünstigt wird, kommt den Berufsakademien in Anbetracht der ansonsten für Akademiker eher unsicheren Situation am Arbeitsmarkt eine wichtige beschäftigungspolitische Bedeutung bei der Sicherung der Chancen der jungen Generation zu.

Durch hohe Flexibilität und aktuellen Praxisbezug ihres Lehrangebotes bilden die Berufsakademien vor allem auch für die mittelständische Wirtschaft ein Führungspotential heran, das bereits während der Ausbildung gezielt mit den Gegebenheiten eines schnellen technologischen Wandels, neuer Organisationsstrukturen und den Hintergründen

neuester wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen und Veränderungen vertraut gemacht wurde.

Ein Studium an der Berufsakademie ist in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen möglich und gliedert sich in zwei Stufen. Nach den 4 Studienhalbjahren der ersten Stufe erfolgt die staatliche Prüfung zum "Wirtschaftsassistenten (Berufsakademie)", "Ingenieurassistenten (BA)" oder im Fachbereich Sozialwesen zum "Erzieher (BA)". Bereits dieser erste Abschluß ermöglicht den Übergang in das Berufsleben auf der Basis einer staatlich anerkannten berufsqualifizierenden Ausbildung und vermindert damit das vergleichsweise hohe "alles oder nichts"-Risiko eines Hochschulstudiums.

Die darauf aufbauende zweite Stufe vertieft und spezialisiert die erworbenen Kenntnisse und führt nach erfolgreicher Abschlußprüfung zur Verleihung der staatlichen Berufsbezeichnungen "Diplom-Betriebswirt (BA)", "Diplom-Ingenieur (BA)" und "Staatlich anerkannter Diplom-Sozialpädagoge (BA)".

Neben den großstädtischen Standorten Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe wurden in den Ober- und Mittelzentren Ravensburg, Heidenheim, Villingen-Schwenningen, Lörrach und Mosbach 5 weitere Berufsakademien eingerichtet. Damit erhalten die Berufsakademien des Landes auch einen wichtigen regional- und strukturpolitischen Stellenwert.

Rechtliche Grundlagen

Die Berufsakademien wurden seit 1974 auf Empfehlung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) zunächst als Modellversuch gefördert und am 4. Mai 1982 mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Berufsakademien im Land Baden-Württemberg (Berufsakademiegesetz-BAG) zu einer Regeleinrichtung des Landes¹.

Nach dem BAG sind Studienakademien nicht rechtsfähige Anstalten des Landes und unterstehen der Aufsicht des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Wie im bis 1982 geltenden Organisationsstatut für die Modellphase findet im BAG die charakteristische Kooperation zwischen den Lernorten Studienakademie und Ausbildungsstätte sowie die Zusammenarbeit mit Hochschulen und anderen Einrichtungen des Bildungswesens, vor allem bei der Gewinnung der Lehrbeauftragten, besondere Berücksichtigung.

¹ Veröffentlicht im GBL 1982, S. 123 ff

Als gemeinsame Gremien der Berufsakademien sind beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst ein Kuratorium und für jeden Ausbildungsbereich eine Fachkommission gebildet worden. Hier wirken Vertreter des Landes, der Studienakademien, der Ausbildungsstätten sowie der Studentenschaft in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und in überörtlichen fachlichen Angelegenheiten zusammen². Auch an den Studienakademien selbst sorgt ein aus dem Direktor, fünf Mitgliedern des Lehrkörpers, sowie aus Vertretern der Ausbildungsstätten und der Studentenschaft gebildeter Koordinierungsausschuß für die Zusammenarbeit und Abstimmung von Ausbildungsinhalten und Studienabläufen zwischen Studienakademie und Ausbildungsstätten.

Voraussetzungen für die Zulassung zum Studium an einer Studienakademie sind die allgemeine oder die dem angestrebten Ausbildungsbereich entsprechende fachgebundene Hochschulreife sowie ein den Grundsätzen des Kuratoriums entsprechendes Ausbildungsvertragsverhältnis mit einer geeigneten Ausbildungsstätte. Empfehlungen über die Eignung von Ausbildungsstätten beschließt das Kuratorium. Die Vorgaben des BAG für Gestaltung und Ablauf des Studiums und der Prüfungen lassen einen insgesamt straff organisierten Studiengang erkennen. Für die Studierenden besteht die Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme an den Lehrveranstaltungen und an den vorgesehenen Leistungskontrollen. Die nach 3 Jahren erfolgreich abgeschlossene Ausbildung an der Berufsakademie steht den vergleichbaren berufsbefähigenden Abschlüssen an staatlichen Hochschulen gleich.

Bedarf an Sonderausbildungsgängen führt zum „Stuttgarter Modell“ als Vorläufer der Berufsakademien

An der Möglichkeit, sich nach Abschluß des Gymnasiums in einem der anerkannten Ausbildungsberufe des dualen Systems ausbilden zu lassen, bestand bei einem Teil der Abiturienten schon lange vor der Epoche nachlassender Studienneigung ein Interesse. Für manche kaufmännischen Berufe galt die Hochschulberechtigung sogar traditionell als vorteilhafte Eingangsqualifikation für gehobene Berufslaufbahnen. Dies galt nicht nur für die in diesem Zusammenhang häufig zitierte Banklehre sondern auch für kaufmännische Ausbildungsgänge in Industrie und Handel. So bot beispielsweise die Firma

Siemens schon seit 1924 im Rahmen der sogenannten Stammhauslehre eine kaufmännische Erstausbildung für Abiturienten an, die in Führungspositionen der mittleren bis höheren Ebene einmündete aber auch Aufstiegschancen in Spitzenpositionen ermöglichte.³ Aus der Sicht zahlreicher Betriebe ergaben sich jedoch bei der Ausbildung von Abiturienten im dualen System vor allem zwei Probleme. Zum einen wurden zwar dort wo möglich Abiturienten in eigenen Klassen beschult, jedoch entsprach der von den Berufsschulen getragene theoretische Unterrichtsteil wegen der meist unterschiedlichen Vorbildung der Auszubildenden in den Berufsschulklassen nicht immer dem höheren Kenntnisstand der Abiturienten sowie den spezifischen Ausbildungsinteressen der Betriebe. Zum anderen sahen potentielle Ausbildungsbetriebe ein Risiko darin, daß sich die Aufwendungen für eine Abiturientenausbildung im Falle einer Studienaufnahme im Anschluß an die Lehre als Fehlinvestition erweisen könnten.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen entstanden verstärkt seit Beginn der 70er Jahre betriebliche Sonderausbildungsgänge für Abiturienten, die im Zeichen knapper werdender Studienplätze vor allem wegen ihres meist innerbetrieblich dargebotenen hohen Theorieanteils sowie guter Aufstiegschancen zunehmend an Attraktivität gewannen.

Im Rahmen einer 1977 durchgeführten Umfrage registrierte das Institut der Deutschen Wirtschaft bei 74 Großunternehmen Sonderausbildungsgänge für etwa 4 000 Abiturienten.⁴ Nach Auskunft der Unternehmen überstieg dabei die Zahl der Bewerbungen die angebotenen Ausbildungsplätze bei weitem. Auf einen Ausbildungsplatz bewarben sich im Durchschnitt 25, maximal sogar 120 Abiturienten.

Einen neuen Weg in der Abiturientenausbildung gingen 1972 die Firmen Robert Bosch, Daimler-Benz und SEL in Form einer Kooperation mit der Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie (VWA) Stuttgart, die in der berufsbegleitenden Heranbildung von Betriebswirten im Rahmen von 6 semestrigen Ausbildungsgängen auf eine langjährige Erfahrung zurückblicken konnte. In dieser Kooperation übernahm die Akademie während der Dauer von 6 Wochen pro Halbjahr die Vermittlung der mit den Ausbildungsbetrieben abgestimmten theoretischen

3 Vgl. hierzu: Deutscher Bildungsrat (Hrsg.), Gutachten und Studien der Bildungskommission Bd. 32, "Abitur und kein Studium", Stuttgart 1974

4 Kramer, Wolfgang, Sonderausbildungsgänge der Wirtschaft für Abiturienten - Ergebnisse einer Umfrage, in: Berichte zur Bildungspolitik 1978 des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln 1978

2 Vgl. hierzu: Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Berufsakademie Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen 1983

schen Ausbildungsteile. Nach 3 bis 4 Studienhalbjahren konnten die Auszubildenden vor der Industrie- und Handelskammer die Prüfung als Industriekaufmann oder Datenverarbeitungskaufmann ablegen. Nach weiteren 3 Halbjahren der zweiten Ausbildungsstufe führte die erfolgreiche Abschlußprüfung zum Wirtschaftsdiplom und zur Verleihung der Bezeichnung Betriebswirt (VWA). Dieses sogenannte "Stuttgarter Modell" wurde 1974 in den Modellversuch "Berufsakademie" des Landes Baden-Württemberg übernommen und kann somit als Vorläufer der Berufsakademien bezeichnet werden.

Zügiger regionaler und fachlicher Ausbau

Am 1. Oktober 1974 nahmen die ersten Berufsakademien in Stuttgart und Mannheim mit insgesamt 163 Studenten den Lehrbetrieb in den Ausbildungsbereichen Wirtschaft und Technik auf. In den Folgejahren fand ein zügiger regionaler Ausbau statt, wobei die neuen Standorte zunächst als Außenstellen von Stuttgart und Mannheim errichtet wurden.

Als Außenstellen der Berufsakademie Stuttgart wurden 1975 die Berufsakademie Villingen-Schwenningen, im Jahre 1976 die Berufsakademie Heidenheim und 1978 die Berufsakademie Ravensburg eingerichtet. Zunächst als Außenstelle der Berufsakademie Mannheim wurden 1979 die Berufsakademie Karlsruhe und 1980 die Berufsakademie Mosbach gegründet. Villingen-Schwenningen und Heidenheim wurden 1979, Ravensburg und Karlsruhe 1981 in selbständige Einrichtungen überführt. Mit der Gründung von Lörrach als achtem und jüngstem Standort fand der regionale Ausbau der Berufsakademien seinen vorläufigen Abschluß. Parallel zum regionalen Ausbau wurde auch das fachliche Angebot der Berufsakademien von Jahr zu Jahr erweitert. Ein Jahr nach dem Start mit den Ausbildungsbereichen Wirtschaft und Technik wurde der Ausbildungsbereich Sozialwesen im Herbst 1975 erstmals in Stuttgart und ein Jahr darauf in Villingen-Schwenningen in das Studienprogramm aufgenommen. Seit 1977 bzw. seit 1980 steht dieser Ausbildungsbe- reich auch in Heidenheim und an der Berufsakademie Mannheim zur Auswahl.

Tabelle 1

Entwicklung der Studentenzahlen an den Berufsakademien seit 1978

Ausbildungsbereich Fachrichtung	Studienjahr				Veränderung 1983/84 gegen 1982/83	Anteil am Insgesamt	
	1978/79	1981/82	1982/83	1983/84		1978/79	1983/84
	Anzahl					%	
Sozialwesen	337	645	758	845	11,5	20,8	19,1
davon							
Arbeit mit alten Menschen	—	—	—	8	100	—	0,2
Arbeit mit Behinderten	93	81	89	100	12,4	—	2,3
Arbeit mit psychisch Kranken	16	45	62	66	6,5	5,7	1,5
Arbeit mit Straffälligen	126	232	245	245	—	1,0	0,7
Heimerziehung	61	66	56	87	55,4	3,8	2,0
Jugendarbeit	41	191	276	309	12,0	2,5	7,0
Soziale Arbeit in der Verwaltung							
Technik	375	715	842	976	15,9	23,1	22,0
davon							
Elektrotechnik	141	287	345	399	15,7	8,7	9,0
Holztechnik	—	—	—	25	100	—	0,6
Maschinenbau	207	418	475	512	7,8	12,8	11,6
Strahlenschutz	27	10	22	40	81,8	1,7	0,9
Wirtschaft	911	1 809	2 163	2 611	20,7	56,1	58,9
davon							
Bank	77	165	198	255	28,8	4,7	5,8
Datenverarbeitung	53	108	145	204	40,7	3,3	4,6
Fremdenverkehr	—	87	153	228	49,0	—	5,1
Handel	100	214	297	377	26,9	6,2	8,5
Industrie	465	808	870	988	13,6	28,7	22,3
öffentliche Wirtschaft	18	47	52	59	13,5	1,1	1,3
Spedition	48	52	74	85	14,7	3,0	1,9
Steuern	—	77	121	163	34,7	—	3,7
Versicherung	150	251	253	252	— 0,4	0,9	5,7
Insgesamt	1 623	3 169	3 763	4 432	17,8	100	100

Tabelle 2

Studierende an den Berufsakademien im Studienjahr 1983/84 nach Ausbildungsbereichen, Fachrichtungen und Standorten

Ausbildungsbereich Fachrichtung	Heidenheim	Karlsruhe	Lörrach	Mannheim	Mosbach	Ravensburg	Stuttgart	Villingen/ Schwenningen
Sozialwesen	121	—	—	123	—	—	364	237
davon								
Arbeit mit alten Menschen	8	—	—	—	—	—	—	—
Arbeit mit Behinderten	—	—	—	—	—	—	—	100
Arbeit mit psychisch Kranken	—	—	—	—	—	—	—	66
Arbeit mit Straffälligen	—	—	—	—	—	—	30	—
Heimerziehung	65	—	—	—	—	—	180	—
Jugendarbeit	—	—	—	22	—	—	65	—
Soziale Arbeit in der Verwaltung	48	—	—	101	—	—	89	71
Technik	56	134	62	247	75	78	324	—
davon								
Elektrotechnik	—	47	21	131	—	24	176	—
Holztechnik	—	—	—	—	25	—	—	—
Maschinenbau	56	47	41	116	50	54	148	—
Strahlenschutz	—	40	—	—	—	—	—	—
Wirtschaft	129	255	83	586	135	336	859	228
davon								
Bank	—	—	—	70	39	—	93	53
Datenverarbeitung	—	13	—	16	—	—	129	46
Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	228	—	—
Handel	44	59	—	92	20	39	123	—
Industrie	85	102	66	185	76	69	318	87
öffentliche Wirtschaft	—	—	—	59	—	—	—	—
Spedition	—	—	17	68	—	—	—	—
Steuern	—	33	—	—	—	—	88	42
Versicherung	—	48	—	96	—	—	108	—
Insgesamt	306	389	145	956	210	414	1 547	465

Auch innerhalb der 3 Ausbildungsbereiche wurden die Studienmöglichkeiten im Laufe der Jahre durch neu hinzukommende Fachrichtungen immer vielfältiger. Waren die drei Ausbildungsbereiche im Jahre 1975 erst in insgesamt 10 Fachrichtungen untergliedert, so konnte ein Studium zu Beginn des Studienjahres 1983/84 bereits in 20 Fachrichtungen aufgenommen werden. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, weist mit 9 Fachrichtungen der Ausbildungsbereich Wirtschaft die stärkste Differenzierung auf, gefolgt vom Ausbildungsbereich Sozialwesen mit insgesamt 7 und dem Ausbildungsbereich Technik mit derzeit 4 Fachrichtungen. Je nach Ausbaustand und regionalem Bedarf ist die Breite des Studienangebotes an den Berufsakademien unterschiedlich stark ausgeprägt. In Stuttgart und Mannheim können die Studierenden zwischen 12 bzw. 11 der insgesamt 20 Fachrichtungen wählen, während in Ravensburg und Mosbach zu Beginn des laufenden Studienjahres 5 und in Lörrach 4 Fachrichtungen eingerichtet waren (Tabelle 2). Unberücksichtigt bei dieser Darstellung bleibt, daß sich im Ausbildungsbereich Technik die

Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbau im 3. Ausbildungsjahr in 9 Vertiefungsfachrichtungen aufteilen.

Schnell zunehmende Studentenzahlen

Die regionale und fachliche Entwicklung der Studienmöglichkeiten an den Berufsakademien des Landes findet ihren Niederschlag in den schnell zunehmenden Studentenzahlen während der letzten 9 Jahre. Bereits im Studienjahr 1978/79, also 4 Jahre nachdem die ersten 163 Abiturienten ihr Studium in Stuttgart und Mannheim begonnen hatten, hatte sich die Zahl der Studierenden verzehnfacht.

Ein Jahr darauf, im Herbst 1979, wurde die Zahl 2000 überschritten und zu Beginn des laufenden Studienjahres 1983/84 wurde nach einer neuerlichen Zunahme um 17,8 % auf nunmehr über 4 400 Studierende die bisherige Höchstmarke erreicht. Damit wurde die im ersten Ausbauplan von 1978 für das Jahr 1985 vorgesehene Zahl der Studienplätze in Höhe von 2 785 schon jetzt bei weitem überschritten.

Vor allem im Ausbildungsbereich Wirtschaft mit seinen stark besetzten Fachrichtungen Industrie, Handel, Banken und Versicherungen war gegenüber dem Studienjahr 1982/83 eine überdurchschnittliche Zuwachsraten in Höhe von 20,7 % zu erkennen. Hohe Zugangszahlen in den Fachrichtungen Industrie und Handel, aber auch der rasche Ausbau in den Fachrichtungen Datenverarbeitung, Fremdenverkehr und Steuern ließen den Anteil der Auszubildenden im Bereich Wirtschaft am gesamten Studentenbestand der Berufsakademien zwischen 1978 und 1983 um 2,8 Prozentpunkte auf nunmehr 58,9 % anwachsen. Allein die rund 990 angehenden Betriebswirte der Fachrichtung Industrie stellen derzeit 22,3 % aller Studierenden an den Berufsakademien und knapp 38 % der Studenten des Ausbildungsbereiches Wirtschaft. Zwar ergeben sich in den Ausbildungsbereichen Technik und Sozialwesen gegenüber dem Studienjahr 1982/83 ebenfalls Zunahmen der Studentenzahlen in Höhe von 15,9 % bzw. 11,5 %, jedoch verläuft der Ausbau in diesen Bereichen, trotz der seit

1983 neu angebotenen Fachrichtungen Holztechnik (Mosbach) und "Arbeit mit alten Menschen" (Heidenheim) verhaltener.

1983/84: 1 765 Studienanfänger

Noch mehr als durch die Entwicklung der Bestandszahlen wird das zunehmende Interesse an einem Berufsakademiestudium durch die gegenüber dem Studienjahr 1982/83 um 24 % auf 1 765 angestiegene Zahl der Studienanfänger unterstrichen. Überdurchschnittliche Steigerungsraten bei den Neuzugängen waren im Fachbereich Wirtschaft (+ 29 %) und hier vor allem in den Fachrichtungen Datenverarbeitung (+ 77,2 %) und Fremdenverkehr (+ 45,3) zu beobachten (Tabelle 3).

Während die Zahl der neueingetretenen Studenten im Ausbildungsbereich Technik gegenüber dem Vorjahr knapp unterdurchschnittlich aber immerhin noch um 21,4 %

Tabelle 3

Entwicklung der Neuzugänge an den Berufsakademien nach Ausbildungsbereichen und Fachrichtungen

Ausbildungsbereich Fachrichtung	Neuzugänge			Veränderung		Anteile der Neuzugänge am Insgesamt		Eintrittsquote ¹⁾	
	1981	1982	1983	1982 gegen 1981	1983 gegen 1982	1981	1983	1982	1983
	Anzahl			%					
Sozialwesen	261	274	309	5,0	13,7	20,9	17,5	36,1	36,6
davon									
Arbeit mit alten Menschen	—	—	8	—	100	—	0,4	—	100
Arbeit mit Behinderten	28	37	34	32,2	— 8,1	2,2	1,9	41,6	34,0
Arbeit mit psychisch Kranken	24	23	22	— 4,2	— 4,3	1,9	1,6	37,1	33,3
Arbeit mit Straffälligen	11	9	10	— 18,2	11,1	0,9	0,6	30,0	33,3
Heimerziehung	87	78	80	— 10,3	2,6	7,0	4,5	31,8	32,7
Jugendarbeit	17	24	46	41,2	91,7	1,4	2,6	42,9	52,9
Soziale Arbeit in der Verwaltung	94	103	109	9,6	5,8	7,5	6,2	37,3	35,3
Technik	292	309	375	6,2	21,4	23,4	21,2	36,6	38,4
davon									
Elektrotechnik	119	133	147	11,8	10,5	9,5	8,3	38,6	36,8
Holztechnik	—	—	25	—	100	—	1,4	—	100
Maschinenbau	163	164	186	0,6	14,6	13,0	10,5	34,5	36,3
Strahlenschutz	10	12	17	20,0	41,7	0,8	1,0	54,5	42,5
Wirtschaft	696	840	1 081	20,7	28,7	55,7	61,2	38,8	41,4
davon									
Bank	68	77	91	13,2	18,2	5,4	5,2	38,9	35,7
Datenverarbeitung	47	57	101	21,3	77,2	3,8	5,7	39,3	49,5
Fremdenverkehr	44	75	109	70,5	45,3	3,5	6,2	49,0	47,8
Handel	98	125	154	27,6	23,2	7,8	8,7	42,1	40,8
Industrie	286	324	396	13,3	22,2	22,9	22,4	37,2	40,1
öffentliche Wirtschaft	15	20	24	33,3	20,0	1,2	1,4	38,5	40,7
Spedition	19	35	34	84,2	— 2,9	1,5	1,9	47,3	40,0
Steuern	37	48	81	24,3	68,8	3,0	4,6	39,7	49,7
Versicherung	82	79	91	— 3,7	15,2	6,6	5,1	31,2	36,1
Insgesamt	1 249	1 423	1 765	13,9	24,0	100	100	37,8	39,8

1) Verhältnis der Neueintritte zum Studentenbestand.

zunahm, sollen wegen der derzeit knapperen Stellensituation am Arbeitsmarkt die Aufnahmekapazitäten im Ausbildungsbereich Sozialwesen nicht mehr erhöht werden. Im Herbst 1983 haben hier insgesamt 309 Auszubildende ihr Studium aufgenommen, das sind nur 35 Anfänger oder 12,7 % mehr als im Vorjahr. Allerdings war diese Entwicklung im wesentlichen nur der Einführung der Fachrichtung Jugendarbeit an der Studienakademie Mannheim sowie dem gestiegenen Interesse an der Fachrichtung "Soziale Arbeit in der Verwaltung" an der Studienakademie Villingen-Schwenningen zu verdanken. Ansonsten sind bei den Neuzugängen im Ausbildungsbereich Sozialwesen, außer in der Fachrichtung Jugendarbeit, keine nennenswerten Steigerungsraten mehr zu beobachten. In den Fachrichtungen Arbeit mit Behinderten und Arbeit mit psychisch Kranken blieb die Zahl der Studienanfänger sogar unter den Werten des Vorjahres.

Vergleicht man die an der Gesamtzahl der Studienanfänger gemessenen Anteile der Neuzugänge in den 3 Ausbildungsbereichen mit den jeweiligen Bestandsanteilen (Wirtschaft 58,9 %, Technik 22,0 % und Sozialwesen 19,1 %), so ergibt sich auch hieraus deutlich das weiter zunehmende Gewicht des Ausbildungsbereiches Wirtschaft, in dem zu Beginn des laufenden Studienjahres über 1 080 oder 61,2 % der Neuzugänge Aufnahme fanden. Dagegen stellen die Ausbildungsbereiche Technik und Sozialwesen nur 21,2 % bzw. 17,5 % aller Neueintritte und bleiben damit unter ihren Anteilen in der Bestandsstruktur.

Während die Zugangszahlen im Hochschul- und Fachhochschulbereich im wesentlichen durch die Stärke der Abiturientenjahrgänge, durch die Entwicklung der Studierneigung sowie durch die vorhandenen Aufnahmekapazitäten bestimmt sind, richtet sich die Zahl der Studienanfänger an den Berufsakademien in erster Linie nach den Ausbildungsentscheidungen und den mittelfristigen Personaleinsatzplanungen der Ausbildungsstätten. Die steigende Zahl der Neuzugänge an den Berufsakademien muß deshalb nicht zuletzt auch auf die positiven Erfahrungen der Ausbildungsbetriebe mit zwischenzeitlich 7 Absolventenjahrgängen zurückgeführt werden. Auf Basis dieser Erfahrungen werden darüber hinaus aber auch Ausbildungsentscheidungen in solchen Betrieben initiiert, die dem Modell Berufsakademie bisher eher abwartend gegenüberstanden, oder die es bislang nur schemenhaft kannten.

Als Indikator für die Nachfrageintensität der Ausbildungsstätten und für den erreichten Ausbaugrad in den einzelnen Ausbildungsbereichen und Standorten der Berufsakade-

Tabelle 4

Neuzugänge an den Berufsakademien nach Standorten

Berufsakademien	Neuzugänge		Veränderung	Eintrittsquote ¹⁾
	1982	1983	1983 gegen 1982	1983
	Anzahl		%	
Insgesamt	1 423	1 765	24,0	39,8
davon				
Heidenheim	98	129	31,6	42,2
Karlsruhe	113	163	44,2	41,9
Lörrach	58	56	- 3,6	38,6
Mannheim	301	377	25,2	39,4
Mosbach	49	122	149,0	58,1
Ravensburg	142	182	28,2	44,0
Stuttgart	505	558	10,5	36,1
Villingen-Schwenningen	157	178	13,4	38,3

1) Verhältnis der Neueintritte zum Studentenbestand.

mien des Landes kann infolgedessen auch ein Vergleich der Eintrittsquoten als Relation zwischen Studienanfängerzahlen und Studentenbestand Aufschlüsse geben. Im Landesdurchschnitt stieg die Eintrittsquote gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozentpunkte von 37,8 % auf 39,8 %, obwohl sich infolge starker Zugänge in den Vorjahren schon zwei gutbesetzte Jahrgänge im System befinden.

Wie nach der vorangegangenen Betrachtung der Neuzugänge zu erwarten war, liegen die Eintrittsquoten im Ausbildungsbereich Wirtschaft mit 41,4 % über dem Durchschnitt, wobei die Fachrichtungen Steuern, Datenverarbeitung und Fremdenverkehr Höchstwerte zwischen 47,8 % und 49,5 % erreichen. Im Ausbildungsbereich Technik ist die Eintrittsquote im Vergleich zum Vorjahr von 36,6 % auf 38,4 % angestiegen, wobei für die nächsten Jahre ein zunehmender Ausbildungsbedarf in der neuen Fachrichtung Holztechnik (Mosbach) sowie in der Fachrichtung Strahlenschutz (Karlsruhe) zu erwarten ist. Mit Ausnahme der Fachrichtungen Jugendarbeit (52,9 %) und Soziale Arbeit in der Verwaltung (35,3 %) sind die Eintrittsquoten im Ausbildungsbereich Sozialwesen durchweg unter die 35 Prozentmarke gefallen.

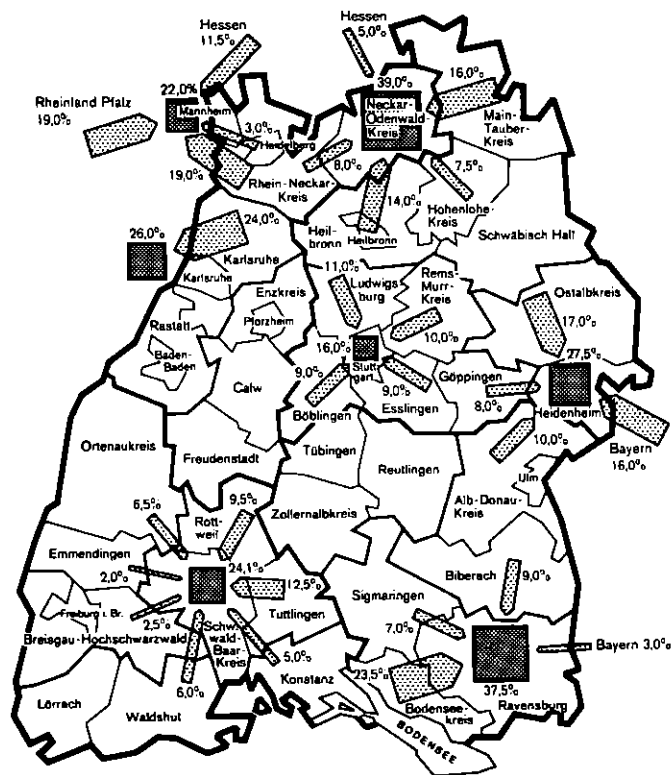
Ein regionaler Vergleich ergibt überdurchschnittliche Eintrittsquoten für die Berufsakademien Mosbach (58,1 %) und Ravensburg (44,0 %) sowie für Heidenheim und Karlsruhe (Tabelle 4).

Die meisten Studierenden kommen aus der näheren Umgebung der Berufsakademie

Bei der Standortwahl für die Berufsakademien waren neben der aus Gründen der Zusammenarbeit gebotenen verkehrsgünstigen Lage zu Hochschul- und Fachhochschulstandorten sowie der erforderlichen Nähe zu einer möglichst großen Zahl von potentiellen Ausbildungsstätten vor allem auch regional- und strukturpolitische Gesichtspunkte ausschlaggebend. Außerhalb der großstädtischen Standorte tragen die Berufsakademien nicht nur zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verbesserung eines Standortes bei, indem sie den regionalen Bestand an gut ausgebildeten Führungskräften sichern, sondern wirken auch der Abwanderung begabter Nachwuchsreserven aus dem ländlichen Raum entgegen.

Wie eine Untersuchung über die Wohnsitzverteilung von 1 734 der insgesamt 2 061 Studierenden des Studienjahres 1979/80 ergab, hatte mindestens jeder 5. Studierende an den Berufsakademien seinen ständigen Wohnsitz am Ort oder im Landkreis des jeweils besuchten Akademiestandortes (Tabelle 5). Aus den angrenzenden Kreisen innerhalb Baden-Württembergs kamen zusätzlich weitere 35,2 % der Studierenden, so daß die ständigen Wohnsitze von insgesamt knapp 56 % aller Studierenden dem Nahbereich des Akademiestandortes zuzurechnen waren. In Ravensburg und Villingen-Schwenningen hatten sogar 76,5 % bzw. 68,3 % der Studierenden ih-

Schaubild 1
Die Einzugsgebiete der Berufsakademien¹⁾



1) Einzugsbereiche anhand der Wohnsitzverteilung der Studierenden im Jahre 1980. Für Mosbach Wohnsitzverteilung auf Basis der Verhältnisse im Studienjahr 1983/84. Die Einzugsfleile und Standortblöcke sind mit den Prozentanteilen der Studierenden aus den betreffenden Kreisen am Gesamtbestand des Akademiestandortes versehen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 194 84

Tabelle 5
Einzugsgebiet der Berufsakademien im Studienjahr 1979/80

Berufsakademien	Von den Studierenden hatten ihren ständigen Wohnsitz		
	im Kreis des Standortes	in angrenzenden Kreisen Baden-Württembergs	außerhalb Baden-Württembergs
	%		
Insgesamt	20,7	35,2	16,0
davon			
Heidenheim	27,4	34,8	17,0
Karlsruhe	26,1	23,9	—
Mannheim	21,7	22,2	37,0
Mosbach ¹⁾	39,0	45,2	10,5
Ravensburg	37,3	39,2	3,9
Stuttgart	16,1	39,4	11,0
Villingen-Schwenningen	24,1	44,2	3,5

1) Berufsakademie Mosbach: aktuelle Zahlen des Studienjahres 1983/84.

ren ständigen Wohnsitz in der näheren Umgebung ihrer Akademie. Im Vergleich hierzu haben nur 34,5 % der Hochschulstudenten in Baden-Württemberg ihren ständigen Wohnsitz im Nahbereich der jeweils besuchten Universität. Die besondere Anziehungskraft der Berufsakademien auf die Abiturienten der unmittelbaren Nachbarschaft von Akademiestandorten in Ober- und Mittelzentren des Landes geht auch aus einer aktuellen Einzugsgebietsuntersuchung für die Berufsakademie Mosbach hervor. Von den 210 Studierenden des laufenden Studienjahres 1983/84 hatten 39 % ihren ständigen Wohnsitz im Neckar-Odenwald-Kreis und 45,2 % kamen aus angrenzenden Kreisen des Landes (Schaubild 1).

Dagegen wohnten nach den Untersuchungsergebnissen von 1980 nur 44 % der Studierenden der Berufsakademie Mannheim in den Stadtkreisen Mannheim und Heidelberg oder im Rhein-Neckar-Kreis. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß in Mannheim mit 37 % ein hoher Anteil der Studierenden aus anderen Bundesländern, vor allem aus benachbarten Gebieten in Rhein-

Tabelle 6

Anteil der Studierenden mit außerhalb Baden-Württembergs abgelegter Hochschulreifeprüfung im Studienjahr 1983/84

Berufsakademien Ausbildungsbereiche	Anteil an den Studierenden insgesamt	Darunter im 1. Studienjahr
	%	
Berufsakademien insgesamt	20,3	21,4
davon		
Heidenheim	14,7	17,1
Karlsruhe	14,1	14,7
Lörrach	1,4	—
Mannheim	44,5	44,0
Mosbach	10,5	12,3
Ravensburg	15,0	18,3
Stuttgart	15,6	16,5
Villingen-Schwenningen	8,0	11,5
Ausbildungsbereiche		
davon		
Sozialwesen	16,1	18,1
Technik	27,1	27,0
Wirtschaft	18,8	20,3

land-Pfalz (19,3 %) und Hessen (11,6) stammen. An allen Berufsakademien betrug der Anteil der Studierenden aus anderen Bundesländern im Studienjahr 1979/80, im Durchschnitt 16 %, wobei auch in Heidenheim ein hoher Anteil von 17 % der Studierenden aus den bayerischen Nachbarkreisen festzustellen war.

Für Abiturienten aus anderen Bundesländern, in denen es vergleichbare Einrichtungen nicht oder nur in bescheidenem Umfang gibt, werden die Berufsakademien Baden-Württembergs immer attraktiver. Dies ist auch aus dem zunehmenden Anteil von Studenten zu entnehmen, die ihre Hochschulreife außerhalb Baden-Württembergs erworben haben. Im laufenden Studienjahr 1983/84 sind dies 20,3 % des Gesamtbestandes, bei den Neuzugängen beläuft sich der Anteil sogar auf 21,4 % (Tabelle 6). Auch hier sind wiederum die Studierenden der Berufsakademie Mannheim zu nennen, die zu 44,5 % ihr Abitur in anderen Bundesländern abgelegt haben. Mit insgesamt 488 werden die meisten Abiturienten von außerhalb Baden-Württembergs im Bereich Wirtschaft ausgebildet. Den höchsten Anteil stellen Abiturienten aus anderen Bundesländern mit über 27 % allerdings im Ausbildungsbereich Technik.

Infolge des Interesses aus anderen Bundesländern, aber auch wegen des wachsenden Bekanntheitsgrades der Berufsakademien

über die Region ihrer Standorte hinaus, muß im Verlauf der Zeit mit einer Abschwächung des engen Regionalbezuges gerechnet werden. Dies gilt vor allem für jene Standorte, die spezielle Ausbildungsangebote zum Teil als einziger Standort anbieten. Als Beispiel seien die Fachrichtungen Fremdenverkehr in Ravensburg, Strahlenschutz in Karlsruhe, Holztechnik in Mosbach sowie eine Reihe von Fachrichtungen im Ausbildungsbereich Sozialwesen genannt.

Wachsende Lehrbeteiligung von Fachkräften aus der Berufspraxis

Während das wissenschaftliche Personal an den Hochschulen des Landes zu fast 79 % hauptberuflich tätig ist und sich der Einsatz von hauptamtlichen und nebenberuflichen Lehrpersonen bei den Fachhochschulen die Waage hält, unterrichten an den Studienakademien überwiegend nebenberufliche Lehrkräfte. Den zu Beginn des Studienjahres 1982/83 gezählten 69 hauptamtlichen Lehrpersonen standen im Verlauf des Studienjahres rund 3 500 nebenberufliche Dozenten gegenüber. Sie übernahmen im Studienjahr 1982/83 zusammen rund 107 000 Lehrveranstaltungsstunden, das sind über 86 % des Gesamtangebotes in Höhe von 123 855 Stunden.

Das Berufsakademiegesetz sieht vor, daß neben den hauptberuflichen Mitgliedern des Lehrkörpers, das sind der Direktor, sein Stellvertreter, die Ausbildungsbereichsleiter sowie die Fachleiter und Dozenten, Lehrbeauftragte aus dem Bereich der Hochschulen, der Fachhochschulen, der Schulen, der Wirtschaft, der Sozialeinrichtungen und der Verwaltung gewonnen werden sollen. Diese Lehrauftragsorganisation auf Basis einer differenzierten Lehrkörperschaft hat sich bereits während der Modellphase als zweckmäßig erwiesen. Hochschullehrer gewährleisten die Nähe des Ausbildungsganges zu Wissenschaft und Forschung, während Dozenten von Fachhochschulen schwerpunktmäßig in jenen Unterrichtsbereichen zum Einsatz kommen, die den Anwendungsbezug wissenschaftsbezogener Kenntnisse vermitteln sollen. Propädeutisch orientierte Lehrveranstaltungen werden überwiegend von Lehrkräften des beruflichen Schulbereiches getragen, die neben ihrem spezifischen Fachwissen zusätzlich pädagogisch-didaktische Akzente in das Unterrichtsspektrum einbringen. So überrascht es nicht, daß bei der Bewältigung der Lehrveranstaltungsstunden der Berufsakademien im Studienjahr 1982/83 Dozenten aus Hochschulen und Fachhochschulen zu 13 % bzw. 16 % und Lehrkräfte aus dem beruflichen Schulwesen zu 19 % beteiligt waren (Tabelle 7).

Tabelle 7

Lehrauftragsverteilung an den Berufsakademien nach Ausbildungsbereich, Studienjahr und Zahl der Vorlesungsstunden

Studienjahr	Vorlesungs- stunden insgesamt	Davon wurden erteilt von				
		hauptamtlichen Lehrkräften	nebenberuflichen Dozenten aus dem Bereich der			
			beruflichen Praxis	wissenschaftlichen Hochschulen	Fachhoch- schulen	Schulen
	Anzahl	%				
Insgesamt						
1979/80	69 046	15,4	31,3	15,8	15,8	21,7
1980/81	85 434	15,2	33,6	14,3	16,5	20,3
1981/82	103 828	14,2	34,7	13,0	15,7	22,4
1982/83	123 855	13,7	38,3	13,0	15,9	19,1
Wirtschaft						
1979/80	32 158	13,0	29,5	19,5	11,1	26,9
1980/81	44 857	11,8	35,2	16,1	11,8	25,1
1981/82	53 966	10,8	35,4	14,8	12,1	26,9
1982/83	62 754	9,7	39,3	14,9	12,5	23,6
Technik						
1979/80	22 434	13,6	26,8	13,5	24,9	21,2
1980/81	24 936	17,3	23,4	11,3	29,0	19,0
1981/82	30 792	15,0	23,8	11,2	27,3	22,7
1982/83	38 624	16,2	28,1	9,4	27,1	19,2
Sozialwesen						
1979/80	14 454	23,6	42,0	11,2	12,3	10,8
1980/81	15 641	22,1	45,4	14,0	9,8	8,7
1981/82	19 070	22,4	50,5	10,6	7,3	9,2
1982/83	22 477	20,5	53,1	13,7	6,1	6,6

Ein besonderes Gewicht erhält aufgrund der Verknüpfung von Wissenschaftsbezug und Praxisnähe der Einsatz von bewährten Fachkräften aus der beruflichen Praxis. Sie bestritten in den vergangenen Jahren zwischen 31 % und 38 % der Lehrveranstaltungsstunden. Hierdurch gewinnen die Studierenden nicht nur einen Überblick über den Transfer theoretisch-wissenschaftsbezogener Kenntnisse bis hin zum praktischen Einsatz vor Ort, sondern über die praktische Ausbildung in ihren Ausbildungsstätten hinaus auch wertvolle Erfahrungen über die aktuellen Entwicklungen in der Praxis ihrer künftigen beruflichen Einsatzgebiete.

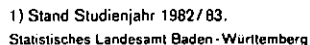
Im Verlauf der letzten Jahre sind insgesamt leichte Rückgänge der Unterrichtsanteile beim hauptamtlichen Personal, bei den Hochschullehrern und gegenüber dem Studienjahr 1981 auch bei den Lehrkräften aus Schulen zu beobachten. Dagegen stieg der Unterrichtsanteil von Lehrbeauftragten aus der beruflichen Praxis seit 1979 kontinuierlich von 31,3 % auf 38,3 %.

Auch beim Vergleich der drei Ausbildungsbereiche sind in der Verteilung der Unter-

richtsstunden auf die Herkunftsarten der Dozenten beträchtliche Unterschiede festzustellen. Im Ausbildungsbereich Sozialwesen dominiert mit einem Unterrichtsanteil von 53 % der Einsatz von Lehrbeauftragten aus der beruflichen Praxis, was mit der besonderen Ausrichtung der Lehrinhalte auf die praktische Betreuung hilfebedürftiger Menschen erklärt werden kann. "Das Kennenlernen des Alltags und der in ihm erforderlichen Handlungsvollzüge ist ein zentraler Gegenstand der Ausbildung an der Berufsakademie im Ausbildungsbereich Sozialwesen"⁵.

Im Vergleich zu den Ausbildungsbereichen Wirtschaft und Technik entfällt im Sozialwesen auch ein überdurchschnittlicher Anteil von 20,5 % der Unterrichtsstunden auf hauptamtliche Dozenten. Dagegen wird im Fachbereich Technik ein vergleichsweise hoher Anteil der Lehrveranstaltungsstunden (36,5 %) von Hochschul- und Fachhochschullehrern bestritten, während es im Fachbereich Wirt-

⁵ Vgl. hierzu: Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Sozialpädagogik an der Berufsakademie Baden-Württemberg, in "Bildung in neuer Sicht", Nr. 40, Stuttgart 1980



Wie eingangs bereits angedeutet, kann der flexible Einsatz von Lehrpersonen unterschiedlicher Herkunftsart im regional und fachlich verfügbaren Reservoir an entsprechenden Fachleuten seine Grenzen finden. Nebenberuflich tätige Dozenten aus dem Hochschul- und Fachhochschulbereich dürften sich beispielsweise umso schwieriger verpflichten lassen, je entfernter bzw. verkehrsgünstiger der Standort einer Berufsakademie zu Standorten von Hochschulen oder Fachhochschulen liegt. So weisen etwa die Berufsakademien Lörrach, Ravensburg und Heidenheim die geringste Unterrichtsbeeteiligung von Fachhochschullehrern auf, während letztere in Mannheim und Stuttgart mit 35,6 % bzw. 32,9 % überdurchschnittliche Unterrichtsanteile übernehmen (Schaubild 2). Villingen-Schwenningen kann sich durch die verkehrsgünstige Lage zwischen den Hochschulstandorten Freiburg, Konstanz und Tübingen einen hohen Anteil nebenberuflicher Lehrkräfte aus wissenschaftlichen Hochschulen sichern. Demgegenüber kommt der Berufsakademie Mosbach die Nähe zur Fachhochschule Heilbronn zugute.

Der rasche Ausbau der Berufsakademien des Landes wäre wohl kaum denkbar gewesen, wenn die Idee einer engeren Verknüpfung von Bildungs- und Beschäftigungssystem nicht auf lebhaftes Interesse von seiten der Ausbildungsträger gestoßen wäre. Trotz vielfach unsicherer Wirtschaftslage und zurückhaltender Einstellungspolitik haben sich von Jahr zu Jahr mehr Betriebe und Einrichtungen für die Ausbildung qualifizierter Nachwuchskräfte an der Berufsakademie entschieden. Im Studienjahr 1980/81 wurden bereits Ausbildungsverhältnisse mit fast 1 000 Betrieben registriert, und im laufenden Studienjahr 1983/84 bilden 1 859 Ausbildungsstätten Abiturienten an den Berufsakademien aus. Eine Auswertung der in den Ausbildungsbereichen Wirtschaft und Technik beteiligten Betriebe im Studienjahr 1978/79 ergab, daß es sich dabei zu fast 60 % um Betriebe in kleineren und mittleren Beschäftigtengrößenklassen bis zu 500 Mitarbeitern handelte. Etwa 16 % der Betriebe hatten 500 bis 1 000 und 24 % über 1 000 Beschäftigte.

Die Zahl der beteiligten Ausbildungsträger ist im Studienjahr 1983/84 auf nunmehr 1 859 angestiegen. Über 1 100 Betriebe, das sind knapp 60 % aller Ausbildungsstätten, lassen ihre Abiturienten in den Fachrichtungen des Ausbildungsbereiches Wirtschaft unterweisen, während auf die Bereiche Sozialwesen und Technik 27,9 % bzw. 12,5 % der registrierten Ausbildungsstätten entfallen (Tabelle 8). Dem weiter zunehmenden Inte-

Zahl der an den Ausbildungsgängen der Berufsakademien beteiligten Betriebe und Einrichtungen nach Ausbildungsbereich und Studienjahr

Aus- bildungs- bereich	Studienjahr		
	1981/82	1982/83	1983/84
Insgesamt	1 434	1 627	1 859
davon			
Sozial- wesen	505	569	519
Technik	191	177	233
Wirtschaft	738	881	1 107

resse von Betrieben an einer Kooperation mit den Ausbildungsbereichen Wirtschaft und Technik der Studienakademien steht allerdings im laufenden Studienjahr eine rückläufige Beteiligung von Ausbildungseinrichtungen im Sozialwesen gegenüber. Obwohl per Saldo 50 Ausbildungsstätten weggefallen sind, ist der Studentenbestand im Bereich Sozialwesen gegenüber dem Vorjahr um 87 Personen oder 11,5 % gestiegen. Dies führt zu einer Erhöhung der Relation "Studierende je Ausbildungseinrichtung" von 1,3 auf 1,6. Kamen im Studienjahr 1982/83 im Bereich Sozialwesen auf 10 Ausbildungsstätten im Schnitt noch 13 Studierende, so sind es im laufenden Studienjahr 16.

Über alle Ausbildungsbereiche hinweg ergibt sich eine Relation von 2,4, wobei im Ausbildungsbereich Technik mit 4,2 Auszubildenden je Betrieb die höchste Konzentration zu beobachten ist, während im Ausbildungsbereich Wirtschaft 2,4 Studierende auf einen Betrieb kommen. Bei diesen Angaben handelt es sich jeweils nur um Durchschnittswerte, die innerhalb der Fachbereiche und je nach Ausbildungsbedarf der beteiligten Ausbildungsstätten stark variieren.

Allerdings hängt die Relation "Studierende pro Ausbildungsbetrieb" weitaus weniger mit regionalen Betriebsgrößenstrukturen zusammen, wie man ursprünglich annehmen könnte. Dies gilt um so mehr, als sich infolge des stark angewachsenen Bekanntheitsgrades des neuen Ausbildungsganges die Standorte der Ausbildungsbetriebe bei weitem nicht mehr so stark wie zu den Gründungszeiten der Studienakademien auf deren unmittelbares Einzugsgebiet konzentrieren. Zwar liegen hierüber keine statistischen Angaben vor, jedoch belegt eine aus Informationsmaterialien der Studienakademien und Felduntersuchungen für 3 Akademiestandorte exemplarisch ermittelte Standortverteilung der beteiligten Ausbildungsstätten, daß von diesen nur etwa die Hälfte dem Nahbereich der Akademien zugeordnet werden konnten (Tabelle 9). Dabei wurde der Nahbereich als Zusammenfassung des Standortkreises der Akademie und den angrenzenden baden-württembergischen Stadt- und Landkreisen definiert. Fast 30 % der beteiligten Ausbildungsstätten haben danach ihren Sitz in anderen Landesteilen und jede 5. Ausbildungsstätte ist außerhalb Baden-Württembergs angesiedelt.

Wie aus der Wohnsitzverteilung der Studierenden bereits zu erkennen war, ergibt sich insbesondere an den Standorten Mannheim und Heidenheim ein reges Interesse von Betrieben aus den benachbarten Gebieten anderer Bundesländer. Dagegen überwiegen in Villingen-Schwenningen nicht zuletzt wegen

Tabelle 9

Standortverteilung der beteiligten Ausbildungsstätten nach Ausbildungsbereich und Zahl der beteiligten Betriebe 1983

Standort Ausbildungsbereich	Beteiligte Betriebe ¹⁾	Davon hatten ihren Standort		
		im Nahbe- reich ²⁾	in anderen Landes- teilen	außerhalb Baden- Württem- bergs
	Anzahl	%		
Mannheim zusammen	271	44,6	19,6	35,8
davon in den Bereichen				
Sozialwesen	21	52,4	23,8	23,8
Technik	32	37,5	12,5	50,0
Wirtschaft	218	45,0	20,1	34,9
Heidenheim zusammen	177	50,3	34,4	15,3
davon in den Bereichen				
Sozialwesen	71	46,5	36,6	16,9
Technik	22	59,1	31,8	9,1
Wirtschaft	84	51,2	33,3	15,5
Villingen-Schwenningen zusammen	277	55,2	36,9	7,9
davon in den Bereichen				
Sozialwesen	112	36,6	45,5	17,9
Wirtschaft	165	70,3	28,5	1,2
Insgesamt	725	50,6	29,4	20,0
davon				
Sozialwesen	204	41,7	31,8	26,5
Technik	54	46,3	20,4	33,3
Wirtschaft	467	55,0	18,2	26,8

1) Es handelt sich um Betriebe, die sich am Ausbildungsgang beteiligen, beteiligt haben oder bereit sind, Bewerber aufzunehmen. —

2) Im Standortkreis der Berufsakademie und in den angrenzenden Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs.

der zentralen Lage des Schwarzwald-Baar-Kreises zu 6 angrenzenden Landkreisen die Ausbildungsstätten aus dem Nahbereich.

Auch nach Ausbildungsbereichen ergibt sich eine unterschiedliche Standortverteilung der beteiligten Ausbildungsstätten. Da der Bereich Wirtschaft mit seinen lebhaft nachgefragten Fachrichtungen Industrie und Handel an allen Akademiestandorten angeboten wird, entstehen zwischen den Einzugsgebieten der Akademien weniger konkurrierende Momente als beispielsweise im Bereich Sozialwesen, der nur an 4 Standorten geführt wird. Deshalb konzentrieren sich im Bereich Wirtschaft die Betriebsstandorte mit 55 % weitaus mehr im Nahbereich der Akademien, während die Ausbildungsbereiche Sozialwesen mit Ausbildungsstätten zusammenarbeiten, die ihren Sitz nur zu 41,7 % im näheren Einzugsbereich der Akademien haben. Am deutlichsten sind diese Unterschiede in Villingen-Schwenningen zu erkennen, wo nur 36,6 % der im Sozialwesen beteiligten Ausbildungseinrichtungen ihren Standort in den 7 Kreisen des

Nahbereiches der Akademie haben, während sich 45,5 % der Ausbildungsstätten auf weitere 25 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs verteilen.

Mehr Bewerber als Ausbildungsplätze

Während 75 % der weiblichen Studierenden im Anschluß an das Abitur im Alter von 19 bzw. 20 Jahre in die Berufsakademie eintreten, beginnen die männlichen Studenten ihr Studium zu 60 % im Anschluß an den Wehrdienst im Alter von 20 bis 21 Jahren. Etwa 11 % der männlichen Studienanfänger sind 23 Jahre und älter, was auf den Zugang von Studienabbrechern aus Hochschulen sowie von Zeitsoldaten nach Bundeswehrrückgang zurückzuführen ist.

Wie eine Auswertung der Studierenden des Jahrganges 1979/80 nach ihrer schulischen Vorbildung ergab, hatten seinerzeit etwa 69 % ihre Reifeprüfung an allgemeinbildenden Gymnasien und 31 % an beruflichen Fachgymnasien abgelegt. Aktuelle Einzeluntersuchungen deuten allerdings darauf hin, daß die Abiturienten aus beruflichen Gymnasien mittlerweile einen Anteil von 40 % der Studierenden an den Berufsakademien stellen. Allein rund 28 % der Studenten haben ihre Hochschulreife an einem Wirtschaftsgymnasium erworben.

Als Grundvoraussetzung für den Zugang zur Berufsakademie bedarf es, wie eingangs erwähnt, neben der Hochschulreife eines Auszubildenden mit einem geeigneten Betrieb oder im Bereich Sozialwesen mit einer entsprechenden Einrichtung. Über die Relation zwischen angebotenen Ausbildungsplätzen und Bewerberzahlen liegen keine aktuellen Daten vor. Eine Umfrage im Rahmen der wissenschaftlichen Begleituntersuchung ergab jedoch bereits für das Jahr 1976, daß sich auf die 242 von den befragten Betrieben angebotenen Ausbildungsstellen im Durchschnitt jeweils etwa 16 Abiturienten beworben haben⁶. Mit durchschnittlich 25 Bewerbern pro ausgeschriebenem Ausbildungsplatz war der Bereich Wirtschaft am begehrtesten, während in den Bereichen Technik und Sozialwesen etwa 8 bzw. 10 Bewerber auf eine Stelle kamen.

Wie partielle Untersuchungen und Befragungen zeigen, liegen die derzeitigen durchschnittlichen Ausbildungsvergütungen im ersten Studienjahr bei DM 615,-, im 2. Jahr

bei DM 705,- und im letzten Ausbildungsjahr bei DM 815,- pro Monat. Hieraus resultiert für die Dauer von 3 Jahren eine durchschnittliche monatliche Ausbildungsvergütung in Höhe von DM 713,-. Im Bereich Wirtschaft liegen die festgestellten Durchschnittswerte mit DM 742,- höher als im Bereich Technik (DM 660,-).

Geringe Studienabbrecherquoten

Die Ausbildung an den Berufsakademien stellt die Studienanfänger vor eine harte Belastungsprobe, da pro Semester neben der 12-wöchigen Praxisausbildung in den Betrieben für weitere 12 Wochen ein intensiver Theorieunterricht an den Studienakademien bewältigt werden muß. Für die hierbei anfallenden durchschnittlich 31 Vorlesungsstunden pro Woche besteht eine sowohl im Berufsausbildungsgesetz als auch im Vertragsverhältnis mit den Ausbildungsbetrieben rechtlich verankerte Teilnahmepflicht. Zudem kennt der auf 3 Jahre komprimierte Studiengang an den Berufsakademien im Gegensatz zu den Hochschulen keine Semesterferien. Den Studierenden steht nur der im Vertragsverhältnis mit der Ausbildungsstätte vereinbarte Jahresurlaub von 20 bis 30 Tagen zu. Einzeluntersuchungen zufolge beträgt dieser jährliche Urlaubsanspruch gegenwärtig im Durchschnitt 27 Tage.

Umso mehr überrascht die hohe Zahl derjenigen, die ihre an der Berufsakademie begonnene Ausbildung erfolgreich abschließen. Während nämlich an den Universitäten zwischen 20 und 30 % und an den Fachhochschulen etwa 15 bis 20 % der Studienanfänger ihr Studium abbrechen, traten von den 1 100 Studienanfängern des Akademiejahrganges 1980/81 nach 3 jähriger Regelstudienzeit 987, das sind 89,7 %, zur Diplomprüfung an. Nur weitere 14 Prüfungskandidaten (1,4 % aller Prüflinge) der Herbstprüfung 1983, die Hälfte von ihnen entstammt übrigens dem Ausbildungsbereich Technik, hatten sich nach Überschreiten der Regelstudienzeit zur Prüfung gemeldet. Von den insgesamt 1 001 Prüflingen im Herbst 1983 waren 966 (96,5 %) erfolgreich. Diese hohen Erfolgsquoten müssen vor allem auch darauf zurückgeführt werden, daß die starke Nachfrage nach einem Ausbildungsplatz an der Berufsakademie den einstellenden Ausbildungsstätten eine enorme Auslese unter den Bewerbern gestattet. Ferner dürften sich auch die vertragliche und rechtlich fixierten straffen Vorgaben für den Studien- und Prüfungsablauf günstig auf den Studienerfolg auswirken.

Bei jenen 12 % der Studienanfänger, die nach 3 Jahren nicht zur Diplomprüfung kommen, kann jedoch nicht von Studienabbrechern im

⁶ Zabeck, Jürgen und Weibel, Bernd, Die Berufsakademie Baden-Württemberg. Abschlußbericht über die wissenschaftliche Begleitung des Modellversuches, Mannheim 1978

üblichen Sinne gesprochen werden. Verlaufsbetrachtungen im Rahmen der wissenschaftlichen Begleituntersuchung zeigen nämlich, daß von den Studienanfängern der Jahre 1974/75 bis 1977/78 zwischen 3 % und 7,2 % nach den 4 Studienhalbjahren der ersten Ausbildungsstufe mit dem berufsqualifizierenden Abschluß als "Wirtschafts- oder Ingenieurassistent (BA)" oder im Ausbildungsbereich Sozialwesen als "Erzieher (BA)" abgehen.⁷

Einer Auswertung des aktuellen Datenmaterials zufolge beträgt der Anteil der Abgänger mit Assistenten- bzw. Erzieherzertifikat 4,7 % des entsprechenden Eintrittsjahrganges, während nur 1,3 % der Zugänger die Berufsakademie nach zwei Studienjahren ohne Zertifikat verlassen.

Nicht enthalten in dieser Rechnung sind allerdings Auszubildende die bereits im ersten Studienjahr ohne qualifizierenden Abschluß den eingeschlagenen Studienweg an der Berufsakademie aufgeben. Von den 1 423 Studienanfängern zu Beginn des Studienjahres 1982/83 waren dies 2,7 %.

Gute Beschäftigungschancen vor allem für Betriebswirte und Ingenieure

Praxisbezug und Aktualität des im Verlauf der 3jährigen Ausbildung erworbenen Wissens erleichtern den Absolventen der Berufsakademien nach erfolgreichem Examen den unmittelbaren Übergang in ein Arbeitsverhältnis. Zwar konnten von den 966 Absolventen im Anschluß an die Herbstprüfung 1983 ein im Vergleich zu den Vorjahren höherer Anteil von 13 % noch keine Angaben über ihren künftigen Verbleib machen, jedoch waren zu diesem Zeitpunkt über 83 % in einem Arbeitsverhältnis, überwiegend - zu 64,4 % - bei der eigenen Ausbildungsstätte, untergekommen. Nur 3,4 % der Absolventen haben ein Anschlußstudium im Hochschulbereich aufgenommen. Am schnellsten vollzieht sich der Übergang in eine feste Anstellung bei den Diplombetriebswirten und bei den Diplomingenieuren, von denen nach dem Examen im Herbst 1983 schon fast 90 % bzw. 83 % einen festen Arbeitsplatz hätten. Dagegen müssen die Aussichten der Diplomsozialpädagogen auf einen sofortigen Einstieg in das Berufsleben vermutlich infolge der Stellenknappheit bei potentiellen Arbeitgebern der öffentlichen Hand und der freien Trägerschaften derzeit viel niedriger eingeschätzt werden. Immerhin waren von den 189 Absolventen des Ausbil-

Tabelle 10

Verbleib der Absolventen der Herbstprüfung 1983

Verbleib	Absolventen insgesamt		Davon aus dem Ausbildungsbereich		
			Sozialwesen	Technik	Wirtschaft
	Anzahl	%	Anzahl		
Insgesamt	966	100	189	206	571
davon Arbeitsplatz in der Ausbildungsstätte	622	64,4	59	147	416
Arbeitsplatz in einer anderen Firma	183	18,9	64	23	96
Beginn eines Studiums	33	3,4	5	6	22
noch ungeklärt	182	18,8	61	30	37

dungsbereiches Sozialwesen nach der Herbstprüfung schon über 65 % in einem Arbeitsverhältnis untergekommen, jedoch war der weitere Verbleib eines im Verhältnis zu den anderen Ausbildungsrichtungen hohen Anteils von 32 % der diplomierten Sozialpädagogen zu diesem Zeitpunkt noch ungewiß (Tabelle 10). Hierbei könnte es sich aber auch um Absolventinnen handeln, die nicht unmittelbar nach Ausbildungsabschluß in ein festes Arbeitsverhältnis überwechseln wollen, zumal der Frauenanteil im Ausbildungsbereich Sozialwesen bei 75 % liegt.

Da die Absolventen der Berufsakademien infolge der Praxisphasen im Verlauf ihrer Ausbildung schon bestens mit den anfallenden Arbeiten und den spezifischen innerbetrieblichen Gegebenheiten vertraut sind, werden vor allem die Betriebswirte und Ingenieure überwiegend, zu 72,8 % bzw. 71,4 %, von ihren Ausbildungsbetrieben übernommen. Bei den Sozialpädagogen liegt dieser Anteil nur bei 31 %. Noch deutlicher zeigen sich die begrenzten Übernahmekapazitäten der im Ausbildungsbereich Sozialwesen beteiligten Ausbildungsstätten, wenn man danach fragt, ob trotz Beschäftigungsmöglichkeiten in der Ausbildungseinrichtung eine andere Arbeitsstelle bevorzugt wurde. Für die Teilmenge jener 64 Sozialpädagogen, die von der Ausbildungsstätte in eine andere Einrichtung wechselten, war nämlich zu fast 77 % die Tatsache ausschlaggebend, daß in der Ausbildungsstätte kein Arbeitsplatz vorhanden war. Demgegenüber waren die Entscheidungen der in anderen Betrieben untergekommenen Betriebswirte nur zu 36,5 % durch mangelnde Aufnahmekapazität des Ausbildungsbetriebes bestimmt.

⁷ Zabeck, Jürgen u. Weibel, Bernd, Die Absolventen der Berufsakademie Baden-Württemberg, Mannheim 1981

Ausbildungskosten halten sich in Grenzen

Im Vergleich zu anderen Bildungseinrichtungen des tertiären Bereiches entstehen der öffentlichen Hand für den Betrieb der Berufsakademien weitaus geringere Kosten. Dies ist im wesentlichen auf das duale Prinzip des Ausbildungsganges und die hieraus resultierende Aufgaben- und Kostenteilung zwischen den Lernorten Studienakademie und Ausbildungsstätte zurückzuführen. Dies führt u.a. dazu, daß an den Akademien nicht die ansonsten erforderliche volle Studienplatzkapazitäten bereitgestellt werden, da jeweils ein Teil der Studierenden die praktische Ausbildungsphase in den Ausbildungsstätten durchläuft. Weil außerdem in gewissem Umfang auch Einrichtungen in anderen Institutionen des Bildungswesens mitbenutzt werden können, ergeben sich weitere Einsparungen bei den Investitionsausgaben. Auch die Personalkosten halten sich in Grenzen, da das Ausbildungsspektrum überwiegend nur mit Hilfe nebenberuflicher Dozenten abgedeckt werden kann. Insgesamt konnten deshalb für das Jahr 1984 Kosten in Höhe von DM 4 300,- pro Studierenden und Studienjahr an den Berufsakademien festgestellt werden, während sich dieser Kostensatz an den Fachhochschulen des Landes in der Größenordnung von DM 7 400,- bewegte.

Da die Raum- und Personalkapazitäten der Berufsakademien durch Wahrnehmung von Mitnutzungsmöglichkeiten bei anderen Institutionen sowie zusätzliche nebenberufliche Lehraufträge zu einem gewissen Grad flexibel an eine Ausdehnung des Studentenbestandes anpaßbar sind, dürfte sich die günstige Kostensituation relativ stabil halten lassen.

Weiter anhaltendes Interesse der Abiturienten

Wie stark der Bekanntheitsgrad der Berufsakademien bei den Abiturienten in den vergangenen 4 Jahren zugenommen hat, zeigt auch eine Vorabauswertung der jährlichen Abiturientenbefragung nach den Studien- und Berufswünschen. Von insgesamt 32 720 ausgezählten Abiturienten wollten bereits im Februar 1984 1 260, das sind 3,9 % der Befragten, ihre Ausbildung an der Berufsakademie fortsetzen. Bei einer gleichen Untersuchung für die 28 600 Abiturienten des Prüfungsjahrganges 1980 konnten nur 135 Nennungen (0,5 %) festgestellt werden. Daß zu Beginn des Studienjahres 1980/81 doch noch insgesamt 1 100 Studienanfänger an den Berufsakademien registriert wurden, darunter etwa 20 % aus anderen Bundesländern, ist auf den tendenziellen Charakter der Ausgangsziele in der Abiturientenbefragung zurückzuführen. Zum Befragungszeitpunkt

können nämlich die geäußerten Wünsche nur bedingt als konkret bezeichnet werden, zumal auch der Anteil der noch unentschlossenen Abiturienten seit 1980 von 22,6 % auf fast 25 % gestiegen ist. Auch aus dem Feld derjenigen Abiturienten, die nach der Reifeprüfung eine Lehre in einem der anerkannten Ausbildungsberufe des dualen Systems angaben, könnten sich noch Bewerber für einen Akademieplatz rekrutieren, obwohl generell bislang keine Konkurrenzsituation zwischen diesen beiden Ausbildungsgängen beobachtet werden konnte. Im Gegenteil: Die Zahl der neueingetretenen Auszubildenden mit Hochschulberechtigung hat an den öffentlichen Berufsschulen des Landes gegenüber dem Schuljahr 1982/83 um über 53 % auf nunmehr 5 700 zugenommen.

Im Gegensatz zu den geäußerten Studienabsichten im Hochschulbereich können die Ausbildungswünsche der potentiellen Akademiestudenten als ziemlich konkret eingestuft werden, da sie schon relativ früh, zumeist unter Vorlage eines Halbjahreszeugnisses, ein Vertragsverhältnis mit der beteiligten Ausbildungseinrichtung eingehen.

Aus diesen Gründen muß über die 1 260 an den Gymnasien des Landes festgestellten Ausbildungsabsichten an Berufsakademien hinaus mit einer beträchtlichen Zunahme der aktuellen Nachfrage nach Akademieplätzen gerechnet werden, die durch Bewerber aus anderen Bundesländern noch verstärkt wird.

Tabelle 11

Nachfrage von Abiturienten nach einem Ausbildungsplatz an Berufsakademien nach Herkunftsschulart und angestrebtem Ausbildungsbereich¹⁾

Herkunftsschulart	Gewünschte Ausbildungsplätze insgesamt		Davon im Ausbildungsbereich		
	Anzahl	%	Wirtschaft	Technik	Sozialwesen
Allgemeinbildende Gymnasien	746	59,2	490	150	106
Wirtschaftsgymnasien	372	29,5	341	20	11
Technische Gymnasien	111	8,8	23	87	1
Haushalts- und ernährungswissenschaftl. Gymnasien	31	2,5	16	3	12
Zusammen	1 260	100	870	260	130
Nachrichtlich: Anteile an den gewünschten Ausbildungsplätzen in %	100	—	69,0	20,6	10,3

1) Stand: Februar 1984.

Trotz des vorläufigen Charakters der Abiturientenbefragung lassen sich aus der registrierten Nachfragemenge von 1 260 Abiturienten des Jahrganges 1984 eine ganze Reihe interessanter Strukturen erkennen. Der überwiegende Teil dieses Personenkreises, nämlich 69 %, strebt eine Ausbildung im Bereich Wirtschaft an. Auf die Ausbildungsbereiche Technik und Sozialwesen entfielen 20,6 bzw. 10,3 % der Wünsche (Tabelle 11). Im Vergleich zur Struktur der Neuzugänge des Studienjahrganges 1983/84 (vgl. Tabelle 3) ist damit in den Studienwünschen der Ausbildungsbereiche Wirtschaft über- und der Bereich Sozialwesen unterrepräsentiert. Für den Ausbildungsbereich Technik wird in etwa der Wert der Zugängerstruktur erreicht (21,2 %).

Dagegen wird die durch Einzeluntersuchungen und Befragungen festgestellte Entwicklung in der Struktur der schulischen Herkunft der Studierenden durch die Ergebnisse der Studentenbefragung ziemlich genau bestätigt (vgl. dazu Seite 16). Über 59 % der Wünsche stammten aus allgemeinbildenden Gymnasien und etwa 40 % aus beruflichen Gymnasien und zwar überwiegend aus Wirtschaftsgymnasien (29,5 %).

Bemerkenswert sind die Resultate der Abiturientenbefragung 1984 auch im Hinblick auf die zunehmende Beteiligung von Frauen am Bildungsgang der Berufsakademien (Tabelle 12). Ihr Anteil nahm vom Studienjahr 1979/80 bis zum Studienjahr 1983/84 von 33 % auf 43,7 % zu. Bei den Neuzugängen liegt der Frauenanteil sogar bei knapp 45 %. Abgesehen vom Ausbildungsbereich Sozialwesen, in dem die Studentinnen mit einem Anteil von rund 75 % dominieren, ist vor allem bei den Betriebswirten eine Zunahme des Frauenanteils zu beobachten. Er lag bei den Neuzugängen 1983/84 bei 47,5 % und damit um 3 Prozentpunkte höher als beim gesamten Studentenbestand des Ausbildungsbereichs Wirtschaft. Auch die Abiturientenbefragung bestätigt ein anhaltendes Interesse von weiblichen Gymnasialabgängern an diesem Ausbildungsabschnitt; unter den 870 befragten Abiturienten, die den Wunsch nach einer betriebswirtschaftlichen Akademieausbildung äußerten, befanden sich 418 oder 48 % Abiturientinnen. Über alle Ausbildungsbereiche hinweg entspricht der aus der Abiturientenerhebung festgestellte Anteil der weiblichen Interessenten mit 44,8 % den Relationen der Neuzugänge des laufenden Studienjahres (Tabelle 12). Eine derzeit nicht erklärbare Abweichung der aus der Abiturientenbefragung resultierenden Frauenbeteiligung von der aktuellen Zugangsstruktur des laufenden Studienjahres 1983/84 muß für den Ausbildungsbereich Sozialwesen festgestellt werden. Unter den 130 Abiturienten, die dieses

Tabelle 12

Frauenanteil an den Berufsakademien im Studienjahr 1983/84 und an den Ausbildungswünschen der Abiturienten 1984

Ausbildungs- bereiche	Studienjahr 1983/84		Studien- und Berufswünsche 1984
	Bestand	Neuzugänge	
	%		
Insgesamt	43,7	44,8	44,8
davon			
Sozialwesen	74,5	75,1	89,2
Technik	15,2	13,4	13,1
Wirtschaft	44,4	47,5	47,6

Ausbildungszielangaben, betrug der Frauenanteil 89,2 %, während sich unter den Neuzugängen dieses Bereiches, wie bereits dargestellt, nur etwa 75 % Frauen befinden. Es ist allerdings bekannt, daß Großstädte in anderen Bundesländern, wie beispielsweise München, Berlin, Trier, Kassel oder Kiel, infolge ihrer guten Erfahrungen mit früheren Absolventen, angehende Sozialpädagogen in der Kommunalverwaltung auch an den Berufsakademien Baden-Württembergs ausbilden lassen. Sollten bei dieser Teilmenge männliche Studierende überwiegen, wäre die bisherige Geschlechterproportion wieder hergestellt. Andernfalls muß vermutet werden, daß männliche Abiturienten infolge der im Augenblick erkennbaren Bedarfsdeckung bei den Ausbildungseinrichtungen des Bereiches Sozialwesen ihr Interesse an diesem Ausbildungsgang schneller verlieren als Frauen.

Zusammenfassung

- Die seit 1974 zunächst als Modellversuch eingerichteten Berufsakademien des Landes Baden-Württemberg haben sowohl bei den Abiturienten als auch bei den beteiligten Ausbildungsstätten und Betrieben guten Anklang gefunden. Nahmen 1974 in Stuttgart und Mannheim 163 Studenten die Ausbildung auf, so wurden 1983/84 in den 3 angebotenen Ausbildungsbereichen Wirtschaft, Technik und Sozialwesen schon 4 432 Studierende gezählt. Von ihnen haben fast 59 % den Ausbildungsbereich Wirtschaft belegt (Technik und Sozialwesen 22 % bzw. 19 %). Zu Beginn des Studienjahres 1983/84 haben sich 1 340 Betriebe in den Ausbildungsbereichen Wirtschaft und Technik sowie 519 Einrichtungen der öffentlichen Hand oder freier Trägerschaften im Ausbildungsbereich Sozialwesen für die Heranbildung ihres Führungsnachwuchses an den Berufs-

akademien entschieden. Es ist zu erwarten, daß der Gesamtbestand der beteiligten Ausbildungsstätten im kommenden Studienjahr 1984/85 die Zahl 2 000 übersteigt.

- Der mit dem im Mai 1982 inkraftgetretenen Gesetz über die Berufsakademien in Baden-Württemberg in eine Regeleinrichtung des Bildungswesens überführte Bildungsgang, überträgt das bewährte Prinzip der dualen Berufsausbildung in den tertiären Bildungsbereich und bietet Abiturienten eine attraktive Alternative zu einem Hochschulstudium. Während einer Dauer von 12 Wochen pro Studienhalbjahr übernehmen dabei die ausbildenden Betriebe und Einrichtungen die Vermittlung der praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten. Die theoretischen, wissenschaftsbezogenen Ausbildungsteile werden in zwölf-wöchigen Studienphasen erworben.
- Der auf eine 3 jährige Regelstudienzeit begrenzte Ausbildungsgang ist in zwei Stufen untergliedert. Bereits nach erfolgreichem Abschluß des ersten Ausbildungsabschnittes nach 4 Studienhalbjahren besteht mit den berufsqualifizierenden Abschlüssen "Wirtschaftsassistent (BA)", "Ingenieurassistent (BA)" und "Erzieher (BA)" die Möglichkeit, in das Beschäftigungssystem überzuwechseln. Im Studienjahr 1982/83 gingen knapp 5 % des Eintrittsjahrganges 1981 auf dieser Qualifikationsebene ab. Nach erfolgreichem Abschluß der zweiten Ausbildungsstufe nach einem weiteren Studienjahr werden die staatliche Berufsbezeichnungen "Diplombetriebswirt (BA)", "Diplomingenieur (BA)" und "Diplomsozialpädagoge (BA)" verliehen.
- Im Gegensatz zu Universitäten und Fachhochschulen, an denen sich die Studienabbrecherquoten zwischen 20 % und 30 % bzw. zwischen 15 % und 20 % belaufen, brechen an den Berufsakademien vergleichsweise weitaus weniger Studierende ihre Ausbildung ab. Trotz des erfolgreichen Abganges von derzeit 5 % eines Eintrittsjahrganges nach der ersten Ausbildungsstufe meldeten sich 1983 fast 90 % der Studienanfänger von 1980 unter Einhaltung der Regelstudienzeit zur Diplomprüfung. Von den Examenkandidaten des Jahres 1983 waren 96,5 % erfolgreich.
- Der zügige fachliche und regionale Ausbau der Berufsakademien führte schon während der Versuchsphase zu schnell zunehmenden Studentenzahlen. Zu Beginn des Studienjahres 1983/84 war die Zahl der Studienanfänger gegenüber dem Vorjahr um 24 % auf 1 765 angestiegen. Sollte

sich diese Tendenz fortsetzen, so würde sich zu Beginn des Studienjahres 1985/86 ein Studentenbestand von 5 300 ergeben. Allerdings deutet insbesondere die starke Nachfrage nach Studienplätzen in den Fachrichtungen Wirtschaft wie auch im Bereich "Technik" auf noch schneller zunehmende Studentenzahlen hin. Viel verhaltener entwickelten sich dagegen die Zugängszahlen im Ausbildungsbereich Sozialwesen.

- Auch die im Februar 1984 durchgeführte Befragung der Abiturienten nach ihren Studien- und Berufswünschen signalisiert ein weiter anhaltendes Interesse der Abiturienten für die Berufsakademien. Fast 4 % der 32 700 ausgezählten Abiturienten wollen dort ihre Ausbildung fortsetzen. Im Vergleich zur fachspezifischen Struktur des Studentenbestandes sind jedoch bei den Studienwünschen der Ausbildungsbereich Wirtschaft deutlich über- und der Ausbildungsbereich "Sozialwesen" unterrepräsentiert. Dies könnte bereits als Reaktion auf die zunehmende bzw. nachgebende Nachfrage der an den jeweiligen Ausbildungsbereichen beteiligten Ausbildungsstätten gewertet werden. Die Resultate der Abiturientenbefragung bestätigen darüber hinaus auch ein weiter zunehmendes Interesse von Frauen an der Berufsakademieausbildung. Sowohl bei den Neuzugängen des laufenden Studienjahres als auch bei den ermittelten Studienwünschen liegt der Frauenanteil bei 44,8 %.
- Im Durchschnitt haben etwa 56 % der Studierenden an den Berufsakademien ihren ständigen Wohnsitz in der näheren Umgebung des Akademiestandortes. Der wachsende Bekanntheitsgrad des Ausbildungsganges, vor allem aber auch das zunehmende Interesse aus anderen Bundesländern dürfte jedoch den engen Regionalbezug der Berufsakademien im Verlauf der Zeit etwas abschwächen. Dazu tragen auch spezielle Fachrichtungen bei, die nur an einer der 8 Studienakademien angeboten werden und damit auch Studierende aus entfernten Regionen anziehen. Die Nachfrage von Abiturienten aus anderen Bundesländern zeigt sich darin, daß über 21 % der Studienanfänger ihre Hochschulberechtigung außerhalb Baden-Württembergs erworben haben.
- Die aktuellen Entwicklungstendenzen werden auch durch das Interesse der Ausbildungsstätten bestätigt, die sich trotz der stellenweise schwierigen Wirtschaftslage der letzten Jahre in zunehmendem Maße an den Ausbildungsgängen der Berufsakademien beteiligen. Gegenüber dem Vorjahr

stieg die Zahl der beteiligten Ausbildungsstätten um 232 oder 14,3 % auf 1 859 an. Dabei nahm die Beteiligung von Betrieben in den Bereichen Wirtschaft und Technik mit 25,7 % bzw. 26 % weit überdurchschnittlich zu, im Bereich Sozialwesen war sie rückläufig (- 8,8 %).

Eine für 3 Berufsakademien exemplarisch vorgenommene Ermittlung der Standorte von beteiligten Ausbildungsstätten ergab, daß diese zu über der Hälfte in der regionalen Nachbarschaft der Studienakademien angesiedelt waren. Jede 5. Ausbildungsstätte hatte ihren Sitz in anderen Bundesländern (in Mannheim: infolge der Nachfrage aus den benachbarten Bundesländern 35,8 %).

- Nach dem Konzept der Berufsakademie wird ein relativ hoher Anteil von derzeit 86 % des Unterrichtsangebotes durch Lehrbeauftragte abgedeckt. Etwa 29 % der Vorlesungsstunden werden von Dozenten aus dem Hochschulbereich und 19 % der Stunden von Lehrkräften der Fachschulen des beruflichen Schulwesens erteilt. In zunehmendem Maße wurden in den letzten Jahren auch Akademiker aus der Berufspraxis für einen nebenberuflichen Dozenteneinsatz gewonnen. Sie übernahmen im

Studienjahr 1982/83 etwa 38 % der Lehrauftragsstunden und gewährleisteten damit den aktuellen Bezug zur Praxis.

- Von den diplomierten Absolventen der Berufsakademien haben insbesondere die Betriebswirte und Ingenieure sehr gute bis ausgezeichnete Beschäftigungschancen. Von ihnen waren im Herbst 1983 schon fast 90 % bzw. 83 % im Anschluß an das Examen in ein festes Arbeitsverhältnis untergekommen. Dabei werden sie zu etwa 72 % unmittelbar vom eigenen Ausbildungsbetrieb übernommen. Sie sind dort Fachhochschulabsolventen zumindest gleichgestellt und unterliegen keinen nennenswerten Einarbeitungs- oder Anpassungszeiten. Schwieriger haben es bei der Stellensuche gegenwärtig die Diplomsozialpädagogen, wobei allerdings auch zu berücksichtigen ist, daß nicht alle Absolventinnen sofort in ein Arbeitsverhältnis überwechseln wollen. Immerhin hatten nach der Herbstprüfung 1983 schon 65 % eine Beschäftigung gefunden, wenn auch im Gegensatz zu den beiden anderen Ausbildungsbereichen überwiegend nicht in ihren Ausbildungseinrichtungen. Insgesamt haben nur 3,4 % aller Absolventen im Anschluß an das Akademiestudium ein weiteres Studium aufgenommen.

2. Weiterbildung und Qualifikationsstruktur

2.1 Zur Situation der Weiterbildung

Standortbestimmung der Weiterbildung

In Anbetracht der rapiden Entwicklungen in Wissenschaft und Technik, der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, der frei verfügbaren Zeit und der Forderung auf Selbstverwirklichung des Menschen in einer demokratischen Gesellschaft haben eine gute Allgemeinbildung, eine fundierte berufliche Erstausbildung und eine das Arbeitsleben begleitende Erwachsenen- und Weiterbildung große Bedeutung.¹ Fragen der Fortentwicklung und des Ausbaus des Bildungswesens, speziell des Weiterbildungsbereichs, stehen deshalb heute noch stärker als früher im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Die Weiterbildung ist "ein eigenständiger, mit Schule, Hochschule und Berufsausbildung gleichberechtigter Teil des Bildungswesens."² Hinter dieser Bewertung steht die Grundüberzeugung, daß unsere heutige Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft dem Erwachsenen besondere Mobilität, Lernfähigkeit und Umstellungsbereitschaft abverlangt. Durch die Bevölkerungsentwicklung, den raschen technologischen und gesellschaftlichen Wandel sowie durch die sich daraus ergebenden vorausehbaren Änderungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen wird der Bereich Weiterbildung in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit noch erheblich an Bedeutung gewinnen.

Heute sieht sich der einzelne mit einer Situation und mit Veränderungen der Berufsstruktur und Arbeitsanforderungen konfrontiert, die einmal erworbene Qualifikationen als "wertlos" erscheinen lassen und die es erforderlich machen, "möglicherweise mehrmals im Verlauf eines Arbeitslebens den Beruf zu wechseln bzw. innerhalb des einmal eingeschlagenen Berufsweges Veränderungen durchzumachen, die mit der ursprünglich durchlaufenen Ausbildung wenig oder gar nichts zu tun haben".³ Auch im politischen

und gesellschaftlichen Leben wird die Orientierung für den einzelnen durch die wachsende Informations- und Medienvielfalt zunehmend schwieriger. Darüberhinaus entsteht durch den größeren Freizeitspielraum und Verschiebungen in den Gewohnheiten und Wünschen der Bevölkerung ein Weiterbildungsbedarf. Die traditionelle Vorstellung von zwei Lebensphasen, die ausschließlich und voneinander getrennt entweder mit der Aneignung oder mit der Anwendung von Bildung zusammenfallen, wird abgelöst durch die Auffassung, daß Lernen sich nicht auf eine Bildungsphase am Anfang des Lebens beschränken kann. Der Gesellenbrief oder ein kaufmännischer Ausbildungsabschluß können heute nicht mehr als ein Schlußstein angesehen, sondern müssen als Fundamente eines lebens- und berufsbegleitenden Bildungsweges betrachtet werden. Dadurch entsteht die Notwendigkeit einer regelmäßigen Wiederaufnahme von Lernprozessen und der Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten. Insoweit ist Weiterbildung ein das ganze Leben des Menschen begleitendes Lernen. Nur mit ihrer Hilfe kann verhindert werden, daß ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung den Anschluß an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung verliert und der Resignation anheimfällt. Auch im persönlichen Bereich sieht sich der einzelne mit der Tatsache konfrontiert, künftig über ein größeres Maß an freier Zeit zu verfügen, die es sinnvoll auszufüllen gilt und die auch zu nicht berufsbezogener Weiterbildung genutzt werden kann. Schließlich kann eine qualifizierte Weiterbildung im politischen Bereich einen wesentlichen Beitrag zu den Bemühungen gegen Staatsentfremdung und Politikverdrossenheit leisten.

Der Weiterbildungsbereich umfaßt eine derartige Spannweite, daß eine präzise Abgrenzung von den anderen Bildungssektoren, vor allem zwischen Ausbildung und Weiterbildung oft recht problematisch erscheint.⁴ In Schaubild 1 wurde mit Hilfe einer vereinfachten schematischen Darstellung versucht, den Zusammenhang und die Abgrenzung zwischen Erstausbildung und Weiterbildung aufzuzeigen. Infolge der immer größeren Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems, verlaufen die Grenzen zwischen der schulischen

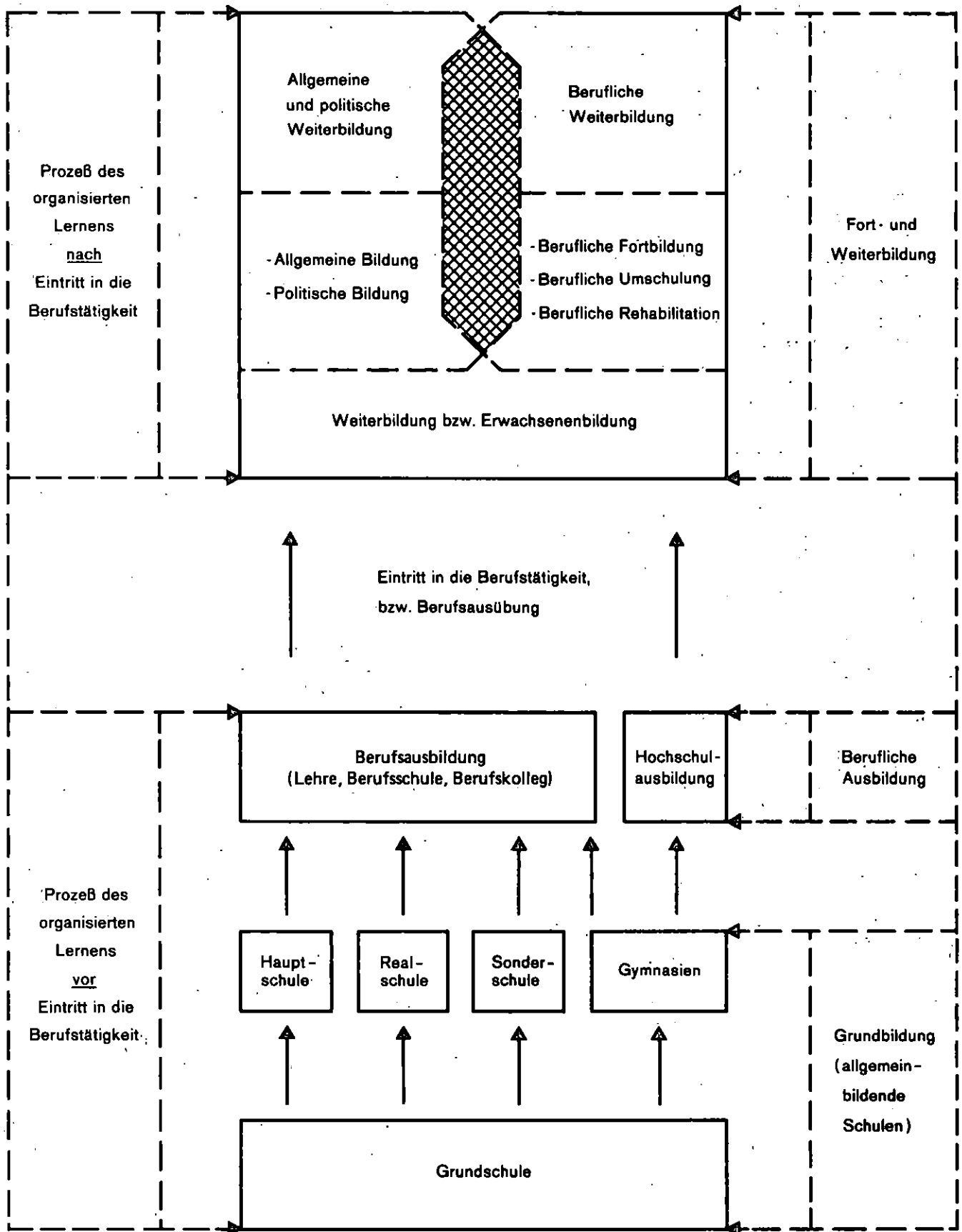
1 Vgl. hierzu "Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen", Bericht der Kommission 'Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen', erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, November 1983.

2 § 41 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens i.d. Fassung vom 20.3.1980, GBl. S. 249.

3 Kurt Müller, Walther Schradin "Weiterbildung in Baden-Württemberg"; Schriftenreihe der Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung Heidelberg, Band 14, Weinheim und Basel 1978, S. 22.

4 Loreth, H.: Konzeptionelle Überlegungen zu Erhebungen im Bereich der Weiterbildung, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, 23. Jahrgang, Stuttgart 1978, S. 49 ff.

Schematische Darstellung des Zusammenhangs von Erstausbildung und Weiterbildung



und der beruflichen Ausbildung in der Praxis nicht so eindeutig, wie man dies aufgrund des Schaubildes vermuten könnte. Bei der Zuordnung der einzelnen Bildungsmaßnahmen zu einem der beiden Teilbereiche lassen sich Abgrenzungsfragen häufig nur im Einzelfall lösen. Im allgemeinen sind zur Abgrenzung des Weiterbildungsbereichs von den anderen Sektoren des Bildungswesens jedoch wichtige Unterscheidungsmerkmale hervorzuheben:

- Weiterbildung erfolgt in der Regel nach Abschluß einer - je nach Schullaufbahn und beruflicher Ausbildung - unterschiedlich ausgedehnten ersten Bildungsphase und dem Eintritt in die volle Erwerbsfähigkeit.
- Weiterbildung ist mehr als andere Bereiche des Bildungswesens Bestandteil der Berufs- und Lebenspraxis. Lernsituation und Lebenspraxis stellen deshalb eine enge Beziehung dar.
- Der Weiterbildungsbereich ist wegen der Vielzahl der Anbieter im Vergleich zu den anderen Bildungssektoren durch größere Flexibilität gekennzeichnet. Sein Bildungsangebot läßt sich relativ rasch auf die sich ständig wandelnden Anforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft sowie auf die Bedürfnisse der Teilnehmer einstellen.
- Charakteristisch für die Weiterbildung ist ferner die überwiegend freie Wahl der Fächer und Gegenstände sowie die individuell zusammenstellbaren Fächerkombinationen. Für die Bildungsgänge in Schule und beruflicher Ausbildung sind demgegenüber ein verbindlicher Fächerkanon oder Kombinationen von Fächern in der Regel obligatorisch vorgeschrieben.

Kernbereiche und Träger der Weiterbildung

Die Weiterbildung ist im baden-württembergischen Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens durch die Kernbereiche: allgemeine, politisch-gesellschaftliche und berufliche Weiterbildung gekennzeichnet. Zur beruflichen Weiterbildung zählen auch die Fachschulen.

Allgemeine Weiterbildung: Maßnahmen, die auf den Erwerb von Informationen, Kenntnissen und Fertigkeiten zielen, die primär privaten und nicht unmittelbar berufsspezifischen Zwecken dienen. Hierzu zählen vor allem Bereiche wie Ehe, Familie, Gesundheit, Erziehung, Freizeit, Kunst, Musik, Literatur und Sport betreffende Themen sowie die Stoffgebiete Grund- und Orientierungsbildung (Philosophie, Psychologie etc.)

Politisch-gesellschaftliche Weiterbildung: Maßnahmen, die auf die Vermittlung von Informationen und Kenntnissen über wirtschaftliche, soziale und politische Strukturen zielen. Sie sollen den einzelnen in die Lage versetzen, an dem Prozeß der gesamtgesellschaftlichen Willens- und Bewußtseinsbildung selbständig und kritisch teilzunehmen.

Zur Beruflichen Weiterbildung gehören sämtliche Bildungsmaßnahmen, die unterschiedlich eng auf Arbeitsmarkt- und Arbeitsplatzanforderungen bezogen sind. Sie umfaßt dem Arbeitsförderungs- und Berufsbildungsgesetz folgend:

Berufliche Fortbildung: Maßnahmen, die das Ziel haben, die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten, zu erweitern, sie der technischen Entwicklung anzupassen (Anpassungsfortbildung) oder einen beruflichen Aufstieg (Aufstiegsfortbildung) zu ermöglichen.

Berufliche Umschulung: Maßnahmen, die das Ziel haben, den Übergang in eine andere geeignete berufliche Tätigkeit zu ermöglichen, um insbesondere die berufliche Beweglichkeit zu sichern oder zu verbessern. Umschulungsmaßnahmen dienen vor allem der erfolgreichen Wiedereingliederung des Arbeitnehmers in das Berufsleben.

Häufig ist die Unterscheidung zwischen allgemeiner und beruflicher Weiterbildung nicht eindeutig festzulegen, da allgemeine Weiterbildung häufig auch Elemente von beruflicher Weiterbildung enthält, wie umgekehrt berufliche Weiterbildung zugleich auch allgemeine Weiterbildung sein kann (z.B. bei Sprachkursen). Andererseits zeigt die Erfahrung, daß Weiterbildungsmaßnahmen mit allgemeinbildenden Inhalten, wie sie z.B. die Volkshochschulen oder die Bildungswerke der Kirchen anbieten, auf anderen Grundlagen basieren, als Veranstaltungen der beruflichen Weiterbildung, die z.B. von Betrieben oder Kammern durchgeführt werden. Ohne im einzelnen auf die Unterschiede einzugehen, zielen betriebliche Weiterbildungsaktivitäten naturgemäß vor allem auf die spezielle betriebliche Qualifizierung der Beschäftigten, so daß andere Aspekte und Inhalte zwangsläufig in den Hintergrund treten.

Im Gegensatz zur schulischen Grundbildung und beruflichen Ausbildung, bei denen sich der Kreis und die Struktur der möglichen Anbieter von Bildungsmaßnahmen auf öffentliche und nichtöffentliche Träger begrenzen läßt, wird Weiterbildung von zahlreichen und verschiedenartigen Trägern durchgeführt. Entsprechend gibt es eine große Vielfalt der Bildungsangebote, sowie der Lernziele und

Lehrmethoden. Viele öffentliche und private Einrichtungen bestimmen gegenwärtig nach eigenen bildungspolitischen Gesichtspunkten das lokale und regionale Angebot. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind als wichtigste Träger von Einrichtungen der Weiterbildung zu nennen:

- Staat und Kommunen als Träger der Volkshochschulen und sonstigen Einrichtungen der Weiterbildung (u.a. Hochschulen, Fachschulen)
- Kirchen
- Gewerkschaften
- Arbeitgeberverbände
- Wirtschafts- und Berufsverbände
- Kammern
- Betriebe
- Kommerzielle Weiterbildungsunternehmen

Die Bildungsaktivitäten der freien Verbände und Institutionen in der Jugendhilfe werden der außerschulischen Jugendbildung zugeordnet. Sportverbände und -vereine, die Breiten- bzw. Leistungssport betreiben, zählen nicht als Weiterbildungsträger im oben genannten Sinne.

Gesellschaftliche Erfordernisse und individuelle Ansprüche bestimmen Aufgaben und Schwerpunkte

Nach dem baden-württembergischen Weiterbildungsgesetz in der Fassung vom 20. März 1980 hat Weiterbildung die Aufgabe, dem Bürger zu helfen, seine Kenntnisse und Fähigkeiten zu vertiefen, zu erweitern und zu erneuern. Die Weiterbildung soll es dem Einzelnen ermöglichen, soziale, kulturelle und berufliche Erfahrungen zu verarbeiten und ihn "zu einem verantwortlichen Handeln im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Bereich zu befähigen und damit der freien Gesellschaft im demokratischen und sozialen Rechtsstaat dienen".⁵

Als arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisches Instrument wird die berufliche Weiterbildung in den letzten Jahren außerdem verstärkt eingesetzt, um spezielle Problemgruppen, wie weibliche, ausländische und behinderte Arbeitnehmer, zu fördern. Mit Hilfe von Weiterbildungsmaßnahmen versucht man diesem Personenkreis, dessen Arbeitsmarktchancen durch besondere Probleme, bzw. Benachteiligungen erschwert sind, neue Berufschancen zu eröffnen.

Ferner können Weiterbildungsmaßnahmen dazu beitragen, die Persönlichkeit durch Erschließung neuer Interessengebiete zu bereichern, kreative Fähigkeiten zu entwickeln und die ständig zunehmende Freizeit sinnvoll zu nutzen. Damit versucht die Weiterbildung drei wesentliche Bereiche des menschlichen Lebens abzudecken:

- den Beruf
- die Stellung in Staat und Gesellschaft
- die Freizeit.

Unverkennbar jedoch ist, daß angesichts der technologischen Entwicklung und der sich permanent ändernden Anforderungen der modernen Industriegesellschaft, der Weiterbildung in Bezug auf die berufliche Tätigkeit zentrale Bedeutung zukommt. Neben der Erhaltung, Anpassung und Erweiterung der in der Berufsausbildung und Berufstätigkeit erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten fällt der Weiterbildung immer mehr auch die Funktion einer Kupplung zwischen Bildung und Beschäftigung zu, um erworbene Qualifikationen, Anforderungen der Arbeitswelt an den einzelnen und Anforderungen des einzelnen an die Arbeitswelt einander anzupassen. Hierzu lassen sich nennen:

- Reaktivierung und Intensivierung vorhandener beruflicher Kenntnisse und Fähigkeiten
- Anpassung der Kenntnisse und Fertigkeiten an neue Techniken und Verfahren am Arbeitsplatz
- Erwerb von neuen Qualifikationen
- Ergänzung der Erstausbildung und Nachholen beruflicher Abschlüsse
- Vermeidung von beruflichem und sozialem Abstieg
- Unterstützung des beruflichen Aufstiegs.

In diesem Zusammenhang wird auch die wissenschaftliche Fort- und Weiterbildung nach den Hochschulgesetzen, eine wichtige Aufgabe der Hochschulen, ein immer größeres Gewicht erhalten.

Wissenschaftliche Fort- und Weiterbildung finden schon heute an den Hochschulen statt. Jedoch ist nicht zu verkennen, daß sich die Hochschulen wegen ihrer starken Belastung in der Erstausbildung dieser Aufgabe noch nicht in gebotenen Maße zuwenden können.

Künftig wird jedoch den Universitäten als Partner anderer Einrichtungen eine Führungsrolle in der wissenschaftlichen Fort-

⁵ Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens in der Fassung vom 20. März 1980, in: Gesetzblatt für Baden-Württemberg vom 18. April 1980, S. 250.

und Weiterbildung zukommen. Die Fachhochschulen schließlich werden durch ihre praxisnahe Verbindung zu einzelnen Berufsfeldern im technischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich eine wichtige regionale Aufgabe in der Fort- und Weiterbildung zu erfüllen haben.

Zuständigkeiten und wichtige gesetzliche Regelungen im Weiterbildungsbereich

Bund und Länder haben für die Weiterbildung, insbesondere für die berufliche Weiterbildung aufgrund der Artikel 72 und 74 des Grundgesetzes (GG) unterschiedliche Zuständigkeiten. Die Zuständigkeit für gesetzliche Regelungen im Bildungsbereich und somit auch in der Weiterbildung liegt überwiegend, nicht jedoch ausschließlich bei den Bundesländern. Dies gilt für die Festlegung von Lehrinhalten und Lehrformen sowie in der Regel für die Regelung der beruflichen Weiterbildung, die in den Schulen (z.B. Fachschulen) durchgeführt wird. Zuständigkeiten des Bundes sind in der beruflichen Weiterbildung gegeben, soweit diese von der Arbeitsverwaltung durchgeführt und nicht in den Schulen, sondern von Betrieben, Kammern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, privaten Weiterbildungsinstitutionen usw. organisiert wird. Dies schließt jedoch darüber hinausgehende Regelungen in den einzelnen Ländern nicht aus.

Nach Art. 12 der Landesverfassung ist die Erwachsenenbildung vom Staat, den Gemeinden und den Landkreisen zu fördern. Diese Förderung erfolgte zunächst auf der Grundlage von Richtlinien. Mit dem Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens vom 16. Dezember 1975 und der Neufassung vom 20. März 1980 hat das Land strukturelle und finanzielle Voraussetzungen geschaffen, um eine flächendeckende Versorgung mit Weiterbildungsangeboten und eine stetige Weiterentwicklung dieses Bildungsbereichs zu ermöglichen. Durch ihre Verankerung im o.g. Gesetz wurde die Förderung der Weiterbildung nicht nur zur öffentlichen Aufgabe erhoben, sondern auch zu einem eigenständigen und gleichberechtigten Teil des Bildungswesens erklärt. Das Weiterbildungsgesetz regelt die Förderung des gesamten Bereichs der außerschulischen Weiterbildung, wobei die allgemeine, berufliche und politische Weiterbildung gleichwertig nebeneinander stehen. Neben dem Weiterbildungsgesetz gewährt das Land Baden-Württemberg auch aufgrund des Mittelstandsförderungsgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes für Teilbereiche der beruflichen Fortbildung finanzielle Unterstützung.

Bundesgesetzliche Grundlagen der beruflichen Weiterbildung sind das Arbeitsförde-

rungsgesetz (AFG) vom 25. Juni 1969 und das aus dem gleichen Jahr stammende Berufsbildungsgesetz (BBiG). Das Arbeitsförderungsgesetz stellt die wichtigste bundesgesetzliche Regelung zur finanziellen Förderung und Steuerung von beruflicher Weiterbildung dar. Es unterscheidet zwischen individueller und institutioneller Förderung und zielt vor allem auf den Abbau, bzw. auf Vermeidung von Arbeitslosigkeit, auf Förderung des beruflichen Aufstiegs sowie auf Verbindung eines sozialen Abstiegs. Das Berufsbildungsgesetz ist zuständig für die Berufsbildung, berufliche Fortbildung und Umschulung. Darüber hinaus ist für die Regelung der beruflichen Fortbildung des Handwerks § 42 der Handwerksordnung eine wichtige gesetzliche Grundlage des Bundes.

Alle gesetzlichen Regelungen im Weiterbildungsbereich stimmen darin überein, daß eine ausreichende flächendeckende Versorgung mit Weiterbildungsangeboten in den wichtigsten Bereichen und Stoffgebieten gewährleistet werden muß. Nur so kann jeder Bürger, ob in einer Großstadt oder auf dem Land, die gleiche Chance erhalten, an wichtigen Weiterbildungsmaßnahmen in zumutbarer Entfernung teilnehmen zu können.

Datengrundlagen – Unzureichende Daten und Informationsbasis

Pragmatische Ansätze zur Behebung des Daten- und Informationsdefizits in der Weiterbildung sind – meist aus Anlaß der Diskussion um gesetzliche Regelungen für diesen Bildungssektor – in regionalen Aufnahmen der Weiterbildungssituation vor allem in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Berlin vorgelegt worden⁶ auch wenn sie dem Anspruch der "Bestandsaufnahme" nicht immer voll gerecht werden konnten. Der für Baden-Württemberg wichtigste Beitrag zur Verbesserung der Informationslage und statistischen Durchdringung des Weiterbildungsbereichs ist in der

⁶ Schwerdtfeger, J., Andräs, H.-J., u.a.: "Bestandsaufnahme zur Erwachsenenbildung"; in: Bildung in neuer Sicht, Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg zur Bildungsforschung, Bildungsplanung, Bildungspolitik, Reihe A, Nr. 22, Villingen 1970. – Meister, J.-J.: Erwachsenenbildung in Bayern, Empirisch-statistische Analyse einer kritischen Bestandsaufnahme der Erwachsenenbildung in Bayern; Schriftenreihe des Staatsinstituts für Bildungsforschung und Bildungsplanung München; Stuttgart 1971. – Rren-der, W.: Ergebnisse der vorläufigen Bestandsaufnahme des Landesbeirats für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz über Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz, Ingelheim 1971. – Bollert, G.: Veranstaltungen für Erwachsenenbildung in Berlin (West) im Jahr 1969, Versuch einer statistischen Erfassung und Darstellung, in: Berliner Statistik 1970.

einmaligen auf freiwilliger Basis durchgeführten Bestandserhebung⁷ zu sehen, die in den Jahren 1972-74 vom Statistischen Landesamt und von der Arbeitsgruppe für empirische Bildungsforschung in Heidelberg durchgeführt wurde. Mit dieser im Auftrag des Kultusministeriums und der beteiligten Ressorts durchgeführten statistischen Erhebung entsprach das Statistische Landesamt der vielfach erhobenen Forderung, die damalige Situation in der Weiterbildung durchschaubar zu machen und Orientierungsdaten für den Ausbau der Einrichtungen der Erwachsenenbildung zu liefern.

Da ohne gesetzliche Grundlage für eine Weiterbildungsstatistik diese Modellerhebung nicht mehr fortgeführt werden konnte, kann die amtliche Statistik über den Gesamtbereich Weiterbildung, im Gegensatz zu anderen Sektoren des Bildungswesens, keinen aktuellen Basisdatenbestand bereitstellen. Quantitativ orientierte Daten der amtlichen Statistik liegen lediglich über die staatliche Lehrerfortbildung für die Jahre 1979 und 1980 vor. Daneben stehen die auf freiwilliger Basis zustande gekommenen Daten über die Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen zur Verfügung. Die einzelnen Volkshochschulen sind im Volkshochschulverband Baden-Württemberg zusammengefaßt, der seinen Mitgliedern jährlich Berichtsbogen vorlegt, in denen die Einrichtungen über ihre Bildungsarbeit berichten. Diese Bogen werden vom Statistischen Landesamt ausgewertet und als Strukturdaten im Rahmen der 'Statistischen Berichte' veröffentlicht. Aufgrund freiwilliger Zusammenarbeit mit den kirchlichen Landesarbeitsgemeinschaften für Erwachsenenbildung konnte das Statistische Landesamt für das Arbeitsjahr 1982 erstmals auch über die Weiterbildungsaktivitäten der evangelischen und katholischen Kirche in Baden-Württemberg informieren.⁸ Diese nur Teilbereiche abdeckende Strukturdaten dienen vor allem als Arbeitsnachweis (insbesondere bei der Abrechnung öffentlicher Zuschüsse). Andere Weiterbildungsträger veröffentlichten - wenn überhaupt - meist unregelmäßig Daten über ihre Arbeit. Dieser Mangel wird von vielen Anbietern von Weiterbildungsveranstaltungen unter Hinweis auf den relativ hohen Kosten- und Personalaufwand für eine Statistik über die geleistete Bildungsarbeit kommentiert. Außerdem glauben zahlreiche

Veranstalter aufgrund der von ihrer Größe her überschaubaren Weiterbildungseinrichtungen noch auf eine entsprechende Analyse und Bewertung der eigenen Bildungsarbeit verzichten zu können, wenngleich ein zunehmendes "statistisches Bewußtsein" bei Weiterbildungsträgern registriert werden kann.⁹ Ein weiteres Problem liegt in dem weiten Spektrum und der Heterogenität der Bildungsmaßnahmen sowie in der großen Vielfalt unterschiedlich organisierter Weiterbildungsträger. Ihre Angaben lassen sich nur schwer zusammenfassen, weil die Vergleichbarkeit der Zahlen nur selten möglich ist. Hinzu kommt, daß oftmals auch aus Konkurrenzgründen Informationen vor allem über die betriebliche Weiterbildung, die zahlenmäßig fast die Hälfte aller beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen ausmachen, so gut wie gar nicht in die Öffentlichkeit gelangen.

Mehr als 1000 Bildungseinrichtungen der Volkshochschulen

Der Gesamtbereich Weiterbildung in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren aus quantitativer Sicht nach Umfang und Inhalt stark ausgeweitet. Merkmale hierfür sind insbesondere die Steigerung der Teilnehmer- und Veranstaltungszahlen der verschiedenen Trägerorganisationen, die Ausweitung und die Vielfalt des Bildungsangebots, der personelle Ausbau bei den Volkshochschulen sowie die wachsende öffentliche Förderung. Wie bereits erwähnt, werden Weiterbildungsmaßnahmen in Baden-Württemberg von zahlreichen staatlichen und kommunalen Einrichtungen sowie von einer Vielzahl von freien Trägern durchgeführt. Neben den Bildungswerken und Einrichtungen der evangelischen und katholischen Kirche, den Gewerkschaften etc. sind die Volkshochschulen (VHS) im Bereich der allgemeinen und gesellschaftspolitischen Weiterbildung der quantitativ bedeutsamste Träger von Weiterbildungsmaßnahmen.

So entfielen von den innerhalb des Ministeriums für Kultus und Sport für 1983 veranschlagten rund 15,7 Millionen DM zur Förderung der Weiterbildung rund 71 % auf die Volkshochschulen und rund 21 % auf die Erwachsenenbildung der evangelischen und katholischen Kirche.

In Baden-Württemberg boten nach den Ergebnissen der Volkshochschulstatistik 1982 insgesamt 139 Volkshochschulen Weiterbil-

⁷ Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): 'Die Weiterbildung 1972-1974', in: Statistik von Baden-Württemberg, Band 237, Stuttgart 1977 und verschiedene Beiträge, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg; 23. Jahrgang, Stuttgart 1978.

⁸ Eildienst Nr. 199/83 vom 21.9.1983, Hrsg. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

⁹ Institut für Regionale Bildungsplanung - Arbeitsgruppe Standortforschung: "Entwicklung eines koordinierten Daten- und Erhebungskonzeptes für den Weiterbildungsbereich auf Bundesebene", Hannover 1978.

Tabelle 1

Volkshochschulen und deren Außenstellen in den Regierungsbezirken nach Trägern 1982

Regierungsbezirke Land	Volkshochschulen		Außenstellen		Rechtsträger				
	1975	1982	1975	1982	Ge- meinde	Kreis	Zweckver- band	eingetragener Verein	sonstige und keine Angabe
Anzahl									
Stuttgart	34	36	272	285	10	2	—	24	—
Karlsruhe	30	27	220	301	4	3	1	17	2
Freiburg	51	44	145	175	27	4	4	9	—
Tübingen	28	32	71	114	13	2	2	15	—
Baden-Württemberg	143	139	708	875	54	11	7	65	2
%									
Baden-Württemberg	—	100	—	—	38,9	7,9	5,0	46,8	1,4

dungsveranstaltungen an. Sie bedienten sich außerdem noch 875 Außenstellen, die rechtlich, organisatorisch und verwaltungsmäßig den Hauptstellen angeschlossen sind. Ein Vergleich mit dem Jahr 1975 (Tabelle 1) zeigt, daß sich die Zahl der Volkshochschulen in Baden-Württemberg infolge von Zusammenschlüssen zu leistungsfähigeren Weiterbildungszentren geringfügig um 4 von 143 auf 139 im Jahr 1982 verringert hat. Bei den örtlichen Arbeitsstellen (Außenstellen) verlief dagegen die Entwicklung entgegengesetzt. Gegenüber 1975 stieg die Zahl der Außenstellen um 167 (23,6 %) von 708 auf nunmehr 875 an, was in den letzten Jahren auf eine Steigerung der Weiterbildungsarbeit im ländlichen Raum schließen läßt.

Die meisten Volkshochschuleinrichtungen verzeichnete 1982 (Tabelle 1) der Regierungsbezirk Karlsruhe mit 328, womit im Durchschnitt auf 7 340 Einwohner eine Einrichtung entfällt. Es folgen die Regierungsbezirke Stuttgart mit 321 und Freiburg mit 219 VHS-Bildungsstätten; hier kommen 10 821, bzw. 8 546 Einwohner auf solch eine Weiterbildungseinrichtung. Der Regierungsbezirk Tübingen weist mit 146 (10 395 Einwohner je Einrichtung) die wenigsten Bildungsstätten dieser Art aus, wobei davon ausgegangen werden kann, daß hier andere Weiterbildungsträger, wie z.B. die Kirchen verstärkt mit Veranstaltungen der Erwachsenenbildung auftreten.

Die Weiterbildungseinrichtungen der evangelischen und katholischen Kirche arbeiten mehr noch als die Volkshochschulen in stark dezentralisierten Organisationsformen. Die Weiterbildungsveranstaltungen finden überwiegend auf örtlicher Ebene statt. Die einzelnen Kirchengemeinden bzw. Kirchenkreise

sind meist gleichzeitig Stützpunkte der kirchlichen Bildungsarbeit. Insofern kann davon ausgegangen werden, daß die Organisationsform der kirchlichen Weiterbildungsarbeit – gemessen an der Standortverteilung der Volkshochschulen – ortsnäher und im Hinblick auf die räumliche Erreichbarkeit auch teilnehmerfreundlicher als bei den Volkshochschulen sein dürfte.

Betrachtet man die Rechtsform der Volkshochschulen (Tabelle 1), so zeigt sich, daß auf Landesebene etwa gleich häufig kommunale Gebietskörperschaften (Gemeinde, Kreis, Zweckverband) und eingetragene Vereine die Trägerschaft innehaben. Unter den kommunalen Trägern stellen die Gemeinden mit 38,9 % (Kreise 7,9 %, Zweckverbände 5 %) das weitaus größte Kontingent. Betrachtliche Unterschiede in der Rechtsform lassen sich in den einzelnen Regierungsbezirken feststellen. So überwiegen in den Regierungsbezirken Freiburg (79,6 %) und Tübingen (53,1 %) die kommunalen Träger, während im Bereich der Regierungsbezirke Stuttgart (66,7 %) und Karlsruhe (62,9 %) der "Eingetragene Verein" die vorherrschende Rechtsform darstellt.

Über 17 500 Kursleiter

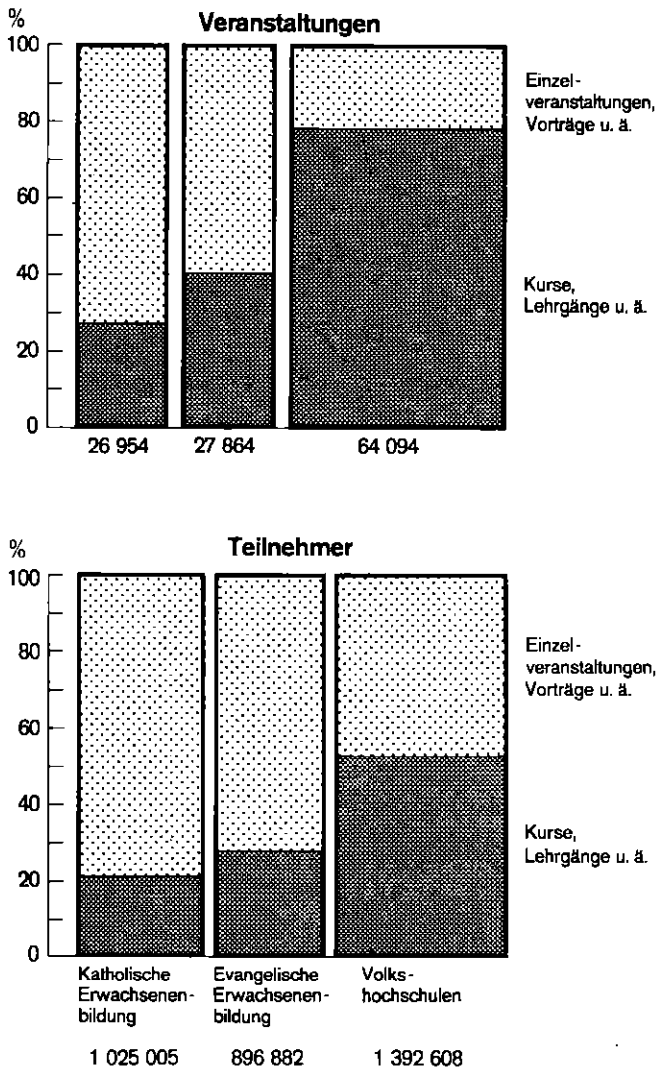
Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, hatten die Volkshochschulen im Arbeitsjahr 1982 mehr als 18 000 Beschäftigte. Über 97 % des gesamten Personals war nebenberuflich tätig. Bedingt durch die Intensivierung der Weiterbildungsarbeit und die Differenzierung der Arbeitsorganisation der Volkshochschulen hat sich in den vergangenen Jahren der Trend zur Professionalisierung laufend verstärkt. Dies zeigt sich besonders in der personellen

Ausstattung, bei der die Zahl der hauptberuflichen Leiter gegenüber 1976 um fast ein Viertel von 66 auf 82 und die Zahl der pädagogischen Mitarbeiter um mehr als das Doppelte von 42 auf 99 im Jahre 1982 anstieg. Im Berichtsjahr wurden die Kurse und Lehrgänge von mehr als 17 500 nebenberuflichen Lehrkräften geleitet.

3,3 Millionen Teilnehmer in nahezu 120 000 Weiterbildungsveranstaltungen

Von den Volkshochschulen und Bildungswerken der evangelischen und katholischen Kirche, die quantitativ die bedeutsamsten Träger von Maßnahmen der allgemeinen Weiterbildung in Baden-Württemberg sind, wurden 1982 insgesamt fast 120 000 Veranstaltungen (Schaubild 2) in Form von Kursen und Vorträgen durchgeführt. Dieses umfangreiche und differenzierte Veranstaltungsangebot hat mehr als 3,31 Millionen Teilnehmer angesprochen. Die Bereitschaft der Erwachsenen in Baden-Württemberg sich weiterzubilden hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr (3,26 Mill.) weiter erhöht. Bei dieser beeindruckenden Teilnehmerzahl ist jedoch zu berücksichtigen, daß im Kursbereich nur die Belegungen und bei den Einzelveranstaltungen und Vorträgen die Besucher ermittelt werden konnten. Das bedeutet, daß Erwachsene, die an mehreren Bildungsmaßnahmen teilnahmen, nicht gesondert zu ermitteln waren. Somit dürfte die Zahl der Teilnahmefälle größer als die tatsächliche Anzahl der Bürger sein, die sich weitergebildet haben. Bezogen auf die Wohnbevölkerung im Alter über 15 Jahren ergibt sich eine rechnerische Beteiligungsquote von rd. 33 %. Vergleicht man die Zahlen über Veranstaltungen und Teilnehmer mit denen aus dem Jahr 1970, so läßt sich in diesem Weiterbildungsbereich für Baden-Württemberg insgesamt eine Zunahme dieser Größen um etwa das Dreifache feststellen. Daran wird in eindrucksvoller Weise sichtbar, in welchem Umfang heute das Wei-

Schaubild 2
Veranstaltungen und Teilnehmer nach Art der Weiterbildungsarbeit und Bildungsträger 1982



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg 151 84

Tabelle 2
Personelle Ausstattung der Volkshochschulen

Jahr	Leiter		Hauptberufliche Mitarbeiter		Leiter von Kursen		
	hauptberuflich	nebenberuflich	pädagogische Mitarbeiter	sonstige (Verwaltung)	insgesamt	darunter Lehrer	
	Anzahl						%
1976	66	69	42	167	10 196	6 068	59,5
1978	75	59	63	193	13 124	7 330	55,9
1980	82	52	86	216	15 896	7 982	50,2
1982	82	57	99	248	17 541	7 027	40,1

Tabelle 3

Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen und Kirchen 1982

Weiterbildungsträger	Kurse, Lehrgänge, Seminare u.ä.			Einzelveranstaltungen und Vorträge		Insgesamt	
	Veranstaltungen	Teilnehmer (Belegungen)	Unterrichtseinheiten	Veranstaltungen	Teilnehmer	Veranstaltungen	Teilnehmer
	Anzahl						
Volkshochschulen	50 165	726 907	1 465 551	13 929	665 701	64 094	1 392 608
Evangelische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	11 236	246 228	163 044	16 632	650 654	27 868	896 882
Baden	3 151	94 445	54 669	3 801	130 751	6 952	225 196
Württemberg	8 085	151 783	108 375	12 831	519 903	20 916	671 686
Katholische Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung	7 487	210 884	172 225	19 467	814 121	26 954	1 025 005
Erzdiözese Freiburg	3 744	108 430	118 644	8 277	355 471	12 021	463 901
Diözese Rottenburg-Stuttgart	3 743	102 454	53 581	11 190	458 650	14 933	561 104
Insgesamt	68 888	1 184 019	1 800 820	50 028	2 130 476	118 916	3 314 495

terbildungsangebot der Volkshochschulen und der Kirchen von der Bevölkerung angenommen wird.

Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, die mit ausgewählten Eckdaten einen Gesamtüberblick über die Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen und Bildungswerke der Kirchen gibt, wurden mehr als die Hälfte dieser Veranstaltungen von den 139 Volkshochschulen mit ihren 875 Nebenstellen erbracht. Sie meldeten von den insgesamt 118 916 Veranstaltungen allein 64 094 (53,9 %). Dieses Bildungsangebot der Volkshochschulen wurde von fast 1,4 Millionen Hörern angenommen. Die anderen 54 822 Veranstaltungen verteilen sich auf die kirchlichen Bildungswerke wie folgt: Evangelische Erwachsenenbildung 50,8 % (Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung Württemberg 20 916 und Evang. Erwachsenenbildung Baden 6 952 Veranstaltungen); Katholische Erwachsenenbildung 49,2 % (Erzdiözese Freiburg 12 021 und Diözese Rottenburg-Stuttgart 14 933 Veranstaltungen).

Kurse und Lehrgänge dominieren – beachtliche Steigerung seit 1970

Eine Aufgliederung der 1982 durchgeführten Weiterbildungsveranstaltungen der Volkshochschulen und Erwachsenenbildungswerke der Kirchen (Schaubild 2) nach ihrer Art und Dauer gibt einen gewissen Aufschluß über die Intensität der Bildungsmaßnahmen. Jedoch versprechen längerdauernde Veranstaltungen, wie zum Beispiel Kurse, Lehrgänge und Arbeitsgemeinschaften, die in der Regel Vor- und Nachbereitungsarbeiten verlangen, eine intensivere Weiterbildung als

Einzelveranstaltungen von etwa zwei- bis dreistündiger Dauer. Mit insgesamt 68 900 Veranstaltungen im Jahr 1982 machte die Kurs- und Lehrgangsarbeit mehr als die Hälfte (57,9 %) der gesamten Bildungsarbeit aus. Die rund 1,18 Millionen Kursteilnehmer stellten mit 35,7 % mehr als ein Drittel aller Weiterbildungsbesucher.

Im Gegensatz zur Erwachsenenbildungsarbeit der evangelischen und katholischen Kirche, bei der Einzelveranstaltungen und Vorträge mit 59,7 % bzw. 72,2 % überwiegen, steht bei den Volkshochschulen die Kurs- und Lehrgangsarbeit im Vordergrund. Mit über 50 100 durchgeführten Kursen und fast 1,5 Millionen erteilten Unterrichtsstunden machte hier die Kursarbeit mehr als drei Viertel (78,3 %) der gesamten Weiterbildungsaktivitäten aus und bildete damit eindeutig den Schwerpunkt der Volkshochschularbeit. Die Zahl der Kursteilnehmer (Belegungen) erreichte 1982 bei den Volkshochschulen mit 727 000 ihren bisher höchsten Stand und stellte mit 52,2 % auch mehr als die Hälfte aller Hörer. Da das Veranstaltungsangebot maßgeblich von der Nachfrage und den Bedürfnissen der Erwachsenen bestimmt wird, trat in den letzten Jahren die Kursarbeit immer stärker in den Vordergrund. Einen Überblick über die längerfristige Entwicklung der Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen in Baden-Württemberg gibt Schaubild 3, in dem die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen und Teilnehmer seit 1970 dargestellt ist. Daraus wird ersichtlich, daß sich in den letzten 12 Jahren die Zahl der Kurse und Belegungen verdreifachte. Hingegen war die Zahl der Einzelveranstaltungen und deren Besucher immer wieder mehr oder weniger starken Schwankungen unterworfen, wobei im

Jahre 1982 die Zahl der Besucher (665 701) dieser Veranstaltungsart geringfügig noch hinter dem Stand des Jahres 1970 (666 891) zurückblieb.

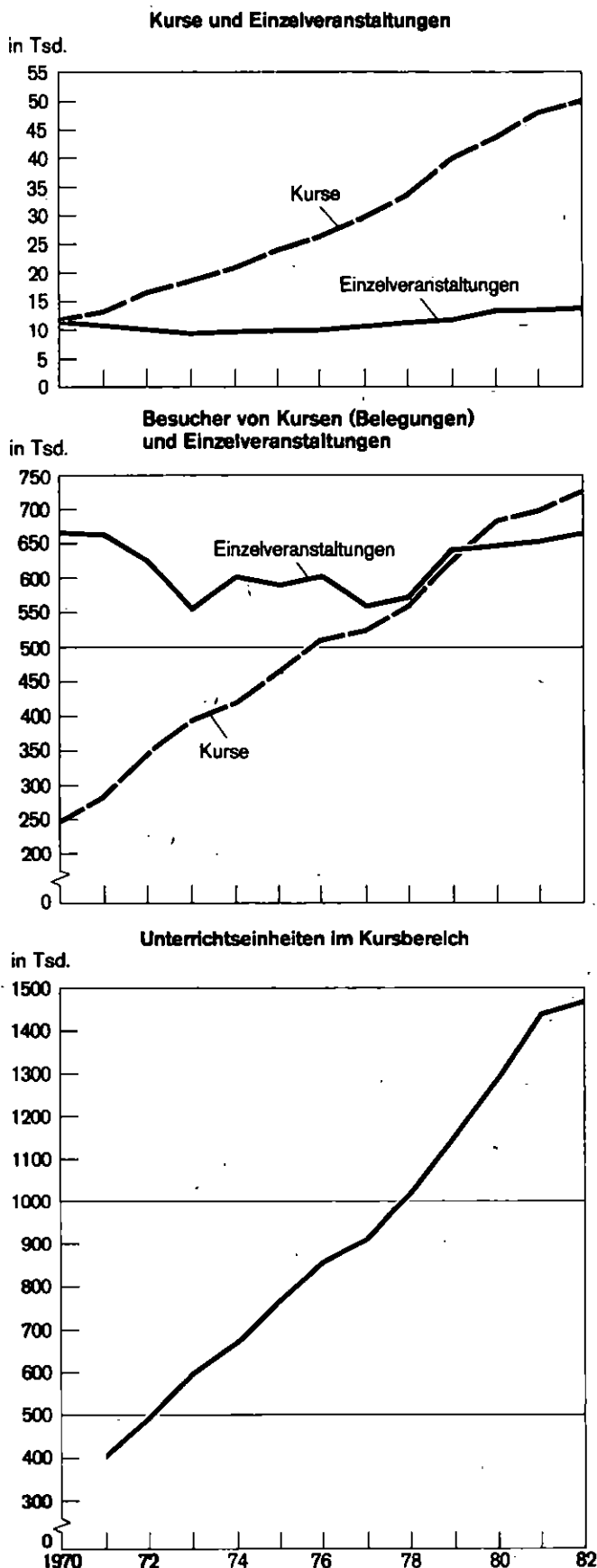
Neben diesen längerdauernden Bildungsaktivitäten organisierten 1982 die Volkshochschulen und Kirchen in Baden-Württemberg rund 50 000 Einzelveranstaltungen und Vorträge. Wenngleich für die Besucher weniger bildungsintensiv und zahlenmäßig auch geringer, wurde in diesem Veranstaltungsbereich mit 2,13 Millionen Besuchern ein beachtlicher Hörerkreis erreicht.

Weiterbildungsbeteiligung an Kursen und Lehrgängen in ländlichen Kreisen am geringsten

Eine regionale Aufschlüsselung der 726 900 Belegungen an Kursen, Lehrgängen und Seminaren der Volkshochschulen im Jahr 1982 (Anhangtabelle 6) zeigt, daß der Regierungsbezirk Stuttgart mit rund 261 000 (35,9 %) Belegungen die meisten Kursbesucher aufweisen konnte. Es folgen die Regierungsbezirke Karlsruhe mit rund 187 300 (25,8 %), Freiburg mit 150 400 (20,7 %) und Tübingen mit rund 128 400 (17,7 %) Teilnehmern an Kursen und ähnlichen längerdauernden Weiterbildungsmaßnahmen. Da jedoch die vier Regierungsbezirke mit ihren 44 Stadt- und Landkreisen sowohl gebietsmäßig als auch hinsichtlich ihrer Wohnbevölkerung unterschiedlich groß sind, gibt ein Vergleich der absoluten Zahl der Kursbesucher nur wenig Aufschluß über die Beteiligung der Erwachsenen an lernintensiveren Veranstaltungen. Um die Weiterbildungsbeteiligung auf einer niedrigeren Aggregationsstufe der Kreise aufzuzeigen, ist es zweckmäßig, auf Kreisebene die Relation zwischen den gemeldeten Kursbelegungen auf je 1000 Einwohner über 15 Jahren der entsprechenden Kreise zu berechnen. Diese Indexzahl gibt Aufschluß über die "Teilnehmerdichte" und wird als Maßstab herangezogen. Auf 1000 Einwohner kamen danach im Landesdurchschnitt 94 Kursbelegungen. Wie aus Schaubild 4 ersichtlich, weisen die Stadtkreise Ulm und Pforzheim sowie die Landkreise Böblingen, Bodenseekreis, Calw, Ortenaukreis und Lörrach die höchste errechnete Beteiligung mit mehr als 132 Kursteilnehmer je 1000 Einwohner auf. Die Belegungen lagen in den genannten Kreisen um 40 % und mehr über dem Landesdurchschnitt. Die große Mittelgruppe mit 57 bis 131 Teilnehmer auf 1000 Einwohner umfaßte 32 Kreise. Für fünf überwiegend ländliche Kreise (Alb-Donau-Kreis, Enzkreis, Hohenlohekreis, Sigmaringen und Waldshut) ergab die Auswertung der VHS-Berichtsbogen eine um mehr als 40 % unter dem Durchschnitt des Landes liegende Kursbeteiligung. Ihre im Vergleich zum Landesmittel errechnete

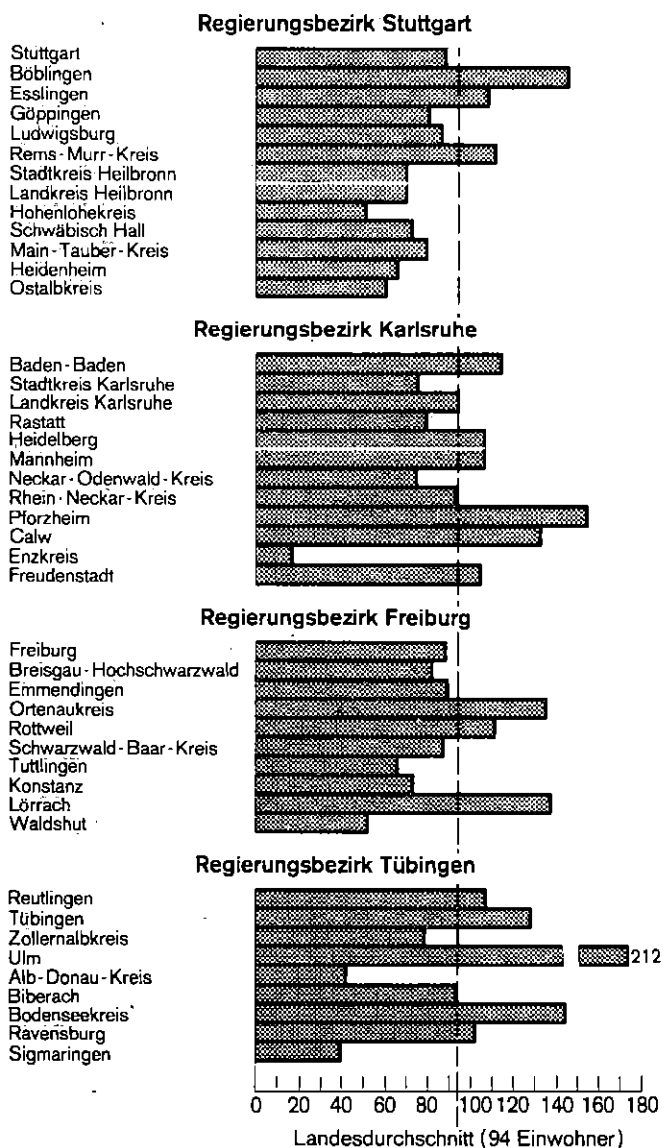
Schaubild 3

Veranstaltungen, Besucher und Unterrichtseinheiten von Volkshochschulen im Zeitvergleich



Teilnehmer an Kursen und Lehrgängen der Volkshochschulen 1982 in den Stadt- und Landkreisen

Kursteilnehmer (Belegungen) auf 1000 Einwohner¹⁾



1) Wohnbevölkerung über 15 Jahre am 1. Januar 1983.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

152 84

te auffällig niedrige Belegungsdichte (weniger als 56 Teilnehmer auf 1000 Einwohner) dürfte teilweise damit zu erklären sein, daß der Besuch von Volkshochschulkursen in nahegelegenen Städten oft durch lange Anfahrts- und Rückfahrtswege eingeengt wird und so als Weiterbildungsbarriere wirken. Die Erfahrung zeigt ferner, daß gerade in ländlichen Gebieten das bereitgestellte Weiterbildungsangebot häufig aufgrund eines nur schlecht funktionierenden Informationsflusses im Nachbarort nicht bekannt ist.

Starke Konzentration auf wenige Stoffgebiete – Sprachkurse sehr gefragt

Eine Aufgliederung der Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen und kirchlichen Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg nach Stoffgebieten (Anhangtabelle 7) zeigt, daß die Themen überaus weit gefächert sind. Unterschiedliche Schwerpunkte im Veranstaltungsangebot der einzelnen Einrichtungen ergeben überdies Anhaltspunkte über die von den Weiterbildungsteilnehmern bevorzugten Fach- und Themenbereiche. So läßt Schaubild 5 deutlich die Bevorzugung und Gewichtung der Stoffgebiete in der allgemeinen Weiterbildung erkennen. Auf den ersten Blick wird auch sichtbar, daß relativ große Unterschiede in der Verteilung der Veranstaltungen und Teilnehmer auf die einzelnen Themenbereiche und eine starke Konzentration auf wenige Stoffgebiete bestehen. Bei den längerfristigen Maßnahmen der Volkshochschulen lag 1982 das Schwergewicht mit etwa einem Drittel der Veranstaltungen (32,1 %), Unterrichtseinheiten (37,5 %) und mehr als 224 000 (30,9 %) Belegungen im Bereich 'Sprachen'. Es folgten die Stoffgebiete 'Manuelles und musisches Arbeiten' mit fast einem Viertel aller Veranstaltungen und Teilnehmer sowie Lehrgänge aus dem Bereich Gesundheitspflege und Haushaltsführung mit etwa ebenso vielen Veranstaltungen (24,2 %) und Teilnehmern (24,5 %). Außerdem besuchte fast jeder zweite Hörer (47,6 %) die mehr als 6 600 Einzelvorträge aus dem Bereich Literatur, Kunst, Länder- und Heimatkunde.

Mit einem breitgefächerten Bildungsangebot eröffnet die kirchliche Erwachsenenbildung vielfältige Möglichkeiten zu systematischem Lernen, wie die schwerpunktmäßige Aufgliederung der Weiterbildungsaktivitäten (Anhangtabelle 7) nach Stoffgebieten zeigt. Den Schwerpunkt dieser überwiegend in Form von Einzelveranstaltungen durchgeführten Maßnahmen bildeten philosophische, theologische und weltanschauliche Themen. Bei der Kurs- und Lehrgangsarbeit kam die größte Bedeutung im Hinblick auf die Zahl der geleisteten Unterrichtseinheiten den Bereichen 'Gesundheitspflege und Haushaltsführung' (27,5 %), 'Erziehung, Eltern- und Familienbildung' (25,1 %) und 'Kreatives Gestalten' (19,2 %) zu.

Frauen in der allgemeinen Weiterbildung besonders stark vertreten

Die allgemeine Weiterbildung ist eine Domäne der Frauen. Wie Anhangtabelle 6 ausweist, waren von den registrierten 727 000 Belegungen im Kursbereich der Volkshochschulen rund 522 500 oder 71,9 % der Gesamtteilnehmerzahl Frauen. Ihr Anteil hat sich in

den letzten Jahren laufend erhöht (1975: 66,4 %; 1979: 70,1 %). Obwohl Frauen knapp 52 % der Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg repräsentieren, nutzen sie mit mehr als zwei Drittel aller Kursteilnehmer das Weiterbildungsangebot der Volkshochschulen besonders stark. Dieses große Engagement der Frauen an Veranstaltungen der Volkshochschulen in Baden-Württemberg entspricht durchaus ihrer Beteiligung in den anderen Ländern der Bundesrepublik. Betrachtet man die Geschlechterverteilung, in den einzelnen Stoffgebieten, so zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede. Erwartungsgemäß besuchen weibliche Hörer vor allem Kurse und Seminare in Fachbereichen, die herkömmlicherweise typisch weiblichen Interessengebieten zuzuordnen sind: Haushaltsführung (89,3 %), Gesundheits- und Körperpflege (81,4 %), manuelles und musikalisches Arbeiten (77,4 %). Lediglich in den Themenbereichen Naturwissenschaften und Technik (65,8 %), sowie in Kursen, die der Vorbereitung auf Schulabschlüsse (53,8 %) dienen, ergeben sich für männliche Hörer höhere Beteiligungsquoten.

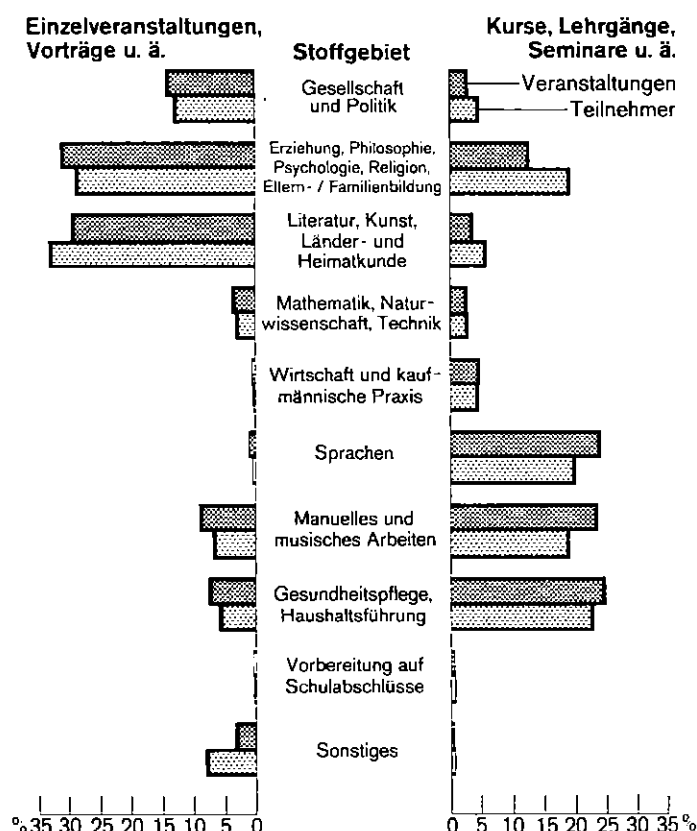
Fast zwei Drittel aller Kursbesucher unter 35 Jahren – über 50jährige Teilnehmer stark unterrepräsentiert

Betrachtet man die Altersstruktur (Schaubild 6) der Teilnehmer an Volkshochschulkursen im Jahre 1982, so fällt auf, daß der Anteil der Hörer in den einzelnen Altersklassen bis zum 35. Lebensjahr relativ stark auf gut ein Viertel zunimmt. In der nächsthöheren Altersgruppe (35 bis unter 50 Jahren) liegt der Anteil der Teilnehmer etwas, nach dem 50. Altersjahr jedoch wesentlich niedriger und unterschreitet bei den über 65jährigen Hörern die 5 %-Marke. Fast zwei Drittel (63 %) aller Lehrgangsbesucher (Anhangtabelle 8) sind noch keine 35 Jahre alt. Für diesen Personenkreis dürfte der Wille zur Erweiterung und Vertiefung der allgemeinen Kenntnisse sowie das Streben nach beruflichem Fortkommen stark motivierend wirken. Besonders fällt auf, daß rund ein Drittel aller Kursteilnehmer noch keine 25 Jahre alt ist. Erfahrungen zeigen, daß Personen in diesem Alter häufig daran interessiert sind, Bildungsabschlüsse nachzuholen, weitere Qualifikationen zu erwerben oder sich beruflich umschulen zu lassen. Daneben dürfte aber auch eine starke Motivation vorhanden sein, sich rechtzeitig an neue Entwicklungen und Anforderungen im ausgeübten Beruf anzupassen.

Derzeit ist der Anteil der Lehrgangsbesucher in der Altersgruppe 50 bis unter 65 Jahren, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil (16 %) mit 8,2 % unterrepräsentiert. Noch deutlicher tritt dies bei den über 65jährigen Hörern in

Schaubild 5

Veranstaltungen und Teilnehmer der Volkshochschulen und Kirchen nach Stoffgebieten und Veranstaltungsart 1982

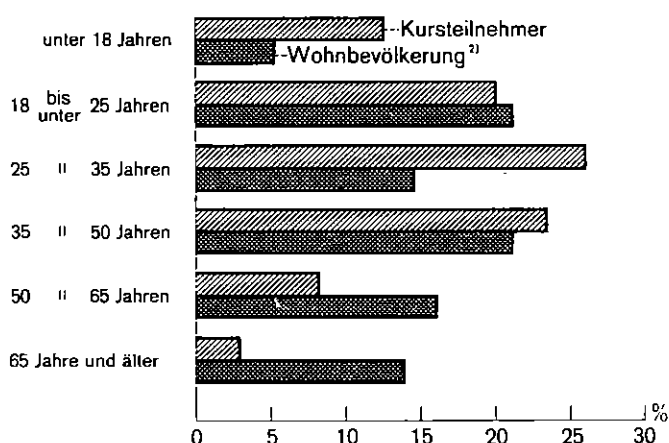


Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

155 84

Schaubild 6

Altersstruktur der Weiterbildungsteilnehmer von Volkshochschulkursen und der Wohnbevölkerung¹⁾



1) Stand: 1. Januar 1983. - 2) Wohnbevölkerung von 15 bis unter 18 Jahren.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

160 84

Erscheinung. Ihr Anteil betrug 1982 lediglich 2,9 % (Wohnbevölkerung: 13,9 %) und liegt damit deutlich unter der zugehörigen Teilnehmerquote (4,1 %) im Bundesgebiet. Der niedrige Anteil dieser Altersgruppe dürfte vor allem damit zu erklären sein, daß im allgemeinen das Lerninteresse und damit auch die Weiterbildungsbeteiligung mit steigendem Lebensalter abnimmt.

Umfangreiches Angebot und hohe Akzeptanz von beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen bei den Erwerbstätigen

Strukturwandel und technische Entwicklung in Verbindung mit hoher Arbeitslosigkeit machen - wie zuvor dargelegt - die berufliche Weiterbildung immer dringender, ja "zu einer Existenzfrage" (Baden-Württembergischer Handwerkstag). Vor diesem Hintergrund hat sich in den letzten Jahren der berufliche Weiterbildungsbereich stark ausgedehnt. Die Notwendigkeit der weiteren Expansion der beruflichen Weiterbildung ist aus bildungs- und wirtschaftspolitischen Gründen unbestritten. Mit der wachsenden Bedeutung gewinnen aktuelle und zuverlässige Daten und Informationen über diesen Bildungssektor, die derzeit in Ermangelung einer Weiterbildungsstatistik - wenn überhaupt - nur bruchstückhaft vorliegen, zunehmend an Bedeutung.¹⁰ Zur Vermeidung von Fehleinschätzungen und für Entscheidungen von Verwaltung, Parteien, Verbänden, Organisationen und Trägern werden aktuelle Daten über Umfang und Struktur der beruflichen Weiterbildung immer unentbehrlicher. Angesichts dieser Situation wird eine gesetzlich verankerte Weiterbildungsstatistik zur Schaffung einer aktuellen Daten- und Informationsbasis, die über quantitative Strukturdaten hinaus auch planungsrelevante Informationen qualitativer Art umfaßt, immer dringender.

Im Jahre 1982 führte Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft eine repräsentative Untersuchung über das Weiterbildungsverhalten der Bundesbürger im Alter von 19 bis unter 65 Jahren durch.¹¹ Ziel war es, einen Überblick über die Reichweite und Struktur der Weiterbildung zu erhalten. Aus dieser Untersuchung geht hervor, daß 29 % der Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren an einer oder mehreren Weiterbildungsveranstaltungen der verschiedensten Art teilge-

nommen haben. Die angegebene Untersuchung weist für die berufliche Weiterbildung eine Teilnahmequote von 12 % der Bevölkerung aus. Bezogen auf die Wohnbevölkerung Baden-Württembergs zwischen 18 und 65 Jahren errechnen sich für 1982 über 700 000 Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Nach dem Ergebnis dieser Untersuchung ist der Betrieb nach wie vor der wichtigste Träger in der beruflichen Weiterbildung. Dort findet mit rund 47 % fast die Hälfte aller Weiterbildungsaktivitäten statt. Mit deutlichem Abstand folgen Verbände (11 %), Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften (8 %), private Institute/Schulen (7 %) und Kammern (5 %). Die übrigen 22 % der Weiterbildungsveranstaltungen entfallen auf Volkshochschulen, Kirchen, Berufsgenossenschaften, Hochschulen und Gewerkschaften.

Eine beachtliche Expansion der beruflichen Weiterbildung geht auch aus einer vom Landesgewerbeamt Baden-Württemberg vorgelegten Strukturanalyse 1983¹² zur Situation der beruflichen Fortbildung in Baden-Württemberg hervor. In dieser Untersuchung wurden 24 Träger der beruflichen Weiterbildung, die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern und der baden-württembergische Handwerkstag einbezogen. Nach den Ergebnissen dieser Erhebung führten die befragten Träger im Jahr 1982 insgesamt 10 901 Lehrgänge durch, wobei 4 488 Volkshochschulkurse enthalten sind. Um die Veranstaltungen der Volkshochschulen bereinigt, ergab sich im Vergleich zu 1978 (4 511 Kurse) eine bemerkenswerte Zunahme der Weiterbildungsmaßnahmen dieser Träger um rund 42 %. Für den gleichen Zeitraum konnte eine Erhöhung der Lehrgangsstunden von 216 500 (1978 auf 345 731, also eine Steigerung um 60 % ermittelt werden...

Ein weiterer Ansatz zur Verbesserung der Informationsgrundlagen in diesem Weiterbildungsbereich ist auch in einer im November 1982 erfolgten "Umfrage zur Ermittlung von Angebot und Bedarf an beruflicher Weiterbildung aus der Sicht von größeren Betrieben Baden-Württembergs"¹³ zu sehen. Das Stati-

10 Richter, N.: Zur Struktur des beruflichen Weiterbildungsangebots in ausgewählten Kreisen Baden-Württembergs, Stuttgart, August 1983, S. 12 ff.

11 Vgl. Weiterbildungsverhalten 1982, in: Informationen - Bildung, Wissenschaft 11/1983, S. 203 ff.

12 Landesgewerbeamt Baden-Württemberg: Zur Situation der beruflichen Fortbildung in B.-W. - Strukturanalyse 1983, in: Informationen für die Wirtschaft - Sonderheft.

13 Umfrage zur Ermittlung von Angebot und Bedarf an beruflicher Weiterbildung aus der Sicht von größeren Betrieben Baden-Württembergs; Hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.

stische Landesamt hat im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Baden-Württemberg diese Befragung bei rund 370 größeren Betrieben von Industrie und Handel mit über 500 Beschäftigten in ausgewählten Regionen des Landes durchgeführt. Ziel dieser Erhebung war es, Aufschlüsse über den derzeitigen und künftigen Weiterbildungsbedarf aus der Sicht dieser Betriebe zu erhalten. Obgleich hierfür nur das Weiterbildungsthema und der Adressatenkreis relevant waren, ergab die Auswertung eine Vielzahl von derzeit angebotenen Themen, die auf umfangreiche inner- und außerbetriebliche Weiterbildungsmaßnahmen mit stark zunehmender Tendenz schließen lassen. Schwerpunktmäßig ergab diese Befragung, daß viele Betriebe gegenwärtig und für die nähere Zukunft einen ungedeckten Bedarf an beruflicher Weiterbildung insbesondere für Personen der mittleren Führungsebene (Meister, Techniker, Betriebswirte etc.) sehen; Hierbei finden Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Unternehmens- und Personalführung, der Elektronischen Datenverarbeitung sowie Grundlagen- und Fachkurse großes Interesse. Die metallverarbeitenden Betriebe, denen in Baden-Württemberg eine zentrale Bedeutung zukommt, artikulierten einen Weiterbildungsbedarf mit Schwerpunkt hinsichtlich der computerunterstützten Herstellung und Gestaltung der Produkte.

Die 139 Volkshochschulen in Baden-Württemberg haben 1982 mit ihren fast 900 örtlichen Nebenstellen rund 50 000 Kurse und Lehrgänge mit fast 727 000 Belegungen sowie 14 000 Einzelveranstaltungen mit etwa 666 000 Besuchern durchgeführt. Überträgt man das Ergebnis einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung, wonach von den im Kursbereich abgehaltenen Unterrichtseinheiten etwa 20 % auf die berufliche Weiterbildung entfallen, dann errechnet sich bei diesem Bildungsträger für das Arbeitsjahr 1982 die stättliche Anzahl von rund 300 000 erteilten Unterrichtsstunden (nur Kursbereich).

Die Fachschulen des beruflichen Schulwesens, für deren Besuch bestimmte Zugangsvoraussetzungen erforderlich sind und die meist staatlich anerkannte Abschlüsse vermitteln, die zu bestimmten Berechtigungen führen, sind ebenfalls dem Weiterbildungsbereich zuzurechnen. Die Entwicklung der Schülerzahlen (vgl. nachfolgende Texttafel) der in drei Bereiche - Technik, Wirtschaft und Hauswirtschaft/Landwirtschaft - gegliederten Fachschulen unterlag in den vergangenen Jahren gewissen Schwankungen, die sowohl auf konjunkturbedingte Änderungen zurückzuführen ist, als auch auf Einschränkungen bei der Förderung der Schüler.

Schuljahr	1981/82	1983/84
Gewerblicher Bereich	8 361	7 719
davon		
-Fachschulen für Technik	5 519	5 079
-Meisterschulen/Akademien	2 842	2 463
Kaufmännischer Bereich	1 691	1 367
Hausw./Landw. Bereich	667	559

Im Hinblick auf das Defizit an qualifizierten Technikern dürfte in den nächsten Jahren mit einer relativ günstigen Entwicklung dieser Schulart zu rechnen sein.

In seiner Funktion als öffentlicher Arbeitgeber stellt das Land Baden-Württemberg ein vielfältiges Weiterbildungsangebot für seine Bediensteten bereit. Nach den Zielgruppen sind dabei im wesentlichen zu unterscheiden: die Fortbildung für die allgemeine Verwaltung und die staatliche Lehrerfortbildung.

Fachliche und fachübergreifende Fortbildung für die allgemeine Landesverwaltung

In den technischen Verwaltungen gibt es bereits eine lange Tradition der Fortbildung im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Neben selbstorganisierten Fortbildungsveranstaltungen (vor allem in den großen technischen Verwaltungen, z.B. der Wasserwirtschaft) werden Angebote der verschiedensten Institutionen (Universitäten, Akademien, Wissenschaftliche Gesellschaften, Berufsverbände u.s.w.) in Anspruch genommen. Ziel der Fortbildung ist es, ein kompetenter Gesprächspartner für wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Sachverstand zu bleiben.

Neben der fachlichen Fortbildung hat in den letzten zehn Jahren die fachübergreifende Fortbildung immer mehr an Bedeutung gewonnen. Während die fachliche Fortbildung dezentral in den verschiedenen Verwaltungsbereichen durchgeführt wird, ist die fachübergreifende Fortbildung zentral für die gesamte allgemeine Verwaltung beim Innenministerium angesiedelt. Themen sind hier in erster Linie für die Verwaltungsarbeit wichtige Management-Techniken (Planung und Entscheidung, Führung) und Querschnittswissen (Haushalt und Finanzen, Organisation, EDV, Umweltschutz) sowie die Ver-

mittlung kommunikativer Fähigkeiten. Da das Land nicht über eine zentrale Tagungsstätte verfügt, werden die Veranstaltungen dezentral durchgeführt.

Als fruchtbar hat sich die Zusammenarbeit mit den vier baden-württembergischen Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademien erwiesen: Zum einen können so Erfahrungen aus der Weiterbildungsarbeit für die Wirtschaft auch für die Verwaltung genutzt werden, zum anderen gewinnt die verwaltungsinterne Fortbildungsarbeit durch diese Kooperation an Flexibilität: Trotz eines relativ kleinen Stabes im Innenministerium ist es möglich, kurzfristig auf neue Fortbildungsbedürfnisse zu reagieren.

Ähnliche Vorteile bringt die Zusammenarbeit mit anderen Fortbildungsträgern (Hochschulen, Bundesakademie für öffentliche Verwaltung, Landeszentrale für politische Bildung).

Quantitativ entwickelte sich die fachübergreifende Fortbildung folgendermaßen:

1983		1984
166	Veranstaltungen	209
4704	Unterrichtseinheiten (45 Minuten)	5504
3038	Teilnehmer	4348
18	Teilnehmer/Veranstaltungen	21

Staatliche Lehrerfortbildung – Teil eines ständigen Qualifizierungsprozesses

Speziell für den Lehrer ist Fortbildung eine dringende Notwendigkeit, da er junge Menschen in der Gegenwart für die Zukunft ausbildet. Deshalb darf gerade er in seinem persönlichen Wissens- und Kenntnisstand den Anschluß an die Veränderungen in unserer Industrie- und beginnenden Informationsgesellschaft nicht verlieren. Die große Bedeutung und Sonderstellung erhält die Lehrerfortbildung nicht zuletzt dadurch, daß die innere Reform entscheidend unterstützt und vorangetrieben wird.

Lehrerfortbildung wird in Baden-Württemberg, wie in anderen Bundesländern auch als dritte Phase der Lehrerbildung verstanden, nach Ausbildung in Hochschule und Seminar (1. und 2. Phase).

Die staatliche Lehrerfortbildung in Baden-Württemberg ist organisatorisch in zwei Bereiche gegliedert. Die zentrale Fortbildung umfaßt alle Maßnahmen, die teilweise unmittelbar durch das Ministerium für Kultus und Sport oder in dessen Auftrag geplant und durchgeführt werden. Für diese zentralen

Fortbildungsmaßnahmen stehen vor allem die landeseigenen Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung Calw, Comburg, Donaueschingen und die Staatliche Sportakademie für Lehrerfortbildung in Ludwigsburg zur Verfügung. Neben diesen zentralen Maßnahmen gibt es die regionale Lehrerfortbildung, die von den vier Oberschulämtern (Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Tübingen) und den 30 Staatlichen Schulämtern organisiert wird.

Die Gesamtleistung der staatlichen Lehrerfortbildung 1980 ist nach Veranstaltungen und Teilnehmern in Tabelle 4 dargestellt. Daraus ist ersichtlich, daß aus quantitativer Sicht das Schwergewicht mit fast 3 000 Veranstaltungen im Bereich der regionalen Fortbildung lag. Mehr als drei Viertel (80,7 %) dieser Maßnahmen fanden in Form von regionalen Arbeitsgemeinschaften statt und waren vorwiegend für Lehrer an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen bestimmt. Interessierte Lehrer erhalten im Rahmen dieser AG-Reihen vor allem Informationen über neue Lehr- und Unterrichtspläne, können Erfahrungen austauschen und schul-, bzw. unterrichtsspezifische Probleme besprechen. Der relativ hohe Anteil dieser Fortbildungstagungen von nur einem halben Tag Gesamtdauer zeigt, daß gerade diese Form der Fortbildung den meisten Zuspruch bei der Lehrerschaft findet. Wenngleich zahlenmäßig geringer, kamen den 732 zentralen Fortbildungslehrgängen an den landeseigenen Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung besondere Bedeutung zu. Diese in der Regel zweieinhalbtägigen Kurse dienen vorwiegend der Fortbildung von Multiplikatoren, die wiederum die Erkenntnisse aus den Akademietaugungen in die regionale Lehrerfortbildung übertragen.

Mehr als drei Viertel aller Lehrer auf der Schulbank

Von den über 40 Veranstaltern von staatlichen Lehrerfortbildungsmaßnahmen wurden 1980 rund 3 700 Lehrgänge, Arbeitsgemeinschaften und Einzelveranstaltungen durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich über 81 000 Lehrer an den alle Schularten umfassenden Weiterbildungsveranstaltungen; das waren rechnerisch mehr als drei Viertel der gesamten Lehrerschaft.

Sowohl bei der zentralen als auch in der regionalen Lehrerfortbildung lag 1980 der Schwerpunkt bei fachdidaktischen und fachwissenschaftlichen Themen. Mit drei Viertel aller Veranstaltungen (75,8 %) und fast ebenso vielen Teilnehmern (71,5 %) standen schulartbezogene Themen, die sich überwiegend auf die Unterstützung der Unterrichtspraxis bezogen, an der Spitze der Rangskala. Veranstaltungen mit allgemein- und

Tabelle 4

Veranstaltungen und Teilnehmer der staatlichen Lehrerfortbildung 1980

Veranstalter	Durchgeführte Veranstaltungen							Teilnehmer				
	insgesamt	und zwar			nach Schulbereichen			insgesamt	darunter weibliche Lehrkräfte	nach Schulbereichen		
		gänztätig	halbtätig	AG-Reihe	allgemeinbildende Schulen	berufliche Schulen	allgemeinbildende und berufl. Schulen			allgemeinbildende Schulen	berufliche Schulen	allgemeinbildende und berufl. Schulen
Zentrale Fortbildungsmaßnahmen	732	732	—	—	620	82	30	21 136	7 511	17 182	3 086	868
davon												
Staatliche Akademien (Calw, Comburg, Donaueschingen, Ludwigsburg)	568	568	—	—	481	61	26	17 043	6 460	13 809	2 464	770
Weitere Veranstalter außerhalb der Staatlichen Akademien	164	164	—	—	139	21	4	4 093	1 051	3 373	622	98
Regionale Fortbildungsmaßnahmen	2 982	490	2 492	2 010	2 821	153	8	59 877	31 065	55 339	4 112	426
davon												
Schulaufsichtsbehörden ¹⁾ im Bereich des												
Oberschulamts ²⁾ Stuttgart	1 164	260	904	747	1 071	93	—	24 340	12 452	21 726	2 614	—
Oberschulamts ²⁾ Karlsruhe	779	81	698	567	763	15	1	15 552	8 952	15 151	373	28
Oberschulamts ²⁾ Freiburg	495	78	417	355	472	19	4	9 035	4 714	8 370	444	221
Oberschulamts ²⁾ Tübingen	544	71	473	341	515	26	3	10 950	4 947	10 092	681	177
Zentrale und Regionale Veranstalter zusammen	3 714	1 222	2 492	2 010	3 441	235	38	81 013	38 576	72 521	7 198	1 294

1) 30 Staatliche Schulämter und 4 Oberschulämter. — 2) Die Oberschulamtsbereiche sind gebietsgleich mit den Regierungsbezirken.

schulpädagogischen Fragestellungen hatten mit 19,3 % ebenfalls starkes Gewicht. Ferner dienten 37 Lehrgänge mit rund 1 100 Besuchern der Fortbildung von Schulleitern und Schulaufsichtsbeamten. In den folgenden Jahren wurde die Lehrerfortbildung trotz der schwierigen finanziellen Situation quantitativ und qualitativ ausgebaut. Seit dem Schuljahr 1983/84 steht die Lehrerfortbildung zur Lehrplanrevision im Vordergrund. Alle Lehrer an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und allgemeinbildenden Gymnasien sind verpflichtet, an vier Nachmittagsveranstaltungen teilzunehmen und sich dabei intensiv mit dem revidierten Lehrplan in einem ihrer Unterrichtsfächer zu befassen. Ab 1985 wird ein besonderes Programm zur Fortbildung der Lehrer im Bereich Informatik durchgeführt, an dem insgesamt 16.000 Lehrer allgemeinbildender und beruflicher Schulen beteiligt sein werden.

Nachfrage nach Weiterbildung im nächsten Jahrzehnt voraussichtlich weiter steigend

Der Weiterbildungsbereich hat sich - wie zuvor dargelegt - in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Bei errechneten Weiterbildungsbeteiligungquoten (Berichtssystem Weiterbildungsverhalten) für verschiedene Alters-

gruppen der Bevölkerung zwischen 14 % und 38 % - bezogen auf die erwachsene Wohnbevölkerung - dürfte unter status-quo-Bedingungen für die nähere Zukunft mit einer weiteren Expansion des Weiterbildungsberichts zu rechnen sein. Eine genaue Einschätzung der zukünftigen Nachfrage nach Weiterbildung ist wohl nicht möglich, da diese Nachfrage eine Resultante aus vielen Faktoren ist. Dabei wird jeder dieser Faktoren wiederum durch eine Vielzahl von relevanten Einflußgrößen bestimmt, deren Auswirkungen und zeitliche Entwicklungen (z.B. technische Entwicklung, finanzielle Förderung der Weiterbildung, Arbeitszeitpolitik u.a.) kaum gesicherte Aussagen ermöglichen. Allerdings besteht eine breite Übereinstimmung darüber, daß die quantitative Entwicklung der Weiterbildungsteilnehmer wesentlich bestimmt wird durch

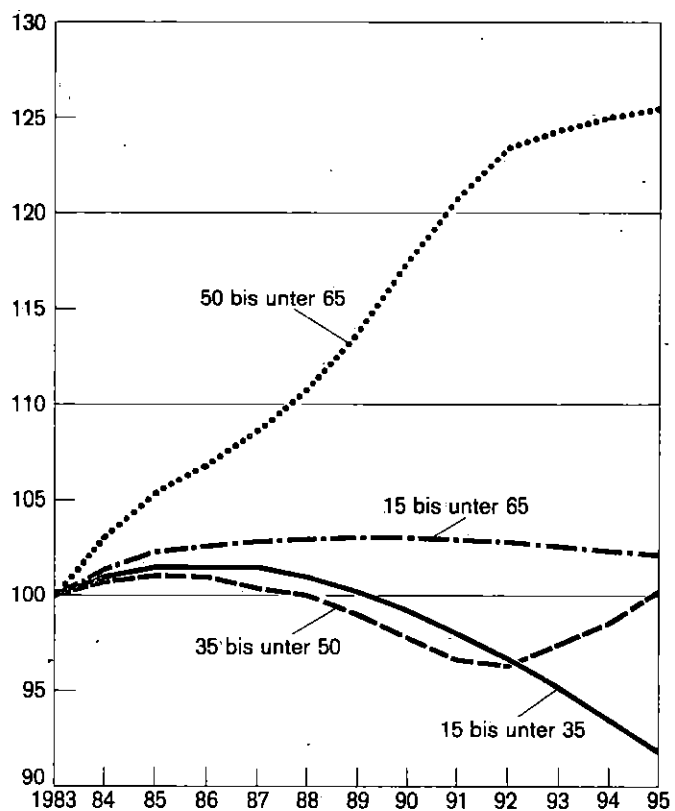
- die Entwicklung der Wohnbevölkerung und
- die Entwicklung der Weiterbildungsbeteiligungquote.

Neuere Untersuchungen¹⁴ haben ergeben, daß das Weiterbildungsverhalten der Bevöl-

¹⁴ Vgl. Weiterbildungsverhalten 1982, a.a.O., S. 203 ff.

Schaubild 7

Voraussichtliche Entwicklung der Wohnbevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen 1983 = 100



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

147 84

kerung neben den oben erwähnten Einflußfaktoren auch wesentlich von sozio-demographischen Merkmalen beeinflußt wird. Wichtige Bestimmungselemente sind hierbei vor allem das Lebensalter, der Bildungsabschluß und die berufliche Stellung. So beteiligen sich jüngere Personen unter 35 Jahren wesentlich häufiger an Weiterbildungsveranstaltungen als ältere (über 50 Jahre). Mit steigender beruflicher Qualifikation nimmt auch die Teilnahme an Veranstaltungen der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung zu, während sich Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung nur in sehr geringem Umfang an Weiterbildungsmaßnahmen beteiligen. So ist z.B. eine Aufstiegsfortbildung ohne Grundausbildung nicht möglich. Berücksichtigt man, daß für einen Zeitraum bis etwa 1995 relativ zuverlässige Vorausberechnungen der Altersgruppen, die Weiterbildungsmaßnahmen nachfragen werden, möglich sind (diese potentiellen Weiterbildungsteilnehmer sind bereits geboren), so fällt bei der Betrachtung der altersgruppenspezifischen Entwicklung der Bevölkerung Baden-Württembergs auf, daß sich die einzelnen Altersgruppen von 1983 bis 1995 recht unterschiedlich entwickeln. Aus Schaubild 7, das die Entwicklung der Wohnbevölkerung

für die Altersgruppen bis unter 65 Jahren zeigt, geht hervor, daß absolut betrachtet diese in den nächsten Jahren weiter ansteigt, und nach 1990 wieder leicht abnehmen dürfte. Für die 15 bis 50 jährigen, die erfahrungsgemäß am häufigsten Weiterbildungsveranstaltungen besuchen, zeichnet sich für die nähere Zukunft eine weitere Zunahme ab. Überträgt man die aus dem Berichtssystem Weiterbildungsverhalten 1982 ermittelten altersgruppenspezifischen Weiterbildungsquoten

unter 35 Jahre - Gesamtteilnahmequote: 38 %
 35 bis unter 50 Jahre - Gesamtteilnahmequote: 31 %
 50 bis unter 65 Jahre - Gesamtteilnahmequote: 14 %

auf Baden-Württemberg und verknüpft diese mit den Daten der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung, so dürfte aufgrund der errechneten Zunahme der Bevölkerung in diesen Altersgruppen, die Zahl der potentiellen Weiterbildungsteilnehmer in den kommenden Jahren weiter ansteigen. Dies besagt, daß unter status-quo-Bedingungen, der Weiterbildungsbereich für die nähere Zukunft weiterhin als expansiv wird angesehen werden können. Darüber hinaus dürfte auch eine Vermehrung der frei verfügbaren Zeit infolge weiterer Verkürzung der Arbeitszeit und der technologische Wandel zu verstärkter Nachfrage nach allgemeiner und beruflicher Weiterbildung beitragen.

Zusammenfassung

- Die Herausforderungen der nahen Zukunft verlangen angesichts der tiefgreifenden Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft von jedem Erwachsenen fortlaufende Anpassung, wechselnde berufliche Qualifikation und ein hohes Maß an Lernfähigkeit für das persönliche und berufliche Weiterkommen. Vor diesem Hintergrund ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit, das Lernen, speziell die Weiterbildung, auf die gesamte aktive Lebenszeit auszudehnen. Insoweit ist Weiterbildung ein lebenslanger Lernprozeß.
- Weiterbildung wird derzeit definiert als Fortsetzung oder Wiederaufnahme organisierten Lernens nach Abschluß einer unterschiedlich ausgedehnten schulischen und beruflichen Erstausbildung, die in der Regel durch den Eintritt in die volle Erwerbsfähigkeit gekennzeichnet ist. Charakteristisch für die Weiterbildung sind außer den Kernbereichen (allgemeine politisch-gesellschaftliche und berufliche Weiterbildung) eine Vielzahl von verschie-

denaratigen Trägern, sowie eine große Vielfalt der Bildungsangebote, der Lernziele und der Lehrmethoden.

- Weiterbildung hat vor allem die Aufgabe, dem Einzelnen zu helfen, seine Kenntnisse und Fertigkeiten zu vertiefen und zu erweitern sowie Neues sich anzueignen. Sie erstreckt sich auf drei wesentliche Bereiche des Menschen:

- den Beruf
- die Stellung in Staat, Gesellschaft und Familie
- die Freizeit

Angesichts der technologischen Entwicklung kommt der Weiterbildung in Bezug auf die berufliche Tätigkeit immer größere Bedeutung zu.

- Mit dem Gesetz zur Förderung der Weiterbildung und des Bibliothekswesens vom 16. Dezember 1975 hat Baden-Württemberg strukturelle und finanzielle Voraussetzungen geschaffen, um eine flächendeckende Versorgung mit Weiterbildungsangeboten und eine stetige Weiterentwicklung dieses Bildungssektors zu ermöglichen. Durch ihre gesetzliche Verankerung wurde die Förderung der Weiterbildung zugleich zur öffentlichen Aufgabe erhoben und neben Schule, Berufsausbildung und Hochschule zu einem gleichberechtigten integrierten Hauptbereich des Bildungswesens erklärt.
- Im Bereich der allgemeinen Weiterbildung sind in Baden-Württemberg die Volkshochschulen mit ihren über 1 000 Bildungsstätten und die Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung der evangelischen und katholischen Kirche die quantitativ bedeutsamsten Träger von Weiterbildungsmaßnahmen. Mehr als 3,31 Mio. Erwachsene, das sind umgerechnet über ein Drittel der baden-württembergischen Wohnbevölkerung, haben 1982 die insgesamt 120 000 durchgeführten Kurse, Lehrgänge und Vorträge dieser Träger besucht. Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Kurse und Belegungen an Volkshochschulen mehr als verdreifacht.
- Die allgemeine Weiterbildung ist eine Domäne der Frauen. Obwohl Frauen knapp 52 % der Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg repräsentieren, nutzen sie mit mehr als zwei Drittel (71,9 %) aller

Kursteilnehmer Weiterbildungsangebote der Volkshochschulen besonders stark.

- Die Tatsache, daß fast zwei Drittel (63 %) aller Lehrgangsteilnehmer an Volkshochschulen noch keine 35 Jahre alt sind, deutet daraufhin, daß der Wille zur Vertiefung und Erweiterung der allgemeinen Kenntnisse sowie das Streben nach beruflichem Fortkommen stark motivieren dürfte. Als weniger erfreulich mag anmuten, daß der Anteil der Kursbesucher in der Altersgruppe 50 bis unter 65 Jahren, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil (16 %) mit derzeit nur 8,2 % stark unterrepräsentiert ist.
- Immer größere Bedeutung kommt in den letzten Jahren der beruflichen Weiterbildung zu. Etwa 12 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg zwischen 18 und 65 Jahren beteiligen sich an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen der verschiedensten Art. Der Betrieb ist mit fast der Hälfte (47 %) aller Maßnahmen der wichtigsten Träger in der beruflichen Weiterbildung.
- Speziell für den Lehrer ist Fortbildung eine dringende Notwendigkeit, da er junge Menschen in der Gegenwart für die Zukunft ausbildet. Über 81 000 voll- und teilzeitbeschäftigte Lehrer nahmen 1980 an den alle Schularten umfassenden Maßnahmen der staatlichen Lehrerfortbildung in Baden-Württemberg teil; das waren rechnerisch mehr als drei Viertel der gesamten Lehrerschaft.
- Durch die Bevölkerungsentwicklung, den raschen technologischen Wandel und die Vermehrung der frei verfügbaren Zeit dürfte die Zahl der potentiellen Weiterbildungsteilnehmer in den kommenden Jahren weiter ansteigen und der Bereich Weiterbildung in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit noch erheblich an Bedeutung gewinnen. Mit der wachsenden Bedeutung dieses Bildungsbereichs werden zuverlässige Daten und Informationen über die Weiterbildung, die in Ermangelung einer Weiterbildungsstatistik derzeit nicht bereitgestellt werden können, immer unentbehrlicher. Um Fehleinschätzungen zu vermeiden und die weitere Entwicklung im Weiterbildungsbereich aufzeigen zu können, benötigt die amtliche Statistik aktuelle und zuverlässige Strukturdaten über entscheidungsrelevante Elemente der Weiterbildung.

2.2 Zur beruflichen Qualifikationsstruktur der Beschäftigten

Einführung

Eine wichtige Komponente der Wirtschaftsstruktur ist die Qualifikation der Arbeitskräfte einer Volkswirtschaft. Nachdem im vorangegangenen Statistisch-prognostischen Bericht mit den Beiträgen über die Forschungs- und Entwicklungs(FuE)-Kapazitäten im Land sowie die Investitionsentwicklung und den Altersaufbau des Produktivkapitals in Baden-Württemberg bereits wichtige Bestimmungsgrößen der gesamtwirtschaftlichen Leistung und damit auch der Wettbewerbsfähigkeit behandelt wurden, wird mit der vorliegenden Arbeit diese Thematik in der Analyse der qualitativen Struktur des "Produktionsfaktors Arbeit" fortgesetzt.

Der Begriff der beruflichen Qualifikation ist außerordentlich komplex; er wird in der Literatur sehr verschieden interpretiert, einer allgemein anerkannten Definition steht wohl nicht zuletzt entgegen, daß der Untersuchungsgegenstand Qualifikation im Berufungsfeld mehrerer wissenschaftlicher Disziplinen liegt. Als kleinster gemeinsamer Nenner läßt sich Qualifikation umschreiben als Gesamtheit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, über die eine Person zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit verfügt oder verfügen muß. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß eine hohe Bildung sowie Ausbildung und Qualifikation der Arbeitskräfte letztlich nicht nur tätigkeitsbezogen gesehen werden darf, sondern auch emanzipatorische Aspekte hat; Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen, aktive Teilhabe am wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Wandel sind unverzichtbare Elemente einer demokratischen Gesellschaft.

Beim Begriff der beruflichen Qualifikation lassen sich Angebots- bzw. Entstehungsseite und Nachfrageseite gedanklich trennen. Auf der Entstehungsseite bringen die in den Arbeitsprozeß eintretenden Menschen eine spezifische Qualifikation mit, die sich formal, und meist durch Zertifikate belegbar, durch den Bildungs- und Ausbildungsabschluß bestimmen läßt. Diese Grundqualifikation wird durch zertifizierte oder informale betriebliche Höherqualifizierung bzw. parallel zum Arbeitsleben laufende Weiterbildung ergänzt. Diesem Qualifikationsangebot steht die betriebliche Nachfrage nach Qualifikationen gegenüber, wobei ausgehend von einem Arbeitsplatz mit bestimmten Qualifikationsanforderungen ein geeigneter Stelleninhaber gesucht wird. Angebot und Nachfrage beeinflussen sich gegenseitig; die statistisch beobachtbare

berufliche Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte ist auch das Ergebnis eines gewissen Angleichungsprozesses der Qualifikationsprofile der Arbeitsplätze und der Menschen, die die Arbeitsplätze besetzen.

Im Rahmen dieser Arbeit wird die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer des Verarbeitenden Gewerbes untersucht, also des Wirtschaftsbereichs, der dem internationalen Wettbewerbsdruck mit Abstand am meisten ausgesetzt ist. Dabei genügt es nicht, Durchschnittswerte für das Verarbeitende Gewerbe als Ganzes zu betrachten, vielmehr ist das Erscheinungsbild des Verarbeitenden Gewerbes so vielgestaltig, sowohl was die Qualifikationsstruktur als auch was die Stellung auf den Märkten anbelangt, daß nur eine branchenbezogene Untersuchung dem Thema Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer gerecht werden kann.

Aufbau der Arbeit

Für die statistische Beschreibung der beruflichen Qualifikationsstruktur kommt neben den Definitionsproblemen noch erschwerend hinzu, daß insbesondere für eine branchenorientierte Betrachtung keine Erhebung existiert, deren eigentlicher Zweck die Erfassung der Qualifikation ist. Vielmehr war es notwendig, aus Erhebungen, die quasi als Nebenprodukt auch Angaben zur Qualifikation umfassen, durch umfangreiche Sonderauswertungen und neue Aufbereitungen des Datenmaterials solche Angaben herauszustellen. Insbesondere zwei Erhebungen wurden so ausgewertet, die (laufende) Verdiensterhebung und die Beschäftigtenstatistik.

Der erste Teil der Arbeit, der die Darstellung der langfristigen Entwicklung der Qualifikationsstruktur zum Ziel hat, greift auf das Datenmaterial der Verdiensterhebung zurück.

Der zweite Teil umfaßt eine vertiefte Betrachtung der aktuellen Qualifikationsstruktur der einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Hierzu wurden sechs Indikatoren ausgewählt, die das Spektrum der spezifischen Art der in den Branchen vorhandenen Qualifikation umreißen sollen.

Als erster Indikator dient die auch bei der langfristigen Betrachtung verwendete Facharbeiterquote, d.h. der Anteil der Facharbeiter an den Arbeitern. Datenquelle ist die Verdiensterhebung.

Die übrigen fünf Indikatoren dagegen stammen aus der Beschäftigtenstatistik, umfassen also die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Jeder dieser Indikatoren beleuchtet einen speziellen Aspekt der Art der Qualifikation, die für eine Branche typisch ist.

Während der oben beschriebene Indikator, die Facharbeiterquote, die Struktur der Tätigkeiten innerhalb des Produktionsbereichs beschreibt, ist als weitere Information auch die Frage von Bedeutung, welchen Umfang Produktionstätigkeiten bei den Beschäftigten einer Branche überhaupt haben, oder anders ausgedrückt, welchen Anteil die tertiären Tätigkeiten innerhalb einer Branche haben, also Verwaltung, Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung und Vertrieb¹.

Als Maß hierfür wird oft der Anteil der Angestellten an den Beschäftigten benutzt. Nun ist jedoch der Begriff Arbeiter bzw. Angestellter eine rechtliche Kategorie, die sich in der Statistik über die Meldung zu einer hierdurch bestimmten Gattung der Sozialversicherung niederschlägt. Dagegen ist die Aussagekraft dieser Kategorie für die Art der Tätigkeit in wachsendem Umfang nur beschränkt aussagekräftig. Erstens gibt es relativ viele Arbeitnehmer im gewerblichen Bereich, denen durch ihre Funktion z.B. als Werkmeister der Angestelltenstatus übertragen wurde, zweitens ist die Tendenz zu beobachten, vor allem die höher qualifizierten gewerblichen Beschäftigten allgemein als Angestellte zu beschäftigen. Vor allem aus diesem Grund soll in dieser Arbeit der Qualifikationsindikator, der den Grad der Tertiarisierung angibt, tätigkeitsbezogen definiert werden als Anteil der Beschäftigten in tertiären Berufen (technische und Dienstleistungsberufe)² an den Beschäftigten der Betriebe.

Neben dem generellen Aspekt des Ausmaßes tertiärer Tätigkeiten ist speziell derjenige Teilbereich von Interesse, der technische Dienstleistungen wie Forschung und Entwicklung, Konstruktion und technische Servicefunktionen umspannt. Hier wird als Merkmal zum einen die Gesamtheit der technischen Berufe verwendet, zum anderen die darin enthaltene Gruppe der Naturwissenschaftler und Ingenieure.

1 Dies ist eine Frage, die auch im Rahmen der Drei-Sektoren-Theorie eine wichtige Rolle spielt, wonach im langfristigen Trend nicht nur das Gewicht des Dienstleistungssektors zunimmt, sondern auch innerhalb des Warenproduzierenden Sektors der Anteil tertiärer Tätigkeiten anwächst. Siehe hierzu: Veränderung der Dienstleistungsstruktur, in: Statistisch-prognostischer Bericht 1981/82.

2 Berufsbereiche IV und V der Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1975, Hrsg. Statistisches Bundesamt.

Die Intensität, mit der diese Berufe in einer Branche vertreten sind, ist ein Indikator für den Technologiegehalt einer Branche. Um diesen Indikator möglichst aussagekräftig zu machen, mußte diejenige Verzerrung ausgeschaltet werden, die darin besteht, daß der Umfang von gewissen Dienstleistungstätigkeiten wie Handel, Transport usw. auch davon abhängt, wie stark solche Dienstleistungen in Form einer Arbeitsteilung in selbständige Unternehmen des Dienstleistungssektors ausgelagert sind. Deswegen wurde als Qualifikationsindikator - hier speziell als Indikator für den Technologiegehalt der Produktion einer Branche - zum einen die Anzahl der Beschäftigten der technischen Berufe, zum anderen die darin enthaltene Anzahl der Naturwissenschaftler und Ingenieure jeweils auf die Fertigungsberufe bezogen.³ Die so entstandenen Quoten werden "Technikerdichte" bzw. "Ingenieurdichte" genannt.

Einen gesellschaftspolitischen Aspekt der Qualifikationsstruktur beleuchtet der Anteil der Frauen bzw. Männer an den verschiedenen Berufsgruppen in den einzelnen Branchen. Dies gilt auch für den Ausländeranteil, wobei dieser Qualifikationsindikator nicht zuletzt auch die "Qualifikation" der Ausländer angibt, eher als Deutsche in der Vergangenheit branchentypische ungünstigere Arbeitsbedingungen zu akzeptieren.

Mit diesen insgesamt sechs verschiedenen Qualifikationsindikatoren wird ein Branchenvergleich durchgeführt⁴. In einem anschließenden Kapitel werden für ausgewählte Branchen die verschiedenen Qualifikationsindikatoren miteinander verknüpft. Hier wird beispielsweise der Frage nachgegangen, in welchen Branchen eine hohe Ingenieurdichte mit einem hohen Facharbeiteranteil korrespondiert. Hieraus kristallisieren sich Qualifikationsprofile der einzelnen Branchen heraus.

Im dann folgenden Kapitel wird die Qualifikationsstruktur im Bund-Land-Vergleich für die einzelnen Branchen dargestellt.

3 Zu den Fertigungsberufen (Berufsbereich III) werden hier auch die Berufsbereiche I, II und VI gezählt, die quantitativ keine Rolle im Verarbeitenden Gewerbe spielen.

4 Nicht behandelt in dieser branchenbezogenen Untersuchung werden die Merkmale Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse. Zum einen sind diese Merkmale personen-, nicht tätigkeitsbezogen, so daß z.B. erworbene Ausbildungsabschlüsse durch Berufswechsel in ihrer Bedeutung als Qualifikationsmerkmal relativiert werden. Hinzu kommt, daß die vorhandenen Daten hier schwer einschätzbare Unschärfen ausweisen (Fälle ohne Angabe).

In einem letzten Kapitel wird untersucht, ob es Zusammenhänge zwischen Wachstum und Exportintensität der Branchen einerseits und der Qualifikationsstruktur andererseits gibt.

Theoretische Aussagen über die Entwicklung der Qualifikationsstruktur

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Qualifikationsstruktur im langfristigen Vergleich untersucht. In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden mehrere, teils widersprüchliche Hypothesen hierzu vertreten. Der Wissensstand hierzu wird von vielen Autoren als unbefriedigend angesehen, was nicht zuletzt auch mit dem Mangel an verfügbaren Daten zusammenhängt.

Die verschiedenen Thesen über den Qualifikationseinsatz unterscheiden sich zum einen in der Einschätzung der technischen und organisatorischen Entwicklung auf den Bedarf an Arbeitskräften (Nachfrageseite), zum anderen in der Reaktion der Arbeitgeber auf die Strukturveränderungen im Erwerbspersonenpotential, also letztlich in der Einschätzung der Flexibilität der Produktionsbedingungen in Bezug auf Änderungen der auf dem Arbeitsmarkt angebotenen Qualifikationen.

Die Polarisierungsthese behauptet, daß die technische Entwicklung darauf hinausläuft, daß einem Teil der Arbeitnehmer ein beruflicher Aufstieg gelingt, während ein anderer Teil mehr oder weniger durch den Einsatz neuer Techniken eine Verarmung der Aufgabenfelder erfährt und damit eine Herabqualifizierung. Wenn dieser Prozeß nach der einen Seite hin ungleichgewichtig verläuft, so daß der überwiegende Teil der Arbeitsplätze durch neue Techniken aufgewertet wird, trifft die Höherqualifizierungsthese zu. Dagegen behauptet die Dequalifizierungsthese, daß der technische Wandel überwiegend eine wachsende Spezialisierung und Arbeitsteilung bringt, die ein geringeres Maß an Kenntnissen und Fertigkeiten erfordern.

Diese drei - graduell mehr oder weniger konträren - Thesen wurden empirisch jeweils durch Auswertung in- oder ausländischer Statistiken gestützt bzw. durch Fallstudien belegt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß zum einen das Ergebnis vom jeweiligen Qualifikationsbegriff und dessen empirischer Fassbarkeit abhängt, zum anderen, daß die drei genannten Phänomene in unterschiedlichen Zeitperioden, aber auch gleichzeitig in der Arbeitswelt dominieren können - je nach Art der die Arbeitsplätze beeinflussenden technischen Entwicklung, die von Beruf zu Be-

ruf, von Branche zu Branche, ja selbst von Betrieb zu Betrieb unterschiedliche Wirkungen zeigen kann.

Hinzu kommt, daß bei durch den technologischen Wandel entstehenden Profildiskrepanzen die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte nicht allein die abhängige Variable zu sein braucht. Vielmehr ist es denkbar, daß die Organisationsstrukturen der Produktion so flexibel sind, daß die vorgegebene Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte bei der Gestaltung neuer Formen der Fertigungstechnik berücksichtigt wird, wobei gesetzliche Schutzbestimmungen, Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Regelungen der Tarifpartner mitwirken können: Mit anderen Worten, die Arbeitsorganisation ist ebenfalls als abhängige Größe anzusehen, sie hat zumindest eine Pufferfunktion hinsichtlich der durch neue Techniken verursachten Qualifikationsänderungen. Autoren, die internationale Vergleiche der Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer durchgeführt haben,⁵ betonen, daß diese in erheblichem Umfang durch ganz andere Faktoren beeinflusst werden als durch Art und Entwicklungsniveau der jeweils eingesetzten Produktionsmittel und Techniken. Hierbei wurde festgestellt, daß gleichartige Produkte mit ähnlichen bzw. identischen Anlagen und Verfahren, aber sehr verschiedenen Formen von Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung sowie Qualifikationsanforderungen erzeugt werden.

Vor allem der internationale Vergleich verdeutlicht so, daß eine Wechselwirkung zwischen Arbeitsorganisation und dem Qualifikationsangebot besteht.

Langfristige Entwicklung der Qualifikationsstruktur

Für eine Darstellung der langfristigen Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeiter und Angestellten des industriellen Sektors wird die Verdiensterhebung herangezogen. Diese Erhebung bezieht sich auf vollbeschäftigte Arbeitnehmer, sowie auf die industriellen Bestandteile des Verarbeitenden Gewerbes, sie umfaßt damit nicht das Verarbeitende Handwerk⁶.

Aus dieser Datenquelle wurden als Qualifikationsindikatoren die Aufgliederung der Ar-

5 So z.B. Lutz, B., Einige gesellschaftliche Funktionen berufspraktischer Ausbildung, in: IAB-Beiträge 66, S. 19 ff.

6 Außerdem ist die zeitliche Vergleichbarkeit u.a. deswegen eingeschränkt, weil die Verdiensterhebung eine Stichprobenerhebung ist; so kann der von Zeit zu Zeit erforderliche Austausch von berichtspflichtigen Betrieben gerade bei der Betrachtung einzelner Branchen gewisse Verzerrungen zur Folge haben.

beiter in 3 Leistungsgruppen benutzt. Diese Leistungsgruppen lassen sich grob wie folgt beschreiben:

Leistungsgruppe 1: Facharbeiter, Vorarbeiter und Meister, soweit als Arbeiter eingestuft

Leistungsgruppe 2: Angelernte Arbeiter

Leistungsgruppe 3: Ungelernte Arbeiter

Bei der Einstufung z.B. als Facharbeiter (Leistungsgruppe 1) kommt es nicht darauf an, daß der betreffende Arbeiter ein entsprechendes Zertifikat (Facharbeiterbrief) besitzt, sondern ausschlaggebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit; die hierzu notwendige Qualifikation kann also auch z.B. durch betriebsinterne Höherqualifizierung erworben sein.

Interessante Einblicke in die geschlechtsspezifische Qualifikation der Arbeiter liefert zusätzlich die gesonderte Aufgliederung nach Leistungsgruppen für männliche und weibliche Arbeiter.

Eine weitgehend analoge Aufgliederung der Qualifikationsgruppen ist auch für die Angestellten vorhanden, hier ist eine plakative Inhaltsbestimmung der Leistungsgruppen allerdings schwieriger.⁷ Grob lassen sich die erfaßten Leistungsgruppen so beschreiben:

Leistungsgruppe 2: Angestellte mit gehobener Qualifikation

Leistungsgruppe 3: Angestellte mit mittlerer Qualifikation

Leistungsgruppe 4: Angestellte mit einfacher Qualifikation, in der Regel erworben durch eine berufliche Ausbildung

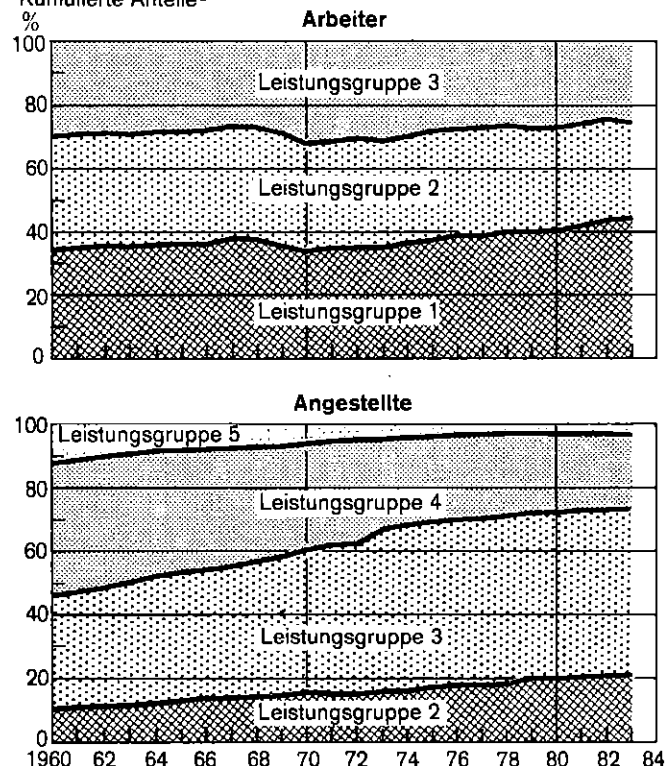
Leistungsgruppe 5: Angestellte mit einfachen Tätigkeiten, in der Regel ohne Berufsausbildung

Betrachtet man die Industrie als Ganzes (ohne Hoch- und Tiefbau), so ist in der langfristigen Entwicklung ein stetiger Trend hin zu Tätigkeiten mit höherer Qualifikation zu beobachten, sowohl bei Arbeitern wie bei Angestellten.⁸ Dieser Trend war bei den

Schaubild 1

Langfristige Entwicklung der Qualifikationsstruktur von Arbeitern und Angestellten der Industrie¹⁾

- Kumulierte Anteile -



1) Erläuterung siehe Text; Arbeiter ohne Bauindustrie, Angestellte einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Quelle: Verdiensterhebung, jeweils Juli.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

196 84

Arbeitern erst in den 70er Jahren besonders ausgeprägt. Waren bei den Arbeitern in der Industrie 1960 (jeweils Juli) erst 34,6 % der Arbeiter als Facharbeiter beschäftigt, so waren es 1973 35,6 %, 1983 bereits 45,2 % (Schaubild 1). Dies ging per Saldo sowohl zu Lasten des Anteils der angelernten Arbeiter (Leistungsgruppe 2) als auch der Ungelernten (Leistungsgruppe 3). Der Anteil der Angelernten betrug in der Industrie 1960 noch 35,9 %, sank dann bis 1973 auf 34,0 %; 1983 betrug er nur noch 30,5 %.

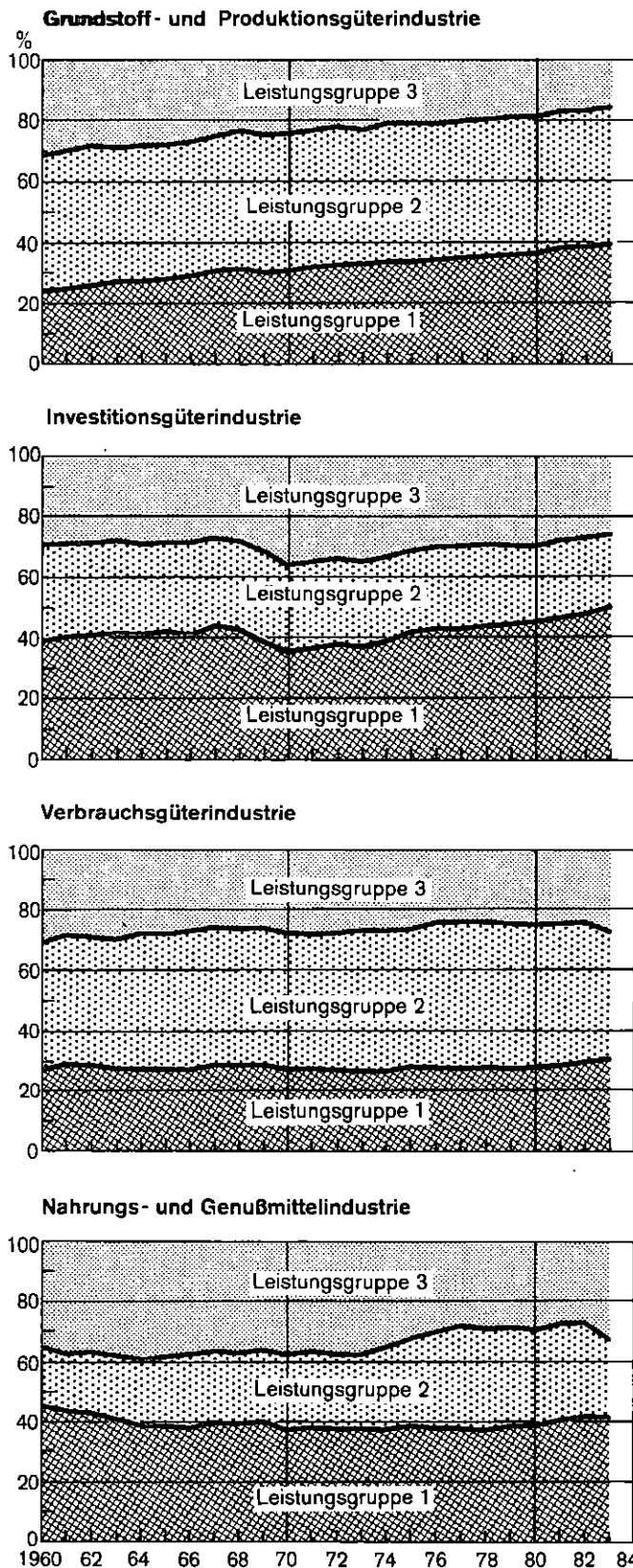
Der Anteil der ungelernten Arbeiter dagegen (1960: 29,6 %) blieb in den 60er Jahren per Saldo, allerdings unter gewissen Schwankungen, recht stabil (1973: 30,4 %), sank dann aber bis auf 24,3 % im Jahre 1983. Eine gewisse Rolle bei dieser Entwicklung dürfte spielen, daß bis zur Energiekrise 1973 dem Arbeitsmarkt eine faktisch unbegrenzte Zahl von zuwandernden, meist ungelernten ausländischen Arbeitskräften zur Verfügung stand, so daß der Anteil der ausländischen Arbeiter bis dahin ständig anstieg. Im Anschluß an den Anwerbestopp ging dieser An-

7 Die "oberste" Leistungsgruppe 1, die Angestellte mit höchster Qualifikationsstufe enthält, wird nur in mehrjährigen Abständen erfaßt; 1978 betrug der Anteil dieser Gruppe an den vollbeschäftigten Angestellten der Verarbeitenden Industrie 4,4 %, bei den Männern waren es 6,0 %, bei den Frauen 0,3 %. Diese gering besetzte Gruppe muß bei der folgenden Betrachtung ausgeschlossen bleiben.

8 Im längerfristigen Zeitvergleich ist bei der zugrundeliegenden Erhebung allerdings nicht auszuschließen, daß in Einzelfällen durch eine tarifvertraglich vereinbarte Neugestaltung der Tarifklassen eine geringe Verzerrung der statistisch ermittelten Qualifikationsstruktur eingetreten ist.

Langfristige Entwicklung der Qualifikationsstruktur¹⁾ der Arbeiter in den Industriebauptgruppen

- Kummulierte Anteile -



1) Erläuterung siehe Text.

Quelle: Verdiensterhebung, jeweils Juli.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

197 84

teil wieder zurück.⁹ Hinzu kam sicherlich auch, daß ein Teil der bereits länger hier arbeitenden Ausländer durch betriebliche Höherqualifizierung die anderen Leistungsgruppen erreichte.

Deutlicher ausgeprägt war ein Anstieg der Qualifikationsstruktur bei den Angestellten der Industrie (Schaubild 1), er verlief sowohl stetiger als auch mit größerer Intensität. So stieg der Anteil der Angestellten der höchsten regelmäßig erfaßten Leistungsgruppe 2 (gehobene Qualifikation) von 10,8 % im Jahr 1960 auf 16,7 % 1973, seither nahm er auf 21,8 % (1983) zu. Vorwiegend in den 60er Jahren stark gestiegen ist der Anteil der Angestellten, die in Leistungsguppe 3 beschäftigt sind (mittlere Qualifikation). Im Juli 1983 waren hier 51,8 % der Angestellten beschäftigt gegenüber 50,7 % 1973 und 35,6 % im Jahr 1960.

Demgegenüber war der Beschäftigtenanteil der beiden unteren Leistungsgruppen stark rückläufig. In der Leistungsguppe 4 (einfache Qualifikation in der Regel mit Berufsausbildung) waren 1960 noch 41,8 %, 1973 dann 28,5 % der Angestellten beschäftigt, bis 1983 fiel dieser Anteil auf 23,7 %. In jeder Dekade fast halbiert hat sich der Anteil der Angestellten der Leistungsguppe 5 (einfache Qualifikation ohne Berufsausbildung). Im Jahr 1960 betrug dieser Anteil noch 11,7 %, bis 1973 fiel er auf 4,1 % und bis 1983 auf 2,6 %.

Diese vor allem bei den Angestellten starke Erhöhung des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus spiegelt die Entwicklung bei den vollbeschäftigten Arbeitnehmern wider. Nicht zum Ausdruck kommt hier, daß die wachsende Zahl von Teilzeitbeschäftigten überproportional oft in den unteren Leistungsgruppen beschäftigt sein dürfte. Es ist weiterhin zu berücksichtigen, daß diese Qualifikationsstufen die in der betrieblichen Wirklichkeit viel feinere Qualifikationsstruktur nur vergrößert abbilden können. Hinzu kommt, daß die betrieblichen Einstufungen meist durch Manteltarifverträge definiert werden, deren Änderung auch auf die statistische Einstufung durchschlagen kann.

Es kann jedoch für die Industrie als ganzes festgehalten werden, daß sich die Qualifikationsstruktur sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten ständig erhöht hat.

Für die Arbeiter, die nach wie vor die Mehrzahl der Beschäftigten ausmachen - so waren im Verarbeitenden Gewerbe Anfang 1983

⁹ Siehe hierzu: Das Wanderungsverhalten der Ausländer in: Statistisch-prognostischer Bericht 1982/83.

67 % aller Beschäftigten Arbeiter - soll diese Entwicklung im folgenden detaillierter beschrieben werden.

Spürbarer Zuwachs der Arbeiter-Qualifikation im Grundstoff- und Investitionsgüterbereich

Die Betrachtung nach den vier Hauptgruppen der Verarbeitenden Industrie zeigt, daß die These von der Tendenz zur Höherqualifizierung der Arbeiter zu differenzieren ist (Schaubild 2). Sowohl in den 60er Jahren als auch seither deutlich gestiegen ist der Anteil der Facharbeitertätigkeiten in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie: von 24,6 % (1960) über 33,4 % (1973) auf 40,2 % (1983). Dagegen war der Anteil der angelernten Arbeiter bemerkenswert stabil (1960: 45,3 %, 1973: 44,1 %, 1983: 44,6 %). Die Höherqualifikation ging hier also allein zu Lasten der Ungelernten, deren Anteil von 30,1 % (1960) über 22,6 % (1973) auf 15,2 % (1983) zurückging.

Der Anteil der verschiedenen Qualifikationsgruppen in der Investitionsgüterindustrie wies in den 60er Jahren keine einheitliche Tendenz auf (was in kleinerem Umfang auch mit Änderungen der Manteltarifverträge der Metallindustrie zusammenhängen könnte). Seit Beginn der 70er Jahre ist dann auch hier eine deutliche Zunahme des Facharbeiteranteils zu erkennen, von 38,0 % (1973) auf 50,6 % (1983). Auch hier ging der Anteilsgewinn bei den Facharbeitern weniger zu Lasten des Anteils der Angelernten, deren Anteil von

27,7 % (1973) auf 24,2 % (1983) sank; deutlich stärker ging vielmehr der Anteil der Ungelernten zurück, von 34,3 % (1973) auf 25,3 % (1983).

Ein deutlich anderes Entwicklungsmuster zeigt sich dagegen in der Verbrauchsgüterindustrie und im Nahrungs- und Genußmittelsektor. Im Verbrauchsgüterbereich war in den 60er Jahren eher eine leichte Nivellierung der Qualifikationsstruktur zu beobachten, hier stagnierte bis 1973 der Facharbeiteranteil, der Anteil der Angelernten stieg leicht, der Anteil der Ungelernten ging gleichzeitig leicht zurück. Erst ab 1973 änderte sich das Bild etwas, der Facharbeiteranteil stieg jetzt leicht von 27,6 % auf 31,2 %. Der Anteil der Angelernten ging jetzt zurück (1973: 45,8 %, 1983: 41,9 %), dagegen stagnierte der Anteil der Ungelernten (1973: 26,6 %, 1983: 26,9 %). Allerdings wies hier die Textilindustrie eine abweichende Entwicklung auf, hier zeigte sich auch noch bis 1983 eine leichte Verstärkung der mittleren Leistungsgruppe, was hauptsächlich zu Lasten der unteren Leistungsgruppe erfolgte. (Tabelle 1).

Im Nahrungs- und Genußmittelbereich ging der Facharbeiteranteil von 1960 bis 1973 sogar von 45,4 % auf 38,9 % zurück, während der Anteil der Angelernten entsprechend stieg. Seither stieg auch hier der Facharbeiteranteil wieder (1983: 42,3 %), erreichte aber das Niveau von 1960 noch nicht. Dies ging zu Lasten des Anteils der Ungelernten (1973: 36,6 %, 1983: 31,4 %).

Tabelle 1

Veränderung der Qualifikationsstruktur der Arbeiter und des Anteils der weiblichen Arbeiter nach ausgewählten Industriebranchen

Branchen	Arbeiter der Leistungsgruppe						Anteil der weiblichen Arbeiter an den Arbeitern insgesamt	
	1		2		3			
	(Facharbeiter)		(angelernte Arbeiter)		(ungelernte Arbeiter)			
	1973	1983	1973	1983	1973	1983	1973	1983
	%							
Industrie (ohne Bauindustrie)	35,6	45,2	34,0	30,5	30,4	24,3	30,6	25,4
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	33,4	40,2	44,1	44,6	22,6	15,2	16,4	15,1
Chemische Industrie (ohne Chemiefaserind.)	25,7	33,4	49,5	50,7	24,8	16,0	34,9	29,4
Investitionsgüterindustrie	38,0	50,6	27,7	24,2	34,3	25,3	26,1	20,6
Maschinenbau (ohne Herst. v. Büromaschinen)	50,9	64,8	28,2	21,8	20,8	13,4	11,7	8,2
Straßenfahrzeugbau	45,3	54,5	35,6	30,9	19,0	14,6	11,8	10,8
Elektrotechnische Industrie	26,1	35,4	19,8	18,8	54,0	45,7	44,5	40,0
Verbrauchsgüterindustrie	27,6	31,2	45,8	41,9	26,6	26,9	50,1	44,7
Textilindustrie	23,2	22,8	51,3	53,0	25,5	24,2	64,2	60,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	38,9	42,3	24,5	26,3	36,6	31,4	30,0	28,2

Quelle: Verdiensterhebung (jeweils Juli).

Während so im Verbrauchsgüter- und im Nahrungs- und Genußmittelbereich in den 60er Jahren eher eine Tendenz zur Stärkung des Anteils der Angelernten, also der mittleren Qualifikation, zu verzeichnen war, d.h. eine Tendenz zur Nivellierung des Qualifikationsgefälles, ist seit Beginn der 70er Jahre ein vergleichsweise schwacher Trend zur Höherqualifizierung erkennbar.

Deutliche Höherqualifizierung nur bei männlichen Arbeitern

Eine weitere Differenzierung der Höherqualifizierungs-These ergibt sich, wenn man die Entwicklung bei männlichen und weiblichen Arbeitern gesondert betrachtet. Bei den Männern ist sowohl in der Industrie insgesamt als auch in fast allen Teilbereichen eine deutliche Tendenz zur Höherqualifizierung festzustellen; der Anteil der Facharbeiterqualifikationen stieg überall deutlich bis auf den Verbrauchsgüterbereich; in diesem Bereich deutet ein Anstieg des Anteils der Angelernten eher auf Nivellierungstendenzen hin (Tabelle 2). Ganz anders ist dagegen die Situation bei den weiblichen Arbeitern. Zwar stieg auch hier der Anteil der Facharbeiterqualifikationen, aber nur sehr leicht, während der Anteil der Ungelernten auf hohem Niveau stagnierte. Dieser Konstanz der Struktur bei globaler Betrachtung steht eine starke branchenmäßige Differenzierung gegenüber. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich ist eine deutliche Höherqualifizierung der weiblichen Arbeiter zu erkennen. Der Anteil der Ungelernten sank von 59,1 %

(1973) auf 48,0 % (1983), dies ging gleichermaßen zu Gunsten der mittleren und oberen Leistungsgruppe, in der Chemischen Industrie vor allem zu Gunsten der mittleren.

Weit weniger stark ausgeprägt war diese Entwicklung im Investitionsgüterbereich, hier ging der Anteil der ungelernten weiblichen Arbeiter von 80,9 % auf 77,9 % zurück.

Dagegen ist in den Verbrauchsgüterindustrien eher ein Trend zur Dequalifizierung zu beobachten. Der Anteil der weiblichen Arbeiter, die als Ungelernte tätig sind, stieg hier von 38,8 % (1973) auf 45,6 % (1983); dies ging voll zu Lasten des Anteils der Angelernten, während der Anteil der Facharbeiterinnen praktisch stagnierte. Ebenso ist dieser Trend in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sichtbar; auch hier stagnierte der Anteil der Facharbeiterinnen, während der Anteil der Angelernten abnahm. Entsprechend nahm der Anteil der ungelernten Arbeiterinnen zu (von 70,0 % auf 75,3 %).

Die im Durchschnitt zu beobachtende Höherqualifikation der Industrie-Arbeiter gilt somit nicht für alle Gruppen gleichermaßen. Insbesondere weibliche Arbeiter im Verbrauchsgüter- und Nahrungsmittelbereich haben hiervon nicht profitiert. Dies sind aber gerade Branchen mit frauentypischen gewerblichen Arbeitsplätzen, so betrug der Anteil der weiblichen Arbeiter an den Arbeitern 1983 im Verbrauchsgütersektor 44,7 %, im Teilbereich Textilindustrie sogar 60,3 %. Auch im Nahrungs- und Genußmittelbereich ist der Frauenanteil bei den Arbeitern mit 28,2 %

Tabelle 2

Veränderung der Qualifikationsstruktur der Arbeiter nach ausgewählten Industriebranchen und Geschlecht

Branchen	Männliche Arbeiter der Leistungsgruppe						Weibliche Arbeiter der Leistungsgruppe					
	1		2		3		1		2		3	
	(Facharbeiter)		(angelernte Arbeiter)		(ungelernte Arbeiter)		(Facharbeiter)		(angelernte Arbeiter)		(ungelernte Arbeiter)	
	1973	1983	1973	1983	1973	1983	1973	1983	1973	1983	1973	1983
	%											
Industrie (ohne Bauindustrie)	49,8	59,1	33,6	29,7	16,6	11,2	3,4	4,5	35,0	32,8	61,6	62,7
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	39,8	46,6	44,9	44,0	15,4	9,4	0,9	4,1	40,0	47,9	59,1	48,0
Chemische Industrie (o. Chemiefaserind.)	39,0	46,2	55,1	49,3	5,9	4,6	0,8	2,5	39,1	54,0	60,1	43,5
Investitionsgüterindustrie	51,0	63,0	31,2	25,4	17,9	11,6	1,3	2,7	17,8	19,4	80,9	77,9
Maschinenbau (o. Herst. v. Büromaschinen)	57,4	70,1	29,1	21,6	13,4	8,3	1,5	5,5	21,8	24,5	76,7	70,0
Straßenfahrzeugbau	51,1	60,7	35,1	29,8	13,8	9,5	2,2	3,5	39,7	40,0	58,1	56,4
Elektrotechnische Industrie	46,7	58,1	25,8	22,6	27,5	19,3	0,5	1,4	12,4	13,2	87,1	85,4
Verbrauchsgüterindustrie	49,0	50,9	36,7	37,3	14,3	11,8	6,3	6,9	54,9	47,6	38,8	45,6
Textilindustrie	53,4	49,5	39,2	44,3	7,4	6,2	6,4	5,3	58,0	58,8	35,6	36,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	54,6	57,8	23,1	28,0	22,3	14,1	2,4	2,8	27,7	21,8	70,0	75,3

Quelle: Verdiensterhebung (jeweils Juli).

noch überdurchschnittlich. Nur die Elektrotechnik (Anteil der weiblichen Arbeiter 40,0 %) ist eine frauentypische Branche, in der eine leichte Höherqualifizierung sichtbar ist, allerdings in geringerem Umfang als bei den männlichen Kollegen.

Die deutlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Qualifikationsentwicklung der Arbeiter brachten es mit sich, daß das Qualifikationsgefälle zwischen Männern und Frauen heute noch ausgeprägter ist als früher. Im Juli 1983 waren wie noch vor 10 Jahren knapp zwei Drittel der weiblichen Industriearbeiter als Ungelernte beschäftigt, während es bei den Männern nur noch jeder neunte ist, 1973 war es noch jeder sechste. Umgekehrt ist nur jede zwanzigste Frau als Facharbeiterin beschäftigt, dagegen mehr als jeder zweite männliche Arbeiter.

Branchen mit hohem Frauenanteil bei den Arbeitern beschäftigen i.a. einen hohen Anteil von Ausländerinnen. So betrug Anfang 1983 der Anteil der Ausländerinnen an den Beschäftigten bei der Berufsgruppe der Elektromontierer 25,8 %, bei den Textil- und Bekleidungsberufen 15,9 %, bei den Ernährungsberufen 10,0 %.

Zunahme der Hilfsarbeiter?

Die bisherigen Daten zeigen insbesondere in und seit den 70er Jahren eine Abnahme des Anteils der industriellen ungelernten Arbeiter, ihr Anteil an den Arbeitern sank von 31,3 % (1970) über 30,4 % (1973) auf 24,3 % (1983). Da gleichzeitig die absolute Zahl der Arbeiter des Verarbeitenden Gewerbes abnahm (1970 bis 1983: - 25,2 %), war hiermit naturgemäß auch ein starker absoluter Rückgang der ungelernten Arbeiter in der Industrie verbunden.

Nun ist in der Literatur eine tendenziell entgegengesetzte Aussage zu finden; es wurde anhand anderer Datenquellen (Volkszählung bzw. Mikrozensus) berechnet, daß in der Bundesrepublik die Zahl der Hilfsarbeiter sehr stark zugenommen hat: von 1970 bis 1978 um 55 % bzw. von 1970 bis 1980 sogar um 83 %.¹⁰ Diese Aussage bezieht sich zwar auf die Hilfsarbeiter aller Wirtschaftsbe-

reiche, doch ist naturgemäß das Gros der Hilfsarbeiter im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt (in Baden-Württemberg dürften es z.B. 1978 rund 85 % gewesen sein).

Wegen der Bedeutung dieser Aussagen für mögliche Entwicklungen der Qualifikationsstruktur der Arbeiter soll hier kurz darauf eingegangen werden.

Zunächst deutet einiges darauf hin, daß hier die auf das Jahr 1970 bezogenen Zuwachsraten überhöht sind; die Zahl der ausländischen Hilfsarbeiter mußte für 1970 geschätzt werden, da in der Volkszählung nur bei den Deutschen der Beruf erfragt wurde. Nach dieser Schätzung betrüge 1970 der Ausländeranteil bei den Hilfsarbeitern nur 5 %, während dieser Anteil z.B. 1980 sich aus erhobenen Daten (Mikrozensus) auf ein Drittel beläuft. Es spricht also einiges dafür, daß die Zahl der ausländischen Hilfsarbeiter 1970 zu niedrig angesetzt wurde.

Umgeht man diese Schwierigkeit, indem das nächstverfügbare Jahr 1973 als Ausgangsjahr gewählt wird, so zeigt sich seither im Trend ein deutlicher Rückgang der Zahl der Hilfsarbeiter im Bundesgebiet (bis 1982 - 20 %). Dies war allerdings von erheblichen konjunkturellen Ausschlägen begleitet, was insofern nicht überrascht, als kaum eine Berufsgruppe so konjunkturabhängig ist wie die Hilfsarbeiter.

Somit deuten die Ergebnisse darauf hin, daß im Trend ein spürbarer Zuwachs der Hilfsarbeiter allenfalls bis 1973 (dem Jahr der Anwerbestopps für Gastarbeiter) erfolgt sein könnte.

Nun besitzen jedoch diese Zahlen einen äußerst stark eingeschränkten Aussagewert, der dann zum Ausdruck kommt, wenn man die "amtliche" Definition dieser Berufsgruppe: "Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe" betrachtet. Denn diese Rest- und Sammelposition bildet vielmehr eine Art Auffangbecken für Personen, die auf die Frage des Interviewers nach dem ausgeübten Beruf sich selbst als Hilfsarbeiter bezeichnen, also nur die hierarchische Stellung am Arbeitsplatz angeben¹¹. Im Gegensatz dazu werden andere Personen, die, auch als Hilfsarbeiter, den Inhalt ihrer Tätigkeit angeben können, anderen Berufsgruppen zugeordnet, z.B. die Mechanikerhelfer den Mechanikern, Maschinenhelfer den Maschinisten. Eine Veränderung der statistisch erfaßten Zahl der

¹⁰ Berufsspezifische Strukturdaten, Beiträge des IAB Nr. 60, 1982, sowie z.B. Wolfmeyer, P., Warnken, J., Zum Wandel der beruflichen Qualifikationsstruktur in der BRD seit Anfang der 60er Jahre, in RWI-Mitteilungen 1981, S. 245 ff. Diese Daten wurden auch verwendet im Bericht der Kommission "Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen", erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983, z.B. S. 155.

¹¹ Dies betont auch Stooß, F., Tendenzen des Wandels beruflicher Strukturen in den 70er Jahren, in: IAB-Mitteilungen Heft 3, 1980.

"Hilfsarbeiter" könnte also noch am ehesten darauf hindeuten, wie sich der Umfang der unspezialisierten einfachen manuellen Tätigkeiten, also Tätigkeiten mit unspezifischem Einsatzgebiet, bei denen die Beziehung des Arbeiters zu bestimmten Fertigungsprozessen, Arbeitsmitteln bzw. Arbeitsprodukten undurchsichtig bzw. nur lose ist, entwickelt hat. Faßt man diese Ergebnisse zusammen, so läßt sich also die in den zitierten Veröffentlichungen anzufindende These einer Zunahme der Hilfsarbeiter nicht bestätigen, zumal andere Datenquellen sowie eine baden-württemberg-spezifische Studie einen Rückgang der einfachen manuellen hilfsarbeitertypischen Berufe seit Anfang der 70er Jahre erkennen lassen¹².

Beschäftigtenzuwachs seit 1980 nur noch bei technischen Berufen

Weitere Aspekte für die Art der Qualifikation ergeben sich aus der Berufsstruktur, die anhand der Beschäftigtenstatistik verfolgt werden kann. Hier erlaubt die Datenlage allerdings keinen langfristigen Zeitvergleich.

Anfang 1983 waren in Baden-Württemberg in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes knapp zwei Drittel (63,1 %) der Arbeitnehmer Angehörige der Fertigungsberufe. Die Dienstleistungsberufe waren mit einem Anteil von 26,5 % vertreten, die technischen Berufe mit einem Anteil von 10,4 %.

Schon in dem kurzen Zeitraum von 1980 bis 1983 (jeweils zu Jahresbeginn) zeigen sich spürbare Veränderungen der Berufsstruktur im Verarbeitenden Gewerbe. Während in diesem Zeitraum die Zahl der Arbeitnehmer insgesamt um 5,5 % zurückging, waren die Fertigungsberufe überdurchschnittlich betroffen (- 7,8 %), die Dienstleistungsberufe unterdurchschnittlich (- 3,5 %). Innerhalb dieser Berufsgruppe stieg jedoch die Zahl der Datenverarbeitungsfachleute deutlich an (+ 7,0 %). Demgegenüber nahm die Zahl der Angehörigen der technischen Berufe deutlich zu (+ 4,9 %). Besonders stark war hierbei die Zunahme bei den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern (+ 10,1 %), während die Zahl der Techniker und technischen Sonderfachkräfte immerhin noch um + 2,9 % anstieg. Dies zeigt, daß die Betriebe bemüht waren, trotz der langanhaltenden Rezession ihr technologisches Potential zu stärken (Tabelle 3).

Tabelle 3

Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe nach Berufsgruppen 1980 bis 1983¹⁾

Berufsgruppe	Veränderung in %
Fertigungsberufe	- 7,8
Dienstleistungsberufe zusammen	- 3,5
darunter	
Datenverarbeitungsfachleute	+ 7,0
Technische Berufe zusammen	+ 4,9
davon	
Ingenieure und Naturwissenschaftler	+ 10,1
Techniker, technische Sonderfachkräfte	+ 2,9
Berufe insgesamt	- 5,5

1) Jeweils Jahresanfang. — Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Unter den bedeutenden Branchen war der Anstieg bei den Angehörigen der technischen Berufe i.a. überdurchschnittlich. Der Zuwachs war hier am größten beim Maschinenbau (+ 7,0 %) und im Straßenfahrzeugbau (+ 6,8 %). Aber auch die Elektrotechnik (+ 5,8 %) und die Chemische Industrie (+ 5,9 %) lagen noch über dem Branchendurchschnitt. Am höchsten war der Anstieg jedoch in kleineren Branchen mit hohem Technologiegehalt, so im Luft- und Raumfahrzeugbau (+ 10,7 %) und in der Büromaschinen- und ADV-Herstellung (+ 8,8 %).

Dagegen sank die Zahl der Angehörigen der technischen Berufe vor allem im Textilgewerbe (- 10,1 %), diese Zahl muß allerdings vor dem Hintergrund des starken Beschäftigtenrückgangs von - 18,0 % in dieser Branche gesehen werden.

Betrachtet man die Ingenieure (einschließlich Naturwissenschaftler) allein, zeigt sich ein leicht differenziertes Bild. Hier hat der Straßenfahrzeugbau einen hohen Zuwachs zu verzeichnen (+ 14,0 %), während der Maschinenbau (+ 7,8 %) beim Zuwachs leicht unter dem Branchendurchschnitt (+ 10,1 %) liegt. Leicht überdurchschnittlich war der Anstieg bei der Chemischen Industrie (+ 11,9 %). Das Textilgewerbe hat trotz der erwähnten starken Beschäftigteneinbußen Anfang 1983 noch ebensoviele Ingenieure wie 3 Jahre zuvor. Unter den kleineren Branchen hat das Bekleidungsgewerbe (+ 27,5 %), die Papiererzeugung (+ 20,1 %), die Kunststoffwarenherstellung (+ 13,4 %) und das Druckgewerbe (+ 11,2 %) überdurchschnittliche Zuwächse zu verzeichnen.

12 Blossfeld, P. Höherqualifizierung oder Verdrängung - Konsequenzen der Bildungsexpansion in den 70er Jahren, in: Beschäftigungssysteme im gesellschaftlichen Wandel, Frankfurt 1983.

Tabelle 4

Qualifikationsindikatoren nach ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1980 und 1983

Sypro-Nr.	Branche	Facharbeiterquote ²⁾		Anteil der tertiären Berufe ³⁾		Dichte der technischen Berufe ⁴⁾⁵⁾		Ingenieur-dichte ⁵⁾	
		1980	1983	1980	1983	1980	1983	1980	1983
		%							
22	Mineralölverarbeitung	62,6	68,1	53,8	52,8	34,5	38,1	9,9	13,8
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	36,0	33,6	39,3	41,2	10,2	11,1	2,3	2,6
27	Eisenschaffende Industrie	—	—	32,0	30,9	13,7	14,2	2,2	1,9
28	NE-Metallherzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	—	—	37,3	39,9	14,1	17,0	2,9	3,7
29	Gießerei	—	—	19,4	21,0	5,8	7,2	1,0	1,3
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	—	—	21,7	22,6	5,3	6,0	0,6	0,7
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	—	—	33,4	33,7	16,0	17,3	3,6	4,0
32	Maschinenbau	57,8	64,8	36,6	37,7	21,7	23,6	4,8	5,3
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	51,4	54,5	32,9	33,4	13,3	14,7	4,2	5,0
3311-80	Herstellung von Kfz.,Kraftträdern, Kraftmotoren usw.	—	—	32,5	32,6	16,2	17,9	5,2	6,1
3390	Reparatur von Kfz., Fahrrädern, Lackierung von Kfz.	—	—	34,6	36,4	1,0	1,5	0,0	0,2
34,35	Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	59,9	62,8	61,3	64,2	88,4	100,0	48,4	56,5
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	31,8	35,4	40,6	43,5	29,4	35,0	11,8	14,6
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung u. Rep. von Uhren	33,4	38,8	32,8	34,5	15,1	17,2	3,0	3,7
38	Herstellung von EBM-Waren	34,8	40,9	30,1	32,0	9,6	11,1	1,2	1,4
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	—	—	28,7	29,3	6,5	6,7	0,4	0,4
40	Chemische Industrie	30,6	33,4	53,3	54,7	27,6	30,5	5,1	6,0
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	38,9	46,1	71,8	71,4	81,7	88,4	37,9	40,6
51	Feinkeramik.	—	—	25,8	26,7	5,1	4,2	1,4	1,2
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	—	—	30,7	31,8	8,3	8,7	0,8	0,9
53	Holzbearbeitung	—	—	27,8	30,1	3,3	3,6	0,5	0,6
54	Holzverarbeitung	40,0	44,9	26,6	26,0	5,0	5,1	0,4	0,4
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	38,9	41,9	28,9	29,6	8,5	9,2	1,5	1,8
56	Papier- und Pappeverarbeitung	22,0	26,0	29,6	31,3	4,7	5,7	0,5	0,6
57	Druckerei, Vervielfältigung	52,0	55,4	36,3	37,6	4,4	4,8	0,3	0,4
58	Herstellung von Kunststoffwaren	23,9	29,3	29,8	31,1	9,4	10,8	1,8	2,2
59	Gummiverarbeitung	—	—	30,8	32,0	12,0	13,3	2,7	3,3
61,62	Lederherzeugung und-verarbeitung einschließlich Reparatur	—	—	22,1	24,5	3,1	3,4	0,2	0,1
63	Textilgewerbe	22,5	22,8	24,9	25,6	5,8	6,4	0,5	0,7
64	Bekleidungsgewerbe	13,1	16,3	24,3	27,1	3,6	4,3	0,1	0,2
68	Ernährungsgewerbe	39,7	42,3	51,4	52,2	2,8	2,9	0,4	0,4
69	Tabakverarbeitung			34,5	38,2	4,7	5,2	0,3	0,7
	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	40,0	44,5	35,3	36,9	14,5	16,4	4,0	4,7

1) Facharbeiterquote aus Verdiensterhebung (jeweils Juli), sonst. Beschäftigtenstatistik (jeweils Jahresbeginn). — 2) Anteil der Arbeiter in Leistungsgruppe 1 an den Arbeitern insgesamt. — 3) Anteil der technischen- und Dienstleistungsberufe an den Berufen der jeweiligen Branche. — 4) Im Text auch als Technikerdichte bezeichnet. — 5) Bezogen auf 100 Angehörige der Fertigungsberufe.

Anteil der tertiären Berufe besonders hoch in Branchen mit hohem Technologiegehalt

In den folgenden Abschnitten wird die Qualifikationsstruktur der einzelnen Branchen anhand ausgewählter Merkmale miteinander verglichen. Als Indikator für die Tertiarisierung (also für den erfolgten Rückgang der eigentlichen Produktionstätigkeiten bei Zunahme der Dienstleistungsfunktionen) wird der Anteil der Angehörigen der technischen und Dienstleistungsberufe, also der tertiären Berufe, an den Beschäftigten benutzt. Dieser Anteil betrug im Branchendurchschnitt

Anfang 1983 36,9 % (Tabelle 4). An der Spitze liegen hier die Herstellung von Büromaschinen und ADV-Geräten (71,4 %) sowie der Luft- und Raumfahrzeugbau (64,2 %)¹³⁾, also Branchen mit hohem Technologiegehalt. Sehr hoch ist dieser Anteil auch bei Branchen, in denen die Steuerung der teilweise automatisierten Produktionsprozesse im Vordergrund steht, so in der Chemischen Industrie (54,7 %) und in der Mineralölverarbeitung (52,8 %). Die großen Branchen der In-

¹³⁾ Hier wie im folgenden einschließlich dem in Baden-Württemberg quantitativ unbedeutenden Schiffbau.

vestitionsgütererzeugung liegen in etwa im Branchendurchschnitt, so der Maschinenbau (37,7 %), der Straßenfahrzeugbau (33,4 %), etwas darüber liegt die Elektrotechnik (43,5 %). Am geringsten ist dieser Anteil i.a. in den Branchen des Verbrauchsgüterbereichs, so in der Ledererzeugung und -verarbeitung (24,5 %), im Textilgewerbe (25,6 %) und im Bekleidungsgewerbe (27,1 %).

Höchste Ingenieurichte im Luft- und Raumfahrzeugbau

Als Indikatoren, die den Technologiegehalt bzw. die Innovationsintensität einer Branche beschreiben, dienen die Technikerichte (technische Berufe bezogen auf die Fertigungsberufe) und die Ingenieurichte (Ingenieure und Naturwissenschaftler bezogen auf die Fertigungsberufe). Beide Indikatoren streuen äußerst stark zwischen den einzelnen Branchen.

Die Technikerichte betrug Anfang 1983 im Branchendurchschnitt, 16,4; auf 100 Angehörige der Fertigungsberufe kamen also 16,4 Techniker und Ingenieure. Drei Jahre zuvor hatte diese Quote noch 14,5 betragen. Auch dies deutet darauf hin, daß im Verarbeitenden Gewerbe Produktionstätigkeiten im engeren Sinn zurückgedrängt worden sind, bzw. daß der Technologiegehalt der Produktion gestiegen ist. Die höchste Technikerichte (100,0) wies der Luft- und Raumfahrzeugbau auf, hier waren im Technikbereich gerade ebenso viele Arbeitnehmer beschäftigt wie im Fertigungsbereich. Mit leichtem Abstand folgt der Büromaschinen/ADV-Bereich (88,4). Immer noch weit über dem Branchendurchschnitt liegen die großen Branchen des Investitionsgüterbereichs, so die Elektrotechnik (35,0) und auch noch der Maschinenbau (23,6). In etwa im Branchendurchschnitt liegt der Straßenfahrzeugbau (14,7). In diesem Bereich ist es sinnvoll, hier zusätzlich noch zwischen den eigentlichen Herstellern und den handwerklich geprägten Reparatur- und Lackierbetrieben zu trennen. Betrachtet man die Hersteller von KFZ allein, so liegt der Indikator (17,9) auch hier über dem Branchendurchschnitt. Leicht über dem Durchschnitt liegt weiterhin der Bereich Feinmechanik/Optik (17,2). Deutlich überdurchschnittlich ist die Technikerichte auch in der Chemischen Industrie (30,5). Im Verbrauchsgüterbereich liegt sie deutlich unter dem Branchendurchschnitt, jedoch gibt es auch hier große Unterschiede. Relativ hoch ist der Indikator in der Gummiverarbeitung (13,3) und bei der Herstellung von Kunststoffwaren (10,8); im Textilgewerbe (6,4) und im Bekleidungsgewerbe (4,3) sowie im Lederbereich (3,4) liegt er mit am Ende der Skala.

Als zweiter Indikator des Technologiegehalts der Produktion, der insbesondere auch über die Innovationsintensität einer Branche Aufschluß geben kann, wird die Ingenieurichte, also die Zahl der Ingenieure - einschließlich der Naturwissenschaftler - bezogen auf die Fertigungsberufe, gewählt. Wird die Ingenieurichte als Maß für die Innovationskraft interpretiert, so ist jedoch zum einen zu beachten, daß nur Arbeitnehmer erfaßt sind; gerade in kleinen innovativen Unternehmen dürfte es aber häufig der Fall sein, daß in erster Linie auch der Inhaber mit Entwicklungsaufgaben befaßt ist. Im Branchenvergleich ist außerdem zu berücksichtigen, daß Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsaufgaben auch an Zulieferbetriebe anderer Branchen delegiert sein können. Außerdem können Aufgaben dieser Art auch im Rahmen der Vertragsforschung¹⁴ an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen erfolgen, bei einigen mittelständisch geprägten Branchen wie dem Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie dem Textilmaschinenbau spielt auch die industrielle Gemeinschaftsforschung in auf Verbandsebene organisierten Instituten eine erhebliche Rolle für den Innovationsprozeß. Dem Technologietransfer in den Unternehmenssektor, der durch zahlreiche Förderprogramme auch des Landes unterstützt wird, dürfte in Zukunft eine noch stärkere Bedeutung zukommen.

Im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes kommen 4,7 Ingenieure und Naturwissenschaftler auf 100 Angehörige der Fertigungsberufe. Diese "Ingenieurichte" von 4,7 beträgt also im Branchendurchschnitt gut ein Viertel der "Technikerichte" (16,4), allerdings mit größeren Abweichungen. Entsprechend sind bei der Ingenieurichte die branchenmäßigen Unterschiede noch deutlicher ausgeprägt, auch wenn sich an der Rangfolge der Branchen nur wenig ändert.

An der Spitze liegt wieder der Luft- und Raumfahrzeugbau (56,5), gefolgt vom Bereich Büromaschinen/ADV (40,6). Noch mehr als das Dreifache des Branchendurchschnitts beträgt die Ingenieurichte in der Elektrotechnik (14,6). Im Bereich Straßenfahrzeugbau, Reparatur von KFZ beträgt dieser Indikator 5,0, ohne den Reparaturbereich 6,1. Der Maschinenbau (5,3) liegt dagegen nur noch leicht über dem Branchendurchschnitt, während der Bereich Feinmechanik/Optik deutlich darunter liegt (3,7). Überdurchschnittlich ist die Ingenieurichte in der Chemischen Industrie (6,0), während die Branchen der Verbrauchsgütererzeugung

¹⁴ So haben die Unternehmen 1981 bundesweit 25,4 Mrd. DM für FuE im eigenen Haus und nochmals 7,5 % dieser Summe (1,9 Mrd DM) für externe FuE eingesetzt.

eine geringe Dichte aufweisen, so die Herstellung von Kunststoffwaren (2,2), die Gummiverarbeitung (3,3) und das Textilgewerbe (0,7). Die Branchenrangfolge bei der Ingenieur-dichte, als Maß für die Innovationsintensität, korrespondiert in hohem Maße mit der in einer früheren Analyse des Statistischen Landesamts berechneten Forschungsintensität der Branchen¹⁵. Auch bei der Forschungsintensität, berechnet aus dem Anteil der in Forschung und Entwicklung Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten) an den gesamten Beschäftigten einer Branche, zeigte sich, daß neben dem Bereich Luft- und Raumfahrzeugbau der ADV-Bereich weit an der Spitze steht, gefolgt von der Chemischen Industrie, der Elektrotechnik und dem Straßenfahrzeugbau. Allerdings lag der Maschinenbau dort leicht unter dem Branchendurchschnitt, während er bei der Ingenieur-dichte (und der Techniker-dichte) leicht über dem Branchendurchschnitt liegt. Diese Abweichung dürfte nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen sein, daß der Begriff der Forschung und Entwicklung gegenüber produktionsbegleitenden Tätigkeiten relativ eng abgegrenzt ist. Gerade im Maschinenbau dürfte die Zahl der Techniker und Ingenieure in Konstruktion, Versuchsproduktion usw. besonders hoch sein, dies sind alles Tätigkeiten, die nicht Bestandteil von FuE sind.

Geringste Facharbeiterquote in der Bekleidungsindustrie

Als weiterer Indikator, der die Qualifikationsstruktur der gewerblichen Arbeitnehmer umreißt, dient die (wieder aus der Verdiensterhebung stammende) Facharbeiterquote, also der Anteil der Arbeiter mit Facharbeitertätigkeiten an den Arbeitern; diese Daten liegen allerdings nur für die industriellen Bestandteile des Verarbeitenden Gewerbes (also ohne Handwerk) vor. Auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Branchen. Während in der Verarbeitenden Industrie die Facharbeiterquote bei 44,5 % liegt (Juli 1983), erreicht sie im Maschinenbau 64,8 %, im Luft- und Raumfahrzeugbau 62,8 %, im Druckgewerbe 55,4 % und im Straßenfahrzeugbau (einschl. Reparatur) 54,5 %. Leicht überdurchschnittlich ist sie in der Büromaschinen/ADV-Herstellung, während sie in der Feinmechanik/Optik (38,8 %) und der Elektrotechnik (35,4 %) unterdurchschnittlich ist, wie auch in der Chemischen Industrie. Mit am geringsten ist sie im Textilgewerbe (22,8 %) und im Bekleidungs-gewerbe (16,3 %).

Viele Ingenieure, wenig Facharbeiter in der Elektrotechnik und der Chemischen Industrie

Eine interessante Frage ist, wie die Facharbeiterquote mit den anderen genannten Indikatoren korreliert. Hierdurch lassen sich Qualifikationsprofile für die Branchen graphisch aufzeigen. Zunächst wird der Zusammenhang zwischen Facharbeiterquote und dem Anteil der tertiären Berufe (technische und Dienstleistungsberufe) beschrieben. Die beiden Merkmale zeigen nur einen schwachen positiven Zusammenhang (Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,23)¹⁶. Zwar gibt es eine Reihe von Branchen, die sowohl einen unterdurchschnittlichen Anteil der tertiären Berufe und eine unterdurchschnittliche Facharbeiterquote aufweisen, so der Textil- und Bekleidungsbereich, die Papierverarbeitung und der Kunststoffbereich (Anhangsschaubild 1). Ebenso gibt es Branchen, in denen beide Indikatoren über dem Branchendurchschnitt liegen, so das Druckgewerbe, der Maschinenbau, die ADV-Herstellung und der Luft- und Raumfahrzeugbau. Demgegenüber gibt es eine Reihe von Branchen, in denen eines der beiden Merkmale über, das andere unter dem Branchendurchschnitt liegt. So ist in der Elektrotechnik und der Chemischen Industrie der Anteil der tertiären Berufe überdurchschnittlich, der Facharbeiteranteil unterdurchschnittlich, umgekehrt ist in der KFZ-Herstellung und der Holzverarbeitung bei einem überdurchschnittlichen Facharbeiteranteil der Anteil der tertiären Berufe unter dem Branchendurchschnitt. Per Saldo kann also nicht gesagt werden, daß ein hoher Grad der Tertiarisierung einer Branche mit einer hohen Qualifikation der gewerblichen Arbeitskräfte einhergeht.

Schwach ist auch der Zusammenhang zwischen der Facharbeiterquote und der Ingenieur-dichte. Es ist also nicht so, daß i.a. ein besonders hohes Qualifikationsniveau der Fertigung mit einer innovationsintensiven Fertigung einhergeht, auch wenn dies für einige Branchen durchaus zutrifft, so für den Luft- und Raumfahrzeugbau (Schaubild 3). Demgegenüber hat z.B. der Maschinenbau und die KFZ-Herstellung bei ebenfalls stark überdurchschnittlicher Facharbeiterquote eine nur mäßig über dem Branchendurchschnitt liegende Ingenieur-dichte.

Andererseits fallen bei einigen Branchen eine besonders niedrige Ingenieur-dichte mit einer besonders niedrigen Facharbeiterquote zu-

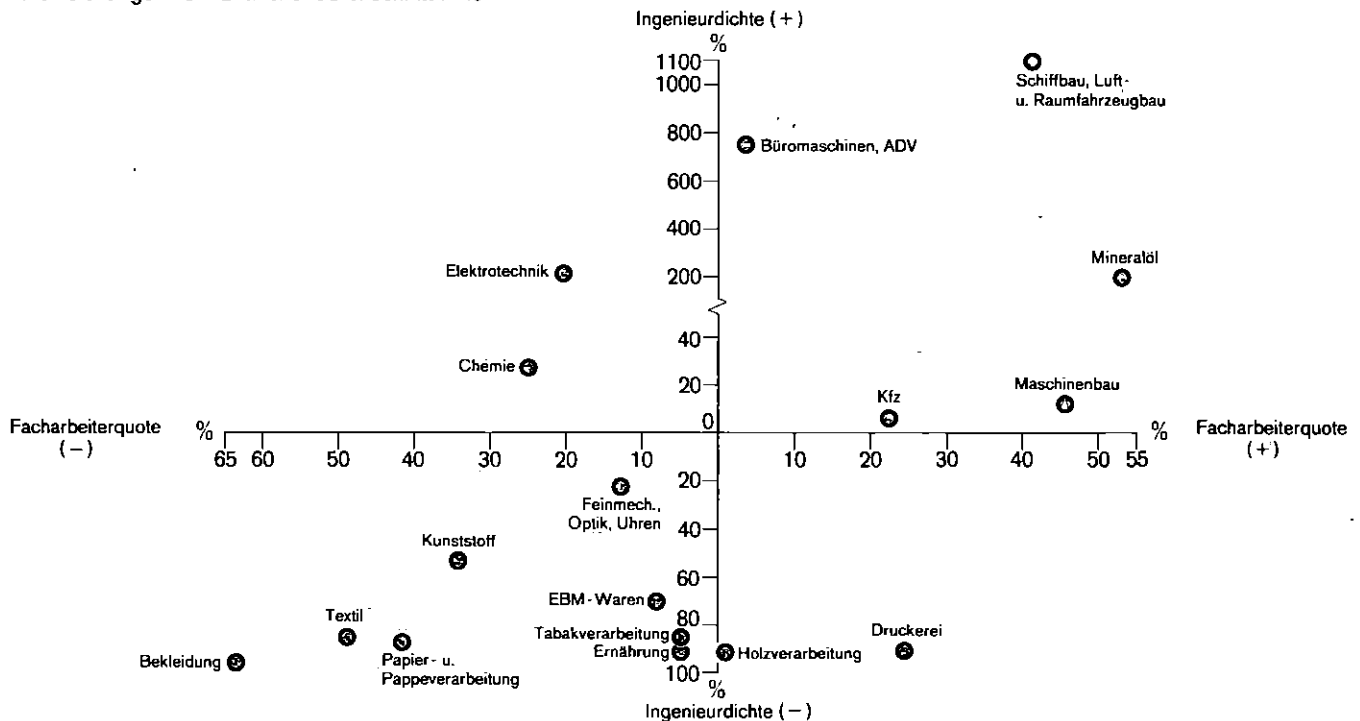
¹⁵ Keller, K. Forschungskapazitäten in Baden-Württemberg, Teil 1 Wirtschaft, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl Heft 9/ 1983.

¹⁶ Eine Übersicht der Korrelationskoeffizienten der einzelnen Merkmalspaare befindet sich im Anhang (Tabelle 10). Hierbei wurden alle Branchen (in der Regel Sypro-Zweisteller) einbezogen, nicht nur die in den Schaubildern ausgewählten.

Schaubild 3

Zusammenhang zwischen der Ingenieurichte und der Facharbeiterquote 1983¹⁾

- Abweichungen vom Branchendurchschnitt in % -



1) Definition siehe Text-Tabelle 4.

Quelle: Facharbeiterquote aus Verdiensterhebung (Juli), Ingenieurichte aus Beschäftigtenstatistik (Jahresbeginn).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

176 84

sammen, so in der Textilindustrie, der Bekleidungsindustrie, der Papierverarbeitung und der Kunststoffverarbeitung.

Dagegen weisen die Elektrotechnik und die Chemische Industrie eine hohe Ingenieurichte bei gleichzeitig unterdurchschnittlicher Facharbeiterquote auf. Zumal das Bild unverändert bleibt, wenn man das Merkmal Ingenieurichte durch das Merkmal Technikerichte ersetzt, kann in diesen beiden Branchen in gewissem Sinn im Vergleich zu den übrigen Branchen von einer Polarisierung der Qualifikationsstruktur gesprochen werden: die Fertigung ist hochinnovativ, was durch die hohe Zahl von Ingenieuren und Technikern beschrieben wird, andererseits wird für die in der Produktion tätigen gewerblichen Arbeitnehmer nur eine eher unterdurchschnittliche Qualifikation benötigt. Mit Einschränkungen gilt dies auch für die Büromaschinen/ADV-Herstellung, sie steht bei der Ingenieur- bzw. Technikerichte mit an der Spitze, liegt aber bei der Facharbeiterquote fast im Branchendurchschnitt.

Schließlich soll noch die Investitionsintensität der Branchen (gemessen in der Relation Anlageinvestitionen je Beschäftigten) diesen beiden Qualifikationsindikatoren gegenübergestellt werden (Anhangtabelle 11): Um die

kurzfristigen Schwankungen der Investitionstätigkeit etwas auszugleichen, wurde für die Berechnung der Investitionsintensität der Durchschnitt aus 3 Jahren (1980 bis 1982) zugrundegelegt. Beim Branchenvergleich ist allerdings einzuschränken, daß die Investitionsintensität nicht nur von der Wachstums- und Ertragssituation abhängt, sondern auch von zahlreichen anderen Faktoren, vor allem von der produktionstechnisch bedingten Kapitalintensität. Eine weit überdurchschnittliche Investitionsintensität weisen deshalb vor allem die Branchen der Grundstoff- und Produktionsgüterherzeugung auf, z.B. die Chemische Industrie, sowie per Saldo auch die Nahrungs- und Genußmittelerzeugung. Andererseits liegt die Investitionsintensität des Bereichs mit der höchsten Ingenieurichte, des Luft- und Raumfahrzeugbaus, 13 % unter dem Branchendurchschnitt, ein Zeichen dafür, daß wachstumsstarke und hochinnovative Branchen auch in erster Linie humankapitalintensiv sein können. Dagegen weist der ADV-Bereich mit nahezu ebenso hoher Ingenieurichte eine weit überdurchschnittliche Investitionsintensität auf (+ 161 % über dem Branchendurchschnitt), allerdings ist diese Zahl statistisch überhöht, da ein Teil der dort statistisch erfaßten Investitionsgüter in anderen Branchen als Leasing-Nehmer eingesetzt werden dürfte. In diesen Branchen

wird dann umgekehrt die effektive Investition zu niedrig ausgewiesen. Entsprechende Effekte gibt es auch für andere Investitionsgüter. Eine hohe Investitionsintensität (+ 17 %) bei gleichzeitig recht hoher Ingenieurichte weist auch die KFZ-Herstellung auf. Andererseits deutet die Konstellation in der Elektrotechnik und im Maschinenbau mit deutlich bzw. leicht überdurchschnittlicher Ingenieurichte einerseits und einer jeweils um rund ein Viertel unter dem Branchendurchschnitt liegenden Investitionsintensität darauf hin, daß diese Investitionsgüterbranchen zumindest bisher stärker arbeitsintensiv sind.

Auch ein Vergleich der Investitionsintensität mit der Facharbeiterquote zeigt, daß für die Investitionstätigkeit in erster Linie produktionstechnische Bedingungen maßgeblich sind (Anhangtabelle 11). Auch hier gibt es kaum direkte Zusammenhänge zwischen Qualifikation der Arbeitskräfte und der Höhe der Investitionen.

Frauenanteil nach Berufen und Branchen äußerst differenziert

Gesellschaftspolitisch wichtige Aspekte hat die Tatsache, daß im Verarbeitenden Gewerbe die weiblichen Arbeitnehmer, differenziert nach Branchen und Berufsgruppen, in sehr unterschiedlichem Maß am Erwerbsleben beteiligt sind. Während die Frauen bei den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt gesehen knapp ein Drittel ausmachen, beträgt der Anteil der Frauen in den Dienstleistungsberufen knapp die Hälfte (49,3 %), bei den Fertigungsberufen 27,3 %, dagegen bei den technischen Berufen nur 10,4 %; nimmt man hier die Ingenieure und Naturwissenschaftler allein, sind es nur 1,7 %, während es bei den übrigen technischen Kräften 14,1 % sind (Anhangtabelle 9).

Während der Anteil der Frauen an den Arbeitnehmern in den Dienstleistungsberufen vergleichsweise wenig zwischen den einzelnen Branchen schwankt, variiert der Frauenanteil bei den anderen ausgewählten Berufsarten weit stärker. Bei den technischen Berufen insgesamt dominieren die Frauen sogar beim Bekleidungsgewerbe (Frauenanteil: 58,3 %), hoch ist der Anteil auch im Textilgewerbe (27,2 %), im Ernährungsgewerbe (30,2 %), in der Herstellung von Musikinstrumenten und Spielwaren (39,5 %) sowie in der Chemischen Industrie (23,4 %). Auch im Teilbereich der Ingenieure und Naturwissenschaftler gibt es einige Branchen mit einem erheblichen Frauenanteil, so wieder in den design- und modeorientierten Branchen des Bekleidungsgewerbes (19,6 %), des Textilgewerbes (9,0 %) sowie im Ernährungsgewerbe (12,1 %).

Bei den Fertigungsberufen, also beim Einsatz in der Produktion, wird der größte Frauenanteil im Bekleidungsgewerbe erreicht (89,8 %), überdurchschnittlich ist dieser Anteil auch in fast allen übrigen Branchen des Verbrauchsgütergewerbes, so im Textilgewerbe (67,5 %) und in der Ledererzeugung und -verarbeitung (60,3 %).

Dagegen ist im Investitionsgüterbereich der Frauenanteil bei den Fertigungsberufen sehr differenziert; dem Maschinenbau (7,7 %) und Straßenfahrzeugbau (7,5 %) steht die Elektrotechnik (39,6 %) gegenüber. Dieses starke Schwanken des Anteils der weiblichen Arbeitnehmer in den Fertigungsberufen gilt auch für den Grundstoff- und Produktionsgüterbereich, hier ist dieser Anteil in der Chemischen Industrie besonders hoch (31,0 %).

Einen größeren Einfluß auf das Ausmaß dieses Frauenanteils dürften die typischen Qualifikationsanforderungen der Branchen haben. Im ersten Kapitel dieser Arbeit wurde dargestellt, daß die Facharbeiterquote der Frauen mit 4,5 % weit unter der der Männer (59,1 %) liegt. Andererseits zeigt sich, daß in Branchen mit geringem Facharbeiteranteil der Anteil der Frauen in den Fertigungsberufen besonders hoch, der Männeranteil entsprechend besonders niedrig ist (Anhangschaubild 2).

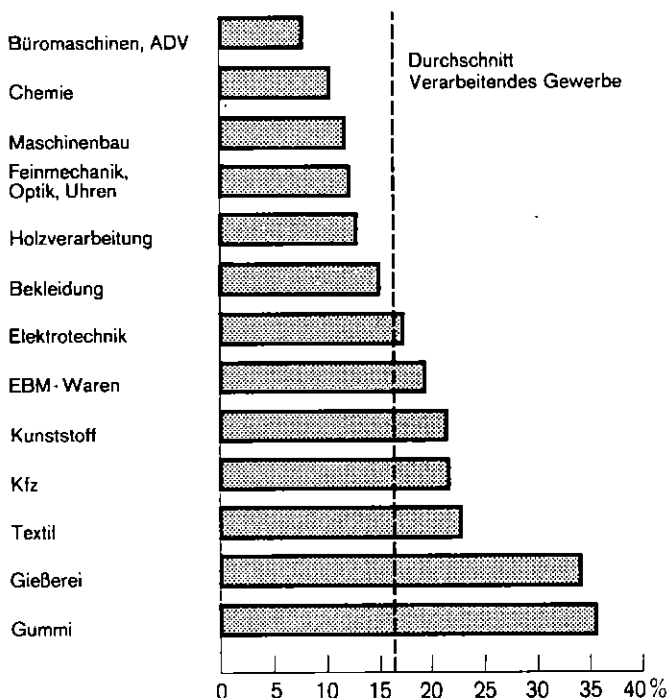
Dies gilt insbesondere für das Textil- und das Bekleidungsgewerbe, aber auch für die Bereiche Feinmechanik/Optik, die Musikinstrumente- und Spielwarenherstellung, die Herstellung von Kunststoffwaren und, wenn auch weniger deutlich, für die Elektrotechnik. Der Korrelationskoeffizient zwischen den Merkmalen Facharbeiterquote und Anteil der Männer in den Fertigungsberufen beträgt 0,75.

Höchster Ausländeranteil in der Gummiverarbeitung

In der Gummiverarbeitung (Ausländeranteil 35,5 %) und in den Gießereien (34,0 %) ist gut jeder dritte Arbeitnehmer Ausländer. Diese beiden Branchen liegen beim Ausländeranteil mit deutlichem Abstand an der Spitze (Schaubild 4). Mehr als jeder fünfte Arbeitnehmer ist Ausländer im Textilgewerbe, in der Kunststoffwarenherstellung, im EBM-Bereich und im Straßenfahrzeugbau, nimmt man hier jedoch den Reparaturbereich heraus, steigt der Anteil auf 25,4 %. Im Branchendurchschnitt ist jeder sechste Arbeitnehmer des Verarbeitenden Gewerbes Ausländer; etwa im Branchendurchschnitt liegen die Elektrotechnik (17,2 %) und das Bekleidungsgewerbe (15,0 %), während der

Schaubild 4

Ausländeranteil in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes 1983¹⁾



1) Jahresbeginn.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

163 84

Ausländeranteil im Maschinenbau (11,7 %) und in der Chemischen Industrie (10,2 %) bereits deutlich darunter liegt. Mit am geringsten ist der Ausländeranteil in der Büromaschinen/ADV-Herstellung (7,7 %) und in der Mineralölverarbeitung (4,1 %).

Die Daten deuten zunächst darauf hin, daß, wie auch in anderen Untersuchungen festgestellt wurde¹⁷, die Ausländerbeschäftigung relativ gering ist in Branchen, in denen die Einzel- und Kleinserienfertigung überwiegt, demgegenüber in denjenigen Branchen besonders hoch ist, in denen die Großserien- und Massenproduktion typisch ist und in Branchen mit kontinuierlicher Prozessfertigung wieder abnimmt.

Die Art der Fertigungstechnologie hängt mit der erforderlichen Qualifikationsstruktur der Arbeiter zusammen. Deshalb ist es interessant, die beiden Indikatoren Facharbeiterquote und Ausländeranteil für die einzelnen Branchen einander gegenüberzustellen (Anhangschaubild 3). Es zeigt sich, daß Branchen mit einem hohen Facharbeiteranteil in vielen Fällen einen hohen Anteil von deut-

schen Arbeitnehmern beschäftigen, typische Beispiele sind die Mineralölverarbeitung, das Druckgewerbe und der Maschinenbau, umgekehrt korrespondiert oft ein hoher Ausländeranteil mit einer geringen Facharbeiterquote (typische Beispiele: Textil- und Bekleidungsgewerbe). Allerdings gibt es einige Ausnahmen, u.a. die Chemische Industrie mit einem unterdurchschnittlichen Ausländeranteil und gleichzeitig geringer Facharbeiterquote.

Dies deutet auch darauf hin, daß noch andere Faktoren bei der Ausländerbeschäftigung eine Rolle gespielt haben, wie z.B. die mangelnde Attraktivität der Arbeitsplätze für deutsche Arbeitskräfte, jedoch dürfte die Art der branchentypischen Qualifikationsanforderungen der wichtigste Einflußfaktor sein.

Während diese Daten die Qualifikationsstruktur der ausländischen Arbeitnehmer nur indirekt skizzieren konnten, wurde in einer anderen Studie¹⁸ gezeigt, daß in Baden-Württemberg (in allen Wirtschaftsbereichen) bei den Angehörigen der manuellen Berufe 70 % der Ausländer, aber nur 40 % der Deutschen einfache Tätigkeiten ausführen.

Ingenieurdichte über dem Bundesdurchschnitt

In den nächsten beiden Abschnitten wird die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg mit der des gesamten Bundesgebiets verglichen. Dabei zeigen sich einige Unterschiede, die jedoch naturgemäß teilweise auch auf die unterschiedliche Branchenstruktur zurückzuführen sind. Bevor auf die einzelnen Branchen eingegangen wird, soll zunächst ein Überblick über das Verarbeitende Gewerbe als ganzes gegeben werden.

Beim Anteil der tertiären Berufe an den Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes¹⁹ zeigen sich zwischen Land (35,5 %) und Bund (35,2 %) insgesamt gesehen kaum Unterschiede (Tabelle 5). In einigen wenigen Branchen jedoch weisen die Betriebe in Baden-Württemberg eine deutlich höhere Tertiärisierung auf, so vor allem in der Büro-

18 Blossfeld, P., Höherqualifizierung und Verdrängung - Konsequenzen der Bildungsexpansion in den Siebziger Jahren, in: Haller, M., Müller, W. (Hrsg.), Beschäftigungssystem im gesellschaftlichen Wandel, Frankfurt 1983.

19 Der Land-Bund-Vergleich dieses Merkmals und des Merkmals Technikerdichte und Ingenieurdichte bezieht sich auf den Juni 1980. Hierzu stellte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg freundlicherweise Daten (Wirtschaftszweig - Berufsmatrix) zur Verfügung.

17 Z.B. Fellberg, U. u.a., Typische Konstellationen der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, in: IAB-Mitteilungen 2/1980.

Tabelle 5

Qualifikationsindikatoren in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg¹⁾

Sypro Nr.	Branche	Anteil der tertiären Berufe		Dichte der technischen Berufe		Ingenieur- dichte		Ausländer- anteil	
		Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg
		%							
32	Maschinenbau	38,5	37,4	24,3	22,5	6,4	5,0	9,2	11,7
33	Straßenfahrzeugbau, Rep.von Kfz.usw.	30,1	32,6	9,1	12,9	3,0	4,1	15,5	21,6
3311-80	Herst.von Kfz.,Krafträdern,Kraft- motoren.usw.	28,5	31,8	12,2	15,6	4,1	5,1	—	—
3390	Rep.von Kfz., Fahrrädern, Lackie- rung von Kfz.	34,0	36,0	1,4	11,1	0,2	0,1	—	—
34,35	Schiffbau, Luft- u.Raumfahrzeugbau	44,3	62,9	37,0	94,6	15,3	52,4	9,2	5,7
36	Elektrotechnik, Rep.von Haushalts- geräten	39,9	40,5	26,8	29,5	9,7	11,9	13,1	17,2
37	Feinmechanik, Optik, Herst. und Reparatur von Uhren	30,7	33,2	12,9	15,7	2,7	3,2	9,2	12,1
38	Herstellung von EBM-Waren	29,7	30,2	9,3	9,7	1,2	1,2	15,6	19,3
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	27,5	29,3	4,7	6,6	0,3	0,4	8,8	10,2
40	Chemische Industrie	50,4	53,5	33,9	27,9	8,0	5,3	8,5 ²⁾	10,0 ²⁾
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten u. -Einrichtungen	59,3	71,4	44,6	80,1	16,3	37,3	7,2	7,7
54	Holzverarbeitung	24,8	26,7	4,2	5,1	0,3	0,4	—	—
57	Druckerei, Vervielfältigung	33,0	36,7	4,9	4,5	0,3	0,3	6,7	8,5
58	Herstellung von Kunststoffwaren	28,7	30,2	8,2	9,7	1,3	1,9	17,7 ³⁾	24,0 ³⁾
59	Gummiverarbeitung	—	30,9	—	11,9	—	2,7		
61,62	Ledererzeugung und -verarbeitung einschließlich Reparatur	19,0	22,2	2,7	3,1	0,1	0,2	12,6	23,7
63	Textilgewerbe	26,6	24,9	6,9	5,9	0,6	0,6	18,2	22,6
64	Bekleidungsgewerbe	24,7	24,6	4,1	3,6	0,1	0,1	9,4 ⁴⁾	14,8 ⁴⁾
68	Ernährungsgewerbe	48,7	51,8	3,2	2,9	0,5	0,4	7,9	8,4
69	Tabakverarbeitung	35,0	34,5	9,1	4,4	1,6	0,4		
	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	35,2	35,5	13,9	14,7	3,6	4,1	11,9 ⁵⁾	16,1 ⁵⁾

1) Definition der Qualifikationsindikatoren siehe Tabelle 4.— 2) Einschließlich der Wirtschaftssystematik-Nr. 11 (WS).— 3) Einschließlich WS 133.— 4) Einschließlich WS 53.— 5) Einschließlich WS 25.

Quelle: Beschäftigtenstatistik (Ausländeranteil: Anfang 1983, sonstige Merkmale: Jahresmitte 1980)

maschinen/ADV-Herstellung (71,4 % gegen-
über 59,3 % im Bundesgebiet) und, weniger
ausgeprägt, in der Chemischen Industrie
(53,5 % gegenüber 50,4 %).

Bei der Dichte der technischen Berufe liegt
das Verarbeitende Gewerbe in Baden-Würt-
temberg mit einem Wert von 14,7 rund 5 %
über dem Bundeswert (13,9). Deutlicher
wird der Abstand bei der (hieraus als Teil-
größe berechneten) Ingenieur-dichte, die mit
einem Wert von 4,1 je 100 in den Ferti-
gungsberufen Beschäftigten um knapp 15 %
über dem Bundesdurchschnitt (3,6) liegt.

Auch diese Ergebnisse korrespondieren mit
der oben erwähnten Studie des Statistischen
Landesamtes über die personellen FuE-Kapa-
zitäten des Verarbeitenden Gewerbes; auch
dort ergaben die Berechnungen, daß die
Forschungsintensität etwa 15 % über dem
Bundesdurchschnitt liegt.

Eine Komponentenzerlegung zeigt, daß dieser
Abstand jedoch nicht auf die unterschiedliche
Branchenstruktur zurückzuführen ist, also
darauf, daß in Baden-Württemberg Branchen
mit hoher Ingenieur-dichte etwas überpropor-
tional vertreten sind. Vielmehr kann fast

ausschließlich die höhere Ingenieurquote des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg darauf zurückgeführt werden, daß i.a. die einzelnen Branchen eine leicht überdurchschnittliche Ingenieurquote aufweisen.

Beim Bund-Land-Vergleich für die einzelnen Branchen wiesen z.B. die Elektrotechnik (11,9 gegenüber 9,7 im Bundesgebiet), der Bereich Feinmechanik/Optik (3,2 gegenüber 2,7), der Straßenfahrzeugbau (4,1 gegenüber 3,0) eine überdurchschnittliche Ingenieurquote auf, insbesondere gilt dies für die Büromaschinen/ADV-Herstellung (37,3 gegenüber 16,3). Unter dem Bundesdurchschnitt liegt die Ingenieurquote in der Chemischen Industrie (5,3 gegenüber 8,0 im Bundesgebiet) und im Maschinenbau (5,0 gegenüber 6,4). Für die Chemische Industrie läßt sich dies wohl darauf zurückführen, daß die Unternehmen der Großchemie außerhalb Baden-Württembergs angesiedelt sind. Im Maschinenbau dürfte die im Land eher mittelständische Struktur ebenfalls eine Rolle spielen.

Unterschiede zwischen Bund und Land lassen sich sicherlich meist darauf zurückführen, daß die Branchen in sich heterogen zusammengesetzt sind, so daß die per saldo überdurchschnittliche Ingenieurquote der einzelnen Branchen in Baden-Württemberg letztlich auch auf die unterschiedlichen Produktpaletten der einzelnen Branchen zurückzuführen sein könnte.

Auch beim Anteil der ausländischen Arbeitnehmer gibt es Unterschiede zum Bundesgebiet. Im Verarbeitenden Gewerbe waren in Baden-Württemberg Anfang 1983 rund 16 % der versicherungspflichtig Beschäftigten Ausländer, gegenüber 12 % im Bundesgebiet, der Ausländeranteil lag also um ein Drittel über dem Bundeswert. Besonders auffällig ist der Unterschied im Bekleidungsgewerbe (14,8 % gegenüber 9,4 % im Bundesdurchschnitt) und in der Ledererzeugung und -verarbeitung (23,7 % gegenüber 12,6 %). Im Investitionsgüterbereich liegt der Ausländeranteil im Straßenfahrzeugbau (21,6 % gegenüber 15,5 %) und insbesondere in der Elektrotechnik (17,2 % gegenüber 13,1 %) stärker über dem Bundesdurchschnitt.

Mehr ungelernte, weniger angelernte Industriearbeiter in Baden-Württemberg

Die folgenden Qualifikationsmerkmale, die aus der Verdiensterhebung stammen, umfassen jeweils nur die vollbeschäftigten Arbeiter der Verarbeitenden Industrie (also ohne Handwerk); die Erhebung erfolgt auf Stichprobenbasis. Vergleicht man die, statistisch allerdings nur sehr grob erfaßte, Qualifikationsstruktur der Arbeiter zunächst anhand

der Facharbeiterquote, so zeigen sich hier zwar geschlechtsspezifische Unterschiede. Während im Juli 1983 der Facharbeiteranteil unter den männlichen Arbeitern (58,4 %) etwas über dem Bundesdurchschnitt (55,8 %) lag, war er bei den Frauen (4,5 %) unterdurchschnittlich (Bund: 6,3 %).

Betrachtet man die Facharbeiterquote jedoch für alle Arbeiter der Verarbeitenden Industrie, so ergibt sich im Durchschnitt, daß der Facharbeiteranteil im Land mit 44,5 % praktisch den Bundeswert (44,8 %) erreicht. Diese Facharbeiterquote liegt dagegen in den einzelnen Branchen meist leicht unter dem Bundesdurchschnitt (Tabelle 6). Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich durch einen Struktureffekt erklären, nämlich dadurch, daß in Baden-Württemberg solche Branchen (wie Maschinenbau und Fahrzeugbau) überproportional vertreten sind, die gegenüber anderen Branchen eine besonders hohe Facharbeiterquote aufweisen. Unter dem Bundesdurchschnitt liegt die Facharbeiterquote im Maschinenbau (64,8 % gegenüber 67,1 % im Bundesgebiet), in der Elektrotechnik (35,4 % gegenüber 39,6 %), in der Chemischen Industrie (33,4 % gegenüber 39,7 %) sowie in der Textilindustrie (22,8 % gegenüber 26,8 %) und der Bekleidungsindustrie (16,3 % gegenüber 20,2 %). Es gibt jedoch auch einige Branchen, in denen der Anteil der Facharbeiter an den Arbeitern über dem Bundeswert liegt, so im Straßenfahrzeugbau (54,8 % gegenüber 48,3 % im Bundesgebiet) und in der Büromaschinen/ADV-Herstellung (46,1 % gegenüber 40,6 %).

Während die Unterschiede bei der Facharbeiterquote im Land/Bund-Vergleich relativ gering sind, zeigt die Struktur der beiden übrigen Leistungsgruppen der Arbeiter (Angelernte und Ungelernte) weit deutlichere Abweichungen, die sich auch in der Verarbeitenden Industrie insgesamt niederschlagen. Und zwar liegt in Baden-Württemberg der Anteil der Ungelernten deutlich über dem Bundeswert (24,6 % gegenüber 18,0 %), entsprechend liegt der Anteil der Angelernten unter dem Bundeswert (30,9 % gegenüber 37,3 %). Andere Datenquellen weisen ebenfalls auf Unterschiede im Land-Bund-Vergleich hin²⁰. Diese Tendenz zeigt sich nahezu ausnahmslos in allen Branchen, jedoch mit starken Unterschieden. Besonders auffallend ist der höhere Anteil der Ungelernten im Maschinenbau (13,4 % gegenüber 8,5 % im Bundesgebiet), in der Feinmechanik/Optik

²⁰ So war in der Beschäftigtenstatistik im Juni 1982 bei den Angehörigen der Fertigungsberufe mit einfachem oder mittlerem Bildungsabschluß der Anteil derjenigen, die keine Ausbildung in einem Lern- oder Anlernberuf absolviert haben, in Baden-Württemberg mit 48,2 % über dem Bundeswert von 43,7 %.

Tabelle 6

Qualifikationsstruktur der Arbeiter in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1983¹⁾

Sypro-Nr.	Branche	Arbeiter der Leistungsgruppe						Anteil der weiblichen Arbeiter an den Arbeitern insgesamt	
		1 (Facharbeiter)		2 (angelernte Arbeiter)		3 (ungelernte Arbeiter)			
		Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
		%							
32	Maschinenbau	64,8	67,1	21,8	24,4	13,4	8,5	8,2	6,6
33	Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kfz. usw.	54,5	48,3	30,9	41,6	14,6	10,2	10,8	11,9
34,35	Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	62,8	87,4	17,7	10,7	19,6	2,0	30,0	5,3
36	Elektrotechnik, Rep. von Haushaltsgeräten usw.	35,4	39,6	18,8	30,5	45,7	29,9	40,0	39,3
37	Feinmechanik, Optik, Herst. v. Uhren	38,8	41,3	20,2	27,7	41,1	31,0	42,6	41,8
38	Herstellung von EBM-Waren	40,9	37,2	26,3	34,7	33,0	28,2	25,0	22,3
40	Chemische Industrie	33,4	39,7	50,7	51,3	16,0	8,9	29,4	18,9
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	46,1	40,6	37,5	32,0	16,4	27,4	32,4	37,5
54	Holzverarbeitung	44,9	47,1	33,0	34,5	22,2	18,3	18,5	18,6
55	Zellstoff-, Holzschliff, Papier- und Pappeerzeugung	41,9	43,0	39,8	40,3	18,3	16,7	7,1	6,7
56	Papier- und Pappeverarbeitung	26,0	28,2	40,0	47,0	34,0	24,8	40,8	35,0
57	Druckerei, Vervielfältigung	55,4	57,8	34,3	33,1	10,2	9,1	16,7	18,2
58	Herstellung von Kunststoffwaren	29,3	31,3	39,4	41,8	31,3	26,9	31,6	28,7
63	Textilgewerbe	22,8	26,8	53,0	54,4	24,2	18,8	60,3	49,1
64	Bekleidungsgewerbe	16,3	20,2	45,5	62,8	38,2	16,9	86,9	88,2
68,69	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	42,3	40,9	26,3	27,3	31,4	31,9	28,2	28,4
	Verarbeitende Industrie (o. Bauindustrie)	44,5	44,8	30,9	37,3	24,6	18,0	25,7	22,3

1) Juli.

Quelle: Verdiensterhebung.

(41,1 % gegenüber 31,0 %), vor allem aber in der Elektrotechnik (45,7 % gegenüber 29,9 %) sowie in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Ursachen dieser Unterschiede sind sicher vielschichtig und verdienen eine gesonderte, vertiefte Behandlung. Dennoch soll hier eine Erklärung versucht werden. Zunächst wird der (wie oben beschrieben wurde) im Land höhere Ausländeranteil einen Einfluß ausüben, da, wie gezeigt wurde, Ausländer überdurchschnittlich oft mit Tätigkeiten einfacher Qualifikation beschäftigt sind. Weiterhin (und teilweise damit zusammenhängend) kann der Anteil der weiblichen Arbeiter, die (wie gezeigt wurde) in der Regel niedriger eingestuft sind als ihre männlichen Kollegen, eine gewisse Rolle spielen, da dieser Anteil sowohl insgesamt in Baden-Württemberg (25,7 %) etwas über dem Bundeswert (22,3 %) liegt, als auch in den meisten Branchen (Tabelle 6). (Wenn diese Vermutung zutrifft, so bleibt es jedoch offen, in

welchem Umfang weibliche Arbeiter auch tatsächlich überdurchschnittlich oft die Qualifikationsmerkmale der Ungelernten aufweisen oder ob bei ähnlichen Qualifikationsanforderungen Frauen eher niedriger eingestuft sind als ihre männlichen Kollegen). Allerdings zeigt eine geschlechtsspezifische Aufgliederung, daß zwar der Anteil der weiblichen Arbeiter, die als Ungelernte eingestuft sind, mit 62,7 % über dem Bundeswert (48,6 %) liegt. Dies trifft, wenn auch weniger auffällig, aber auch auf die männlichen Arbeiter zu (11,4 % gegenüber 9,2 %).

Ein erheblicher Teil der Abweichungen der Qualifikationsstruktur der Arbeiter zwischen Bund und Land läßt sich auf die Wirtschaftsgruppen Elektrotechnik und Maschinenbau zurückführen, und zwar allein vom Gewicht dieser beiden Branchen her. Auch um die sicherlich auch hier vorhandenen Struktureffekte aufgrund der in Land und Bund unter-

schiedlichen Branchenstruktur auszuschalten, soll im folgenden für diese beiden Wirtschaftsgruppen eine vertiefte Analyse erfolgen. In der Elektrotechnik, wo der Anteil der als ungelernt eingestuftten Arbeiter besonders stark über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist der Anteil der weiblichen Arbeiter (40,0 %) praktisch ebenso groß wie im Bundesgebiet (39,3 %). Hier sind sowohl die weiblichen Arbeiter in Baden-Württemberg weit überdurchschnittlich oft als Ungelernte beschäftigt (85,4 % gegenüber 60,9 % im Bundesgebiet) als auch ihre männlichen Kollegen (19,3 % gegenüber 9,9 %). Andererseits ist in dieser Branche der Ausländeranteil mit 17,2 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt (13,1 %). Im Maschinenbau ist der (branchentypisch geringe) Anteil der weiblichen Arbeiter leicht über dem Bundesdurchschnitt (8,2 % gegenüber 6,6 %), der Ausländeranteil ebenfalls (11,7 % gegenüber 9,2 %). Auch in dieser Branche sind nicht nur weibliche Arbeiter häufiger als bundesweit als Ungelernte eingestuft (70,0 % gegenüber 53,3 %), sondern auch ihre männlichen Kollegen (8,3 % gegenüber 5,3 %).

Bei den aufgezeigten Unterschieden der Qualifikationsstruktur der Arbeiter im Bund-/Land-Vergleich muß allerdings noch eingeschränkt werden, daß die statistische Eingruppierung in nur 3 Gruppen zwar grundsätzlich der betrieblichen Eingruppierung in Tarifgruppen folgt, die Mannigfaltigkeit der durch zahlreiche branchenmäßig und oft auch regional differenzierte Manteltarifverträge bzw. Einzelvereinbarungen getroffenen tatsächlichen Eingruppierung aber nur sehr vergrößert wiedergeben kann. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß gerade Manteltarifverträge mit regional begrenztem Geltungsbereich eine statistische Verzerrung bewirkt haben könnten. Näheren Aufschluß könnten auch hier nur gezielte branchenbezogene Untersuchungen geben.

Bei diesen Ergebnissen waren Handwerksbetriebe nicht einbezogen. Daten aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1978, die das gesamte Verarbeitende Gewerbe einschließlich Handwerksbestandteile umfassen, zeigen jedoch mindestens ebenso große Unterschiede im Land-Bund-Vergleich. So betrug der Anteil der ungelernten Arbeiter im baden-württembergischen Verarbeitenden Gewerbe 28,0 % gegenüber 20,3 % im Bundesgebiet, der Anteil der Angelernten 26,3 % gegenüber 34,0 %. Effekte einer unterschiedlichen Größenklassenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes lassen sich weitgehend ausschließen, denn in allen erfaßten Größenklassen war 1978 der Anteil der Ungelernten höher, der Anteil der Angelernten mit einer Ausnahme niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Faßt man die Ergebnisse für den Land-Bund-Vergleich der Qualifikationsindikatoren zusammen, so deuten diese, trotz aller Einschränkungen der Datengrundlagen, auf eine leichte Polarisierung der industriellen Qualifikationsstruktur in Baden-Württemberg im Vergleich zum Bundesgebiet hin: Einer höheren Ingenieurdichte steht ein etwas höherer Anteil von ungelernten gewerblichen Arbeitskräften gegenüber, beide Erscheinungen sind nur teilweise durch die Branchenstruktur bedingt, vielmehr treffen sie jeweils für nahezu alle Branchen zu. Während die in Baden-Württemberg höhere Dichte der Ingenieure und Naturwissenschaftler die Innovationskraft und damit die Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft unter einem günstigen Licht erscheinen läßt, deutet der höhere Anteil der ungelernten Arbeiter der Industrie darauf hin, daß das stärkere Wirtschaftswachstum und die größere Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts dazu geführt haben, daß in der Vergangenheit verstärkt ungelernte gewerbliche Arbeitskräfte - auch im Zeichen des Facharbeitermangels - eingestellt wurden, die im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich oft ausländischer Herkunft waren. Dies deutet auch darauf hin, daß die Organisation der Fertigung in gewissem Umfang flexibel auf das vorhandene Arbeitskräftepotential reagiert. Aber auch Unterschiede in den Qualifikationsanforderungen der einzelnen Branchen, die durch deren Produktionsstruktur bedingt sind, lassen sich nicht ausschließen.

Branchen mit hoher Ingenieurdichte wuchsen überdurchschnittlich

Die latente Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit bei der Inlandsversorgung und auf den Auslandsmärkten ist seit Ende der 70er Jahre deutlich geworden. Insbesondere ist dieses Problem für Baden-Württemberg von Bedeutung, wo im Verarbeitenden Gewerbe jeder dritte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export abhängt.²¹ Ein wichtiger Wettbewerbsparameter ist die Qualifikation der Arbeitnehmer des Verarbeitenden Gewerbes. Im folgenden soll daher beschrieben werden, welche Zusammenhänge bei den einzelnen Branchen zwischen dem Produktionswachstum einerseits und ausgewählten Qualifikationsindikatoren andererseits bestehen. Als Referenzperiode für das Wachstum, gemessen am Produktionsindex, wurde der Zeitraum 1978 - 1983 gewählt, der in etwa gerade den letzten Konjunkturzyklus umfaßt, also mit dem Aufschwung 1978/79 beginnt und mit der

²¹ Vgl. dazu: W. Münzenmaier: Direkte und indirekte Exportabhängigkeit der Wirtschaftsbereiche, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1980.

Ende 1983 erkennbaren Erholung aus der wohl längsten Rezession der Nachkriegszeit endet. Das Wachstum der Branchen wird dabei verglichen mit der aktuellen Qualifikationsstruktur von 1983.

Zwischen dem Wachstum und der Ingenieur-dichte der einzelnen Branchen besteht ein relativ enger Zusammenhang (der Korrelationskoeffizient beträgt 0,79); je höher die Ingenieur-dichte ist, desto größer war im allgemeinen das Produktionswachstum (Schaubild 5). Dies gilt besonders augenfällig für die beiden Branchen Büromaschinen/ADV und Luft- und Raumfahrzeugbau, die die mit Abstand größte Ingenieur-dichte aufweisen. Beide Branchen konnten ihre Produktion mehr als verdoppeln, wobei beim Luft- und Raumfahrzeugbau, der stärker als Auftragnehmer und Subventionsempfänger von staatlichen Entscheidungen beeinflusst wird, Sonderfaktoren eine Rolle gespielt haben könnten. Ein überdurchschnittliches Wachstum wiesen auch der Straßenfahrzeugbau und die Chemische Industrie auf, die gleichfalls eine hohe Ingenieur-dichte besitzen (wobei die Ingenieur-dichte der eigentlichen KFZ-Herstellung ohne Reparaturbestandteile mit 6,1 noch etwas höher liegt als im Schaubild dargestellt). Dicht beim Branchendurchschnitt bei beiden Merkmalen liegt der Maschinenbau, während z.B. die Elektrotechnik sich dem allgemeinen Trend etwas entzieht, hier war bei recht hoher Ingenieur-dichte das Wachstum leicht unter dem Branchendurchschnitt. Bei beiden Merkmalen unter dem Branchendurchschnitt liegen z.B. die Feinmechanik/Optik, die Textil- und Bekleidungsindustrie und die Musikinstrumente/Spielwarenherstellung. Ein sehr ähnliches Bild würde sich ergeben, wenn man statt des Merkmals Ingenieur-dichte die Techniker-dichte als Variable einsetzt. Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß Branchen mit einem hohen Ausmaß an technischem Humankapital im Branchenvergleich wachstumsstärker waren.

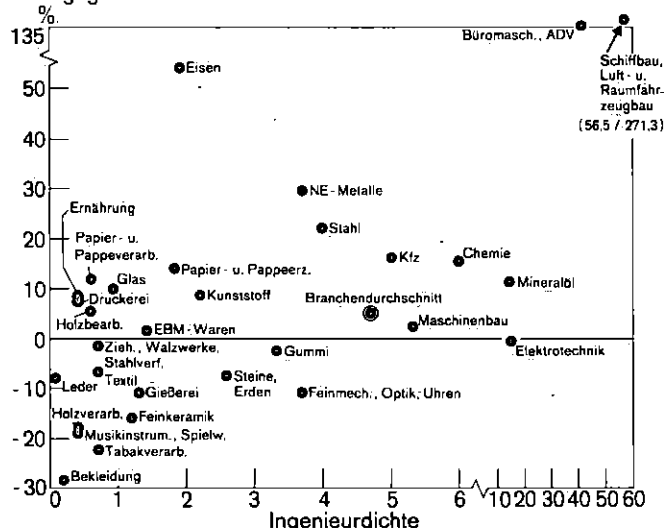
Eine allerdings nicht ganz so starke Beziehung gilt auch, wenn man das Wachstum mit dem Anteil der tertiären Berufe (technische und Dienstleistungsberufe) in den einzelnen Branchen vergleicht. Hier zeigen die Berechnungen, daß Branchen, in denen die Tertiarisierung weiter fortgeschritten ist, die also nur noch relativ wenig Arbeitnehmer in den Fertigungsberufen beschäftigen, die Wachstumsrate i.a. höher ist (Schaubild 5). Dies bedeutet auch, daß der säkulare Trend hin zu einem zunehmenden Anteil tertiärer Tätigkeiten, der auch für das Verarbeitende Gewerbe gilt, noch dadurch beschleunigt wird, daß innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes solche Branchen Anteilsgewinne verbuchen, die einen hohen Grad der Tertiarisierung

Schaubild 5

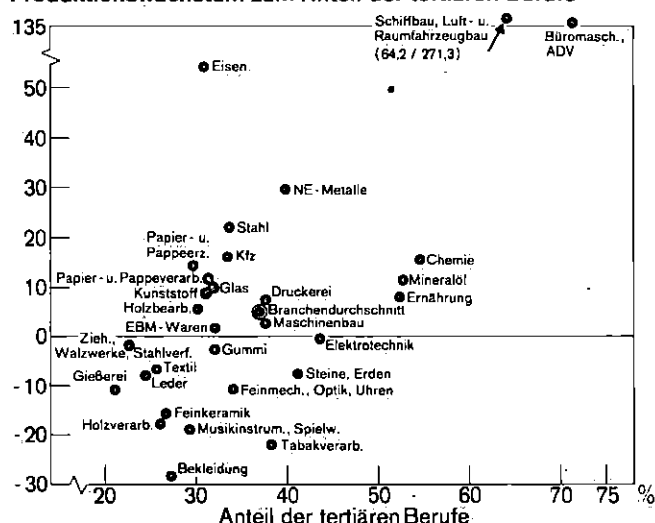
Zusammenhänge zwischen Wachstum und ausgewählten Qualifikationsindikatoren in bedeutenden Branchen des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾

Produktionswachstum zu Ingenieur-dichte

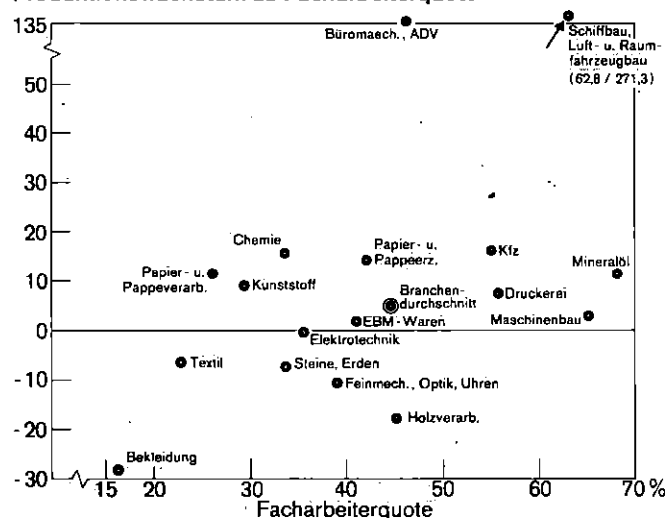
Produktionswachstum
1978 gegen 1983



Produktionswachstum zum Anteil der tertiären Berufe



Produktionswachstum zu Facharbeiterquote



1) Definitionen siehe Text-Tabelle 4.

Quelle: Verdiensterhebungen, (Juli 1983); Beschäftigtenstatistik (Jahresbeginn 1983)

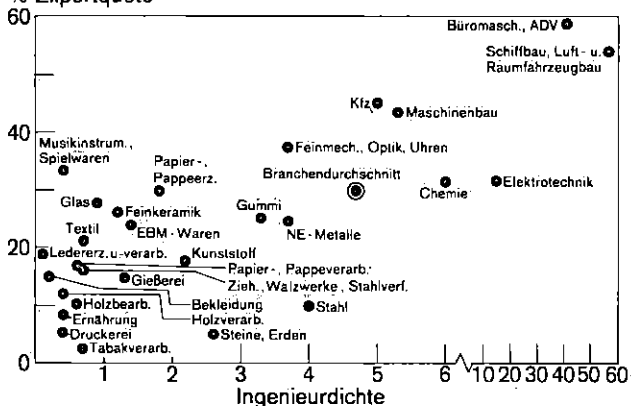
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

164 84

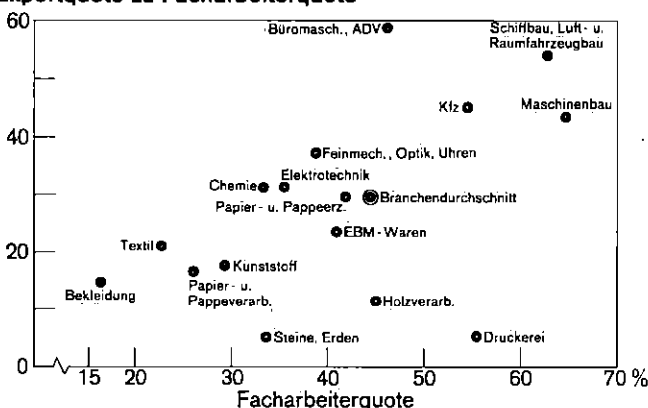
Schaubild 6

Zusammenhänge zwischen Exportquote und ausgewählten Qualifikationsindikatoren in bedeutenden Branchen des Verarbeitenden Gewerbes 1983¹⁾

Exportquote zu Ingenieurquote
% Exportquote



Exportquote zu Facharbeiterquote



1) Definitionen siehe Text- Tabelle 4.

Quelle: Verdiensterhebung (Juli) Beschäftigtenstatistik (Jahresbeginn)

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

166 84

aufweisen. Dieser Struktureffekt gilt ebenso für die Nachfrage nach den technischen Berufen.

Ein anderes Bild bietet sich dagegen, wenn man die Facharbeiterquote in Beziehung zum Wachstum setzt, hier ist ein Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen weit weniger vorhanden. So ist der Maschinenbau mit einer sehr hohen Facharbeiterquote unterdurchschnittlich gewachsen, andererseits haben sich Branchen mit niedriger Facharbeiterquote wie die Chemische Industrie und die Kunststoffverarbeitung relativ positiv entwickelt, dies gilt als Extremfall auch für den Büromaschinen/ADV-Bereich, der bei durchschnittlich hoher Facharbeiterquote mit das größte Wachstum erzielte (Schaubild 5). Dies deutet darauf hin, daß auch solche Branchen mit einer eher niedrigen Facharbeiterquote wachstumsstark waren, die relativ wenig Arbeitnehmer in der Fertigung beschäftigen, wo stattdessen tertiäre Tätigkeiten und hier insbesondere technische und naturwis-

senschaftliche Funktionen überproportional besetzt sind; Beispiele hierfür sind die Chemische Industrie und die Büromaschinen-/ADV-Herstellung.

Exportintensive Branchen sind dem internationalen Wettbewerb besonders stark ausgesetzt. Dabei dürften vor allem Produkte mit hohem Technologiegehalt bzw. hohem Einsatz an Humankapital eine günstige Wettbewerbsposition mit sich bringen. Hier ist die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) und den verschiedenen Qualifikationsmerkmalen aufschlußreich.

Es zeigt sich ein relativ enger Zusammenhang zwischen der Exportquote und der Ingenieurquote. Mit wenigen Ausnahmen gilt: je höher die Ingenieurquote ist, desto höher ist die Exportquote (Schaubild 6). Branchen mit geringer Ingenieurquote dienen vorwiegend der Inlandsversorgung, während die Chemische Industrie und die meisten Investitionsgüterhersteller mit hoher Ingenieurquote besonders exportintensiv sind. Beim Straßenfahrzeugbau ist wieder anzumerken, daß diese Branche ohne den Reparaturbereich sowohl eine höhere Exportquote (48,3 %) als auch eine höhere Ingenieurquote (6,1) aufweist, als im Schaubild ausgewiesen.

Ein etwas schwächerer, wenn auch immer noch deutlicher Zusammenhang besteht zwischen der Exportquote und der Facharbeiterquote (Schaubild 6). Typische Beispiele für einen hohen Wert bei beiden Merkmalen sind der Maschinenbau und der Straßenfahrzeugbau, eher untypisch ist z.B. die Büromaschinen/ADV-Herstellung, die bei sehr hoher Exportquote nur einen durchschnittlichen Facharbeiteranteil ausweist. Per saldo kann also gesagt werden, daß exportintensive Branchen einen überdurchschnittlichen Anteil von hochqualifizierten Arbeitskräften im gewerblichen und technischen Bereich besitzen.

Neue Techniken und Qualifikation

Die bisherigen Ausführungen konnten anhand einiger Indikatoren zeigen, daß sich die Qualifikationsstruktur lang- und mittelfristig gesehen beträchtlich hin zu einer höheren Qualifikation der Arbeitnehmer verschoben hat. Dies galt in vertikaler Hinsicht (d.h. bei Betrachtung von Qualifikationsstufen) für ein Anwachsen der Facharbeiterquote, in horizontaler Sicht in einem Anteilszuwachs der tertiären Berufe, speziell der EDV-Fachkräfte einerseits, der technischen Berufe und hier vor allem der Ingenieure und Naturwissenschaftler andererseits. Diese Ergebnisse stützen die in anderen Studien aufgestellte These, daß in einer Arbeitswelt, die ange-

sichts des gerade erst begonnenen Einsatzes der durch die Mikroelektronik geprägten neuen Techniken einem verstärkten Wandel der beruflichen Funktionen und Qualifikationsanforderungen ausgesetzt ist, die Berufschancen eines Arbeitnehmers umso besser sind, je höher sein Qualifikationsniveau ist. Hierzu zählt nicht nur ein schulischer Abschluß und eine praktische oder im tertiären Bildungsbereich absolvierte Berufsausbildung, sondern auch die Bereitschaft und Fähigkeit, parallel zur beruflichen Tätigkeit Lernprozesse zu durchlaufen.²²

Immer mehr werden dabei neben den traditionellen fach- und prozeßspezifischen Fähigkeiten und Fertigkeiten prozessunabhängige Qualifikationen wie Denken in Zusammenhängen, Loyalität und Verantwortungsbewußtsein verlangt; daneben werden physische Belastungen im Produktionsbereich zwar abgebaut, neue Belastungen psychischer und nervlicher Art treten jedoch hinzu.

Vor allem die Gefahr einer Dequalifizierung ist eine vieldiskutierte Frage im Hinblick auf die neuen Technologien in Konstruktion, Arbeitsvorbereitung und Fertigung. Eine Dequalifizierung der traditionellen Facharbeiterfähigkeiten muß nicht eintreten. Es kommt hier entscheidend auf die Ausgestaltung zwischen Mensch und technischem Prozess an. Nach Meinung vieler Experten ist die Beziehung zwischen menschlicher Arbeit und dem Produktionsprozess durch computergestützte Techniken anpassungsfähiger und gestaltbarer geworden.²³ So können etwa CNC-gesteuerte Werkzeugmaschinen ganz unterschiedlich eingesetzt und mit sehr unterschiedlich qualifizierten Arbeitskräften kombiniert werden. Hier ist in einem Extremfall bereits bei Kleinserienfertigung eine vollständige Entqualifizierung der Maschinenbediener möglich, im anderen Fall kann es dem Facharbeiter oder dem qualifizierten angelernten Arbeiter durch Werkstattprogrammierung möglich gemacht werden, Programme im direkten Dialog mit der Maschine zu erstellen, es können sogar qualifizierte Aufgaben aus den technischen Büros wieder in die Produktionssphäre zurückverlagert werden. Auch die neuen Techniken an das hohe heimische Qualifikationspotential der gewerblichen Arbeitnehmer anzupassen, ist eine wachsende Herausforderung für alle Verantwortlichen. Nur so kann es gelingen, die einzige Ressource, die die heimische Wirt-

schaft in reichem Ausmaß besitzt, ein hohes Ausbildungs- und Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, im internationalen Wettbewerb zur Geltung kommen zu lassen.

Zusammenfassung

- Eine wichtige Komponente der Wirtschaftsstruktur ist die Qualifikation der Arbeitnehmer. Qualifikation läßt sich umschreiben als Gesamtheit der beruflichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, über die eine Person verfügt. Im Rahmen dieser Arbeit wird die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer in den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes untersucht, also des Wirtschaftsbereichs, der dem internationalen Wettbewerbsdruck am meisten ausgesetzt ist.
- Langfristig ist bei den industriellen Arbeitnehmern ein stetiger Trend zu Tätigkeiten mit höherer Qualifikation zu beobachten. Bei den Angestellten verdoppelte sich z.B. der Anteil derer mit gehobener Qualifikation von 10,8 % (1960) auf 21,8 % (1983), der Anteil der Angestellten mit mittlerer Qualifikation stieg im gleichen Zeitraum von 35,6 % auf 51,8 %. Entsprechend sank der Anteil der Gruppen mit einfacher Qualifikation.

Diese Entwicklung war bei den Arbeitern, auf die das Gros der industriellen Arbeitnehmer entfällt, allerdings erst in den 70er Jahren deutlich. So blieb der Anteil der ungelernten Arbeiter bis zu Beginn der 70er Jahre recht stabil (1973: 30,4 %), sank dann aber bis auf 24,3 % im Juli 1983. Eine gewisse Rolle bei dieser Entwicklung dürfte spielen, daß bis zur Energiekrise 1973 dem Arbeitsmarkt eine große Zahl von zuwandernden, meist ungelernten ausländischen Arbeitskräften eingestellt wurde, so daß der Anteil der ausländischen Arbeiter bis dahin ständig anstieg.

- Am deutlichsten ausgeprägt war der Trend zur Höherqualifizierung im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich und in der Investitionsgütererzeugung.
- Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede in der Qualifikationsentwicklung der Arbeiter brachten es mit sich, daß das Qualifikationsgefälle zwischen Männern und Frauen heute noch ausgeprägter ist als früher. Im Juli 1983 waren wie noch vor 10 Jahren knapp zwei Drittel der weiblichen Industriearbeiter als Ungelernte beschäftigt, bei den Männern nur noch jeder neunte, 1973 war es noch jeder sechste. Umgekehrt ist nur jede

22 Siehe hierzu den Beitrag: Zur Situation der Weiterbildung.

23 Siehe z.B. Lutz, B., Den Teufelskreis durchbrechen! in Informationsbulletin des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung, Heft 5/1981 sowie Mikroelektronik in der Arbeitswelt, Extra-Info Nr. 1, 1982, Hrsg. WSI.

zwanzigste Frau als Facharbeiterin beschäftigt, dagegen mehr als jeder zweite männliche Arbeiter.

- Die im Durchschnitt zu beobachtende Höherqualifikation gilt also nicht für alle Gruppen gleichermaßen. Insbesondere weibliche Arbeiter im Verbrauchsgüter- und Nahrungsmittelbereich haben hiervon nicht profitiert. Dies sind aber gerade Branchen mit frauentypischen gewerblichen Arbeitsplätzen.
- Von 1980 bis 1983 zeigen sich spürbare Veränderungen der Berufsstruktur im Verarbeitenden Gewerbe. Während in diesem Zeitraum die Zahl der Arbeitnehmer insgesamt um 5,5 % zurückging, waren die Fertigungsberufe überdurchschnittlich betroffen (- 7,8 %). Die Dienstleistungsberufe nahmen vergleichsweise geringfügig ab (- 3,5 %); innerhalb dieser Berufsgruppe stieg jedoch die Zahl der Datenverarbeitungsfachleute deutlich an (+ 7,0 %). Demgegenüber nahm die Zahl der Angehörigen der technischen Berufe deutlich zu (+ 4,9 %). Besonders stark war hierbei die Zunahme bei den Ingenieuren und Naturwissenschaftlern (+ 10,1 %), während die Zahl der Techniker und technischen Sonderfachkräfte immerhin noch um 2,9 % anstieg. Dies zeigt, daß die Betriebe bemüht waren, trotz der langanhaltenden Rezession ihr technologisches Potential zu stärken.
- Im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes kommen 4,7 Ingenieure und Naturwissenschaftler auf 100 Angehörige der Fertigungsberufe. An der Spitze bei dieser "Ingenieurdichte" liegt der Luft- und Raumfahrzeugbau, gefolgt vom Bereich Büromaschinen/ADV (40,6). Noch mehr als das Dreifache des Branchendurchschnitts beträgt die Ingenieurquote in der Elektrotechnik (14,6). Im Bereich Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz beträgt dieser Indikator 5,0, ohne den Reparaturbereich 6,1. Der Maschinenbau (5,3) liegt dagegen nur noch leicht über dem Branchendurchschnitt, während der Bereich Feinmechanik/Optik deutlich darunter liegt (3,7). Überdurchschnittlich ist die Ingenieurquote in der Chemischen Industrie (6,0), während die Branchen der Verbrauchsgüterherstellung deutlich geringere Werte aufweisen.
- Als weiterer Indikator dient die "Facharbeiterquote", also der Anteil der Arbeiter mit Facharbeitertätigkeiten an den Arbeitern. Während sie in der Verarbeitenden Industrie bei 44,5 % liegt (Juli 1983), erreicht sie im Maschinenbau 64,8 %, im Druckgewerbe 55,4 % und im Straßenfahr-

zeugbau 54,5 %. Leicht überdurchschnittlich ist sie in der Büromaschinen/ADV-Herstellung, während sie in der Feinmechanik/Optik (38,8 %) und der Elektrotechnik (35,4 %) unterdurchschnittlich ist, wie auch in der Chemischen Industrie. Mit am geringsten ist sie im Textilgewerbe (22,8 %) und im Bekleidungsgewerbe (16,3 %).

- Relativ schwach ist der Zusammenhang zwischen der Ingenieurquote und der Facharbeiterquote. Dies zeigt auf, daß die Organisation des gesamten Fertigungsprozesses im Hinblick auf die Qualifikation der eingesetzten Arbeitskräfte unterschiedlich gestaltet werden kann. Insbesondere ist offenbar nicht erforderlich, daß eine innovative Fertigungsvorbereitung immer auch mit einem hohen Qualifikationsniveau der Produktion einhergehen muß, - auch wenn dies für einige Branchen durchaus zutrifft. (So für den Luft- und Raumfahrzeugbau). Demgegenüber hat z.B. der Maschinenbau und die Kfz-Herstellung bei ebenfalls stark überdurchschnittlicher Facharbeiterquote eine nur mäßig über dem Branchendurchschnitt liegende Ingenieurquote. Dagegen weisen die Elektrotechnik und die Chemische Industrie eine hohe Ingenieurquote bei gleichzeitig unterdurchschnittlicher Facharbeiterquote auf. In diesen beiden Branchen kann in gewissem Sinn im Vergleich zu den übrigen Branchen von einer Polarisierung der Qualifikationsstruktur gesprochen werden: die Fertigung ist hochinnovativ, was durch die hohe Zahl von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern beschrieben wird, andererseits wird für die in der Produktion tätigen gewerblichen Arbeitnehmer nur eine eher unterdurchschnittliche Qualifikation benötigt. Mit Einschränkungen gilt dies auch für die Büromaschinen/ADV-Herstellung, sie steht bei der Ingenieurquote mit an der Spitze, liegt aber bei der Facharbeiterquote fast im Branchendurchschnitt.
- Die Ingenieurquote des heimischen Verarbeitenden Gewerbes liegt knapp 15 % über dem Bundesdurchschnitt. Eine Komponentenzerlegung zeigt, daß dieser Abstand nicht auf die unterschiedliche Branchenstruktur zurückzuführen ist, sondern fast ausschließlich darauf, daß im allgemeinen die einzelnen Branchen eine leicht überdurchschnittliche Ingenieurquote aufweisen, dies gilt jedoch nicht für den Maschinenbau und die Chemische Industrie.
- Während die Facharbeiterquote in der Verarbeitenden Industrie insgesamt den Bundesdurchschnitt erreicht, liegt sie in den einzelnen Branchen meist leicht unter

dem Bundesdurchschnitt. Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich durch einen Struktureffekt erklären, nämlich dadurch, daß in Baden-Württemberg solche Branchen (wie Maschinenbau und Fahrzeugbau) überproportional vertreten sind, die gegenüber anderen Branchen eine besonders hohe Facharbeiterquote aufweisen.

- In Baden-Württemberg ist der Anteil der ungelernten Industrie-Arbeiter im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich hoch (24,6 % gegenüber 18,0 %), entsprechend liegt der Anteil der Angelernten unter dem Bundeswert (30,9 % gegenüber 37,3 %). Diese Tendenz zeigt sich auch nahezu ausnahmslos in den einzelnen Branchen.
- Während die in Baden-Württemberg höhere Ingenieur-dichte die Innovationskraft und damit die Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft unter einem günstigen Licht erscheinen läßt, deutet der höhere Anteil der ungelernten Arbeiter der Industrie darauf hin, daß das stärkere Wirtschaftswachstum und die größere Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts dazu geführt haben, daß in der Vergangenheit verstärkt ungelernte gewerbliche Arbeitskräfte - auch im Zeichen des Facharbeitermangels - eingestellt wurden, die im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich oft ausländischer Herkunft waren. Dies deutet auch darauf

hin, daß die Organisation der Fertigung in gewissem Umfang flexibel auf das vorhandene Arbeitskräftepotential reagiert.

- Zwischen dem Produktionswachstum seit 1978 und der Ingenieur-dichte der einzelnen Branchen besteht ein relativ enger Zusammenhang; je höher die Ingenieur-dichte ist, desto größer war im allgemeinen des Wachstum.

Ein anderes Bild bietet sich dagegen, wenn man die Facharbeiterquote in Beziehung zum Wachstum setzt, hier ist der Zusammenhang weit weniger stark.

Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß auch solche Branchen mit einer eher niedrigeren Facharbeiterquote wachstumsstark waren, die relativ wenig Arbeitnehmer in der Fertigung beschäftigen, wo stattdessen tertiäre Tätigkeiten und hier insbesondere technische und naturwissenschaftliche Funktionen überproportional besetzt sind; Beispiele hierfür sind die Chemische Industrie und die Büromaschinen/ADV-Herstellung.

- Weiterhin führen die Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß exportintensive Branchen in der Regel eine überdurchschnittlich hohe Facharbeiterquote und vor allem eine überdurchschnittliche Ingenieur-dichte aufweisen.

3. Sozialstruktur und Einkommen

3.1 Zur Erwerbstätigkeit von Müttern

Mütter im Spannungsverhältnis von Familienarbeit und Berufstätigkeit

Die besonders ausgeprägte Belastungssituation von Frauen mit Kindern durch Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Aufgaben im Haushalt stellt ein familienpolitisch bedeutsames Problem dar. Vor allem die in den letzten Jahren wachsende Teilnahme der Frauen mit Kindern am Erwerbsprozeß wird unter den gegenwärtigen Bedingungen des Verhältnisses von Familie und Arbeitswelt als ein mitverursachender Faktor für das veränderte generative Verhalten in den jungen Ehen gesehen. Zugleich werden erhebliche Nachteile für die Kinderbetreuung aufgrund der erwerbsbedingten Abwesenheit der Mütter befürchtet.

Zur Erhellung dieses Problemkreises soll eine vom Statistischen Landesamt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg im April 1982 durchgeführte Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Erwerbstätigkeit von Müttern und zur Kinderbetreuung beitragen. In dieser Erhebung wurden nur Haushalte berücksichtigt, in denen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren zusammenleben; die Zusatzerhebung erfolgte auf freiwilliger Basis. Als Erwerbstätige wurden entsprechend dem Erhebungsprogramm des Mikrozensus nicht nur die außerhalb erwerbstätigen Frauen, sondern auch die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen erfaßt.

Die Untersuchung gliedert sich in drei Hauptabschnitte:

- Die Erwerbstätigkeit von Müttern
- Motive für die vollzogene Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit
- Motive für die Rückkehrbereitschaft in die Erwerbstätigkeit von nichterwerbstätigen Frauen

Im ersten Abschnitt wird ein Überblick über den Umfang der Erwerbstätigkeit der Frauen mit und ohne Kinder gegeben. Darüber hinaus werden zentrale Merkmale der Erwerbstätigkeit wie Arbeitszeitbelastung, Einkommenssituation und Qualifikationsniveau untersucht. Im Vordergrund steht dabei, inwieweit sich die Erwerbssituation der Mütter in Abhängigkeit von verschiedenen sozio-ökonomischen Faktoren wie Alter, Ausbildung, Kinderzahl und Einkommen unterscheidet und welche Optionen und Schranken hieraus für Haushalt und Familie entstehen können.

Anschließend konzentriert sich die Analyse auf die auslösenden Motive für eine bereits vollzogene Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit. Hierbei werden insbesondere spezifische Gruppen von Müttern näher betrachtet: die jüngeren Mütter, Alleinerziehende und Ausländerinnen, wobei vor allem die materiellen, beruflichen und familiären Beweggründe in den Blickpunkt gerückt werden.

Zum weiteren Verlauf der Untersuchung werden die ausschlaggebenden Gründe für die Rückkehrbereitschaft in den Beruf von derzeit nicht erwerbstätigen Frauen dargestellt. Neben der Rolle materieller Motive wird der Frage nachgegangen, in welchem Maße Einflüsselemente wie die "Freude am Beruf", Ehedauer und das Interesse an Teilzeitarbeitsplätzen den Rückkehrwunsch mit beeinflussen.

Die Erwerbstätigkeit von Müttern

Überdurchschnittlich hohe Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern

Die Situation der Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung läßt sich für unterschiedliche Gruppen und Frauen beleuchten. Im Vordergrund steht dabei die Differenzierung von Frauen mit und ohne Kindern, um einen Überblick darüber zu gewinnen, in welchem Ausmaß gerade Frauen mit Kindern durch die Mehrbelastung aus Erwerbstätigkeit und Aufgaben im Haushalt betroffen sind.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren betrug im Jahre 1972 in Baden-Württemberg 1 617 000 und stieg um knapp 6 % auf 1 713 900 im Jahre 1982. Wie aus den Zahlen der Tabelle 1 allerdings zu entnehmen ist, sank die Tätigkeitsquote der Frauen in diesem Zeitraum geringfügig. 489 700 dieser erwerbstätigen Frauen lebten mit Kindern im Haushalt zusammen. Mehr als ein Viertel (29 %) aller erwerbstätigen Frauen hatte somit die Belastung durch die Erwerbstätigkeit mit den Anforderungen der Kinderbetreuung und den Aufgaben im Haushalt zu vereinbaren. Betrachtet man nur die Gesamtzahl der erwerbstätigen und nicht-erwerbstätigen Frauen mit Kindern, das sind rd. 1 Mio. Frauen, so zeigt sich, daß 1982 48 % der Frauen dieser Gruppe erwerbstätig waren oder anders ausgedrückt: fast jede zweite Mutter lebte im möglichen Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf. Die Tabelle 1 verdeutlicht zugleich, daß seit 1972 die Tätigkeitsquote der Frauen mit Kindern na-

Tabelle 1

Frauen im Alter von 15 und mehr Jahren nach Beteiligung am Erwerbsleben mit und ohne Kinder

Jahr	Insgesamt	Darunter erwerbstätig	Tätigkeits- quote	Mit Kindern unter 15 Jahren			Ohne Kinder unter 15 Jahren		
				insgesamt	darunter erwerbstätig	Tätigkeits- quote	insgesamt	darunter erwerbstätig	Tätigkeits- quote
	1000		%	1000		%	1000		%
1972	3 625,8	1 617,0	45	1 156,7	528,8	46	2 469,1	1 088,2	44
1973	3 677,1	1 657,5	45	1 155,0	550,1	48	2 522,1	1 107,4	44
1974	3 723,8	1 537,9	44	1 147,3	550,7	48	2 576,5	1 087,2	42
1975	3 754,0	1 595,6	43	1 145,0	538,2	47	2 609,0	1 057,4	41
1976	3 781,4	1 577,4	42	1 140,1	530,4	47	2 641,3	1 047,0	40
1977	3 795,8	1 596,9	42	1 123,0	532,2	47	2 672,8	1 064,7	40
1978	3 827,9	1 599,4	42	1 101,5	517,9	47	2 726,3	1 081,5	40
1979	3 867,8	1 623,2	42	1 079,1	518,9	48	2 788,7	1 104,3	40
1980	3 921,8	1 680,8	43	1 061,8	521,4	49	2 860,0	1 159,4	41
1981	3 974,1	1 675,3	42	1 037,1	498,8	48	2 937,0	1 176,5	40
1982	4 021,2	1 713,9	43	1 010,4	489,7	48	3 010,8	1 224,2	41

hezu unverändert geblieben ist, während die Tätigkeitsquote der erwerbstätigen Frauen ohne Kinder in diesem Zeitraum leicht zurückgegangen ist.

Geringere Erwerbstätigkeit von jüngeren Müttern

Spezifische Gruppen der erwerbstätigen Mütter sind in ausgeprägterem Umfang durch aus Berufstätigkeit und gleichzeitiger Sicherstellung der Kinderbetreuung resultierenden Konfliktsituationen belastet. Insoweit läßt sich anhand des Datenmaterials eindeutig ablesen, daß die erwerbstätigen Frauen keine homogene Problemgruppe bilden. Zu nennen sind hier beispielhaft alleinerziehende Mütter, Ausländerinnen, Mütter, denen ein geringes Haushaltseinkommen zur Verfügung steht, jüngere Mütter sowie vollzeitbeschäftigte Frauen mit Kindern.

Bei altersabhängiger Betrachtung ergibt sich, daß die unter 30jährigen Mütter nur unterdurchschnittlich oft erwerbstätig sind

(Tabelle 2). Es ist anzunehmen, daß ein vergleichsweise größerer Anteil der Kinder "jüngerer" Mütter im Säuglings- und Kleinkindalter ist - also einer intensiveren Betreuung bedarf als die Kinder der "älteren" Mütter - und daß deshalb diese Frauen weniger häufig im Erwerbsleben stehen können.

Vor allem bei Kindern unter 6 Jahren stellt sich in besonderem Maße das Problem, die Betreuung des Kindes und die Erwerbstätigkeit der Mutter in Einklang zu bringen, weil die Aufsicht und Betreuung in der Schule noch nicht in Betracht kommt und somit die Kinderbetreuung durch andere Institutionen sowie durch Verwandte oder Bekannte übernommen werden bzw. von der Mutter durch die Wahl einer der Situation gerecht werden- den Arbeitszeit geregelt werden muß.

Neben dem Alter der Kinder ist es deren Zahl, die die arbeitsmäßige Belastung der Mutter und damit ihre Beteiligung am Er-

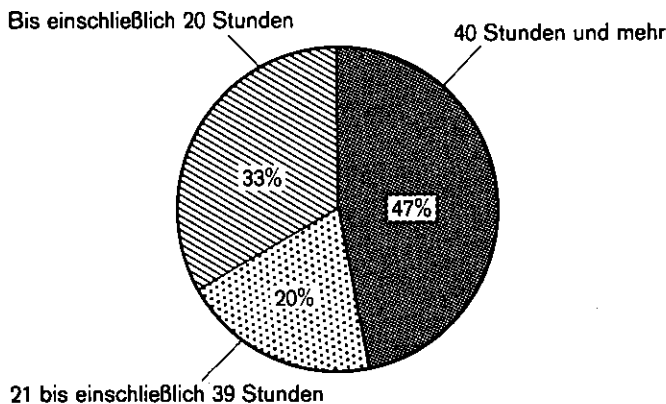
Tabelle 2

Frauen mit Kindern unter 15 Jahren nach Altersgruppen und Beteiligung am Erwerbsleben 1982

Stellung zum Erwerbsleben	Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
			15 — 20	20 — 25	25 — 30	30 — 35	35 — 40	40 — 45	45 — 50	50 — 55	55 und mehr
	1000	%									
Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt	1 010,4	100	(.)	100	100	100	100	100	100	100	100
davon erwerbstätig	489,7	48	(.)	47	44	50	50	50	54	45	(.)
nicht erwerbstätig	520,7	52	(.)	53	56	50	50	50	46	55	70

Schaubild 1

Wöchentliche Arbeitszeit erwerbstätiger Mütter mit Kindern unter 15 Jahren im April 1982



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

169 84

werbsleben maßgeblich bestimmt. Von den 489 700 erwerbstätigen Müttern haben 307 000 (63 %) ein Kind. 89 300 dieser Mütter haben ein Kind im Alter unter 6 Jahren. 150 100 Mütter haben 2 Kinder. Darunter sind 62 900 Mütter, die mindestens ein Kind haben, das jünger als 6 Jahre ist. Von den 32 600 Müttern mit 3 und mehr Kindern haben 20 100 Mütter mindestens ein Kind im Alter von weniger als 6 Jahren.

Insgesamt sind es 172 300 erwerbstätige Mütter, die Kinder unter 6 Jahren haben, das heißt, mehr als ein Drittel aller erwerbstätigen Mütter muß in einer für das Kind ausgesprochenen wichtigen Phase der Erziehung und Betreuung eine geeignete Lösung für die Kinderbetreuung in der Zeit der Erwerbstätigkeit finden.

Von den Frauen mit nur einem Kind sind mehr als die Hälfte erwerbstätig (55 %). Dieser Anteil sinkt auf knapp ein Drittel (32 %) bei den Frauen, die drei und mehr Kinder haben. Eine analoge Verteilung ergibt sich, wenn die Kinderzahl zusammen mit dem Alter der Kinder in die Betrachtung einbezogen wird. Hierbei zeigt sich, daß fast die Hälfte der Frauen (48 %), die nur ein Kind haben und dessen Alter unter 6 Jahren ist, einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Bei den Frauen, die drei und mehr Kinder haben, unter denen sich mindestens ein unter 6jähriges Kind befindet, üben nur 29 % eine Erwerbstätigkeit aus. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß bei wachsender Kinderzahl in zunehmendem Umfang die stärkere Beanspruchung durch Hausarbeit und Kinderbetreuung nicht mit einer gleichzeitigen Erwerbstätigkeit zu vereinbaren ist.

Von den in Baden-Württemberg lebenden 137 200 ausländischen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren sind 76 100 erwerbstätig. In einem deutlich größeren Umfang sind ausländische Mütter damit in die Erwerbstätigkeit einbezogen. Während von den deutschen Müttern 47 % erwerbstätig sind, sind es bei den ausländischen Müttern 55 %. Auch im Hinblick auf die besonders betreuungsbedürftigen Kinder unter 6 Jahren unterscheidet sich die Situation der ausländischen erwerbstätigen Frauen erheblich von jener der deutschen Frauen. Während jede dritte deutsche erwerbstätige Frau Kinder im Alter unter 6 Jahren hat, ist es bei den ausländischen erwerbstätigen Frauen jede zweite.

Alleinerziehende Frauen sind überdurchschnittlich häufig erwerbstätig

Verheiratete zusammenlebende Ehepartner und Alleinerziehende sehen sich in vielen Fällen divergenten Problemsituationen ausgesetzt, wobei vornehmlich die Alleinerziehenden größere Schwierigkeiten haben, Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung miteinander in Einklang zu verbringen. Die übergroße Mehrheit der Frauen (922 300) lebt in sogenannten vollständigen Familien. Diese Frauen leben also als Verheiratete mit einem Ehepartner zusammen. Von den Müttern mit Kindern unter 15 Jahren gehören 91 % zu diesem Familientyp. In unvollständigen Familien (getrennt lebende Ehepartner, Ledige mit Kindern, Geschiedene, Verwitwete) leben 88 100 (9 %) der Mütter. Unter dem Aspekt der Erwerbstätigkeit ist anzumerken, daß alleinerziehende Mütter weitaus häufiger erwerbstätig sind, als Mütter in vollständigen Familien. So sind immerhin zwei Drittel (67 %) der Alleinerziehenden erwerbstätig, wogegen von den Müttern aus vollständigen Familien fast jede zweite (47 %) im Erwerbsleben steht. Hier offenbaren sich die ökonomische Zwangssituation und die zusätzlichen Belastungen, denen sich Alleinerziehende ausgesetzt sehen.

Die Arbeitszeitbelastung stellt eines der maßgeblichen die Erwerbstätigkeit charakterisierenden Merkmale dar. Die Dauer der täglichen Arbeitszeit determiniert entscheidend die Nutzung des Zeitbudgets und legt den potentiell für die Familie und Kinderbetreuung verfügbaren Zeitrahmen fest. In diesem Zusammenhang zeigt sich, daß die meisten erwerbstätigen Mütter (47 %) 40 und mehr Stunden in der Woche arbeiten. Jede Fünfte erwerbstätige Mutter (21 %) arbeitet 21 bis einschließlich 39 Stunden und immerhin jede dritte nur bis einschließlich 20 Stunden in der Woche (Schaubild 1).

Merklich höhere wöchentliche Arbeitszeiten müssen bei den Frauen aus unvollständigen

Familien festgestellt werden. Arbeiten 45 % der Frauen aus vollständigen Familien wöchentlich 40 und mehr Stunden, sind es bei den Frauen aus unvollständigen Familien 61 %. Entsprechend niedrig ist mit 18 % der Anteil der alleinerziehenden Frauen, die eine wöchentliche Arbeitszeit bis einschließlich 20 Stunden haben. Von den Frauen aus vollständigen Familien arbeiten 35 % bis einschließlich 20 Stunden in der Woche.

Als ausschlaggebend für den geringeren Anteil an Teilzeitbeschäftigten bei den alleinerziehenden Frauen wirkt sich deren Rolle als alleinige Einkommensbezieherin der Familie aus, die aufgrund der häufig schmalen finanziellen Basis eine Teilzeitbeschäftigung oftmals nicht zuläßt. Dieser Sachverhalt spiegelt sich erwartungsgemäß auch an den Zeiten wider, in denen die Frauen von Haushalt und Familie abwesend sind. Während von den alleinerziehenden Frauen 49 % ganztags abwesend sind, beträgt der Anteil bei den Frauen aus vollständigen Familien nur 27 %.

Höhere Arbeitszeitbelastung der Frauen mit Kleinkindern

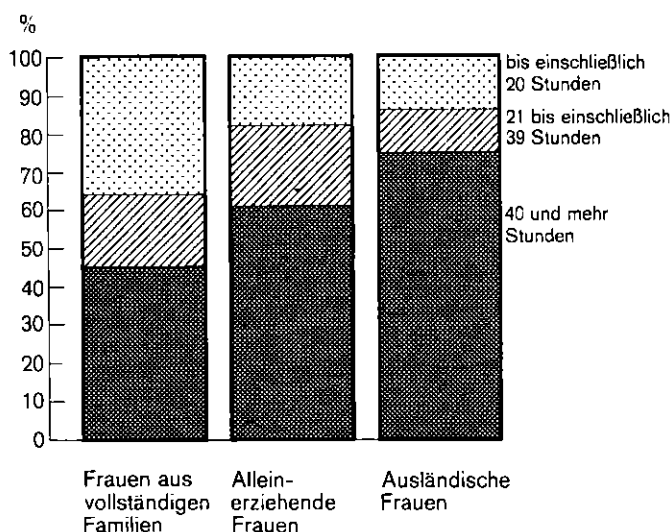
Auch bei den Frauen, die mindestens ein Kind im Alter bis zu 3 Jahren haben, liegt im Vergleich mit allen erwerbstätigen Frauen der Anteil mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 und mehr Stunden deutlich höher. Mehr als die Hälfte (55 %) dieser Frauen arbeiten 40 und mehr Stunden in der Woche. Von den jüngeren Frauen (unter 30 Jahren) arbeiten mit 57 % überdurchschnittlich viele 40 und mehr Stunden. Im Alter von 30 bis unter 55 Jahren bleibt dieser Anteil auf einer Höhe von etwa 45 %. Faßt man diese beiden Ergebnisse zusammen, zeichnet sich demnach ab, daß gerade die jüngeren Frauen mit noch kleinen Kindern - wenn sie einmal erwerbstätig sind - überdurchschnittlich häufig eine hohe Arbeitszeitbelastung haben und damit auch in zeitlicher Hinsicht in der Kinderbetreuung eingeschränkt sind.

Ausgeprägte Unterschiede in der wöchentlichen Arbeitszeit bestehen zudem zwischen deutschen und ausländischen Frauen. Von den erwerbstätigen deutschen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren arbeiten 42 % wöchentlich 40 und mehr Stunden, wogegen es bei den ausländischen erwerbstätigen Müttern 75 % sind (Schaubild 2).

Aus den Ergebnissen ist deutlich abzulesen, daß eine gute Berufsqualifikation den Zugang zu Teilzeitarbeitsplätzen erleichtert, die eine Berufstätigkeit der Frauen besser mit der Kinderbetreuung vereinbaren lassen. Während die erwerbstätigen Frauen ohne beruflichen Abschluß zu 29 % teilzeitbeschäftigt sind (bis einschließlich 21 Stunden wöchentlich), sind es mit Lehrabschluß 36 % und mit Hochschulabschluß 45 %. Dieser mit stei-

Schaubild 2

Wöchentliche Arbeitszeit erwerbstätiger Mütter nach verschiedenen Untergruppen im April 1982



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

171 84

gender beruflicher Qualifikation zunehmende Anteil der bis einschließlich 20 Stunden wöchentlich arbeitenden Mütter läßt sich mit einer durch ein höheres Einkommen und eine bessere Qualifikation bedingten zunehmenden Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erklären.

Die erwerbstätigen Mütter üben zu 61 % jeweils Vollzeitarbeit (mit 40 und mehr wöchentlichen Arbeitsstunden) aus, wenn sie als mithelfende Familienangehörige oder Beamte tätig sind. Bei den weiblichen Angestellten ist die Vollzeitarbeit mit 39 % am geringsten vertreten.

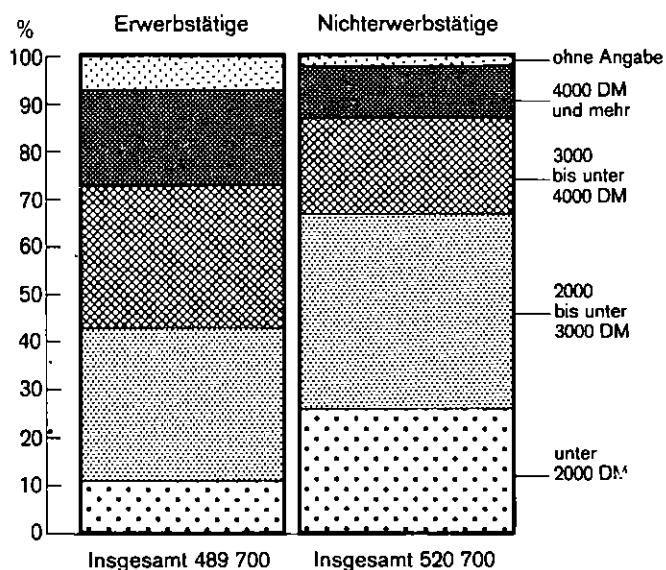
Schmalere ökonomische Basis der Haushalte mit nicht-erwerbstätigen Frauen

Von allen Haushalten mit Kindern unter 15 Jahren verfügen 19 % über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 2000 DM und 37 % über eines von 2000 bis 3000 DM. Ein Anteil von 39 % der Haushalte hat ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 DM und mehr im Monat. Dieses Einkommen hängt allerdings sehr stark davon ab, ob die Frau mit ihrer Erwerbstätigkeit zum Haushaltseinkommen beiträgt oder nicht.

Von den Haushalten erwerbstätiger Frauen mit Kindern verfügte jeder zehnte (11 %) über ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 2000 DM und fast ein Drittel (32 %) über eines von 2000 bis unter 3000 DM. Die Hälfte dieser Haushalte weist ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 DM und mehr auf. Im Vergleich zu allen Haushalten mit Kindern fällt

Schaubild 3

Frauen mit Kindern unter 15 Jahren nach dem Haushaltsnettoeinkommen im April 1982



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

172 84

somit ein deutlich größerer Anteil von Haushalten erwerbstätiger Frauen in die höheren Einkommensklassen.

Von den Haushalten nichterwerbstätiger Mütter fällt ein nennenswert größerer Prozentsatz in die unteren Einkommensklassen. Mehr als ein Viertel dieser Haushalte (26 %) sind auf ein Haushaltsnettoeinkommen von unter 2000 DM angewiesen, weitere 41 % können auf ein Haushaltsnettoeinkommen von 2000 bis unter 3000 DM zurückgreifen. Fast jeder dritte Haushalt (31 %) verfügt über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 DM und mehr (Schaubild 3). Es macht sich also deutlich die Erwerbsbeteiligung der Frau am höheren Haushaltsnettoeinkommen bemerkbar, wobei davon auszugehen ist, daß vielfach das von der Frau erzielte Einkommen für die Stabilisierung des erreichten Lebensstandards als unverzichtbarer Bestandteil des Haushaltseinkommens angesehen wird. Auf der anderen Seite dokumentieren die Ergebnisse, daß für einen großen Teil der nichterwerbstätigen Frauen mit Kindern der finanzielle Spielraum beträchtlich geringer ist.

Die alleinerziehenden Mütter weisen eine deutlich geringere Einkommensbasis auf. Mehr als die Hälfte der erwerbstätigen, alleinerziehenden Frauen (53 %) verfügen über ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 2000 DM, bei den nichterwerbstätigen Frauen beträgt dieser Anteil sogar 58 %. Da die er-

werbstätigen Alleinerziehenden überwiegend vollzeitbeschäftigt sind, wirkt sich diese Einkommenslage noch erschwerend auf die Gesamtsituation dieser Haushalte aus.

Eine weitere Problemgruppe bilden die Haushalte mit 3 und mehr Kindern unter 15 Jahren. 27 % dieser Haushalte sind auf ein Haushaltsnettoeinkommen unter 2000 DM angewiesen. Es handelt sich dabei um die Haushalte von 26 700 Frauen oder 3 % aller Frauen mit Kindern unter 15 Jahren.

Höhere Erwerbsbeteiligung bei steigender Qualifikation

Die Qualifikationsstruktur der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren kann Hinweise auf unterschiedliche Erwerbschancen liefern und gleichzeitig ein Indikator für die Erwerbsbereitschaft bilden. Von den erwerbstätigen und nichterwerbstätigen Müttern haben 753 900 (75 %) einen Hauptschulabschluß und 180 400 (18 %) einen Realschulabschluß. Die Fachhochschulreife haben 11 600 und die Hochschulreife 64 200 Mütter (1 % bzw. 6 %).

Es läßt sich eine unterschiedliche Erwerbsbeteiligung bei den einzelnen Ausbildungsabschlüssen nachweisen. Von den Müttern mit Hauptschulabschluß sind 49 %, von denen mit Hochschulreife dagegen 59 % erwerbstätig. Abgesehen von den Frauen mit Realschulabschluß, von denen nur 42 % erwerbstätig sind, wird hier eine Tendenz höherer Erwerbsbeteiligung bei steigender Qualifikation erkenntlich, die sich im übrigen bei der Betrachtung beruflicher Ausbildungsabschlüsse bestätigt.

Die Unterteilung nach der Stellung im Beruf zeigt, daß die erwerbstätigen Mütter etwa zu gleichen Teilen als Angestellte (42 %) und als Arbeiterinnen (41 %) tätig sind. Zu den mithelfenden Familienangehörigen und den Selbständigen zählen 14 % der erwerbstätigen Mütter, und die Beamtinnen sind mit einem Anteil von 4 % vertreten.

39 % der erwerbstätigen Frauen mit Kindern sind im produzierenden Gewerbe tätig, während nur noch 7 % zum Bereich der Land- und Forstwirtschaft gehören. Dort ist aber mit 34 % der Anteil der Frauen mit Kindern an der Gesamtzahl der in diesem Wirtschaftsbereich tätigen Frauen immer noch am höchsten. Gerade in der Landwirtschaft ist also Familienleben mit Kindern und Erwerbstätigkeit noch am ehesten miteinander vereinbar.

Für 27 % der erwerbstätigen Frauen mit Kindern ist das Büro oder die Amtsstube der vorwiegende Arbeitsplatz. An zweiter Stelle folgt mit 24 % die Werkstatt oder Werkhalle. Was die Stellung im Betrieb betrifft, so sind mehr als die Hälfte (55 %) der erwerbstätigen

Frauen als Bürokraft bzw. angelernte Arbeiterin tätig, 19 % sind als Verkäuferin, Facharbeiterin bzw. Geselle und 10 % als Sachbearbeiterin bzw. Vorarbeiterin tätig. Nur 6 % dieser Frauen stehen in der betrieblichen Hierarchie auf einer noch höheren Stufe (z.B. herausgehobene qualifizierte Fachkraft, Sachgebietsleiter, Abteilungsleiter, Direktor etc.). 318 000 (65 %) erwerbstätige Mütter sind allein in den Dienstleistungsberufen tätig, während in den technischen Berufen ein äußerst geringer Anteil beschäftigt ist. Es zeigt sich folglich, daß es sich hierbei vielfach um Arbeitsplätze handelt, die in der Zukunft in den Sog technologischer Veränderungen geraten könnten.

Hoher Anteil der älteren Mütter ist ohne Berufsabschluß

Beim Vergleich verschiedener Altersgruppen zeigen sich deutliche Unterschiede in den Berufsabschlüssen. Als sehr problematisch muß dabei angesehen werden, daß angesichts der derzeitigen schwierigen Arbeitsmarktlage und sich vollziehender technologischer Veränderungen 42 % der erwerbstätigen Mütter, die zwischen 20 und 30 Jahre alt sind, keinen beruflichen Abschluß nachweisen können. In der Altersgruppe der 30 bis 40-jährigen erwerbstätigen Mütter beträgt dieser Anteil 38 %. Verschlechterte Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt und Anpassungsprobleme an sich verändernde Qualifikationsanforderungen infolge sich wandelnder Tätigkeitsmerkmale durch die Einführung neuer Technologien könnten sich besonders bei den erwerbstätigen Frauen, die 40 Jahre und älter sind, ergeben. In der Altersgruppe der 40 bis unter 50jährigen haben 53 % keinen beruflichen Abschluß, bei den 50 bis unter 60jährigen sind es sogar 69 %.

Die Aufgliederung nach der überwiegend ausgeübten Tätigkeit zeigt, daß ein großer Anteil der erwerbstätigen Mütter in Berufsbereichen arbeitet, die durch zunehmenden Einsatz der Mikroelektronik Veränderungen der Arbeitsprozesse (z.B. Bildschirmtätigkeiten, Steuer- und Überwachungsarbeiten bei automatisierten Anlagen) bedingen. Zu nennen sind hier vor allem die Büro- und Verwaltungstätigkeiten, die in weitestem Sinne Schreibarbeiten, Schriftwechsel, Formulararbeiten, Kalkulation, Buchen, Arbeiten am Bildschirm, Programmieren umfassen. 26 % (117 000) der erwerbstätigen Mütter üben überwiegend eine dieser Tätigkeiten aus. Ebenfalls 26 % (126 000) der erwerbstätigen Mütter gaben "Herstellen" bzw. "Gewinnen" als überwiegend ausgeübte Tätigkeit an. Auch in diesen Bereichen sind durch den Einzug der Mikroelektronik (z.B. automatisierte Fertigung und Einsatz von Industrierobotern) voraussichtlich einschneidende Änderungen des Arbeitsprozesses zu erwarten.

Motive für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit

Familiäre Gründe ausschlaggebend für die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit

Von den zum Zeitpunkt der Befragung im April 1982 erwerbstätigen Müttern hatten 294 500 (60 %) die Erwerbstätigkeit früher aus familienbedingten Gründen unterbrochen. Als Gründe für die Unterbrechung dominieren mit 90 % der Angaben eindeutig Niederkunft und Kinderbetreuung. Diese Gründe für die Unterbrechung haben in den einzelnen Altersgruppen ein unterschiedliches Gewicht.

Bei den Frauen unter 30 Jahren steht mit 84 % die Geburt eines Kindes an erster Stelle, während dieser Anteil in der Altersgruppe von 30 bis 40 Jahren 72 % beträgt. Demgegenüber gewinnt in den höheren Altersgruppen die Kinderbetreuung an Gewicht. Von den 20 bis 30jährigen Frauen unterbrechen 11 % die Erwerbstätigkeit wegen der Kinderbetreuung. Bei den 30 bis 40jährigen beläuft sich dieser Anteil auf 19 % und bei den 40 bis 50jährigen auf 26 %.

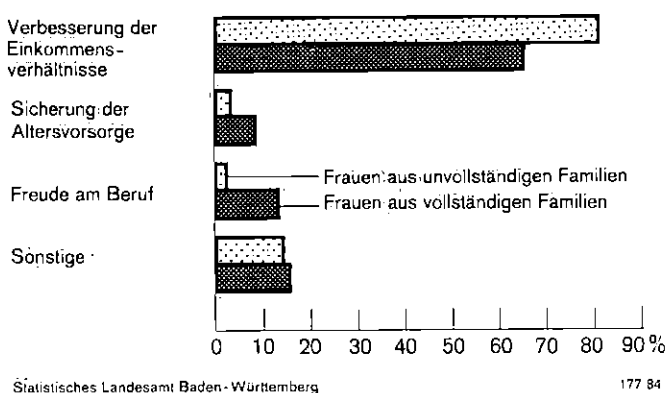
Das Niveau des allgemeinbildenden Schulabschlusses hat keinen nennenswerten Einfluß auf familienbedingte Unterbrechungen. Es fällt jedoch auf, daß ein überdurchschnittlich großer Anteil von 44 % der Frauen ohne beruflichen Abschluß die Erwerbstätigkeit nicht unterbrochen hatte, gegenüber jeweils 36 % bei den Frauen mit Lehr- und Hochschulabschluß. Dieser Sachverhalt deutet möglicherweise auf die Rolle wirtschaftlicher Faktoren im Zusammenhang mit der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit hin. Es ist auch denkbar, daß sich Frauen mit qualifizierter Berufsausbildung bessere Rückkehrchancen ausrechnen.

Verbesserung der Einkommensverhältnisse ist überwiegend Ursache für Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit

Die Verbesserung der Einkommensverhältnisse spielt - neben anderen Gründen - für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit eine wichtige Rolle. Mehr als zwei Drittel (67 %) der erwerbstätigen Mütter geben als ausschlaggebenden Grund für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit die Verbesserung der Einkommensverhältnisse an. Bei der Bewertung dieser Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei der Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit häufig ein ganzes Bündel von Motiven vorliegt. So schließt der ökonomische Zwang zur Erwerbstätigkeit nicht von vornherein aus, daß die Arbeit als interessant empfunden wird und die damit verbundenen sozialen Kontakte als positiv bewertet werden. Jede zehnte erwerbstätige Mutter (11 %) nannte die Freude am Beruf

Schaubild 4

Gründe für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit bei Frauen im April 1982



als vorrangiges Motiv für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit. Bemerkenswert hierbei ist, daß mit steigendem Nettoeinkommen des Haushalts die Erwerbstätigkeit zunehmend aus Freude am Beruf wieder aufgenommen wird. So bezeichnen 24 % der Frauen mit einem Haushaltsnettoeinkommen über 4 000 DM diesen Grund als ausschlaggebend für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit.

Zugleich kann man aus den Ergebnissen ablesen, daß mit niedrigem Nettoeinkommen des Ehemannes die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit aus Gründen der Verbesserung der Einkommensverhältnisse in den Vordergrund rückt. 81 % der Frauen, deren Ehemann ein Nettoeinkommen von 1000 bis unter 2000 DM bezieht, gaben die Verbesserung der Einkommensverhältnisse als ausschlaggebenden Grund für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit an. Von den Ehefrauen, deren Ehemann über ein Nettoeinkommen von 2000 DM und mehr verfügt, sind es nur 54 %, die diesen wirtschaftlichen Aspekt anführen. Das niedrige Einkommen als die Unterbrechung hemmender und die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit begünstigender Faktor, der bei Ehepaaren hier prägnant zum Vorschein kommt, wirkt sich auch - und zudem verstärkt - auf die Gruppe der Alleinerziehenden aus.

Von den alleinerziehenden Frauen wird die Verbesserung der Einkommensverhältnisse als ausschlaggebendes Motiv für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit in erheblich höherem Umfang (81 %) als bei den Frauen aus vollständigen Familien (65 %) geltend gemacht (Schaubild 4). In der Einkommensgruppe unter 2000 DM sind 87 % der alleinerziehenden Frauen aus finanziellen Gründen in das Erwerbsleben zurückgekehrt, gegenüber 74 % bei den Frauen aus vollständigen Familien. Auch bei den Ausländerinnen spielt dieses wirtschaftliche Motiv mit 89 % die Hauptrolle.

Engerer finanzieller Spielraum der jüngeren Mütter

Die Daten zeigen weiterhin, daß das Nettoeinkommen der erwerbstätigen Mütter umso höher liegt, je länger die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zurückliegt. Haben 37 % der erwerbstätigen Mütter, die zwischen 1968 und 1972 wieder die Erwerbstätigkeit aufgenommen hatten, ein Nettoeinkommen unter 1000 DM, so sind es bei den Frauen, die später, also zwischen 1973 und 1978 wieder ins Erwerbsleben eingetreten sind, immerhin 48 %. Dieser Zusammenhang wird noch deutlicher bei denjenigen Frauen, die erst nach 1979 wieder erwerbstätig geworden sind: 53 % verfügen über ein Nettoeinkommen von unter 1000 DM. Bei der näheren Betrachtung der Haushaltseinkommen spiegelt sich ebenfalls dieser Sachverhalt wider: Haushalte mit Frauen, die bereits seit längerer Zeit erwerbstätig sind, verfügen über ein größeres Haushaltseinkommen. Es sind demnach vorwiegend jüngere Frauen, die mit einem geringeren Einkommen auskommen müssen.

Das geringere Einkommen der Frauen, die in der jüngeren Vergangenheit in das Erwerbsleben zurückgekehrt sind, erklärt sich allerdings teilweise aus der verstärkten Teilzeitarbeit dieser Frauen. 46 % der Frauen, die 1979 oder später die Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen haben, arbeiten bis einschließlich 20 Stunden wöchentlich, gegenüber einem Viertel der Frauen, die zwischen 1968 und 1972 wieder erwerbstätig geworden sind.

Die angespanntere finanzielle Lage der jüngeren Frauen mit Kindern wird zusätzlich dadurch unterstrichen, daß sie überdurchschnittlich häufig als Grund für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse nennen. Bei den unter 30jährigen geben 79 % diesen Grund an, von den über 30jährigen dagegen nur 63 %.

Materielle Beweggründe herrschen bei unterdurchschnittlichem Qualifikationsniveau vor

Sichtbare Unterschiede bei Nennung der Verbesserung der Einkommensverhältnisse als ausschlaggebenden Grund für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit treten in Verbindung mit dem allgemeinbildenden und beruflichen Abschluß auf. So nennen von den Frauen ohne Lehrabschluß 76 % die Verbesserung der Einkommensverhältnisse, wogegen der Anteil bei den erwerbstätigen Müttern mit Lehrabschluß 63 % bzw. mit Fachhochschul- und Hochschulabschluß nur 40 % beträgt. Auf der anderen Seite gewinnt die Freude am Beruf als überwiegendes Motiv für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit bei überdurchschnittlichem Qualifikationsniveau zunehmend an Bedeutung. So führte fast die

Tabelle 3

Unterbrechung und Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter 15 Jahren nach Schul- und Berufsausbildung 1982

Gründe für die Unterbrechung und Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit	Frauen mit Kindern unter 15 Jahren insgesamt		Allgemeinbildender Schulabschluß/Beruflicher Ausbildungsabschluß					
			Volks- (Haupt-) schulabschluß ¹⁾	Real- oder gleichwertiger Schulabschluß	Abitur/ Fachhochschulreife	ohne Abschluß ²⁾	Lehr-/Anerkennung oder gleichwertiger Berufsfachschulabschluß ³⁾	Meister-/Techniker-Fachhochschul-/Ingenieur-Hochschulabschluß
	1000		%					
Erwerbstätige Frauen mit familienbedingter Unterbrechung der Erwerbstätigkeit	294,5	100	100	100	100	100	100	100
darunter Unterbrechung wegen Heirat, Niederkunft, Kinderbetreuung, sonstiger Gründe	278,7	95	94	95	97	92	96	97
Wiederaufnahme wegen Verbesserung der Familienverhältnisse	196,3	67	72	58	38	76	63	40
Wiederaufnahme wegen sonstiger Gründe	98,2	33	28	42	62	24	37	60
darunter Freude am Beruf	33,4	11	7	(16)	40	(4)	12	41

1) Einschließlich ohne allgemeinbildenden Schulabschluß und ohne Angabe. — 2) Einschließlich ohne Angabe. — 3) Einschließlich Abschluß eines beruflichen Praktikums.

Hälfte der Hochschulabsolventinnen (40,0 %) die Freude am Beruf als Grund für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit an (Tabelle 3).

Die Verbesserung der ökonomischen Situation, vor allem bei den erwerbstätigen Müttern mit vergleichsweise unterdurchschnittlichen Qualifikationen, dokumentiert auch die Aufgliederung nach der Stellung im Beruf. Während 81 % der Arbeiterinnen die Verbesserung der Einkommensverhältnisse als ausschlaggebenden Grund für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit angeben, sind es bei den erwerbstätigen Müttern mit Angestelltenstatus nur 63 %, bei den Beamtinnen 42 % und bei den Selbständigen sogar nur 34 %.

Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit aus wirtschaftlichen Gründen bei höherer Wochenarbeitszeit

Für die festgestellte Bedeutung wirtschaftlicher Gründe spricht auch der Sachverhalt, daß gerade Frauen mit einer Arbeitszeit von 40 und mehr Stunden sowie auch zwischen 21 und 39 Stunden wöchentlich zu über 70 % die Verbesserung der Einkommensverhältnisse als Grund für die Wiederaufnahme in den Mittelpunkt stellen. Von den Frauen, die bis einschließlich 20 Stunden wöchentlich arbeiten, sind es lediglich 59 %. So liegt auch der Anteil der erwerbstätigen Mütter, die als aus-

schlaggebenden Grund für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit die Freude am Beruf angaben, bei den Frauen, die bis einschließlich 20 Stunden wöchentlich arbeiten, überdurchschnittlich hoch (16 %), gegenüber 7 % bei den Frauen, die 21 bis 39 Stunden und 9 % bei den vollzeitbeschäftigten Frauen.

Weit weniger als in anderen Bereichen haben die mithelfenden Familienangehörigen mit 69 % und die in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Frauen mit 75 % die Erwerbstätigkeit nicht unterbrochen. Die größten Unterbrechungsquoten traten bei den erwerbstätigen Frauen auf, die als Beamte (68 %) und im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr (66 %) tätig sind.

Eine deutlich voneinander abweichende Teilzeitbeschäftigung ist bei den Frauen, die die Erwerbstätigkeit unterbrochen hatten, im Vergleich mit den Frauen, die keine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit angegeben haben, festzustellen. Eine Teilzeitbeschäftigung üben 173 200 (59 %) der 294 500 Frauen aus, die die Erwerbstätigkeit unterbrochen hatten und 121 300 (41 %) sind vollzeitbeschäftigt. Demgegenüber gehen von den 147 300 erwerbstätigen Müttern, die keine Unterbrechung aufweisen, 68 900 (47 %) einer Teilzeitbeschäftigung und 78 400 (53 %) einer Vollzeitbeschäftigung nach.

Motive für die Rückkehrabsicht

Bedeutung der wirtschaftlichen Gründe

Auch bei der Rückkehrabsicht in den Beruf spielen wirtschaftliche Motive eine wichtige Rolle. Von den 466 500 Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit beendet haben, äußerten 104 400 eine kurzfristige Rückkehrbereitschaft in den Beruf, das heißt, 22 % der Frauen wollten zum Zeitpunkt der Erhebung in den nächsten 2 bis 3 Jahren in Baden-Württemberg wieder in den Arbeitsmarkt eintreten. Von diesen Frauen mit kurzfristiger Rückkehrabsicht gehören 35 % zur Altersgruppe der 20 bis unter 30jährigen Frauen, 44 % zu den 30 bis unter 40jährigen und nur ein Fünftel zu den Frauen im Alter von 40 und mehr Jahren.

Eine Unterteilung nach der Staatsangehörigkeit zeigt, daß 21 % der früher erwerbstätigen deutschen Frauen, gegenüber 44 % bei den Ausländerinnen eine Rückkehr in den Beruf planen. Die Absicht zur Rückkehr ins Erwerbsleben ist bei den einzelnen Berufsabschlüssen mit 20 % bis 24 % ähnlich hoch ausgeprägt. Lediglich überdurchschnittlich viele Frauen mit Hochschulabschluß (28 %) wollen in das Erwerbsleben zurückkehren.

Als ausschlaggebenden Grund für die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit nennen 64 600 (62 %) der rückkehrbereiten Frauen die Verbesserung der Einkommensverhältnisse. Wie bereits oben dargestellt, wird jedoch auch hier in vielen Fällen eine Kombination der unterschiedlichsten Motive ökonomischer und nich ökonomischer Art vorliegen. Die Verbesserung der Altersvorsorge ist für 13 600 (13 %) und die Freude am Beruf für 9 500 (9 %) der Frauen ausschlaggebend.

Von den Frauen aus vollständigen Familien führen 60 % das ökonomische Motiv an, von den Alleinerziehenden dagegen 82 %. Es deutet sich weiterhin ein Zusammenhang zwischen der beruflichen Qualifikation und der Verbesserung der Einkommensverhältnisse als Motiv für die Rückkehr in den Beruf an. Von den rückkehrwilligen nichterwerbstätigen Frauen ohne beruflichen Abschluß wollen 72 % aus Gründen der Verbesserung der Einkommensverhältnisse wieder in die Erwerbstätigkeit zurück. Demgegenüber führen nur 58 % der nichterwerbstätigen Frauen mit Lehrabschluß diesen Grund an.

Eine kurzfristige Rückkehrabsicht ist bei den Frauen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 3000 DM und mehr mit 15 % wenig ausgeprägt. Mit sinkendem Haushaltsnettoeinkommen steigt die Rückkehrbereitschaft in den Beruf über 22 % (2 000 bis unter 3 000 DM) auf 29 % bei einem Haushaltsnettoeinkommen

von unter 2000 DM an. Diese Abhängigkeit wird unterstrichen, wenn man das Nettoeinkommen des Ehemannes heranzieht. Bei einem Nettoeinkommen des Ehemannes unter 2000 DM wollen 27 % der nichterwerbstätigen Frauen wieder in das Erwerbsleben zurückkehren. Beträgt das Nettoeinkommen des Ehemannes mehr als 2000 DM, sind es nur noch 19 %.

Eingeschränkte wirtschaftliche Situation der rückkehrbereiten alleinerziehenden Frauen

Von den alleinerziehenden Frauen mit kurzfristiger Rückkehrabsicht verfügen 63 % nur über ein Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 2000 DM. Von allen rückkehrbereiten Frauen gehören demgegenüber nur 32 % zu einem solchen Haushalt, bei 44 % beträgt das Haushaltsnettoeinkommen 2000 bis unter 3000 DM und bei 22 % 3000 DM und mehr.

Dieser Vergleich dokumentiert wiederum sehr deutlich die schwierigere materielle Situation der alleinerziehenden Frauen. Unterzieht man die Anteile der rückkehrbereiten Frauen in den jeweiligen Klassen des Haushaltsnettoeinkommens einer genaueren Betrachtung, lassen sich Anhaltspunkte dafür ablesen, inwieweit sich der ökonomische Druck auf die Rückkehrbereitschaft auswirkt. Auffallend ist hierbei, daß die Rückkehrbereitschaft alleinerziehender Frauen in der Einkommensklasse unter 2000 DM im Vergleich zu allen nichterwerbstätigen Frauen bedeutend höher liegt.

Von den nichterwerbstätigen alleinerziehenden Frauen dieser Einkommensklasse bekunden 43 % eine kurzfristige Rückkehrbereitschaft, gegenüber 29 % aller nichterwerbstätigen Frauen dieser Einkommensklasse.

Die Analyse des Nettoeinkommens der nichterwerbstätigen alleinerziehenden Frauen erhellt - im Vergleich zum Haushaltsnettoeinkommen - diesen Sachverhalt. 55 % der Alleinerziehenden mit kurzfristiger Rückkehrabsicht haben nur ein Nettoeinkommen von unter 1000 DM. Demnach ist anzunehmen, daß bei den alleinerziehenden Frauen das Haushaltsnettoeinkommen deutlicher unter 2000 DM liegt (z.B. aufgrund des Bezugs von Sozialhilfe) als in der Vergleichsgruppe aller nichterwerbstätigen Frauen, bei denen das Haushaltsnettoeinkommen in der Regel aufgrund der Erwerbstätigkeit des Ehemannes höher liegt. Dies bestätigt auch der Zusammenhang zwischen den Rückkehrabsichten früher erwerbstätiger Frauen und dem Nettoeinkommen des Ehemannes: ein vernachlässigbarer Anteil der früher erwerbstätigen Frauen gibt an, daß das Nettoeinkommen des Ehemannes unter 1000 DM liegt.

Geringerer Wunsch nach Teilzeitarbeitsplätzen bei alleinerziehenden Frauen

Die kurzfristige Rückkehrabsicht ist bei den nichterwerbstätigen alleinerziehenden Frauen mit 41 % fast doppelt so stark ausgeprägt wie bei den Frauen aus vollständigen Familien. Weit häufiger als die Frauen aus vollständigen Familien suchen die Alleinerziehenden eine Vollzeitbeschäftigung: Bei den Alleinerziehenden beträgt dieser Anteil 46 % gegenüber 21 % bei den Müttern aus vollständigen Familien. Von den nichterwerbstätigen alleinerziehenden Frauen mit einer kurzfristigen Rückkehrabsicht sind 50 % an einer Teilzeitarbeit interessiert, wogegen der Anteil bei den Frauen aus vollständigen Familien 70 % beträgt. Insgesamt wollen von den 104 400 nichterwerbstätigen Frauen mit kurzfristiger Rückkehrbereitschaft 71 200 (68 %) eine Teilzeitarbeit, 24 600 (24 %) eine Vollzeitbeschäftigung und 8 600 (8 %) eine Gelegenheitsbeschäftigung ausüben.

Diese Zahlen machen die ausgesprochene Attraktivität von Teilzeitarbeitsplätzen aus der Sicht der nichterwerbstätigen Frauen deutlich. Frauen ohne beruflichen Abschluß sind allerdings mit 61 % unterdurchschnittlich an Teilzeitarbeit interessiert, während es von den Frauen mit Lehrabschluß 73 % sind. In der Aufgliederung nach der Haushaltsgröße ist bei 5 und mehr Personen im Haushalt das Interesse an Teilzeitarbeit mit 61 % am geringsten, gegenüber 66 % bei einem Haushalt bis zu 3 Personen bzw. 73 % bei einem 4-Personenhaushalt.

Der Wunsch nach Teilzeitarbeit ist im Vergleich zu den höheren Haushaltsnettoeinkommen in den niedrigeren Einkommensklassen deutlich geringer ausgeprägt. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 2000 DM sind nur 59 % der nichterwerbstätigen Frauen an einer Teilzeitarbeit interessiert. Dieser Anteil steigt auf 71 % bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 2000 bis unter 3000 DM und auf fast 80 %, wenn dem Haushalt 3000 DM und mehr im Monat zur Verfügung stehen.

Bei wachsender Kinderzahl und längerer Ehedauer geringere Rückkehrbereitschaft

Von den früher erwerbstätigen Frauen aus vollständigen Familien, die seit 1972 und früher verheiratet sind, äußern lediglich 19 % einen kurzfristigen Rückkehrwunsch. Bei den Frauen, die zwischen 1973 und 1977 geheiratet haben, sind es 23 % und bei den Frauen, die seit 1978 verheiratet sind, 30 %. Wirtschaftliche Aspekte treten dabei verstärkt bei den erst kurz Verheirateten auf. Die vor 1977 Verheirateten nennen zu 57 % die Verbesserung der Einkommensverhältnisse

Tabelle 4

Kinder unter 15 Jahren nach Altersgruppen und Beteiligung der Mutter am Erwerbsleben 1982

Alter von ... bis unter ... Jahren	Kinder insgesamt	Darunter mit erwerbs- tätiger Mutter	
		1000	%
unter 3	276,1	100,5	36
3 - 6	266,7	103,0	39
6 - 10	380,4	164,8	43
10 - 15	671,8	344,3	51
Insgesamt	1 595,0	712,6	45

als Grund für die Rückkehr in den Beruf, während es bei den seit 1978 Verheirateten mit 74 % deutlich mehr sind.

Von den nichterwerbstätigen Frauen mit einem Kind unter 15 Jahren wollen 26 % kurzfristig in das Erwerbsleben zurückkehren, von den Frauen mit drei und mehr Kindern bekunden noch 17 % eine kurzfristige Rückkehrabsicht. Dieser Sachverhalt bestätigt sich auch bei Betrachtung der Haushaltsgröße. Der Anteil der Frauen mit kurzfristiger Rückkehrabsicht geht von 31 % bei den 2- und 3 Personen-Haushalten auf 15 % zurück, wenn der Haushalt 5 und mehr Personen umfaßt.

Analysen zur Betreuungssituation der Kinder

Die dargelegten Ergebnisse über die Erwerbstätigkeit der Mütter lenken zugleich die Aufmerksamkeit auf die Situation der Kinderbetreuung, die in enger Beziehung zu Dauer und Zeitpunkt der erwerbsbedingten Abwesenheit steht. Von den insgesamt 1 595 000 Kindern unter 15 Jahren in Baden-Württemberg haben 712 600 eine erwerbstätige Mutter (Tabelle 4), davon haben 678 800 eine ausserhäuslich erwerbstätige Mutter. Für diese Kinder müssen in der Zeit der Abwesenheit Regelungen für die Betreuung in zeitlicher, personeller oder institutioneller Hinsicht gefunden werden. Die Dauer der Abwesenheit vom Haushalt bzw. der Umfang der täglichen Arbeitszeit sind Indikatoren für die Schwierigkeit, Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung miteinander in Einklang zu bringen. Dabei können sich spezifische Problemgruppen herauskristallisieren wie z.B. die erwerbstätigen Mütter mit Kleinkindern und die Alleinerziehenden. In einer ersten Grundauswertung wurde vom Statistischen Landesamt die Situation der Kinderbetreuung untersucht. Derzeit wird im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung eine vertiefende Analyse des Zusammenhangs zwischen den Bedingungen der Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung durchgeführt.

Zusammenfassung

- Bei der näheren Betrachtung der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern treten die mit der Mehrbelastung von Haushalt, Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung verbundenen Schwierigkeiten für nahezu die Hälfte aller erwerbstätigen Mütter auf, wobei sich je nach den sozio-ökonomischen Merkmalen spezifische Problemgruppen herauskristallisieren. Vor allem sind die alleinerziehenden Frauen, die jüngeren und die ausländischen Frauen von der Mehrbelastung betroffen. Die alleinerziehenden Frauen sind deutlich häufiger erwerbstätig und üben in weitaus größerem Maße aus materiellen Beweggründen eine Beschäftigung mit vergleichsweise längerer Arbeitszeit aus. Dies trifft noch stärker auf die ausländischen Mütter zu. Frauen mit Kindern bis unter 3 Jahren haben überdurchschnittlich häufig eine Vollzeitbeschäftigung. Hier machen sich vermutlich die größeren finanziellen Anstrengungen während der Aufbau- und Konsolidierungsphase der Familie bemerkbar.
- Bei der zur Untersuchung dieser Zusammenhänge durchgeführten Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1982 stellte sich auch deutlich die schmalere ökonomische Basis der nichterwerbstätigen Mütter heraus. Weiterhin zeigen die Ergebnisse einen Zusammenhang zwischen dem Ausbildungsniveau der Mutter und dem Ausmaß der Erwerbsbeteiligung. Von den Frauen mit Hochschulabschluß ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil erwerbstätig und auch in größerem Umfang in der Lage, eine Teilzeitbeschäftigung auszuüben.
- Betrachtet man Unterbrechung und Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit unter dem Gesichtspunkt der Einkommenssituation, so zeigt sich, daß neben den alleinstehenden Frauen vor allem die jüngeren und die beruflich unterdurchschnittlich qualifizierten Frauen durch geringere Einkommen betroffen sind. Da gerade bei diesen Frauen ein vergleichsweise hoher Anteil 40 und mehr Stunden wöchentlich arbeitet, kann es hier zu besonderen Belastungen für die Familie und die Kinderbetreuung kommen. Überlegungen zur Verbesserung der Situation erwerbstätiger Mütter müßten aufgrund dieser Ergebnisse berücksichtigen, daß die Erwerbstätigkeit oftmals durch eine schmalere ökonomische Basis bedingt ist. Dadurch können die Bedingungen für die Kinderbetreuung erheblich erschwert und auch dem Wunsch nach weiteren Kindern Beschränkungen auferlegt werden.
- Die ausgesprochene Attraktivität von Teilzeitarbeitsplätzen wird durch die Ergebnisse der Mikrozensuszusatzserhebung nachdrücklich belegt. Die große Mehrheit der nichterwerbstätigen Mütter spricht sich im Zusammenhang mit der Rückkehrbereitschaft in den Beruf für eine Teilzeitbeschäftigung aus. Allerdings scheint es gerade wegen der aktuell angespannten Arbeitsmarktlage fraglich, den aus der Befragung resultierenden Bedarf von über 70 000 Teilzeitarbeitsplätzen angemessen zu befriedigen.
- Materielle Gründe spielen für die angestrebte Rückkehr in die Berufstätigkeit eine wichtige Rolle. Drei Viertel der zum Zeitpunkt der Erhebung nichterwerbstätigen Mütter nennen als ausschlaggebendes Rückkehrmotiv die Verbesserung der Einkommensverhältnisse und die Sicherung der Altersvorsorge. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Rückkehrmotivation in aller Regel durch ein ganzes Bündel von ökonomischen und nichtökonomischen Beweggründen geprägt wird, die sich gegenseitig nicht ausschließen sondern ergänzen. Den engsten finanziellen Spielraum weisen die alleinerziehenden Mütter auf, was maßgeblich deren überdurchschnittlich hohe Rückkehrbereitschaft in die Erwerbstätigkeit erklären dürfte.

3.2 Die Entwicklung und Verteilung des Volkseinkommens

Einkommen und Lebensstandard

Mit dem Prozeß der Produktion von Gütern und Dienstleistungen in den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft ist simultan ein Prozeß der Entstehung von Einkommen und seiner Verteilung auf die an der Produktion beteiligten Produktionsfaktoren verbunden. Der in einem Jahr produzierten Gesamtheit an Gütern und Diensten steht somit gleichzeitig ein monetärer Anspruch gegenüber durch die an der Produktion Beteiligten. Hierbei handelt es sich in funktionaler Hinsicht um Arbeitnehmer, Unternehmer und Vermögensbesitzer. Allerdings wird das dezentral, weil über mehr oder weniger marktwirtschaftliche Prozesse entstandene Ergebnis – die Höhe und Verteilung der Faktoreinkommen – nicht entgültig akzeptiert. Vielmehr werden über die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sowie über die Sozialversicherungen Umverteilungsprozesse in Gang gesetzt, die die primär erzielten Einkommen über Abgaben (Steuern und Sozialversicherung) einerseits und an Haushalte und Personen fließende Transfers andererseits negativ bzw. positiv verändern. Dies entspricht der Vorstellung, wonach die Einkommensverteilung, wie sie sich auf dem Markt ergibt, unter gesamtgesellschaftlichen Aspekten verändert werden soll.

In den letzten Jahren stand unter dem Eindruck struktureller Verwerfungen, die sowohl durch die technologische Entwicklung wie durch Änderungen der internationalen Nachfragebeziehungen aber auch Angebotsbeziehungen (Energie) hervorgerufen wurden, der güterseitige Produktions- und Wertschöpfungsprozeß – mit der zentralen Größe "Bruttoinlandsprodukt" – im Mittelpunkt des Interesses, insbesondere mit Blick auf die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Gerade im Zeichen eines abgeschwächten Wachstums, das die Verteilungsspielräume einengt, ist es jedoch angezeigt, auch die Einkommensseite – mit der zentralen Größe "Volkseinkommen" – als Indikator für die durch die Wirtschaftsentwicklung erreichte materielle Versorgungslage der Bevölkerung zu betrachten.

Die erforderlichen Informationen über den skizzierten volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang liefert dabei das Rechen- und Schätzsystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Es erfaßt den simultanen Leistungs- und Verteilungsprozess einer Volkswirtschaft sowie dem sich anschließenden Umverteilungsprozess in rechnerisch

nacheinander geschalteten Stufen. Dabei besteht ein weiterer Vorteil dieses standardisierten Systems darin, daß die Ergebnisse bundesweit und international vergleichbar sind und gleichzeitig einen längerfristigen Zeitvergleich zulassen¹. Die hier ermittelten Einkommensgrößen, so insbesondere das "Volkseinkommen" und das nach Abschluß der Umverteilung sich ergebende "verfügbare Einkommen" bilden die Basis für Informationen über den in einer Gesellschaft erreichten Lebensstandard. Gleichzeitig vermitteln diese Größen sowie ihre Zusammenhänge und Entwicklungen eine Vorstellung von den finanziellen Transaktionen einer Volkswirtschaft, die ihrerseits die Produktionsphäre auch im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit beeinflussen. Denn in einer Marktwirtschaft sind die an die Träger der Produktionsfaktoren gezahlten Preise wie auch die umverteilten Geldbeträge nicht nur Einkommen sondern gleichzeitig auch Lenkungsgrößen der Produktion.

Konzeptioneller Ausgangspunkt des Berechnungssystems ist der Marktmechanismus und zwar nicht als richtiges und gerechtes, aber als dezentrales und über Preise funktionierendes Steuerungssystem individueller Konsum- und Produktionsentscheidungen. Dies schließt Entscheidungen über die Bereitstellung von Produktionsfaktoren in Form von Arbeitnehmer- und Unternehmerleistungen sowie von mobilem und immobilem Kapital ein wie auch die dafür gezahlten Entgelte in Form von Einkommen.

Allerdings wird der Ressourcenverzehr entweder gar nicht – so im Falle der Umweltfaktoren – oder nur unzureichend – so im Falle knapper Ressourcen, z.B. der Energie

1 Die Komplexität der Zusammenhänge bedingt es allerdings, daß die Verteilungs- und Umverteilungsdaten – denen die Entstehungsrechnung vorgeschaltet ist – generell später anfallen. Dies insbesondere auf Länderebene, da die Länderrechnung aus Gründen einer eingeschränkten Datenbasis immer wieder auf die besser abgestützte Bundesrechnung Bezug nehmen muß. Nicht zuletzt haben die Vielzahl überwiegend international vorgegebener Revisionen des Berechnungssystems die Bereitstellung von Informationen verzögert. Aktuellere Informationen als die nachfolgend für 1980/81 vorgetragenen Daten bzw. als die für 1982 als eigene Schätzung ausgewiesenen Eckwerte stehen deshalb für die Bundesländer nicht zur Verfügung. (Vgl. dazu auch: W. Münzenmaier und S. Galli: Ergebnisse der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Bruttoinlandsprodukt 1983, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, Juni 1984). Wegen des strukturellen Charakters der Ergebnisse braucht aber der damit verbundene Informationsverlust nicht hoch angesetzt zu werden. Größenordnungen und Tendenzen dieser Entwicklungen haben sich seither nicht geändert.

Tabelle 1

Volkseinkommen sowie Einkommen des Sektors „Private Haushalte“ vor und nach der Umverteilung der Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen

Jahr	Volkseinkommen	Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen	Nettolohn- und -gehaltssumme	Nettoeinkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen	Verfügbares Einkommen
Mill. DM								
1960	36 007	32 396	20 492	11 904	24 910	14 856	10 054	29 140
1970	85 877	82 069	55 826	26 243	59 283	36 742	22 541	68 202
1975	128 653	125 542	92 239	33 303	83 182	55 577	27 605	103 388
1980	188 432	182 765	136 774	45 991	116 567	78 522	38 045	145 133
1981 ¹⁾	193 097	188 243	143 931	44 700	119 305	81 820	37 373	150 124
1982 ¹⁾	201 014	195 990	147 820	48 170	—	—	—	—
Anteil am Volkseinkommen in %								
1960	100	92,5	58,5	34,0	71,2	42,4	28,7	83,2
1970	100	95,6	65,0	30,6	69,0	42,8	26,2	79,4
1975	100	97,6	71,7	25,9	64,7	43,2	21,5	80,4
1980	100	97,0	72,6	24,4	61,9	41,7	20,2	77,0
1981 ¹⁾	100	97,5	74,5	23,1	61,8	42,4	19,4	77,7
1982 ¹⁾	100	97,5	73,5	24,0	—	—	—	—
Anteil am Bundesgebiet in %								
1960	14,6	14,5	14,1	15,2	14,6	14,2	15,2	14,1
1970	16,1	15,9	15,5	16,9	16,0	15,5	16,9	15,2
1975	16,0	15,9	15,8	16,0	16,0	16,0	16,0	15,2
1980	16,4	16,2	16,4	15,6	16,2	16,6	15,3	15,4
1981	16,2	15,9	16,5	15,2	15,8	16,3	14,8	15,1
1982	16,3	—	16,5	—	—	—	—	—

1) Geschätzt; Volkseinkommen 1981 und Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen 1981 vorläufige Ergebnisse des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder.

- erfaßt. Dies hat im Hinblick auf die Einkommensseite die Konsequenz, daß der nachweisbaren erheblichen Steigerung des materiellen Lebensstandards der Bevölkerung wegen der dadurch ausgelösten negativen Effekte deutliche Beeinträchtigungen ihres Wohlbefindens entgegenlaufen. Umgekehrt bleiben Bereiche, die in hohem Maße zur Steigerung des Wohlbefindens in objektiver wie subjektiver Hinsicht beitragen, aus der Berechnung ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für die in den Haushalten geleistete Unterhalts- und Erziehungsarbeit sowie für den Freizeitsektor. Die hier angesprochenen zusätzlichen Einflußgrößen für das Versorgungsniveau und das Wohlergehen in einem umfassenderen Sinn konnten aber bisher trotz vielfältiger Untersuchungen und Ansätze - so z.B. auch zu den "Sozialen Indikatoren" - nicht in systematischer und griffiger Form meßbar gemacht werden. Dabei stellt sich grundsätzlich die Frage, ob Wohlbefinden überhaupt anhand einer einzigen oder nur weniger monetärer Aggregatgrößen adäquat gemessen werden kann.

Volkseinkommen heute fast 5mal höher als 1960

Die Gesamtheit der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die den an der Produktion Beteiligten - also den Arbeitnehmern, den Unternehmern und den Besitzern von mobilem und immobilem Kapital - in einem Jahr zufließen, wird als Volkseinkommen bezeichnet.² Es betrug 1982 in Baden-Württemberg 201 Mrd. DM, das sind 16,3 % des Volkseinkommens des Bundesgebiets (Tabelle 1, Anhangtabelle 12). Damit floß ein im Vergleich zum Bevölkerungsanteil von 15,1 % etwas höherer Einkommensanteil in das Land. Über die Versorgungslage der Bevölkerung gibt aber erst das Volkseinkommen je Einwohner Auskunft. Hier lag Baden-Württemberg mit einem Betrag von 21 660 DM deutlich - und zwar um knapp 9 % - über dem Bundesdurchschnitt von 19 920 DM. Bei einem Vergleich mit an-

2 Im Anhang sind die Definitionen der verwendeten Begriffe zusammengestellt.

Tabelle 2

Volkseinkommen je Einwohner sowie Verfügbares Einkommen je Einwohner

Bundesgebiet Bundesländer	Volkseinkommen je Einwohner		Verfügbares Einkommen je Einwohner	
	1981	Veränderung 1981 gegen 1960	1980	Veränderung 1980 gegen 1960
	DM	%	DM	%
Bundesgebiet	19 300	345,6	15 300	309,2
Baden-Württemberg	20 800	351,0	15 700	309,0
Schleswig-Holstein	18 300	370,8	15 000	310,7
Niedersachsen	18 000	364,6	14 700	324,0
Nordrhein-Westfalen	18 300	297,7	14 600	274,3
Hessen	20 300	351,4	15 400	315,0
Rheinland-Pfalz	18 000	387,0	14 400	334,7
Bayern	19 000	379,3	15 000	324,3
Saarland	17 500	365,4	15 000	327,1
Hamburg	27 200	349,3	20 800	339,1
Bremen	20 800	322,4	17 100	308,0
Berlin (West)	21 600	425,4	20 100	418,3

deren Ländern im Bundesgebiet - der allerdings nur für 1981 durchgeführt werden kann - ergibt sich, daß Baden-Württemberg mit einem Betrag von 20 800 DM an erster Stelle unter dem Flächenländern steht, gefolgt von Hessen (20 300 DM) und Bayern (19 000 DM) (Tabelle 2).

Von 1960 bis 1982 ist das Volkseinkommen Baden-Württembergs um 475 % gestiegen, während es im Bundesdurchschnitt um 411 % zunahm. Im Land war damit eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate in Höhe von 8,4 % verbunden, wobei die Durchschnittsrates im Laufe der 60er Jahre (+ 9,4 %) höher war als in den 70er Jahren (+ 7,7 %) und wobei zusätzlich im Laufe der 70er Jahre die Steigerungsraten deutlich abflachten, so daß die Zunahmen 1980/81 nur 2,5 % bzw. 1981/82 4,1 % betrugen. Wegen des inzwischen erreichten hohen Niveaus war damit allerdings kein bzw. nur ein relativ geringfügiger Rückgang der absoluten Zunahmen verbunden. Insbesondere in den 60er Jahren hat sich das Einkommen in Baden-Württemberg schneller erhöht als im Bund, so stieg der Anteil des Landes am Bundesergebnis von 14,6 % (1960) auf 16,1 % (1970). Aber auch noch in den 70er Jahren konnte es seine Position halten bzw. leicht ausbauen (1982: 16,3 %). Der Anstieg des Volkseinkommens je Einwohner blieb allerdings hinter dem des Gesamtaggregats zurück. So stieg die Pro-Kopf-Größe um 370 % gegenüber 1960, und zwar im Land wie im Bund. Ursächlich ist die Zunahme der Ein-

wohnerzahl, die im entsprechenden Zeitraum im Land 22,2 % und im Bundesgebiet 11,2 % betrug.

Alle Einkommensgrößen werden in jeweiligen Preisen ausgedrückt. Ihre Zunahme kennzeichnet somit nicht ausschließlich das Ausmaß der Verbesserung des materiellen Lebensstandards; sondern ist auch von Preissteigerungen beeinflusst. Ein der komplexen Gesamtgröße "Volkseinkommen" entsprechender Deflator zur Preisbereinigung ist jedoch aus methodischen Gründen nicht zu ermitteln. Zieht man als Anhaltspunkt hierfür den groben Deflator für das Bruttoinlandsprodukt heran, so läßt sich sagen, daß das gesamtwirtschaftliche Preisniveau des Jahres 1982 etwa um das 1,5-fache höher liegt als das des Jahres 1960.

Drei Viertel des Volkseinkommens fließt in Arbeitnehmerhaushalte

1982 flossen 97,5 % des Volkseinkommens den Privaten Haushalten zu. Die restlichen 2,5 % entfallen auf die unverteilten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit und auf das Vermögenseinkommen des Staates. Entsprechend strömten in Baden-Württemberg von den 201 Mrd. DM Volkseinkommen schätzungsweise 196 Mrd. DM als Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen in die Privaten Haushalte (Tabelle 1), womit eine finanzielle Dimension für die dort zu treffenden Konsum- und Sparentscheidungen ge-

geben ist. Mit 148 Mrd. DM entfallen drei Viertel (75,4 %) hiervon auf das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, ein Viertel, das entspricht gut 48 Mrd. DM, entstammt dem Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen.³

Diese Position ist heterogen zusammengesetzt⁴ und kann aus Gründen fehlender Daten auf Landesebene nicht wie im Bund in die Bestandteile "Unternehmereinkommen" einerseits (Bund: 69 %) und "Vermögenseinkommen" andererseits (Bund: 31 %) aufgeteilt werden. Besitzer von Vermögen und damit Bezieher von Vermögenseinkommen sind aber auch Arbeitnehmer, weshalb es zur Vermeidung von Mißverständnissen auch zweckmäßig sein kann, diese Einkommensposition als "Nichtlohneinkommen" zu bezeichnen.

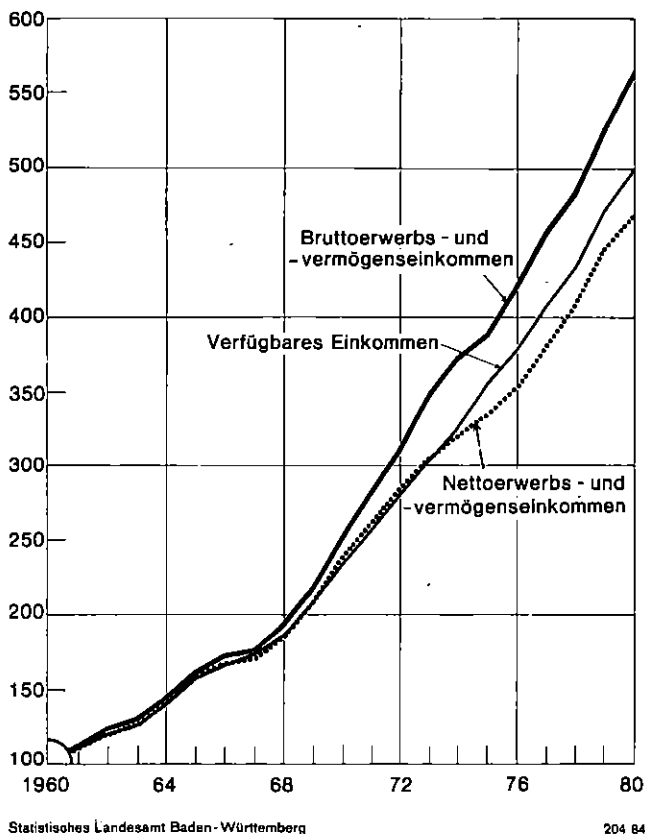
Das globale Arbeitnehmereinkommen hat sich seit 1960 um 621 % erhöht, wobei die jährliche Zuwachsrate von 1960 bis 1970 im Durchschnitt 10,6 % betrug und zwischen 1970 und 1982 8,4 %. Es nahm damit stärker zu als das gesamte Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, das um 505 % stieg (Schaubild 1). In dieser Zunahme kommt aber nicht nur die materielle Besserstellung der Haushalte im Gefolge des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums zum Ausdruck, vielmehr ist auch zu berücksichtigen, das sich die Beschäftigtenstruktur veränderte, wobei die Zunahme der Unselbständigen einerseits und der Rückgang der Selbständigenzahl andererseits zu einem höheren Anteil der Arbeitnehmer führte. Die nachfolgende Analyse der Lohnquote gibt Anhaltspunkte für die Größenordnung dieses Struktureffektes.

3 Die entsprechenden Größen in Relation zum umfassenderen Aggregat "Volkseinkommen" betragen 1981 74,5 % für das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und 25,5 %, das entspricht etwa 49 Mrd. DM, für das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Von diesen fließen rund 90 % in die Privaten Haushalte.

4 Einkommen aus unselbständiger Arbeit fließen nur Personen zu, die hauptsächlich in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen (z.B. Arbeiter, Angestellte, Beamten, Soldaten, Auszubildende). Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit kann ebenso eindeutig auf die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen bezogen werden. Anders jedoch das Einkommen aus Vermögen, welches unter anderem Zinsen, Pachten, Dividenden umfaßt. Hier können die Bezieher sowohl Arbeitnehmer als auch Selbständige, Rentner, aber auch Schüler sein. Die Zusammenfassung beider Einkommenspositionen kann somit nicht allein den Selbständigen zugeordnet werden, vielmehr sind die Beziehergruppen nicht mehr zu differenzieren. Auf der Ebene der Bundesländer können die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht in getrennten Positionen dargestellt werden, da dies die statistische Basis nicht zuläßt.

Schaubild 1

Entwicklung des Brutto- und des Nettoerwerbs- und vermögenseinkommens sowie des verfügbaren Einkommens (1960=100)



Die Zahl der Selbständigen ist im Zeitraum 1960 bis 1982 um die Hälfte geschrumpft, was mit ursächlich ist für die vergleichsweise niedrigere Steigerungsrate des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Dieses "Nichtlohneinkommen" ist seit 1960 um 305 % angewachsen. Das beinhaltet zwischen 1960 und 1970 eine jährliche Anstiegsrate von im Durchschnitt 7,6 % und zwischen 1970 und 1982 von 5,2 %, wobei das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in den Jahren 1979/80 und 1980/81 sogar rückläufig war (- 1,4 % bzw. - 4,8 %).

Bereinigte Lohnquote liegt bei 63%

Besonderen Einblick in die Entwicklung und Verteilung des Volkseinkommens gibt die Lohnquote. Sie bezeichnet den Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. Dieser Anteil ist seit 1960 stetig gestiegen, während der Anteil des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen am Volkseinkommen, hier als Nichtlohnquote bezeichnet, ständig ge-

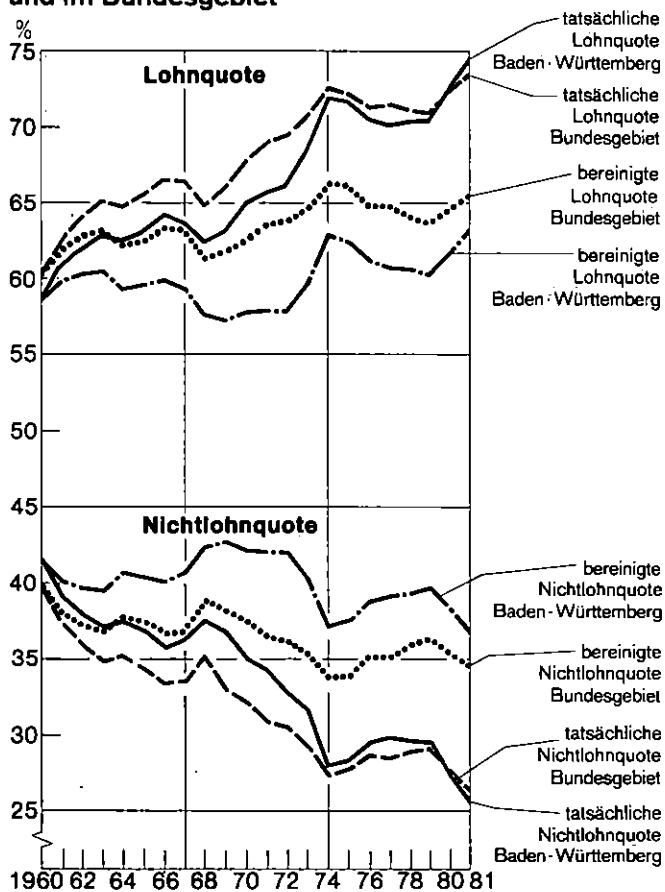
sunken ist. So betrug die Lohnquote im Jahr 1960 rund 58,5 %, stieg auf 65 % im Jahr 1970 an und betrug schließlich im Jahr 1982 73,5 % (Bundesgebiet: 73,7 %) (Anhangtabelle 13).

Hieraus kann jedoch nicht unmittelbar auf eine für die Arbeitnehmer günstigere Verteilungsrelation geschlossen werden. Vielmehr ist bei einem langfristigen Vergleich der Lohnquote bzw. Nichtlohnquote zu beachten, daß der Anteil der Arbeitnehmer an der Zahl der Erwerbstätigen ständig zugenommen hat. Die Zahl der Selbständigen nahm ab, wobei diese Veränderung dadurch zustande kam, daß bisher Selbständige ihre Tätigkeit aufgaben und Arbeiter oder Angestellte wurden, oder aber ein Selbständiger ist aus dem Erwerbsleben ausgeschieden, ohne daß gleichzeitig ein Nachfolger das Geschäft weiterführte. Auch eine Veränderung der Gesellschaftsform wäre hier denkbar. So stieg die Zahl der Beschäftigten von 1960 bis 1982 um 24 %, während gleichzeitig die Zahl der Selbständigen um 49 % zurückging. Die Zahl der Arbeitnehmer stieg dabei bis 1973, ging ab 1974 zurück und nahm erst wieder ab 1978 etwas zu.

Der Anstieg wie der Verlauf der Lohnquote von 1960 bis 1982 ist also teilweise auf die Veränderung der Beschäftigtenstruktur zurückzuführen. So steigt sie bei einem Anstieg der Beschäftigten an, ohne daß dem einzelnen Arbeitnehmer mehr Entgelt zufließt, und umgekehrt. Es ist daher zweckmäßig, wenigstens eine grobe Bereinigung der Lohnquote vorzunehmen, indem man das Einkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten zum Volkseinkommen je Erwerbstätigen in Beziehung setzt und die Beschäftigtenstruktur des Ausgangsjahres konstant hält. Die so erreichte "bereinigte Lohnquote" verläuft mit ähnlichen zyklischen Schwankungen wie die unbereinigte, sie liegt aber erheblich unter dieser und beträgt 1982 62,4 % (Bundesgebiet 65,6 %) gegenüber ebenfalls 58,5 % im Jahr 1960 (Bundesgebiet 60,3 %) (Schaubild 2). Der Niveausprung Mitte der 70er Jahre kann zum Teil als Verbesserung der Einkommensposition interpretiert werden, ausgehend von der Beobachtung, daß die Lohnquote in Zeiten der konjunkturellen Abschwächung zunimmt, während die Nichtlohnquote als spiegelbildliche Komponente abnimmt. Dies deutet darauf hin, daß sich bei konjunktureller Erholung die Gewinnsituation verbessert hat, während bei einer konjunkturellen Verschlechterung zum einen die Gewinne zurückgingen zum anderen aber versucht wurde, die Arbeitskräfte zu halten. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in der Nichtlohnquote auch die Vermögenseinkommen enthalten sind, die Arbeitnehmern, Rentnern

Schaubild 2

Lohn- und Nichtlohnquote in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

207 84

oder Schülern zufließen. Zum anderen Teil jedoch ist mit dem Niveausprung insofern keine Verbesserung der effektiven Einkommenslage verbunden, als, wie noch zu zeigen sein wird, daß Ausmaß der Abgabenbelastung eben etwa ab diesem Zeitpunkt besonders stark steigt, wobei diese Abgabenkomponenten in der Bruttoeinkommensgröße enthalten sind.

Sowohl die unbereinigte wie besonders stark die bereinigte Lohnquote Baden-Württembergs verlaufen unterhalb der des Bundes. Im Bundesdurchschnitt hat also das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ein etwas höheres Gewicht. Dies ist nicht zuletzt auf den höheren Anteil der Selbständigen im Land zurückzuführen. Dies verdeutlicht auch die Annäherung der Landes- an die Bundesquote etwa ab Mitte der 70er Jahre. So nehmen ab 1974 die Selbständigen im Land im Vergleich zum Bund etwas stärker ab, was allerdings im wesentlichen auf einen Rückgang bei den in der Landwirtschaft selbstständig Tätigen zurückzuführen ist, während die gewerblichen Selbständigen geringfügig zunehmen.

Nettoeinkommen steigen deutlich schwächer als Bruttoeinkommen

Die am Markt entstandenen Einkommen werden durch Umverteilungsaktivitäten des Staates mit dem Ziel einer bedarfsgerechteren Einkommensverteilung verändert. Durch Abgaben (Steuern und Sozialabgaben) einerseits und Sozialleistungen andererseits werden die Faktoreinkommen der privaten Haushalte sowohl vermindert wie erhöht. Während die generelle Zielsetzung unbestritten ist, sind die Ansichten über Umfang, Art und Ausgestaltung der staatlichen Eingriffe durchaus unterschiedlich. Dies insbesondere deshalb, weil sie nicht ohne Einfluß auf die wirtschaftlichen Leistungsanreize bleiben. Außerdem muß auch ein Umverteilungssystem insbesondere bei knapperen Finanzmitteln bestimmten Effizienzkriterien genügen.

In einem weiteren Sinne gehören zu den staatlichen Umverteilungsaktivitäten neben diesen monetären Transfers, die unmittelbar auf Personen und Haushalte Bezug nehmen, auch solche Transfers, die in Form indirekter Steuern einerseits und Subventionen andererseits über den Unternehmenssektor abgewickelt werden. Weiterhin sind die Effekte von Realtransfers zu berücksichtigen, so die bauliche und soziale Infrastruktur, soweit sie wie z.B. bei Schulen, Universitäten, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen, auch ein einkommensumverteilenden Charakter hat. Die Bewertungs- und Inzidenzprobleme dieser Umverteilungskomponenten sind jedoch bis heute sowohl gesamtgesellschaftlich wie individuell ungelöst. Demgegenüber lassen sich die globalen Auswirkungen der haushaltsbezogenen negativen und positiven staatlichen Geldtransfers im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestimmen.

Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Abgabenbelastung des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens sowie seiner Komponenten, des Arbeitnehmereinkommens und des Einkommens aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen. Die Belastungsbestandteile des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie die Lohnsteuer und die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. Nach Abzug dieser Komponenten verbleibt die Nettolohn- und -gehaltssumme.

Das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ergibt sich nach Abzug der geleisteten laufenden Übertragungen (hauptsächlich an den Sektor Staat) vom entsprechenden Bruttoeinkommen. Hierzu gehören die direkten Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie die Sozialbeiträge, und zwar nur die Pflicht-

beiträge der Selbständigen. Die freiwilligen Beiträge der Selbständigen und Hausfrauen werden nicht berücksichtigt.

Die Berechnungen kommen zum Ergebnis, daß vom gesamten Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen den privaten Haushalten 1981 nur 63,4 % zur Verfügung standen. So sind in diesem Jahr vom Bruttoeinkommen 27,1 Mrd. DM für direkte Steuern und 39,5 Mrd. für Sozialbeiträge abgegangen, so daß sich das Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen nur noch auf 119,3 Mrd. DM belief.

Die wachsende Belastung des Einkommens kommt nicht zuletzt durch die stärkere Zunahme der Abzüge gegenüber dem Nettoeinkommen zum Ausdruck. So ist das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen seit 1960 um 481 % gestiegen, das Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen jedoch nur um 379 % (Tabelle 1, Schaubild 1), während gleichzeitig die Steuern um 804 % und die Sozialbeiträge um 842 % zunahmen. Für die 60er Jahre kann so eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate bei den Steuern um 12,5 %, bei den Sozialbeiträgen um 11,4 % und beim Nettoerwerbseinkommen um 9,1 % errechnet werden. Für die 70er Jahre erhält man entsprechend 9,8 % bei den Steuern, 11,2 % bei den Sozialbeiträgen und 6,6 % für das Nettoerwerbseinkommen (jeweils bis 1981). Während 1960 das Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen noch 76,9 % des Bruttowertes ausmachte, standen 1981 durch diesen überproportionalen Anstieg der Abzüge nur noch 63,4 % zur Verfügung. Das Nettoerwerbseinkommen je Erwerbstätigen betrug 1981 28 950 DM, direkte Steuern wurden im Durchschnitt je Erwerbstätigen 6 493 DM bezahlt und Sozialbeiträge 9 582 DM.

Das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit betrug 1981 sowohl im Land wie im Bund 57 % des entsprechenden Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit. Im Jahr 1960 lag dieser Anteil im Land noch bei 72,5 %. Für das Einkommen aus Unternehmertätigkeit können dagegen keine vergleichbaren Quoten errechnet werden, da auf Länderebene nur das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zur Verfügung steht. Jedoch dürfte hier die gesetzliche Belastungsquote niedriger sein, da hier teilweise andere Vorsorgemaßnahmen getroffen werden.

Weit überproportionaler Anstieg der Abzüge

Einen Einblick in die Entwicklung der direkten Steuern im Vergleich zum Einkommen gibt auch die Steuerquote (Anteil der direkten Steuern am Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen). Sie belief sich 1960 auf 9,2 %

und stieg infolge des überproportionalen Anstiegs der Steuern gegenüber dem Einkommen auf 14,9 % im Jahr 1980 an (Anhangtabelle 14). Ebenso kann der Anteil der Sozialbeiträge am Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen als Sozialbeitragsquote bezeichnet werden; sie stieg von 12,9 % im Jahr 1960 auf rund 20 % im Jahr 1980 an (Anhangtabelle 14). Im Bundesdurchschnitt betrug die Steuerquote 1980 14,3 % und die Sozialbeitragsquote 20,4 %. Die Sozialbeitragsquote lag damit in Baden-Württemberg etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt, während die Steuerquote etwas höher lag (Schaubild 3). Auch wurde für Baden-Württemberg die zweithöchste Steuerquote errechnet nach Nordrhein-Westfalen (15,5 %), wobei wiederum die niedrigste Steuerquote für das Saarland festgestellt werden konnte. Während die höhere Steuerquote auf ein etwas höheres Durchschnittseinkommen in Baden-Württemberg zurückzuführen sein dürfte, ist die niedrigere Sozialbeitragsquote bedingt insbesondere durch den höheren Beschäftigungsgrad und das höhere Einkommensniveau des Landes. Für Baden-Württemberg konnte damit 1980 die zweitniedrigste Sozialbeitragsquote nach Bayern (19,5 %) festgestellt werden. Die höchste Sozialbeitragsquote wurde dagegen für das Saarland festgestellt (22,1 %).

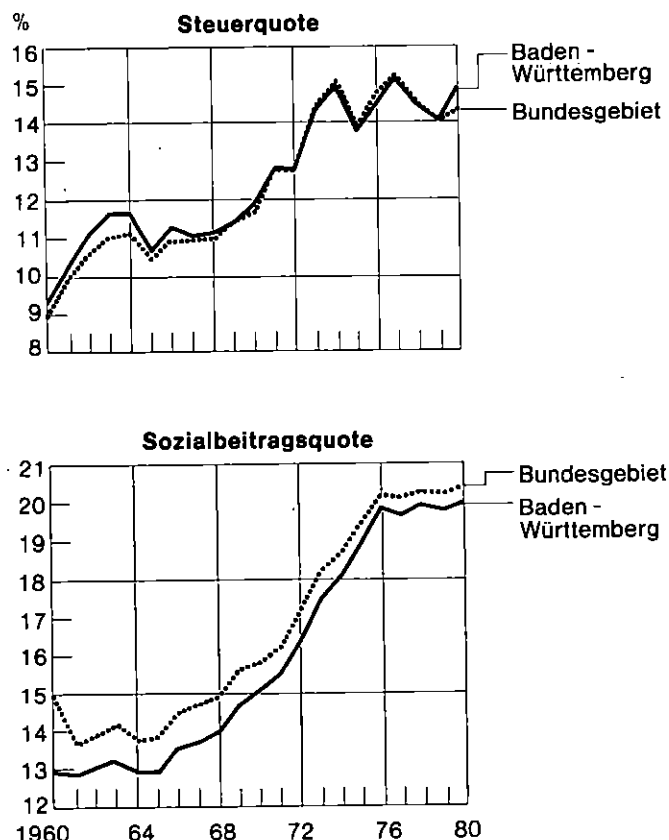
Die Entwicklung der Steuerquote (Schaubild 3) zeigt bis 1974 mit leichten Einbrüchen einen fortwährenden Anstieg, und danach einen unsteten Verlauf. Die Sozialbeitragsquote steigt dagegen kontinuierlich bis 1976 an, und steigt danach, abgesehen von minimalen Schwankungen, im Trend nur noch leicht an. Dies ist im Zusammenhang mit den konjunkturellen Schwankungen in Verbindung mit dem generell gemäßigten Wachstum zu sehen.

Noch deutlicher kommt die Belastung des Einkommens durch Steuern und Sozialabgaben bei Bestimmung der Grenzbelastung zu Tage. Die Grenzbelastung gibt Auskunft darüber, wieviel von jeder zusätzlich vom Arbeitgeber bezahlten DM an Steuern und Sozialbeiträgen abgeführt werden mußte. 1980 mußten so beispielsweise von jeder zusätzlichen DM Einkommen rund 55 Pfennig für Sozialbeiträge und Steuern aufgewendet werden, während 1970 beispielsweise nur 33 Pfennig an Abzügen anfielen (Anhangtabelle 15). Durch die veränderte Zahl der Erwerbstätigen ergibt sich pro Kopf sogar noch eine höhere Belastung. So mußten pro Erwerbstätigen 1980 sogar 68 Pfennig je zusätzlich verdienender Mark aufgewendet werden. Dabei entfielen 34 Pfennig auf Sozialbeiträge.

Nicht zuletzt infolge der hohen Belastungen hat in den letzten Jahren ein Phänomen, das üblicherweise als Schattenwirtschaft bezeichnet

Schaubild 3

Steuer- und Sozialbeitragsquote in Baden - Württemberg und im Bundesgebiet



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

203 84

net wird, zunehmende Aufmerksamkeit erlangt. Schattenwirtschaft beinhaltet Aktivitäten, die der staatlichen Erfassung entgehen. Sie unterliegen damit auch nicht dem Steuerzugriff und der Sozialversicherung. Dies können beispielsweise nicht deklarierte aber steuerpflichtige Nebentätigkeiten, Naturaltausch unter Umgehung der Umsatzsteuer, Beschäftigung von Schwarzarbeitern bzw. Schwarzarbeiten, Leiharbeit, Heimarbeit usw. (um Lohnkosten zu sparen) sein. Schattenwirtschaft umfaßt so auch die Summe der verdienten, der Steuerbehörde aber nicht gemeldeten Einkommen. So werden in vielen Studien die Höhe der Einkommenssteuersätze aber auch der Sozialbeiträge als Hauptursache für Schattenwirtschaft hervorgehoben, denn mit dem Anstieg der Abgabenbelastung dürfte der Anreiz zur Hinterziehung zunehmen.

Schattenwirtschaft führt somit aber sowohl zu einer Belastung der Solidargemeinschaft wie zu einem verzerrten Bild der ökonomischen Realität. So ist beispielsweise bei Schattenwirtschaft die ausgewiesene Steuerquote (insbesondere der direkten Steuern)

Tabelle 3

Anteil der Abzüge und der Nettolohn- und -gehaltsumme an der Bruttolohn- und -gehaltsumme im Bundesdurchschnitt

Jahr	Bruttolohn- und -gehaltsumme	Abzüge			Nettolohn- und -gehaltsumme
		zusammen	Lohnsteuer	Sozialbeiträge	
1960	100	15,8	6,4	9,4	84,2
1961	100	16,4	7,2	9,2	83,6
1962	100	16,9	7,6	9,3	83,1
1963	100	17,3	8,0	9,3	82,7
1964	100	17,8	8,5	9,2	82,2
1965	100	17,1	7,8	9,3	82,9
1966	100	18,2	8,6	9,6	81,8
1967	100	18,6	8,8	9,8	81,4
1968	100	19,6	9,3	10,3	80,4
1969	100	20,9	10,2	10,6	79,1
1970	100	22,5	11,8	10,7	77,5
1971	100	23,8	13,2	10,7	76,2
1972	100	23,7	12,7	11,0	76,3
1973	100	26,1	14,6	11,5	73,9
1974	100	27,1	15,6	11,5	72,9
1975	100	26,9	14,8	12,1	73,1
1976	100	28,7	15,7	12,9	71,3
1977	100	29,4	16,4	13,1	70,6
1978	100	28,7	15,6	13,1	71,3
1979	100	28,4	15,3	13,1	71,6
1980	100	29,5	16,3	13,2	70,5
1981	100	29,8	16,2	13,6	70,2
1982	100	30,7	16,6	14,0	69,3

zu hoch, da die effektiven Einkommen der Haushalte durch die nicht erfaßten "schwarzen" Einkommensbestandteile höher sind als die nachgewiesenen, wogegen die Steuerbelastung nicht steigt. Das Verhältnis von Steuern zum Einkommen wird somit zwangsläufig zu hoch ausgewiesen, entsprechendes gilt auch für die Sozialbeitragsquote.

Erhebliche Umverteilungseffekte bereits im Lohnsteuersystem

Vom Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sieht der Arbeitnehmer weit weniger, da die Arbeitgeberbeiträge schon vorher abgeführt werden. Es erscheint daher sinnvoll, auch die Belastung der Bruttolöhne und -gehälter zu betrachten als derjenigen Einkommenskomponente, von der der Arbeitnehmer in der Regel Kenntnis hat. Da allerdings die Aufspaltung der Sozialbeiträge in solche der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer nicht auf Landesebene vorliegt, müssen für die Darstellung dieser Belastungseffekte Bundeszahlen herangezogen werden.

Von den Bruttolöhnen und -gehältern mußten 1982 im Bundesdurchschnitt 16,6 % für Lohnsteuer und 14,0 % für die Sozialbeiträge

abgegeben werden, so daß nur noch 69,3 % für die Nettolöhne und -gehälter verblieben. Von der durchschnittlichen Bruttoentlohnung je Beschäftigten in Höhe von 32 690 DM gingen somit 5 440 DM für Lohnsteuer und 4 588 DM für Sozialbeiträge ab.

Seit 1960 erhöhte sich die Durchschnittsbelastung nahezu kontinuierlich. Während der Anteil der Sozialbeiträge von 9,4 % auf 14 % stieg (Tabelle 3), nahm der Lohnsteueranteil an den Bruttolöhnen und -gehältern sehr viel stärker zu, und zwar von 6,4 % im Jahr 1960 auf 16,6 % 1982. Die Durchschnittsbelastung mit öffentlichen Abgaben hat sich damit seit 1960 fast verdoppelt von 15,8 % auf 30,7 %. Seit 1980 lag die Lohnsteuerbelastung bei über 16 %, die Sozialbeiträge erreichten 1982 erstmals die 14 %-Grenze. Während so im Jahr 1981/82 im Bundesdurchschnitt die Bruttolöhne und -gehälter um 2 % anstiegen, stiegen die Abzüge um 5 % an (Steuern: + 4,7 %; Sozialabgaben + 5,4 %). Das bedeutet: die Abzüge wuchsen 2,5 mal schneller als die Bruttolöhne.

Im Zeitraum 1960 bis 1982 nahm die Lohnsteuer infolge der Anhebung des Steuersatzes und der steigenden Löhne um jährlich durchschnittlich 14 % zu (1960 bis 1970: 14,8 %; 1970 bis 1982: 10,6 %), während

gleichzeitig die Sozialabgaben jährlich um 10 % stiegen. Entsprechend geringer war der Anstieg der Nettolohn- und -gehaltssumme; sie stieg im Durchschnitt jährlich nur um 7,5 % an, wobei die Steigerungsrate zwischen 1960 und 1970 etwas höher lag.⁵

Wie sich dieser Belastungsanstieg auswirkte, läßt sich auch hier durch die Grenzbelastung zeigen, wobei zwischen der gesamtwirtschaftlichen Grenzbelastung und der Grenzbelastung je Arbeitnehmer unterschieden wird.⁶ So verdienten die Arbeitnehmer 1982 insgesamt 14,67 Mrd. DM mehr als 1981 (Bundesgebiet) (Anhangtabelle 16). Für Lohnsteuer und Sozialbeiträge schöpfte der Staat davon 10,7 Mrd. DM ab. Vom gesamtwirtschaftlichen Mehreinkommen waren somit 73 % für öffentliche Abgaben zu leisten (Lohnsteuer: 37 %; Sozialbeiträge: 36 %). Für den einzelnen Arbeitnehmer war die Grenzbelastung allerdings nicht ganz so hoch, da der Mehrverdienst sich 1982 auf eine gegenüber 1981 verringerte Beschäftigtenzahl verteilte. So betrug 1982 der durchschnittliche Mehrverdienst je beschäftigten Arbeitnehmer 1 337 DM. Die öffentliche Hand schöpfte von diesem Mehrverdienst 681 DM ab, so daß dem Arbeitnehmer davon netto nur noch rund 49 % oder 656 DM verblieben. Immerhin mußte damit je Arbeitnehmer im Durchschnitt pro mehr verdienender DM über die Hälfte (51 %) an den Staat abgegeben werden.

In engem Zusammenhang mit der Belastung der Bruttolöhne und -gehälter stehen aber auch die Umverteilungseffekte im Rahmen des bestehenden Steuersystems⁷. Der vierstufige Einkommenssteuertarif mit einer Null-, zwei Proportional- und einer Progressionszone bewirkt, daß mit steigendem Einkommen auch die Belastung steigt. Diese Besteuerungsform wirkt sich auf die Löhne und Gehälter derart aus, daß beachtliche Umverteilungseffekte gegenüber einer proportionalen Besteuerung hervorgerufen werden. So kann anhand der Lohnsteuer gezeigt werden, welche Einkommensklassen in unserem Steuersystem einen Umverteilungsgewinn

haben und ab welcher Einkommenshöhe ein Umverteilungsverlust entsteht. Die Berechnungen wurden in Anlehnung an das methodische Vorgehen des ifo-Instituts anhand der Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik Baden-Württembergs für die Eckjahre 1961 und 1980 durchgeführt. 1980 wurden danach gut vier Fünftel der Lohnsteuerpflichtigen gegenüber einer Proportionalbelastung, die der gesamtwirtschaftlichen Durchschnittsbelastung entsprechen würde, besser gestellt und ein knappes Fünftel schlechter. Im einzelnen verzeichneten die Steuerpflichtigen mit einem Bruttolohn bis zu etwa 40 000 DM im Jahr einen Verteilungsgewinn und die Steuerpflichtigen mit einem Bruttoeinkommen von über 40 000 DM einen Umverteilungsverlust. Die Besserstellung belief sich dabei auf DM 254,6 in der untersten Lohngruppe (unter 2400 DM). In den höheren Lohngruppen lag sie deutlich höher (Anhangtabelle 17); wobei die Klasse von 25000 bis 36000 DM mit 2309 DM den höchsten Umverteilungsgewinn verbuchen konnte. In der Klasse von 36000 bis 40000 DM geht der Umverteilungsgewinn wieder zurück. Im Durchschnitt der Lohngruppe von 40 000 bis 50 000 DM halten sich Umverteilungsgewinne und -verluste in etwa die Waage, die nächsthöhere Lohngruppe wird bereits stark zur Umverteilung herangezogen. Die Klasse mit einem Einkommen von 100 000 DM und mehr trägt im Durchschnitt 46 000 DM dazu bei.

Relation von empfangenen zu geleisteten Übertragungen wird laufend kleiner

Im Zuge der sozialstaatlich begründeten Einkommensumverteilung fließen den Haushalten sowohl über Leistungen der verschiedenen sozialen Sicherungssysteme, über Kindergeld sowie über Zahlungen im Rahmen von Entschädigungen und sozialen Hilfen staatliche Transferleistungen zu. Die empfangenen Sozialleistungen des Staates betrugen im Jahr 1980 in Baden-Württemberg 30 Mrd. DM. Sie waren damit im Land über 7 mal höher als 1960, während sie im Bund über 6 mal höher waren. Während sie zwischen 1960 und 1970 um 144 % zunahmen, stiegen sie zwischen 1970 und 1980 um knapp 200 % (Bundesgebiet: 130 % bzw. 179 %) (Tabelle 4). Besonders hohe Anstiegsraten sind dabei als Folge der konjunkturbedingten Zunahme der Arbeitslosigkeit von 1974 auf 1975 mit + 30,4 % in Baden-Württemberg und + 24,5 % im Bundesgebiet festzustellen. Die stärkere Zunahme im Land ist dabei u.a. auf das besonders niedrige Arbeitslosenniveau zurückzuführen.

Um eine Vorstellung von der Größenordnung des monetären Umverteilungsvolumens und von der Entwicklung dieser Finanzströme zu

⁵ Beachtet man hier den Preisanstieg, so ergibt sich ein Realzuwachs der Nettolöhne im Zeitraum 1970 bis 1980 um 33,4 %, was einer durchschnittlichen Steigerungsrate von 2,9 % entspricht (1960 bis 1970: 6,8 %).

⁶ Der Unterschied zwischen beiden Ansätzen besteht darin, daß die Berechnungen im ersten Fall auf der absoluten gesamtwirtschaftlichen Abgabenveränderung beruhen und im zweiten Fall auf Pro-Kopf-Werte (durchschnittliche Grenzbelastung je beschäftigten Arbeitnehmer) dieser Variablen. Siehe dazu: J. Körner: Anhaltender Druck auf die Leistungsbereitschaft durch hohe Abgabenbelastung. in: ifo-Schnelldienst, Heft 8, März 1983.

⁷ Vgl. ifo-Schnelldienst, Heft 8, 1983.

Tabelle 4

Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen, Übertragungen und Verfügbares Einkommen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Jahr	Brutto- erwerbs- und Vermögens- einkommen	Empfangene laufende Übertragungen		Geleistete laufende Übertragungen			Verfügbares Einkommen
		insgesamt	darunter Soziale Leistungen des Staates	insgesamt	darunter an den Staat		
					Direkte Steuern	Sozialbeiträge (tatsächliche und unterstellte)	
Baden-Württemberg							
Mill. DM							
1960	32 396	5 218	4 100	8 475	2 995	4 190	29 140
1970	82 069	13 408	10 001	27 275	9 697	12 338	68 202
1975	125 542	27 407	21 743	49 561	17 258	23 742	103 388
1976	136 193	29 300	23 057	55 955	19 736	27 053	109 537
1977	148 096	31 511	24 793	60 940	22 494	29 107	118 666
1978	156 555	33 588	26 321	64 031	22 621	31 168	126 112
1979	170 439	35 953	27 972	69 012	23 912	33 658	137 381
1980	182 765	38 751	29 964	76 383	27 148	36 487	145 133
1981 ¹⁾	188 243	42 084	32 564	80 367	27 077	39 490	150 124
1970 = 100							
1960	39,5	38,9	41,0	31,1	30,9	34,0	42,7
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1975	153,0	204,4	217,4	181,7	178,0	192,4	151,6
1980	222,7	289,0	299,6	280,0	280,0	295,7	212,8
1981 ¹⁾	229,4	313,9	325,6	294,7	279,2	320,1	220,1
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
1970/60	9,7	9,9	9,3	12,4	12,5	11,4	8,9
1980/70	8,3	11,2	11,6	10,8	10,8	11,5	7,8
1980/75	7,8	7,2	6,6	9,0	9,5	9,0	7,0
1981/80	3,0	8,6	8,7	5,2	— 0,3	8,2	3,4
Bundesgebiet							
Mill. DM							
1960	223 130	42 890	34 950	58 730	19 890	30 320	207 290
1970	516 550	103 050	80 380	171 870	60 440	81 360	447 730
1975	791 330	202 070	164 380	312 900	109 400	153 110	680 500
1976	854 320	217 460	176 170	352 130	125 190	172 400	719 650
1977	920 630	232 980	188 890	380 680	140 170	185 020	772 930
1978	977 180	247 780	199 950	401 350	142 070	197 960	823 610
1979	1 053 860	263 610	211 550	428 480	147 690	212 830	888 990
1980	1 127 560	281 550	224 420	466 750	161 310	229 820	942 360
1981 ¹⁾	1 165 897	—	—	—	—	—	978 583
1970 = 100							
1960	43,2	41,6	43,5	34,2	32,9	37,3	46,3
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1975	153,2	196,1	204,5	182,1	181,0	188,2	152,0
1980	218,3	273,2	279,2	271,6	266,9	282,5	210,5
1981 ¹⁾	225,7	—	—	—	—	—	218,6
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %							
1970/60	8,8	9,2	8,7	11,3	11,8	10,4	8,0
1980/70	8,1	10,7	10,8	10,5	10,3	10,9	7,7
1980/75	7,3	6,9	8,1	8,3	8,1	8,5	6,7
1981/80	3,4	—	—	—	—	—	3,8

1) Geschätzt.

erhalten, ist es zweckmäßig, empfangenen staatlichen Sozialleistungen den von den privaten Haushalten gezahlten Sozialbeiträgen gegenüberzustellen und diese Relation in ihrer zeitlichen Entwicklung zu verfolgen. Der Anteil der empfangenen Sozialleistungen an den gezahlten Sozialbeiträgen betrug 1960 noch 98 %. Im Lauf der Jahre sank er bis auf 82 % in 1980. Damit fließen nur noch gut vier Fünftel der für soziale Sicherungen gezahlten Beiträge unmittelbar an die privaten Haushalte zurück. Die Relation von empfangenen zu geleisteten Übertragungen wurde also ständig kleiner. Inwieweit dies bereits ein Indikator für eine zunehmende Ineffizienz des Umverteilungsprozesses ist, ist schwer abzuschätzen. Einerseits ist zu berücksichtigen, daß die empfangenen Sozialleistungen auch Komponenten wie Kindergeld, Wohngeld und Sozialhilfe enthalten, die nicht beitragsgebunden sind, andererseits kommen aber auch beitragsgebundene Komponenten nicht direkt sondern indirekt den Haushalten zu gute (z.B. im Krankheitsfall).

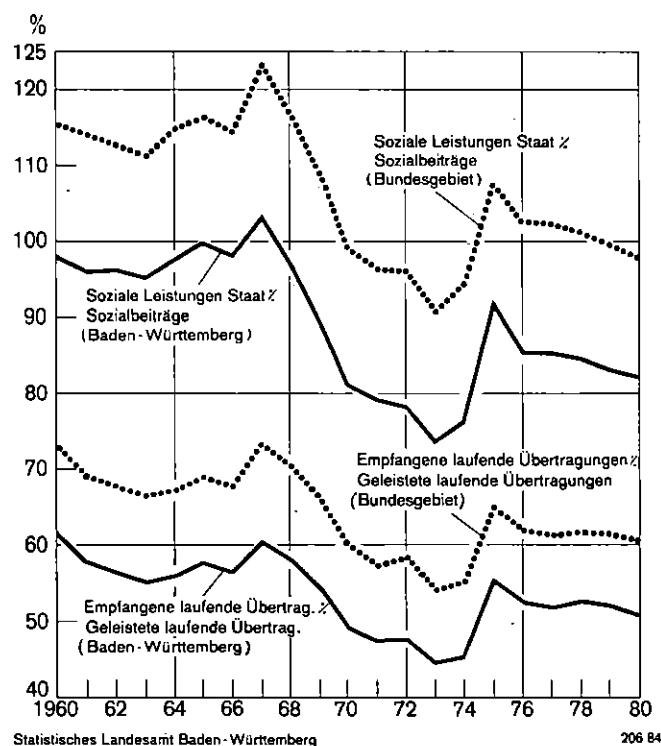
Der Anteil der empfangenen Sozialleistungen an den gezahlten Sozialbeiträgen liegt im Bundesdurchschnitt deutlich und zwar 1980 um knapp 20 % über der des Landes. Im Bund floss noch 1980 fast die Gesamtheit (97,7 %) der gezahlten Beiträge wieder in die privaten Haushalte zurück, während die Einwohner Baden-Württembergs deutlich mehr Beiträge leisteten als sie empfangen. Ursächlich dürfte die günstigere Wirtschaftsentwicklung und bessere Versorgungslage der Bevölkerung im Land sein. So weist Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund weniger Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sowie - wegen eines geringeren Anteils älterer Personen - weniger Rentenempfänger aus; andererseits sind der Beschäftigtengrad und das Durchschnittseinkommen höher. Dies verdeutlicht aber auch, daß Baden-Württemberg einen erheblichen Beitrag zur sozialen Sicherung in den anderen Ländern leistet.

Die empfangenen und geleisteten Sozialzahlungen sind eine, wenngleich die mit Abstand wichtigste Komponente im Umverteilungsprozess. So müssen die empfangenen Transfers um die entsprechend abgegrenzten Geldleistungen der Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbscharakter ergänzt werden. Beides zusammen ergibt die empfangenen Übertragungen. Zu den von den privaten Haushalten geleisteten Übertragungen gehören neben den Sozialbeiträgen vor allem noch die direkten Steuern sowie sonstige laufende Übertragungen, wie z.B. Rückstellungen im Rahmen der Sozialhilfe.

Die Gesamtgrößen der negativen und positiven Übertragungen sind wichtig für den Übergang vom Nettoeinkommen zum sogenann-

Schaubild 4

Anteil der empfangenen Übertragungen an den geleisteten Übertragungen sowie Anteil der sozialen Leistungen des Staates an den Sozialbeiträgen



ten "verfügbaren Einkommen" der privaten Haushalte. Das nach Abschluß des Umverteilungsprozesses erreichte verfügbare Einkommen ist die maßgebliche Größe, die das Niveau der Bedürfnisbefriedigung eines Haushalts bestimmt.

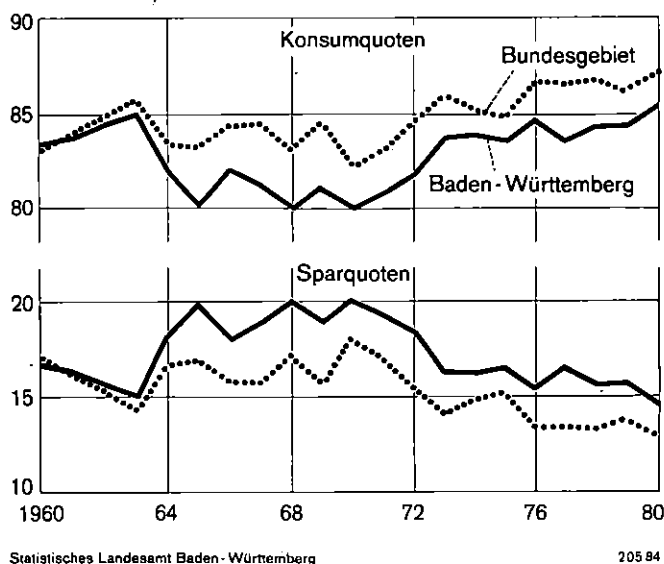
Die empfangenen Übertragungen, die hierbei zu berücksichtigen sind, betrugen im Jahr 1980 in Baden-Württemberg rund 39 Mrd. DM, womit sie 7 mal höher waren als 1960. Der Anteil der empfangenen Übertragungen an den geleisteten Übertragungen betrug 1980 allerdings nur 50,7 %. Die empfangenen Übertragungen waren also nur halb so hoch wie die geleisteten. Genau wie die Sozialleistungsrelation so hat sich auch diese Quote seit 1960 (61,6 %) verschlechtert und auch hier liegt Baden-Württemberg unter der Bundesquote (1980 : 60,3 %, 1960 : 73 %). (Anhangtabelle 18, Schaubild 4)

Verfügbares Einkommen in Baden-Württemberg höher als im Bundesdurchschnitt

Nach Abschluß des Umverteilungsprozesses ergibt sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, das ihnen zur Disposition zur Verfügung steht und das letztlich ihr Versorgungsniveau bestimmt. Es setzt sich zusammen aus der Nettolohn- und -gehalts-

Schaubild 5

Konsum - und Sparquote in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet



summe, dem Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie den empfangenen Übertragungen.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte Baden-Württembergs zusammen betrug 1980 145,1 Mrd DM und 1981 150,1 Mrd DM. Den größten Anteil am verfügbaren Einkommen haben die Nettolöhne und -gehälter (54 % bzw. 54,5 %). Doch trugen die empfangenen Übertragungen in Baden-Württemberg mit immerhin 26,7 % bzw. 28,0 % zum verfügbaren Einkommen bei. Im Bund war dieser Beitrag mit 30 % sowohl im Jahr 1980 wie 1981 noch etwas höher.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner betrug 1981 in Baden-Württemberg 16 200 DM (Bund: 15 900 DM). 1970 lag es noch bei 7 700 DM bzw. 7 400 DM. Es hat sich damit seit 1970 weit mehr als verdoppelt (Land: + 111 %, Bund: + 115 %). Im Vergleich mit den anderen Flächenländern, der allerdings für 1980 durchgeführt werden muß, weist Baden-Württemberg mit 15 700 DM das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner aus. Es folgen Hessen mit 15 400 DM sowie Schleswig-Holstein, Bayern, Saarland mit jeweils 15 000 DM.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte fließt teilweise in den privaten Verbrauch, außerdem werden Ersparnisse gebildet. Zum privaten Verbrauch zählen Käufe der inländischen Haushalte für Konsumzwecke. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen auch Entgelte für die in häus-

lichen Diensten beschäftigte Personal und an den Staat gezahlte Benutzungsgebühren gehören, ist zum Beispiel auch der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen einbezogen. Der private Verbrauch betrug in Baden-Württemberg 1980 124 Mrd. DM, das war das Fünffache des Jahres 1960.

Der Anteil des privaten Verbrauchs am verfügbaren Einkommen wird üblicherweise als Konsumquote bezeichnet. Die Konsumquote betrug im Jahr 1980 85,4 %. Ein längerfristiger Vergleich zeigt, daß die Konsumquote von 1960 bis 1963 anstieg, danach ist ein deutlicher Rückgang bis 1970 festzustellen. Ab 1970 steigt die Konsumquote wieder an, mit einem relativen Rückgang in den Jahren 1975 und 1977, jedoch ist im Trend ein deutlicher Anstieg festzustellen. Ein entgegengesetzter Verlauf kann entsprechend für die Sparquote festgestellt werden (Schaubild 5). Die laufende Zunahme der Konsumquote dürfte nicht zuletzt auch dadurch verursacht sein, daß aufgrund der hohen und steigenden Abgabenbelastung die Anpassung des Konsumstandards hier durch eine Einschränkung der Sparrate erreicht werden kann.

Zusammenfassung

- In der öffentlichen Diskussion stehen zu- meist die produktive Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft - besonders wegen der strukturellen Verwerfungen der siebziger Jahre - im Mittelpunkt des Interesses. Darüber hinaus verdienen aber auch die mit dieser produktiven Leistung gleichzeitig verbundenen Einkommensentwicklungen und -strukturen als Indikatoren für die Versorgungslage der Bevölkerung besondere Beachtung. Sie sind Gegenstand der vorliegenden Analyse.
- Das Volkseinkommen, wie es im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - die den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf der Produktion von Gütern und Diensten und der Verteilung, Umverteilung und Verwendung von Einkommen quantitativ abbilden - ermittelt wird, ist allerdings keineswegs eine Größe für Wohlbefinden schlechthin. Hierzu wären insbesondere die Berücksichtigung der Umweltkosten einerseits, sowie der Nutzen von Hausarbeit und Freizeit andererseits erforderlich, deren quantitative Bestimmung und systematische Einführung in das Gesamtsystem allerdings auch kaum möglich ist.
- Das Volkseinkommen wie auch das nach der Umverteilung sich ergebende "verfügbare Einkommen" sind Basisinformationen über das in einer Gesellschaft erreichte des Niveau des Lebensstandards. Gleichzeitig

vermitteln sie eine Vorstellung von den finanziellen Transaktionen in einer Volkswirtschaft, die ihrerseits Lenkungsgrößen der Produktion sind.

- Das Volkseinkommen betrug 1982 in Baden-Württemberg 201 Mrd. DM. Es stieg damit gegenüber 1960 um 475 %. Der Einkommensanteil des Landes von 16,3 % am Bundesergebnis war damit höher als der entsprechende Bevölkerungsanteil (15,1 %).
- Über die Versorgungslage der Bevölkerung gibt aber eher das Volkseinkommen je Einwohner Auskunft, das 1982 in Baden-Württemberg 21 660 DM betrug. Baden-Württemberg liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 19 920 DM.
- 148 Mrd. DM und damit drei Viertel des Volkseinkommens flossen 1982 als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in die Arbeitnehmerhaushalte. Auf das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögensbesitz - wobei dieser breit gestreut sein kann - entfallen schätzungsweise 53 Mrd. DM (ein Viertel). Hiervon gehen etwa 90 % in private Haushalte. Der Rest entfällt auf unverteilte Gewinne der Unternehmen und auf das Vermögenseinkommen des Staates.
- Der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen wird üblicherweise als "Lohnquote" bezeichnet. Die um die Änderung in der Beschäftigtenstruktur (Zunahme der Arbeitnehmer gegenüber den Selbständigen) bereinigte Lohnquote betrug 1983 im Land 62,4 % (Bundesgebiet 65,6 %) gegenüber 58,5 % 1960 (Bundesgebiet 60,3 %). Der Unterschied zwischen Land und Bund geht auf den im Land höheren Anteil der Selbständigen zurück. Der Anstieg ist wegen der etwa ab Mitte der 70er Jahre stark gestiegenen Abgaben, die im Bruttoeinkommen enthalten sind, nur zum Teil als Verbesserung der Einkommensrelation zu interpretieren.
- Die am Markt entstandenen Einkommen werden durch Umverteilungsaktivitäten des Staates - Sozialabgaben und Steuern einerseits und Sozialleistungen andererseits - verändert. 1981 sind vom Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen 27 Mrd. DM für direkte Steuern und 39,5 Mrd. DM für Sozialbeiträge abgegangen. Damit belief sich das Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen nur noch auf knapp 119 Mrd. DM, das sind nur noch gut 63 % des Bruttoeinkommens.
- Die wachsende Belastung des Einkommens kommt nicht zuletzt auch dadurch zum Ausdruck, daß die Abzüge stärker steigen als das Bruttoeinkommen, so daß das Nettoeinkommen entsprechend weniger stark steigt. So ist das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen seit 1960 um 481 % gestiegen, das Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen jedoch nur um 379 %, während gleichzeitig die Steuern um 804 % und die Sozialbeiträge um 842 % zunahmen.
- Einen Einblick in die Entwicklung der direkten Steuern gegenüber dem Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen gibt die Steuerquote. Sie belief sich 1960 auf 9,2 % und stieg infolge des überproportionalen Anstiegs der Steuern gegenüber dem Einkommen auf 14,9 % im Jahr 1980 an. Gleichzeitig stieg die Sozialbeitragsquote von 12,9 % im Jahr 1960 auf rund 20 % im Jahr 1980 an.
- Die Grenzbelastung gibt Auskunft darüber, wieviel von jeder zusätzlichen DM an Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen für Steuern und Sozialbeiträge abgeführt werden mußte. Im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft mußten so 1980 55 Pfennige je zusätzlich verdienender Mark aufgewendet werden.
- Von den Bruttolöhnen und -gehältern - also den Bruttoeinkommen nach Abzug der Sozialbeiträge des Arbeitgebers - mußten 1982 16,6 % für Lohnsteuer und 14 % für die Sozialbeiträge abgegeben werden, so daß nur noch 69,3 % auf die Nettolöhne und -gehälter entfielen. Dabei hat sich die Durchschnittsbelastung mit öffentlichen Abgaben seit 1960 fast verdoppelt (1960: 15,8 %, 1982: 30,7 %).
- Im Zuge der Einkommensumverteilung fließen den Haushalten sowohl über Leistungen der verschiedenen sozialen Sicherungssysteme, über Kindergeld sowie über Zahlungen im Rahmen von Entschädigungen und sozialen Hilfen staatlicher Transferleistungen zu, die sich als Einkommenserhöhungen niederschlagen. Die empfangenen Sozialleistungen beliefen sich 1980 in Baden-Württemberg auf 30 Mrd. DM. Sie waren damit mehr als 7 mal so hoch wie 1960, wobei der Anstieg in den 70er Jahren besonders hoch war.
- Das Verhältnis von empfangenen zu geleisteten Sozialzahlungen wurde allerdings laufend kleiner. Machten die empfangenen Sozialleistungen an den gezahlten Sozialbeiträgen 1960 noch 98 % aus, so sank dieser Anteil bis 1980 auf 82 %. Damit fließen nur noch rund vier Fünftel der für soziale Sicherung gezahlten Beiträge unmittelbar an die privaten Haushalte zurück.

- Während so die Einwohner Baden-Württembergs erheblich mehr Beiträge leisten als empfangen, fließt im Bund mit einem Anteil von 97,7 % (1980) noch fast die Gesamtheit der gezahlten Beiträge wieder in die privaten Haushalte zurück. Ursächlich dürfte die günstigere Wirtschaftsentwicklung und bessere Versorgungslage im Land sein. Dies zeigt, daß die Einwohner des Landes einen erheblichen Beitrag zur sozialen Sicherung in den anderen Ländern leisten.
- Nach Abschluß des Umverteilungsprozesses ergibt sich das "verfügbare Einkommen" der privaten Haushalte, das letztlich ihr Versorgungsniveau bestimmt. Es betrug 1981 im Land 150,1 Mrd. DM. Hieran haben die Nettolöhne und -gehälter einen Anteil von 54,5 % und das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 24,9 %. Die empfangenen Übertragungen trugen mit immerhin 28 % hierzu bei, wohin diese Quote lag im Bundesdurchschnitt mit 30 % noch höher.
- Je Einwohner betrug das verfügbare Einkommen 1981 im Land 16 200 DM, womit es über dem Bundesergebnis von 15 900 DM liegt. Es hat sich damit innerhalb von 11 Jahren deutlich mehr als verdoppelt (+ 111 %; Bund: + 115 %).

4. Umwelt

4.1 Aspekte der Luftbelastung

Die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen unterschiedlichster Art und Herkunft hat in der jüngsten Zeit neue Aktualität erfahren. Die Probleme bei der Aufbringung von Klärschlamm zur landwirtschaftlichen Verwertung, den sog. Altlasten auf inzwischen geschlossenen Müllkippen, besonders aber von Schadstoffen wie Nitrat oder Chlorkohlenwasserstoffen in den Trinkwasservorkommen dürften in den kommenden Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnen. Die umweltpolitisch größte Aufmerksamkeit gilt derzeit jedoch der unter dem Schlagwort Waldsterben diskutierten Schädigung der Waldbestände. Die Tatsache, daß im Jahr 1983 in manchen Regionen des Schwarzwaldes zwei Drittel des Waldes krank waren, spricht für sich selbst.

Die Ursachen dieser Entwicklung sind sicher vielfältig und werden von Vertretern der verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen aus ihrer Sicht untersucht. Die ökologischen Zusammenhänge und Wirkungsketten werden insofern unterschiedlich erklärt.¹ Dagegen ist inzwischen kaum noch umstritten, daß die Ursache des Waldsterbens in den Luftverunreinigungen zu suchen ist. Bis vor kurzem noch wurde das bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehende Schwefeldioxid (SO_2) als im wesentlichen alleinverantwortlich für die Waldschäden angesehen. Neuere Untersuchungen – nicht zuletzt auf einer verbreiterten Datenbasis – weisen allerdings darauf hin, daß außer SO_2 auch die Emission von Stickoxiden und Schwermetallen, aber auch atmosphärische Umwandlungsprodukte wie Säuren, Ozon und Peroxide einen wesentlichen Anteil an den auftretenden Schäden haben.

Die Landesregierung hat in ihrem Schwerpunktprogramm auf diese Erkenntnisse reagiert und in die Untersuchung der technischen und ökonomischen Möglichkeiten einer Reduzierung von Schadstoffemissionen neben dem Schwefeldioxid auch die Möglichkeiten für eine möglichst kurzfristige Verringerung

der Emission von Stickoxiden einbezogen. Dieses Untersuchungsprogramm konzentrierte sich zunächst auf die Kraftwerke der öffentlichen Energieversorgungsunternehmen, die für einen großen Teil der Emissionen verantwortlich sind. Seit kurzem arbeitet auch eine Kommission "Industrie und Umwelt" mit vergleichbarem Auftrag.

Indem der folgende Beitrag auch die Emittentengruppen "Verkehr" sowie "Haushalte und Kleinverbrauch" berücksichtigt, ermöglicht er einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der Emissionsverhältnisse in Baden-Württemberg. Dabei erfahren frühere Arbeiten² über die Entwicklung von SO_2 -Emissionen im Land durch die Einbeziehung der Stickoxide eine wichtige Ergänzung und Erweiterung. Wenn auch die Ergebnisse auf Schätzungen beruhen³ und somit die tatsächlichen Verhältnisse nur näherungsweise beschrieben werden können, so wird dadurch doch eine wesentliche Informationslücke geschlossen. Dies gilt in erster Linie für die Entwicklung von NO_x -Emissionen: Dieser Schadstoff konnte aus meßtechnischen Gründen erst vor wenigen Jahren in das Meßprogramm aufgenommen werden. Eine landesspezifische Betrachtung ist erforderlich, weil sich die Emissionsverhältnisse im Südwesten in wesentlichen Punkten vom Bundesdurchschnitt unterscheiden. Baden-Württemberg gehört zu den wenigen Bundesländern, die Berechnungen zur flächendeckenden Darstellung der Emissionsverhältnisse vornehmen.

Mehr Stickoxide – weniger Schwefeldioxid

Die These, daß der Emission von Stickoxiden im Zusammenhang mit dem Waldsterben nach neuesten Erkenntnissen ein höheres Gewicht beizumessen ist, läßt sich aus dem Vergleich der Zeitreihen für die Entwicklung von Stickoxiden und Schwefeldioxid nachvollziehen (Schaubild 1). Während nämlich die Emission von Schwefeldioxid in Baden-Württemberg bei einem Ausstoß von 346 000 Tonnen bereits im Jahr 1973 ihr Maximum erreicht hatte und sich seitdem – nach einem

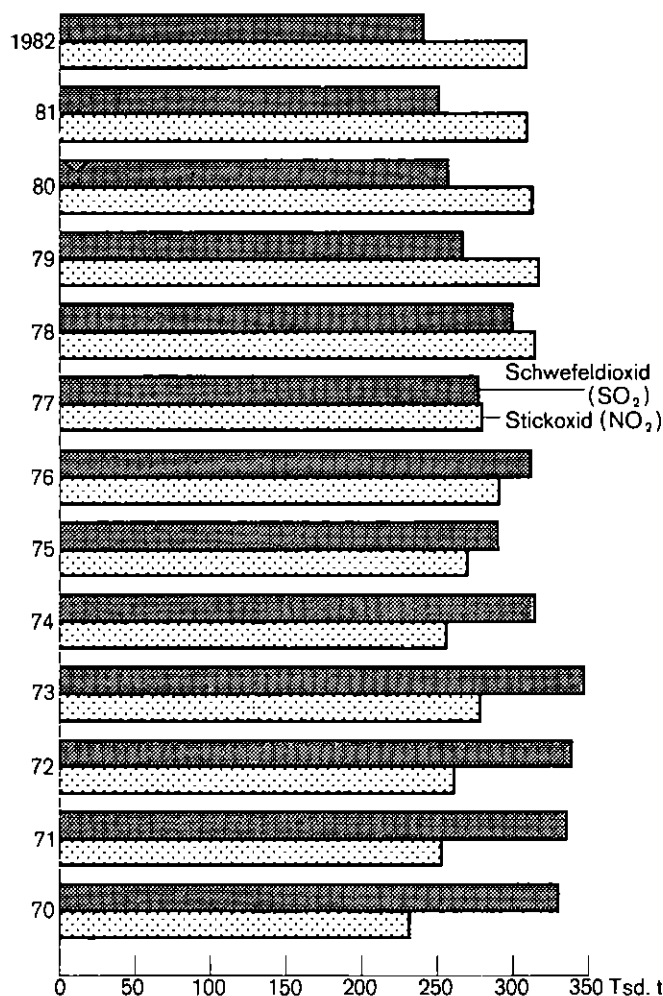
1 Grundsätzlich sind für die Luftschadstoffe und deren Umwandlungsprodukte zwei Wirkungswege denkbar:
- die direkte Einwirkung auf oberirdische Pflanzenteile (z.B. Blätter)
- die indirekte Einwirkung über den Boden, wobei eine zunehmende Bodenversauerung eine veränderte Nährstoff- und Schadsituation erwarten läßt.
Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hält den direkten Einfluß der Luftschadstoffe für ausschlaggebender. (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in: "Waldschäden und Luftverunreinigungen", Sondergutachten März 1983.)

2 Burkard, R.: Energieverbrauch und Umweltbelastung in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8, 1982

3 siehe hierzu: Statistischer Bericht Q IV 2-2j/79/80: Schwefeldioxidemissionen und -immissionen sowie Verbrauch an fossilen Energieträgern 1979 und 1980, wo die Schätzmethode kurz beschrieben werden.

Schaubild 1

Emission von Schwefeldioxid und Stickoxiden



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

191 84

nochmaligen Zwischenhoch im Jahr 1978 - um 30 % verringert hat, stieg die Emission von Stickoxiden (berechnet als NO_x) bis 1979 um jährlich knapp 2 % auf 318 000 Tonnen weiter an und hat sich seitdem bei einer nur geringfügigen Korrektur auf diesem Niveau gehalten.

Während zur Verminderung der SO₂-Emission in den letzten 10 Jahren, wenn auch unterschiedlich stark, alle Emittentengruppen beigetragen haben, resultiert der gleichzeitige Anstieg der NO_x-Emission im wesentlichen aus einer verstärkten Freisetzung von kraftfahrzeugspezifischen Abgasen (Schaubild 2).

Allein aus der Verbrauchsentwicklung der einzelnen Emittentengruppen läßt sich das scherenartige Auseinanderdriften von SO₂- und NO_x-Emissionen jedoch nicht erklären, denn der Verbrauch von Primärenergie nahm überall einen durchaus ähnlichen Verlauf. Während die Industrie nach ihrem Ver-

brauchsmaximum im Jahr 1973 und die Kraftwerke nach ihrem Maximum 1976 im Jahr 1979 nochmals ein Zwischenhoch meldeten, erreichte umgekehrt der Primärenergieverbrauch für Hausbrand und für Verkehr nach einem Zwischenhoch im Jahr 1973 erst im Jahr 1979 sein Maximum. Erst in den 80er Jahren schwächte sich dann der Energieverbrauch - und zwar bei allen Verbrauchsgruppen - mehr oder minder deutlich ab (Schaubild 3).

Der Schlüssel zum Verständnis der unterschiedlichen Entwicklung von SO₂ - und NO_x - Emissionen liegt in der Art der bei den Emittentengruppen eingesetzten Energieträger, vor allem im spezifischen Ausmaß der bei ihrer Verbrennung freigesetzten Schadgase. Schwefeldioxid wird bevorzugt beim Einsatz von schwerem Heizöl und von (Stein-) Kohle freigesetzt. Stickstoffoxide resultieren vornehmlich aus der Verbrennung von Kraftstoffen und von Kohle. Eine Übersicht über diese Zusammenhänge gibt Tabelle 1. Dort werden die spezifischen Emissionen ("Emissionsfaktoren") von Schwefeldioxid und Stickoxiden je Tonne Steinkohleeinheit (SKE) dargestellt und zwar getrennt nach Emittentengruppe und Brennstoffart. Die Trennung nach Emittentengruppen ist erforderlich, weil wegen unterschiedlicher Bedingungen beim Feuerungsprozeß die Freisetzung von Schadgasen unterschiedlich hoch ist. Durch die Zuordnung von Brennstoffen zu den Emittentengruppen wird aber auch dargestellt, welche Brennstoffe für die einzelnen Quellengruppen wesentlich sind. Es zeigt sich, daß Schwefeldioxid bevorzugt beim Einsatz von schwerem Heizöl und von Kohle freigesetzt wird. Die konkurrierenden Energieträger verursachen wie leichtes Heizöl weit geringere oder wie Gas praktisch keine SO₂-Emissionen. Gleiches gilt für Dieselkraftstoff und Motorenbenzin.

"Alternative" Brennstoffe sind gesondert zu bewerten, da sie mengenmäßig wenig bedeutend sind und zudem unter dem Aspekt des Entsorgungszwangs betrachtet werden müssen. Immerhin liegen im öffentlichen Bereich die Emissionsfaktoren für Müll und Klärschlamm vergleichsweise niedrig. Die Emissionsfaktoren im industriellen Bereich sind allerdings beachtlich hoch. Deshalb kann die Verbrennung von Schlämmen aus der Abwasserreinigung, von Altreifen oder Sulfitablauge örtlich die Emissionsverhältnisse durch SO₂ erheblich beeinflussen. Das Emissionsverhalten der einzelnen Brennstoffarten ist hinsichtlich der Freisetzung von Schwefeldioxid fast grundlegend anders als hinsichtlich der Freisetzung von Stickoxiden. Schweres Heizöl, der Brennstoff mit dem höchsten Emissionsfaktor für SO₂, hat für die Emission von NO_x nur eine mittelmäßige bis ge-

ringe Bedeutung. Höchstes Gewicht kommt dagegen bei den Stickoxiden den kraftfahrzeugspezifischen Abgasen zu, die ihrerseits bezüglich Schwefeldioxid kaum von Belang sind. Hier wie da emissionsträchtig ist lediglich Steinkohle. Von den anderen Brennstoffen geht nur eine relativ geringe NO_x -Belastung aus. Festzuhalten ist, daß beim Kraftwerksbetrieb für die einzelnen Energieträger mit doppelt so hohen spezifischen Stickoxidemissionen zu rechnen ist, als im Durchschnitt der Industrie.

Höhere Stickoxidbelastung im wesentlichen durch erhöhtes Verkehrsaufkommen

Für die Beurteilung der Luftbelastung ist somit weniger von Bedeutung, wie sich der gesamte Energieverbrauch entwickelt. Entscheidend ist vielmehr, wie sich der Verbrauch von Energieträgern, deren Verbrennung zu hohen Emissionen führt, verändert, d.h. in welchem Umfang diese eingespart bzw. durch weniger emissionsträchtige Brennstoffe ersetzt werden oder aber verstärkt zum Einsatz kommen.

Die Verminderung von SO_2 -Emissionen läßt sich im wesentlichen durch folgende Entwicklung erklären: Etwa die Hälfte der in der Zeit von 1973 bis 1982 erzielten Reduktion von Schwefeldioxid ergab sich durch die Einsparung von schwerem Heizöl durch Kraftwerke und die Industrie, nach 1979 auch von leichtem Heizöl bei der Quellengruppe Hausbrand. Auslöser war in beiden Fällen wohl die erhebliche Verteuerung dieses Energieträgers in den Jahren 1973 und 1979. Seit der Ölkrise des Jahres 1973 sind die Preise

Schaubild 2
Emission von Schwefeldioxid und Stickoxiden nach Emittentengruppen

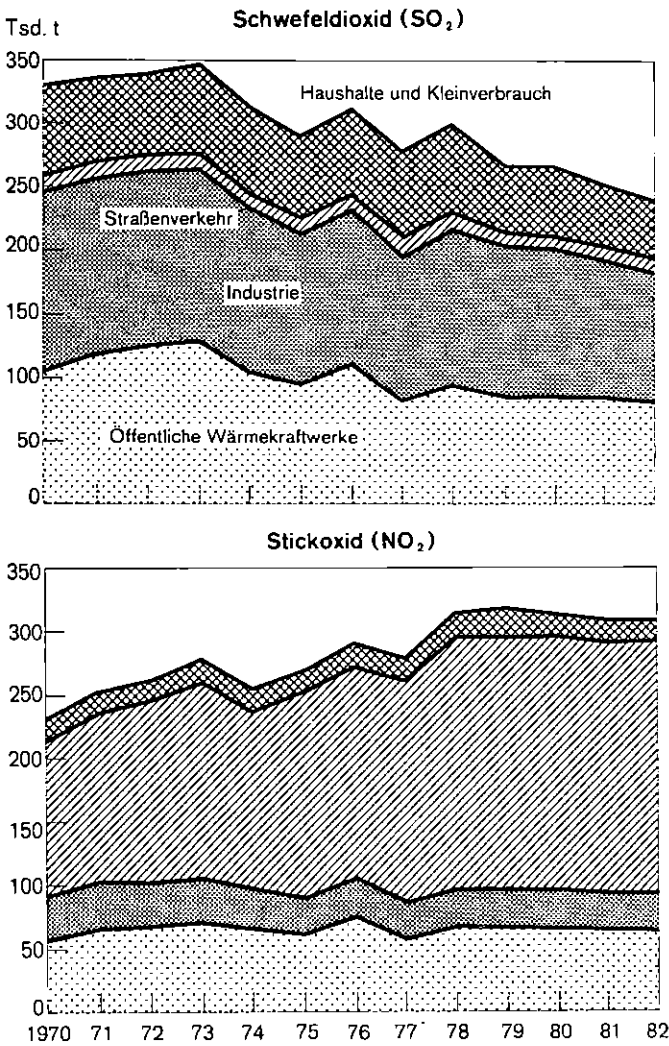


Schaubild 3
Verbrauch von Primärenergie

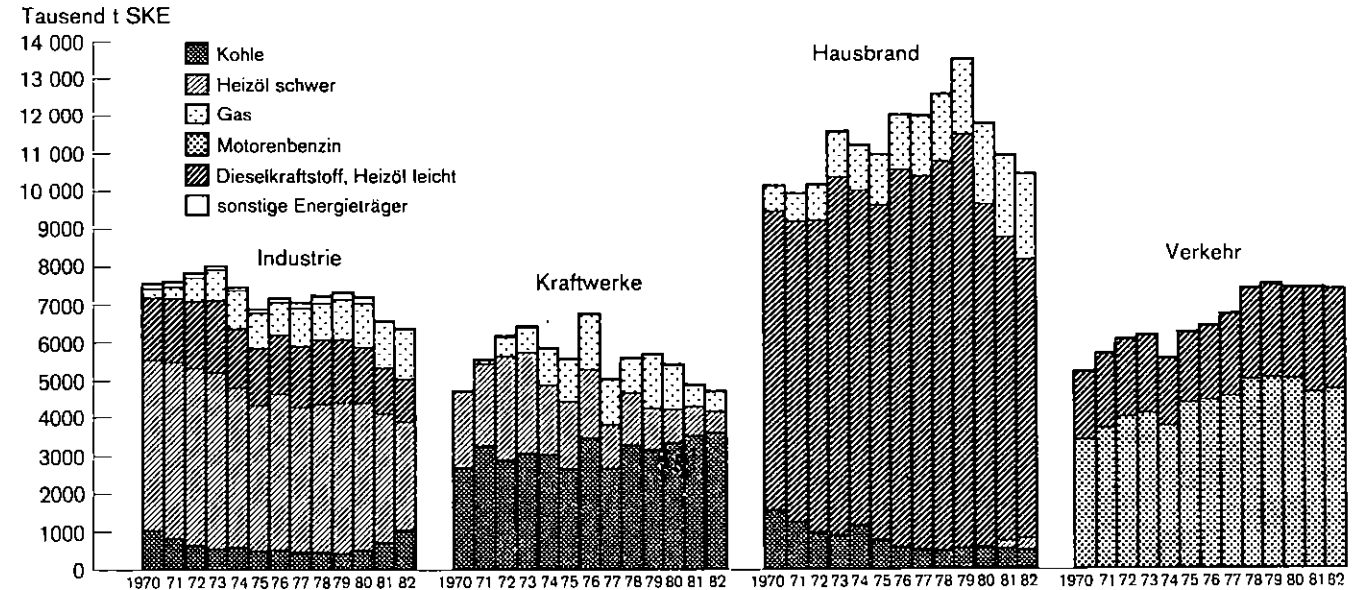


Tabelle 1

Emissionsfaktoren für Schwefeldioxid (SO₂) und für Stickoxide (berechnet als NO₂) nach Quellengruppen und Energieträgern

Quellengruppe	Art des Energieträgers	Emissionsfaktoren in kg SO ₂ /t SKE ermittelt ¹⁾		Emissionsfaktoren in kg NO ₂ /t SKE ermittelt ²⁾
		bis 1978	ab 1979	
Wärme Kraftwerke	Steinkohle	17,40 ³⁾	17,40 ³⁾	15,24
	Heizöl, schwer	26,76	26,76	7,03
	Erdgas	0,29	0,29	5,57
Anlagen der öffentlichen Entsorgung	Müll	12,94 ⁴⁾	12,94 ⁴⁾	4,41
	Klärschlamm (kommunal)	10,00 ⁵⁾	10,00 ⁵⁾	(4,00) ⁵⁾
Industrie	Steinkohle	26,18	26,18	7,33
	Heizöl, schwer	26,76	26,76	4,98
	Heizöl, leicht	6,18	4,12	2,93
	Erdgas	0,29	0,29	2,93
	Sulfit-Ablauge	51,00 ⁶⁾	51,00 ⁶⁾	0
	Altreifen	30,00 ⁷⁾	30,00 ⁷⁾	(5,00) ⁵⁾
	Klärschlamm (industriell)	20,00 ⁵⁾	20,00 ⁵⁾	(4,00) ⁵⁾
Haushalte und Kleinverbrauch	Steinkohle	14,71	14,71	2,93
	Heizöl, leicht	6,18 ⁶⁾	4,12	1,47
	Erdgas	0,01	0,01	1,47
	Heizöl, schwer	26,76	26,76	4,98
Verkehr	Diesel-Kraftstoff	6,00 ⁶⁾	4,00 ⁶⁾	24,61
	Motorenbenzin	0	0	22,85 bis 1972 24,91 bis 1974 26,21 bis 1977 27,54 ab 1978

Quellen: 1) Energie und Umwelt 1981, Hrsg.: Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (soweit a.n.g.)... 2) Luftreinhaltung 1981, Hrsg.: Umweltbundesamt... 3) Energiebedarf – Umwelt – Kraftwerksbetrieb, Hrsg.: Staatsministerium Baden-Württemberg... 4) Müll und Abfall Nr. 12/180, Hrsg.: E. Schmidt Verlag... 5) Eigene Schätzung... 6) Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid, Hrsg.: Umweltbundesamt 1980... 7) Müll- und Abfallbeseitigung, Kumpf, Maas, Straub.

für Mineralölprodukte um das Dreifache gestiegen. Die andere Hälfte der Verminderung von SO₂-Emissionen geht auf die bei Kraftwerken vollzogene Substitution von schwerem Heizöl durch Kohle oder Gas und auf die seit 1979 gesetzlich vorgeschriebene Verminderung des Schwefelgehalts von leichtem Heizöl und von Dieselkraftstoff zurück (Tabelle 2). Auch die beim Hausbrand festgestellte Verringerung von leichtem Heizöl zugunsten eines Anschlusses an die Gas- oder Fernwärmeversorgung ist hier anzuführen.⁴

Der Übergang in die 80er Jahre markiert bei allen Emittentengruppen einen Wendepunkt im Verbrauchsverhalten. Aufgrund der fortgesetzten Anhebung des Energiepreisniveaus war der wirtschaftliche Druck zur Optimierung des Brennstoffeinsatzes oder gar zur Einsparung von Energie erheblich gestiegen.

⁴ Die rechnerisch für den Zeitraum 1979–1982 ausgewiesene Zunahme von 7700 t SO₂ bei der Quellengruppe Hausbrand ist methodisch bedingt. Sie resultiert aus einer veränderten Zuordnung des Heizölverbrauchs bei der Aufstellung der Energiebilanz. Im wesentlichen verbirgt sich dahinter der Einsatz von Heizöl (s) bei öffentlichen Einrichtungen.

Dies führte allgemein zu einer Verringerung des Energieverbrauchs – und zwar bei allen Verbrauchsgruppen: Industrie und Kraftwerke forcierten den Anpassungsprozeß an die veränderten Bedingungen, die Gruppe Hausbrand reagierte erstmals nachhaltig, der Verbrauchsanstieg von Diesel und Motorenbenzin wurde gestoppt. Die Suche nach einem kostengünstigeren Ersatzbrennstoff verlor neben dieser Entwicklung an Bedeutung.

Die Verbrauchsentwicklung der letzten drei Jahre schlug indessen – obgleich sie wesentlich stärker war – auf die Emissionsentwicklung von SO₂ weniger durch als in den 70er Jahren (Tabelle 2): Die Anpassung bei Kraftwerken bezog sich vor allem auf das emissionsarme Erdgas und wegen des geringen Emissionsfaktors von leichtem Heizöl wirkte sich auch der mengenmäßig beachtliche Verbrauchsrückgang beim Hausbrand nicht in entsprechend starkem Umfang aus. Lediglich bei der Industrie war der Entlastungseffekt in den letzten Jahren höher (Schaubild 3).

Der Anstieg von Stickoxiden in der Zeit von 1973 bis 1979 erklärt sich fast ausschließlich durch das in den 70er Jahren stark wach-

Tabelle 2

Veränderung der Emission von Schwefeldioxid (SO₂) zwischen 1973 und 1982

Emittentengruppe	Zeitraum	Netto- veränderung	Zunahme durch Mehrver- brauch an Primärenergie	Brutto ¹⁾ reduktion	Davon durch ...		
					Einsparungs- maßnahmen	Verwendung schwefelärmerer Brennstoffe (Substitutions- effekt)	den verringerten Schwefelgehalt bei Heizöl EL
1000 t							
Wärme­kraftwerke ²⁾	1973 – 1979	– 40,6	+ 0,6	– 41,2	– 20,1	– 21,1	–
	1979 – 1982	– 6,3	–	– 6,3	– 2,0	– 4,3	–
Industrie	1973 – 1979	– 18,7	+ 5,5	– 24,3	– 19,8	– 1,0	– 3,5
	1979 – 1982	– 14,6	–	– 14,6	– 13,4	– 1,2	–
Haushalte und Klein- verbraucher	1973 – 1979	– 18,0	+ 11,5	– 29,5	–	– 7,0	– 22,5
	1979 – 1982	– 6,6	+ 7,7	– 14,3	– 12,6	– 1,7	–
Straßenverkehr	1973 – 1979	– 2,5	+ 2,5	– 5,0	–	–	– 5,0
	1979 – 1982	+ 0,8	+ 0,8	–	–	–	...
Insgesamt	1973 – 1979	– 79,8	+ 20,1	– 100,0	– 39,9	– 29,1	– 31,0
	1979 – 1982	– 26,7	+ 8,5	– 35,2	– 28,0	– 7,2	–

1) Gesamtheit der Verringerung von SO₂-Emissionen durch emissionswirksame Maßnahmen. – 2) Einschließlich Anlagen der öffentlichen Entsorgung.

sende Verkehrsaufkommen und den dadurch bewirkten Mehrverbrauch von Motorenbenzin und Dieselkraftstoff. Die verbrauchsbedingte Entwicklung wurde zusätzlich noch verstärkt durch eine Erhöhung der spezifischen NO_x-Emissionen für Motorenbenzin (Tabelle 1).

Die seit 1979 zu beobachtende Verminderung auch der Stickoxide ist das Resultat der Einsparungsmaßnahmen in allen Bereichen. Beim Straßenverkehr kam flankierend eine leichte Tendenz zu den emissionsärmeren Dieselfahrzeugen hinzu. Die Verminderung von NO_x-Emissionen hätte allerdings deutlicher ausfallen können, wäre die durchaus beachtliche, verbrauchsbedingte Abnahme durch die bei Kraftwerken und der Industrie eingeleitete Substitution von schwerem Heizöl durch Kohle nicht wieder abgeschwächt worden (Tabelle 3).

Mehr Stickoxide als Nebeneffekt energiewirtschaftlicher Anpassung

Dieser unerwünschte Trend weist auf eine Kehrseite der möglicherweise zu starken Fixierung auf die energiewirtschaftlichen Aspekte des Brennstoffeinsatzes hin. Der mit Blick auf die Verringerung des teuren und importabhängigen Heizöls erwünschte Einsatz von Steinkohle verursacht wegen des bezüglich Stickoxid ungünstigeren Emissionsverhaltens von Kohle als unerwünschten Neben-

effekt die verstärkte Freisetzung von Stickoxiden. Besonders kraß zeigt sich dieses Mißverhältnis bei der Zementindustrie. Dort ist der Einsatz schwefelhaltiger Brennstoffe sogar aus produktionstechnischen Gründen notwendig. Da der Schwefel in den Produkten gebunden wird, ergibt sich ein unerwünschter Nebeneffekt hinsichtlich der Freisetzung von SO₂, nicht. Dem wirtschaftlichen Vorteil, der sich aus dem Übergang zur kostengünstigeren Kohle für die Zementwerke ergibt, steht allerdings wegen der im Vergleich zu Heizöl(s) höheren NO_x-Emissionen eine erhöhte Luftbelastung gegenüber.

Ähnlich negative Nebeneffekte haben die Emission von Stickoxiden beim Straßenverkehr begünstigt. Auch aus der Sicht der Luftreinhaltung nach damaligem Kenntnisstand begrüßte oder gar geforderte Maßnahmen wie die Konstruktion höherverdichteter und damit verbrauchsgünstigerer Motoren oder die Herabsetzung der Abgaswerte für Kohlenmonoxid haben nicht unwesentlich zum Anstieg der NO_x-Emissionen beigetragen.⁵

⁵ Die bei der Verbrennung von Motorenbenzin erzeugten Schadstoffe folgen bestimmten Bildungsgesetzen, die gegenläufig sind. So erhält man bei etwa stöchiometrischem Kraftstoff-Luft-Verhältnis zwar günstige HC- und CO-Emissionen bei gleichzeitig niedrigstem Kraftstoffverbrauch, muß dabei aber ein Maximum an NO_x-Emissionen in Kauf nehmen. (Hubertus Christ in: "Zeitschrift für Umweltpolitik" 1/84.)

Tabelle 3

Veränderung der Emission von Stickoxiden (NO₂) zwischen 1973 und 1982

Emittenten- gruppe	Zeitraum	Netto- verän- derung	Zunahme durch ...			Brutto- ¹⁾ reduk- tion	Davon durch ...	
			Mehrver- brauch an Primär- energie	Verwendung von Energieträgern mit höheren spezifischen NO ₂ - Emissionen	Erhöhung der spezifischen NO ₂ -Emissionen für Benzin		Ein- sparungs- maß- nahmen	Verwendung von Energieträgern mit geringerer NO ₂ - Emission (Substitutions- effekt)
			1000 t					
Wärme- kraftwerke ²⁾	1973 – 1979	– 5,1	–	+ 0,6	–	– 5,7	– 4,5	– 1,2
	1979 – 1982	– 1,6	–	+ 3,7	–	– 5,3	– 5,3	–
Industrie	1973 – 1979	– 4,1	–	–	–	– 4,1	– 4,1	–
	1979 – 1982	– 1,9	–	+ 1,5	–	– 3,4	– 3,4	–
Haushalte und Kleinverbrauch	1973 – 1979	+ 2,5	+ 2,9	–	–	– 0,4	–	– 0,4
	1979 – 1982	– 3,6	(+ 1,4)	–	–	– 5,0	– 5,0	–
Straßenverkehr	1973 – 1979	+ 46,0	+ 32,7	–	+ 13,3	–	–	–
	1979 – 1982	– 2,5	–	–	–	– 2,5	– 1,7	– 0,8
Insgesamt	1973 – 1979	+ 39,3	+ 35,6	+ 0,6	+ 13,3	– 10,2	– 8,6	– 1,6
	1979 – 1982	– 9,6	(+ 1,4)	+ 5,2	–	– 16,2	– 15,4	– 0,8

1) Gesamtheit der Verringerung von NO₂-Emissionen durch emissionswirksame Maßnahmen. – 2) Einschließlich Anlagen der öffentlichen Entsorgung.

In Baden-Württemberg überdurchschnittlich hohe Stick-
oxidemissionen

Die wichtigste Erkenntnis des vorangegangenen Abschnitts besagt, daß sich die Gesamtemission von Schwefeldioxid und Stickoxiden im vergangenen Jahrzehnt nicht wesentlich geändert hat. Grundlegend geändert hat sich allerdings das Verhältnis der beiden Luftschadstoffe zueinander. Während noch zu Beginn der 70er Jahre der Anteil der Schwe-

feldoxidemission doppelt so hoch war wie der von Stickoxid, überwiegen neuerdings klar die Stickoxide.

Ein Vergleich mit dem Bundesgebiet macht die überdurchschnittlich hohen Stickoxid-Emissionen in Baden-Württemberg deutlich (Tabelle 4). Zwar steigt auch im Bundesgebiet der Anteil der Stickoxide an der gesamten Schwefeldioxid- und Stickoxid-Emission seit Jahren, aber schwächer als in Baden-

Tabelle 4

Anteile der Emittentengruppen an den Schwefeldioxid (SO₂) – und Stickoxid (NO₂) – Emissionen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Emittentengruppe	Schwefeldioxid-Emissionen								Stickoxid-Emissionen							
	Baden-Württemberg				Bundesgebiet				Baden-Württemberg				Bundesgebiet			
	1970	1974	1978	1982	1970	1974	1978	1982	1970	1974	1978	1982	1970	1974	1978	1982
%																
Wärme- kraftwerke	31,7	33,5	32,3	33,8	45,9	51,3	55,1	62,1	24,2	25,6	21,0	20,6	26,5	30,0	27,8	27,7
Industrie	43,4	40,6	39,8	42,5	32,3	30,0	27,8	25,2	15,5	12,9	9,8	9,5	25,5	21,0	16,7	14,0
Verkehr	3,3	3,4	4,9	4,6	3,2	3,4	3,7	3,4	52,9	54,3	63,0	64,3	42,0	44,0	51,0	54,6
Haushalte und Kleinverbraucher	21,6	22,4	23,0	19,1	18,6	15,3	13,4	9,3	7,4	7,1	6,1	5,6	6,0	5,0	4,5	3,7
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Emissionen insgesamt in 1000 t/a	329,4	314,3	299,9	239,8	3600	3600	3400	3000	231,4	255,2	314,1	308,0	2400	2700	3100	3100

Württemberg und liegt für das Jahr 1982 mit einem Anteil von 50 % um einige Prozentpunkte niedriger als im Südwesten (56 %). Während sich also im Bundesgebiet die Emissionen von SO_2 und NO_x derzeit mengenmäßig in etwa entsprechen, werden in Baden-Württemberg deutlich größere Mengen an Stickoxiden freigesetzt als an Schwefeldioxid.

Für die öffentliche Diskussion der Luftverunreinigungen und der damit zusammenhängenden Probleme ist es wichtig darauf hinzuweisen, daß die Emissionsverhältnisse im gesamten Bundesgebiet nicht ohne weiteres auf Baden-Württemberg übertragen werden können. Hierfür ist das Gewicht der zur Feuerung eingesetzten Energieträger und auch der einzelnen Emittentengruppen zu verschiedenen (Tabelle 4 und Schaubild 4). Im Südwesten haben die Emissionen aus konventionellen Kraftwerken einen wesentlich geringeren Anteil als im übrigen Bundesgebiet, während der Anteil der kraftfahrzeugspezifischen Abgase überdurchschnittlich ist.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel Schwefeldioxid. Während die SO_2 -Emissionen aus Wärmekraftwerken seit Jahren konstant ein Drittel der gesamten Emission von Schwefeldioxid in Baden-Württemberg ausmachen, hat sich ihr Anteil im gesamten Bundesgebiet ständig erhöht und liegt derzeit fast doppelt so hoch wie hierzulande. Dies ist ausschließlich damit zu erklären, daß in Baden-Württemberg Kraftwerke auf fossiler Brennstoffbasis für die Energieversorgung eine geringere Rolle spielen als im Durchschnitt der übrigen Bundesländer.

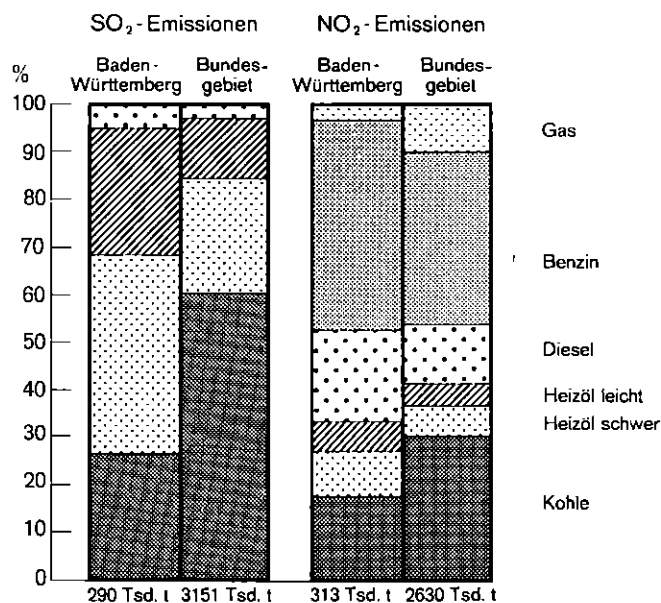
Hinzu kommt, daß die hier verwendete Steinkohle aufgrund der Revierferne und der dadurch entstehenden Transportkosten höherwertig ist und deshalb einen geringeren Schwefelgehalt aufweist als in Verbrauchsregionen, die näher bei den Fördergebieten liegen.

Dem geringeren Gewicht der Kraftwerke steht in Baden-Württemberg ein entsprechend stärkeres Gewicht der anderen Emittentengruppen gegenüber. Emissionsstärkste Gruppe ist hier mit 42,5 % der Gesamtemissionen die Industrie und auch der Hausbrand hat mit 19 % einen größeren Anteil am Auswurf von SO_2 als im gesamten Bundesgebiet. Das Verhältnis der letztgenannten Emittentengruppen zueinander ist aber hinsichtlich der Emission von Schwefeldioxid nicht wesentlich anders als im Bundesgebiet.

Die herausragende Bedeutung des Straßenverkehrs für die hiesigen Luftverhältnisse zeigt sich bei der Emission von Stickstoffoxiden. Mit knapp zwei Drittel der jährlichen Gesamtemission von NO_x liegt der Anteil der

Schaubild 4

Anteile der Energieträger an den Schwefeldioxid (SO_2)- und Stickoxid (NO_2)-Emissionen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1978



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

192 84

emissionsstärksten Emittentengruppe hier noch um zehn Prozentpunkte höher als im übrigen Bundesgebiet. Dies liegt generell an der höheren Verkehrsdichte, speziell im Bereich des Güterverkehrs, der bevorzugt mit Dieselfahrzeugen abgewickelt wird. Die geringeren Anteile der anderen Emittentengruppen ergeben sich im wesentlichen als Resultante. Bei Industrie und Kraftwerken wirkt sich in Baden-Württemberg emissionsverringend der geringere Kohleanteil aus.

Im Nordschwarzwald höchste Zunahme der Stickoxid-Emission

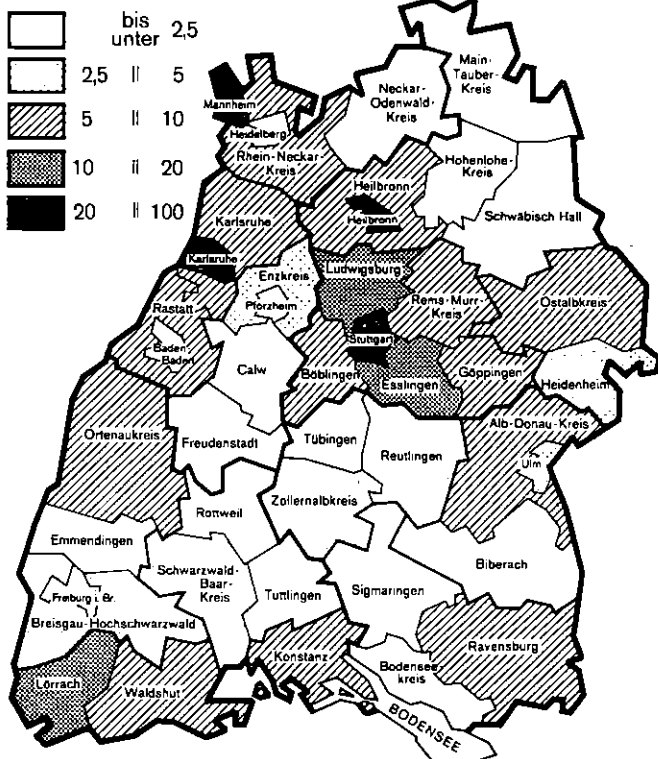
Die Emissionsdichte in den einzelnen Landesteilen wird im wesentlichen bestimmt durch wenige Kraftwerke sowie eine überschaubare Anzahl von Betrieben der Zellstoffindustrie, der Mineralölverarbeitung und der Chemischen Industrie. Schaubild 5 zeigt die regionale Verteilung der SO_2 -Emissionen. Sie treten konzentriert in den Stadtkreisen (Ausnahme: Baden-Baden), am mittleren und unteren Neckar, am mittleren Oberrhein und im Raum Lörrach auf. Daran hat sich trotz der oben beschriebenen Verschiebungen der Emissionsstruktur in den letzten 10 Jahren im Grunde nichts geändert. Die insgesamt eingetretene Verringerung der Emissionen ist beim Vergleich der Jahre 1973 und 1982 jedoch - dargestellt durch eine merkliche Aufhellung - deutlich zu sehen. Hiervon waren alle Kreise begünstigt.

Schaubild 5

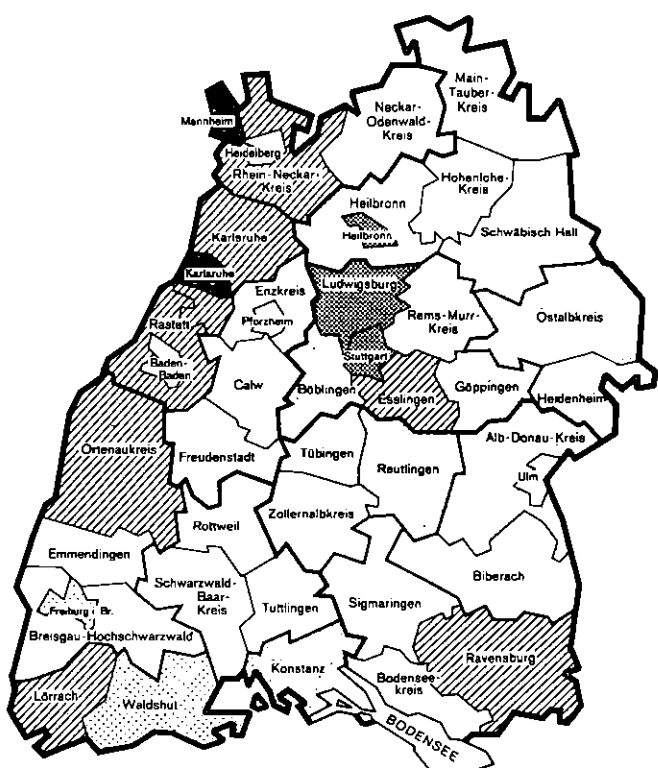
Emission von Schwefeldioxid in den Stadt- und Landkreisen

t SO₂ / km²

1973



1982



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

195 84

Die größten Entlastungen ergaben sich für die Gebiete, die am meisten belastet sind: für die Region Mittlerer Neckar mit ihren Kraftwerkstandorten Stuttgart, Esslingen und Ludwigsburg sowie für Heilbronn, mit Abstand gefolgt von den Kraftwerksstandorten Mannheim und Karlsruhe sowie in den Landkreisen Waldshut, Lörrach, Rastatt, Karlsruhe und dem Rhein-Neckar-Kreis, wo Industriebetriebe ihre SO₂-Emissionen stärker reduziert haben und der Hausbrand in größerem Maß auf Gas oder Fernwärme umgestellt wurde. In den letzten Jahren haben sich die Schwerpunkte der Emissionsentlastung deutlich verlagert. Während in den 70er Jahren vor allem die Ballungsgebiete entlastet wurden, geht der Schadstoffausstoß seither vor allem in industriearmen Regionen zurück; dort herrschen Hausbrandemissionen vor, die, wie oben dargelegt, (erst) in den letzten Jahren verstärkt zur Emissionsentlastung beigetragen haben. Darin liegt der Grund, daß in den meisten Kreisen die jährliche Reduktion von Schwefeldioxid in den letzten Jahren über den entsprechenden Ergebnissen in den 70er Jahren lag. Es fällt allerdings auf, daß die bis dahin günstige Entwicklung in Freiburg sowie in Ulm und Pforzheim sich in den 80er Jahren nicht weiter fortgesetzt oder sogar wieder verschlechtert hat.

Die Entwicklung der Stickoxidemissionen in der Zeit von 1973 bis 1982 brachte durch den beherrschenden Einfluß der kraftfahrzeugspezifischen Abgase nach den Höchstwerten im Jahr 1979 in fast allen Landesteilen wieder leichte Abnahmen. Eine Ausnahme bildet die Region Franken, die nach der Umstellung im Kraftwerk Heilbronn von Kohle auf Heizöl (s) und Gas schon in den 70er Jahren eine nachhaltige Entlastung auch von NO_x meldete. Die mittelfristig deutliche Zunahme der Stickoxidbelastung im Land wird dadurch aber nur marginal berührt. Sie kommt in Schaubild 5 als Abdunkelung sichtbar zum Ausdruck. Besonders stark hat in den letzten 10 Jahren die Belastung durch NO_x in den Regionen Unterer Neckar, Südlicher Oberrhein, Neckar-Alb und vor allem im Nordschwarzwald zugenommen. In diesen Gebieten hat sich die Emissionsdichte (t NO_x/km²), die landesweit um 10 % gestiegen ist, doppelt bis dreimal so stark erhöht wie im Landesdurchschnitt.

Für die Region Nordschwarzwald deren Waldbestände vor allem in den Kreisen Calw und Freudenstadt stark geschädigt sind, kommt hinzu, daß sie von belasteten Gebieten umgeben ist. Schaubild 6 zeigt den Nordschwarzwald flankiert von den herausragend stark mit Stickoxidemissionen belasteten Gebieten Mittlerer Neckar und Mittlerer Oberrhein im Norden und nach Süden hin

von den Regionen Südlicher Oberrhein und Neckar-Alb. Lediglich an der Südflanke grenzt mit der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ein schwächer belastetes Gebiet an. Es ist nicht auszuschließen, daß die von diesen Gebieten ausgehenden Emissionen je nach Windrichtung via Lufttransport auch in den höher gelegenen Teilen des Nordschwarzwaldes als Immissionen wirksam werden.

Zur Aussagekraft von Emissionsschätzungen

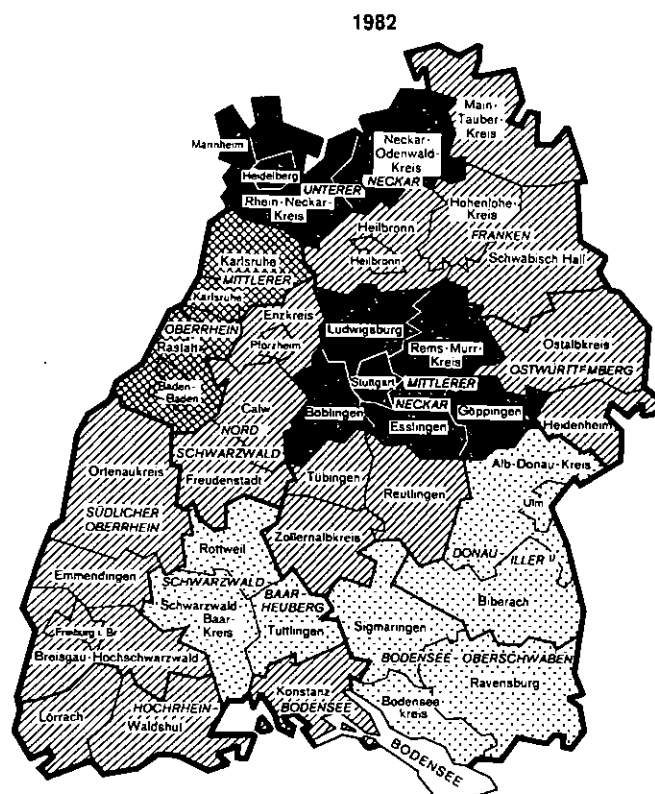
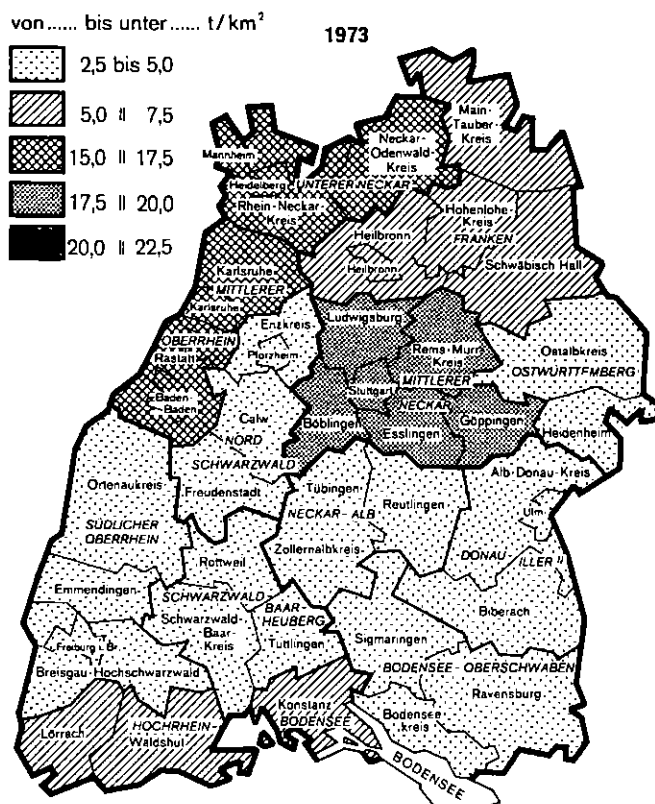
Die vertiefte Betrachtung macht einen Exkurs über methodische Fragen der Emissions-schätzung notwendig. Die regionale Zuordnung der für den Verkehr berechneten Stickoxidemissionen beruht auf einem Analogieschluß. Es ist bekannt, daß sich die Fahrzeughalter in der Regel im Umkreis von 50 km von ihrem Wohnort bewegen. Ein kleiner, sehr fahraktiver Personenkreis weicht von diesem Grundverhaltensmuster – allerdings deutlich – ab. Unterstellt man, daß sich Export und Import von Stickoxiden durch Überschreiten der Regionsgrenze im wesentlichen ausgleichen, dann ist es möglich, die regionale Verteilung der Emissionsbelastung statt anhand der gefahrenen Kilometer nach dem Standort der zugelassenen Fahrzeuge in ihrer Größenordnung abzuschätzen.

Diese Emissionsermittlung ist insgesamt wohl akzeptabel und stellt von der Datenlage her im übrigen das einzig mögliche Vorgehen dar. Speziell im Fall des Nordschwarzwalds sind jedoch noch weitere statistische Zusammenhänge zu berücksichtigen. Diese Region ist im Norden, Westen und Osten mehr oder weniger stark durch Bundesautobahnen tangiert. Wenn man den Lufttransport von Kraftfahrzeugabgasen über Kilometer hinweg als gegeben annimmt, dann muß sich das immer stärkere Verkehrsaufkommen gerade auf den Teilabschnitten Stuttgart-Karlsruhe und Karlsruhe-Offenburg und auch die Eröffnung der Autobahn Stuttgart-Singen bei entsprechender Windrichtung tendenziell in einer verstärkten Luftbelastung des Nordschwarzwaldes ausgewirkt haben. In diesem Zusammenhang scheint von Bedeutung, daß sich die Gesamtfahrleistungen des Kraftfahrzeugverkehrs in den 70er Jahren kontinuierlich zunehmend auf Autobahnen verlagert hat.

Die o.g. Autobahnabschnitte sind insofern von dieser Entwicklung besonders betroffen, als über sie ein wesentlicher Teil des Nord-Süd-Fernverkehrs rollt. Die Luftverhältnisse in der Region Nordschwarzwald werden neben ortsfesten Quellen sowohl durch das sie durchlaufende Autobahnteilstück Heimsheim-Karlsbad als auch über Luftimport durch den Verkehr auf den Autobahnen Karlsruhe-Basel

Schaubild 6

Emissionsdichte von Stickoxid (NO_2) in den Regionen



|| Sauer Land Baden-Württemberg

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

193 84

und Stuttgart-Singen beeinflusst. Das Verkehrsaufkommen auf diesen Strecken hat sich in den letzten zehn Jahren mindestens verdoppelt.⁶ Aufgrund dieser Überlegungen kann man davon ausgehen, daß die tatsächliche Belastung der Luft durch NO_x im Fall des Nordschwarzwaldes nicht unerheblich über den aus der Modellrechnung gewonnenen Belastungswerten liegt.

Entwicklung der SO₂-Immissionsbelastung uneinheitlich – Tendenz leicht fallend

Die oben dargestellten Überlegungen gingen bereits von der Erkenntnis aus, daß zur Beurteilung der ökologischen Wirkungen des Energieverbrauchs die tatsächlichen Immissionsverhältnisse heranzuziehen sind. Für die Höhe der Emissionsbelastung sind nämlich neben den Emissionsraten im Referenzgebiet auch die Ausbreitungsverhältnisse in der Atmosphäre bestimmend, die jahreszeitlich zum Teil erheblichen Schwankungen unterliegen. Dies gilt in erster Linie für Schwefeldioxid, das im Winter wegen der heizungsbedingt erhöhten Emissionen und wegen der schlechteren Ausbreitungsbedingungen in deutlich höheren Konzentrationen auftritt.

Besonders hohe Werte wurden im Januar 1982 gemessen, als während eines Zeitraums von 2 Wochen bei Temperaturen von durchweg unter 0° C erhöhte Emissionen aus Heizungs-

6 Derzeit wird bereits ein Viertel des Straßenverkehrs im Bundesgebiet über Autobahnen abgewickelt. Die Bundesanstalt für Straßenwesen führt dies auf die Erweiterung des Streckennetzes und auf die Zunahme der täglichen Verkehrsstärke zurück. (Siehe Schriftenreihe Verkehrszählungen, Heft 27/1983, Hrsg. Bundesanstalt für Straßenwesen, Bergisch-Gladbach).

anlagen mit einer austauschbaren Großwetterlage zeitlich zusammentrafen. Über das automatische Vielkomponenten-Immissionsmeßnetz, das überwiegend der Dauerüberwachung von Ballungsräumen dient, wurden in diesem Winterhalbjahr Immissionskonzentrationen gemessen, die deutlich über diesen anderer Winterhalbjahre lagen. Von diesem Sondereinfluß abgesehen, zeichnet sich für das gesamte Referenzgebiet des Meßstellennetzes eine sehr uneinheitliche, insgesamt aber fallende Tendenz ab. Der stärkste Rückgang ergab sich in Mannheim, wo sich Anfang der 80er Jahre die durchschnittliche Immissionsbelastung bei einem Wert von 0,065 mg/cbm innerhalb von 10 Jahren um etwa 35 % zurückgegangen ist. In Karlsruhe und Stuttgart ist dagegen eine solche Tendenz nicht klar erkennbar (Tabelle 5). Die im Jahre 1982 für KA, MA und S ermittelten Gebietsmittelwerte₃ lagen mit 0,063 u. 0,063 bzw. 0,053 mg/m³ insgesamt jedoch₃ deutlich unter dem Grenzwert von 0,14 mg/m³.

Die aus den Jahreswerten der Schwefeldioxid-Immissionskonzentrationsmessungen für einzelne Meßstellen gebildeten Zeitreihen überraschen insofern, als darin die seit der Ölkrise im Jahr 1973 registrierte Verminderung von SO₂-Emissionen um immerhin 30 % in Baden-Württemberg nur bedingt zum Ausdruck kommt. Neben den witterungsbedingten Einflüssen und der Vorbelastung der Luft durch Import von Schwefeldioxid aus fernen Belastungsgebieten läßt sich dies insbesondere durch Unterschiede in der lokalen Emissionsstruktur im Umfeld der Meßstelle erklären.

In den letzten Jahren wurden in bestimmtem Umfang auch flächendeckende Immissions-Pegelmeßprogramme durchgeführt. Die vorlie-

Tabelle 5

Entwicklung von SO₂-Emissionen und Immissionen in ausgewählten Stadt- und Landkreisen

Stadtkreis Stuttgart

Jahr	Emissionsdichte durch ...			Immissionen (Dauerbelastung)	
	Hausbrand	Industrie	Kraft- (und Heiz-) werke	Marktplatz	Stafflen- bergstraße
	t SO ₂ / km ²			mg / m ³	
1973	19,8	20,8	82,1		
1975	23,0	16,7	69,8	0,06	0,05
1976	18,6	17,2	63,0	0,06	0,05
1977	17,7	17,6	43,3	0,05	0,05
1978	17,8	17,0	48,7	0,06	0,05
1979	13,0	15,5	45,4	0,05	0,04
1980	10,6	13,5	36,2	0,05	0,04
1981	11,1	12,9	30,2	0,07	0,06
1982	12,1	12,6	28,1	0,09	0,07

Landkreis Ludwigsburg

Jahr	Emissionsdichte durch ...			Immissionen (Dauerbelastung)
	Hausbrand	Industrie	Kraft- (und Heiz-) werke	Hoheneck
	t SO ₂ / km ²			mg / m ³
1973	4,8	5,4	16,7	
1975	4,4	4,3	14,2	0,06
1976	4,8	4,4	16,6	0,06
1977	4,8	4,6	11,8	0,05
1978	4,7	4,6	15,1	0,05
1979	3,6	4,2	13,5	0,05
1980	3,2	3,9	11,5	0,04
1981	3,2	3,4	8,8	0,03
1982	3,2	3,4	11,5	0,04

Stadtkreis Karlsruhe

Jahr	Emissionsdichte durch ...			Immissionen (Dauerbelastung)	
	Hausbrand	Industrie	Kraft- (und Heiz-) werke	Mitte	West
	t SO ₂ / km ²			mg / m ³	
1973	11,0	65,9	161,3	0,07	
1975	12,6	91,3	127,4	0,05	0,08
1976	11,2	79,4	126,8	0,06	0,04
1977	10,6	73,5	94,3	0,07	
1978	10,7	77,6	112,4		0,08
1979	8,1	85,9	81,5	0,06	0,06
1980	6,9	94,0	94,8	0,05	0,06
1981	6,9	95,9	87,4	0,06	0,07
1982	7,5	98,7	86,0	0,06	0,08

Landkreis Karlsruhe

Jahr	Emissionsdichte durch ...			Immissionen (Dauerbelastung)
	Hausbrand	Industrie	Kraft- (und Heiz-) werke	Eggenstein
	t SO ₂ / km ²			mg / m ³
1973	2,7	4,1	—	
1975	2,4	4,1	—	0,06
1976	2,6	4,5	—	0,06
1977	2,7	4,4	—	0,08
1978	2,8	4,3	—	
1979	2,0	3,1	—	0,07
1980	1,8	3,0	—	0,06
1981	1,8	2,9	—	0,08
1982	1,8	2,9	—	0,05

Stadtkreis Mannheim

Jahr	Emissionsdichte durch ...			Immissionen (Dauerbelastung)		
	Hausbrand	Industrie	Kraft- (und Heiz-) werke	Nord	Mitte	Süd
	t SO ₂ / km ²			mg / m ³		
1973	13,8	141,4	253,8	0,09	0,11	0,11
1975	17,3	136,5	168,2	0,06	0,06	0,05
1976	13,0	137,0	255,1	0,05	0,06	0,07
1977	10,4	96,7	189,1			
1978	10,6	126,7	219,9	0,08	0,08	0,10
1979	9,0	122,8	225,5	0,09	0,08	0,12
1980	8,3	116,6	225,5	0,07	0,06	0,11
1981	7,8	112,7	250,1	0,07	0,06	0,07
1982	8,3	110,8	233,6	0,07	0,06	0,06

Stadtkreis Freiburg

Jahr	Emissionsdichte durch ...			Immissionen (Dauerbelastung)
	Hausbrand	Industrie	Kraft- (und Heiz-) werke	Wetteramt
	t SO ₂ / km ²			mg / m ³
1973	9,2	17,0	4,6	
1975	8,6	15,6	4,7	0,05
1976	9,0	14,7	4,1	0,06
1977	8,0	14,8	4,0	0,04
1978	8,1	15,5	4,8	0,05
1979	5,9	15,7	4,6	0,04
1980	5,2	14,4	4,6	0,05
1981	5,3	15,3	4,1	0,04
1982	5,2	15,6	3,7	

genden Ergebnisse sind in ihrer regionalen Verteilung den von der Emissionsschätzung her bekannten Ergebnissen durchaus vergleichbar (Schaubild 5). Es zeigt sich, daß entsprechend der Emissionen die Immissionsbelastung in den Großstädten Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe und Heilbronn am höchsten und auch entlang des mittleren Neckars überdurchschnittlich stark ist.

Weiträumige Luftbelastung durch Stickoxide angestiegen

Die Belastung der Luft durch Stickoxide wird üblicherweise durch die Konzentration von Stickstoffdioxid (NO₂) dargestellt. Stickoxide werden zum großen Teil in Form von Stickstoffmonoxid (NO) emittiert. Dieses Gas wird jedoch in der Atmosphäre nach und nach in NO₂ umgewandelt und tritt fernab

der Emissionsquelle kaum noch auf. Für Stickoxide liegt bisher nur für die Station Schauinsland eine längere Zeitreihe vor (Tabelle 6). Sie bestätigt den von der Emissionsseite her bekannten steigenden Trend, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau. Die vom Umweltbundesamt auf dem Schauinsland in einer Höhe von 1200 m über dem Meeresspiegel gewonnenen Meßwerte sind im wesentlichen von lokalen Emissionen unbeeinflusst. Dieser Hintergrundpegel vermittelt insofern wertvolle Informationen über die Vorbelastung der Luft, d. h. den Ferntransport von Luftschadstoffen. Aus den seit 1967 für diese Meßstelle vorliegenden Werten für die Immissionskonzentration von Stickoxiden ergibt sich eindeutig ein Anstieg des NO₂-Hintergrundpegels, woraus geschlossen werden kann, daß die weiträumige Luftbelastung durch Stickoxide in den 70er Jahren signifikant angestiegen ist.

Die Ergebnisse der Immissions-Pegelmessungen zeigen, daß die Belastung im mittleren Neckarraum deutlich höher ist als in den anderen Ländesteilen. Sie ist in Stuttgart mit seinem hohen Verkehrsaufkommen am höchsten. Dies entspricht im wesentlichen auch der im Schaubild 6 dargestellten Emissionsdichte, die sich ihrerseits von der jeweiligen Emissionsstruktur, insbesondere den Unterschieden im Verkehrsaufkommen ableiten läßt. Die im Vergleich zur Emissionsdichte niedrigen Stickoxid-Immissionen am unteren Neckar und mittleren Oberrhein lassen sich auf die dort relativ günstigen Ausbreitungsbedingungen der Luft zurückführen, die für einen raschen Abtransport der Schadstoffe sorgen.

Tatsächliche Immissionsverhältnisse wichtig

In diesem Beitrag wurde im wesentlichen versucht, ausgehend vom Verbrauch fossiler Brennstoffe und unter Berücksichtigung durchschnittlicher Emissionsfaktoren generelle Aussagen über die Tendenzen der Luftbelastung abzuleiten. Diese Aussagen beruhen auf (fundierten) Schätzungen; dies ist jedoch der einzige Weg, den Beitrag der verschiedenen Emittentengruppen zur Luftbelastung und auch das regionale Gefälle der Emissionen zu ermitteln. Der Zeitpunkt für die Berechnungen war insofern günstig als bezüglich Schwefeldioxid und Stickoxiden, den Luftschadstoffen also die am weitesten verbreitet sind, bisher noch keine wirksamen Rückhaltemaßnahmen praktiziert wurden. Die bisherige Emissionsentwicklung läßt erkennen, daß die Möglichkeiten, das Emissionsniveau ohne technologische Maßnahmen (Rauchgasentschwefelung, Wirbelschichtfeuerung, Entstickungsanlagen) entscheidend zu senken, selbst bei günstigen Annahmen über künftige Einsparungsmaßnahmen, begrenzt sind.

Weitergehende Aussagen, z.B. inwiefern durch die bisherige Emissionsentwicklung das Waldsterben begünstigt oder vielleicht verzögert worden ist, sind daraus nur bedingt abzuleiten. Zwar ist die pflanzenschädliche Wirkung des Zusammenwirkens von SO_2 und von NO_x bekannt und es verdichten sich auch die Erkenntnisse über die Schädigung ihrer Umwandlungsprodukte, aber es ist nicht auszuschließen, daß andere in diesem Zusammenhang bisher weniger beachtete Stoffe ebenfalls einen maßgeblichen Anteil an der Schädigung der Waldbestände haben. Insbesondere über die Kombinationswirkungen ist bisher vergleichsweise wenig bekannt.

Hinzu kommt, daß die Waldschadensgebiete weitab von ausgesprochenen Industriegebiete

Tabelle 6

NO_2 -Konzentrationen auf dem Schauinsland

Jahr	Jahresmittelwerte in mg/m^3
1967	3,1
1968	2,7
1969	3,7
1970	3,3
1971	3,8
1972	3,7
1973	4,5
1974	4,1
1975	4,5
1976	4,8
1977	4,2
1978	4,8
1979	4,9
1980	4,8
1981	5,0
1982	4,0

ten liegen. Damit angesprochen ist die entscheidende Rolle umweltgeologischer Größen und des Ferntransports von Schadstoffen über hunderte von Kilometern. Über die regionale Herkunft der Immissionen gibt es vorerst nur sehr grobe Informationen.

Umso wichtiger ist eine möglichst flächendeckende Kenntnis der tatsächlichen Immissionsverhältnisse. Die entsprechenden Meßprogramme der Landesanstalt für Umweltschutz können jedoch aus Kosten- und Personalgründen nur schwerpunktmäßig angelegt werden. Die bisher vorliegenden Ergebnisse bestätigen aber in der Tendenz die Ergebnisse der Emissionsschätzung. Sie zeigen überdies, daß sinkende SO_2 -Emissionen nicht überall in gleichem Umfang zu einer Verminderung der Immissionsbelastung führten.

Zusammenfassung

- Die Emission von Luftschadstoffen dürfte Ende der 70er Jahre ihren Höhepunkt erreicht oder bereits überschritten haben. Diese Einschätzung orientiert sich maßgeblich an der Entwicklung der Stickoxidemissionen, die bis zu diesem Zeitpunkt an Intensität gewonnen hatten und seitdem wieder geringfügig zurückgehen. Die Emissionen anderer Schadstoffe, vor allem von Staub, gehen schon länger zurück. Das wegen seiner weiträumigen Verteilung meistuntersuchte Schwefeldioxid hatte bei

einem Ausstoß von 346 000 Tonnen bereits 1973 sein Maximum erreicht und lag im Jahr 1982 bereits um 30 % niedriger.

- Der rückläufige Trend der SO_2 -Emissionen erklärt sich im wesentlichen durch Verschiebungen der Marktstruktur im Nachgang zur Ölkrise im Jahr 1973 und - offensichtlich nachhaltiger - nach der Teuerungswelle des Jahres 1979. Die Verteuerung der Mineralölprodukte um rund 300 % in nur zehn Jahren hat die Abkehr vom emissionsträchtigen Heizöl in Gang gesetzt und beschleunigt. Darüberhinaus hat sie einen sparsameren Umgang mit Energie begünstigt und die Entwicklung energiesparender Anlagen gefördert.
- Die Reduktion von Schwefeldioxid in der Zeit von 1973 bis 1982 ergab sich zur Hälfte durch Substitutionsprozesse bei Kraftwerken und Haushalten sowie durch Verminderung des Schwefelgehalts von leichtem Heizöl. Diese Entwicklung war größtenteils in den 70er Jahren abgeschlossen. Zur anderen Hälfte resultiert die Verminderung von SO_2 aus der Einsparung von schwerem Heizöl durch Kraftwerke und Industriebetriebe, nach 1979 auch von leichtem Heizöl durch die Quellgruppe Hausbrand.
- Der Anstieg der Stickoxidemissionen in den 70er Jahren erklärt sich zum größten Teil durch das stark wachsende Verkehrsaufkommen. Die verbrauchsbedingte Entwicklung wurde verstärkt durch eine Erhöhung der spezifischen Emissionen für Motorenbenzin.
- Die in den 80er Jahren zu beobachtende Verminderung der Stickoxidemissionen ist das Resultat von Einsparungsmaßnahmen in allen Bereichen. Sie wäre ohne die Substitution von schwerem Heizöl durch Kohle bei einigen Kraftwerken und Zementwerken deutlicher ausgefallen.
- Die Emissionsverhältnisse in Baden-Württemberg unterscheiden sich nicht unwesentlich vom Bundesdurchschnitt. Im Südwesten spielen konventionelle Kraftwerke für die Energieversorgung eine geringere Rolle als im übrigen Bundesgebiet, während kraftfahrzeugspezifische Abgase wegen der überproportional hohen Verkehrsdichte eine größere Rolle spielen. Während Stickoxide im gesamten Bundesgebiet zum größten Teil auf den Verkehr

zurückgehen, ist bezüglich der Emission von SO_2 in Baden-Württemberg die Industrie mit einem Anteil von 43 % die emissionsstärkste Gruppe. Im Bundesgebiet hält sie lediglich einen Anteil von 25 %.

- Zweitstärkste Emittentengruppe für SO_2 sind in Baden-Württemberg die Wärme-kraftwerke (mit einem Anteil von 34 % der SO_2 -Emissionen), gefolgt von Hausbrand (19 %) und Verkehr (5 %). Wegen der räumlichen Konzentration der Großemittenten dominieren allerdings in jedem zweiten Kreis die Hausbrandemissionen.
- Von der Verringerung der Emissionsbelastung durch SO_2 haben alle Kreise profitiert. Die größte Entlastung gab es - bedingt durch die Standorte von Großemittenten - in der Region Mittlerer Neckar und Heilbronn sowie entlang des Rheins.
- Auffallend starke Zunahmen der Emissionsbelastung durch Stickoxide, die landesweit immer noch höher ist als vor 10 Jahren, ergaben sich am Unteren Neckar und am Oberrhein. Prozentual war die Veränderung im Nordschwarzwald am höchsten.
- Die regional unterschiedlichen Emissionsraten werden in der Regel durch entsprechend hohe Meßwerte für die jeweilige Immissionsbelastung bestätigt. Längere Zeitreihen zur Beobachtung der zeitlichen Entwicklung des Immissionsniveaus von Stickoxiden liegen derzeit noch nicht vor. Dafür kann man auf die Meßergebnisse der Reinluft-Station Schauinsland zurückgreifen, die den Anstieg der NO_2 -Belastung wegen der Höhenlage von 1200 m über N.N. zwar auf niedrigerem Niveau, aber signifikant wiedergibt.
- Während die Ergebnisse der flächen-deckenden Immissions-Pegelmeßprogramme im wesentlichen die aufgrund der jeweiligen Emissionsdichte von SO_2 erwarteten regionalen Unterschiede aufzeigten, ergeben sich beim Vergleich der Zeitreihen von SO_2 -Emissions- und Immissionswerten der Städte z.T. erhebliche Abweichungen. Der Rückgang der Immissionswerte fällt dabei durchweg verhaltener aus als man es aufgrund der Emissionsentwicklung erwartet hätte.

Anhang

1907, 1908, 1909

Tabelle 1

Auszubildende in ausgewählten Ausbildungsberufen und -bereichen 1983

Ausbildungsbereich Ausbildungsberuf	Auszubildende		
	insgesamt	darunter mit Vorbildung Hochschul-/Fachhochschulreife	
		Anzahl	z ¹⁾
Industrie und Handel	128 441	9 699	7,6
Gewerbliche Berufe	58 708	1 514	2,6
Kaufmännische Berufe	69 733	8 185	11,7
darunter			
Bankkaufmann	8 917	2 775	31,1
Versicherungskaufmann	1 468	326	22,2
Industriekaufmann	10 919	1 502	13,8
Datenverarb.-kaufmann	207	77	37,2
Buchhändler	567	387	68,3
Reiseverkehrskaufmann	469	227	48,4
Verlagskaufmann	360	140	38,9
Handwerk ²⁾	36 308	1 750	4,8
darunter			
Zimmerer	1 326	150	11,3
Tischler	2 223	179	8,1
Zahntechniker	431	142	32,9

1) Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden. - 2) Nur 1983 abgeschlossene Verträge.

Tabelle 2

Erstimmatrikulierte mit Studienziel "Lehramt" nach Semester und Hochschulart

Semester	Erstimmatrikulierte					
	insgesamt	darunter mit Studienseit Lehramt ¹⁾	davon an			
			Pädagogischen Hochschulen	Universitäten ²⁾	Kunsthochschulen	
Anzahl	z	Anzahl				
SS 1972	3 389	1 218	35,9	819	375	24
WS 1972/73	17 201	7 118	41,4	4 229	2 772	117
SS 1973	3 375	1 375	40,7	841	507	27
WS 1973/74	17 798	7 834	44,0	4 615	3 111	108
SS 1974	3 573	1 352	37,8	881	440	31
WS 1974/75	18 079	8 302	45,9	4 813	3 359	130
SS 1975	3 294	1 386	42,1	851	488	47
WS 1975/76	16 847	6 492	38,5	3 310	3 107	75
SS 1976	2 687	852	31,7	532	310	10
WS 1976/77	17 111	5 509	32,2	2 628	2 785	96
SS 1977	2 619	710	27,1	462	232	16
WS 1977/78	15 443	4 224	27,4	2 044	2 079	101
SS 1978	2 551	615	24,1	403	190	22
WS 1978/79	16 556	3 921	23,7	1 990	1 834	97
SS 1979	2 642	528	20,0	361	134	33
WS 1979/80	16 218	3 267	20,1	1 728	1 433	106
SS 1980	2 821	423	15,0	306	93	24
WS 1980/81	17 510	2 976	17,0	1 568	1 314	94
SS 1981	3 116	435	14,0	271	132	32
WS 1981/82	20 245	2 759	13,6	1 609	1 033	117
SS 1982	3 273	413	12,6	293	89	31
WS 1982/83	20 090	2 481	12,4	1 465	933	83
SS 1983	3 399	393	11,6	281	86	26
WS 1983/84	20 720	2 455	11,9	1 189	1 198	68

1) Ab WS 1980/81 nur Haupt Hörer. - 2) Ohne "Lehramt an Realschulen", einschließlich Staatsprüfung für sonstige Lehramter bis einschließlich Sommersemester 1979.

Tabelle 3

Studienanfänger¹⁾ an Universitäten nach Fächergruppen, Studienbereichen und ausgewählten Studienfächern

Fächergruppe Studienbereich Studienfach	1983	1973	Veränderung in %
Sprach- und Kulturwissenschaften	8 141	6 289	29,4
davon			
Theologie, Religionslehre	1 019	318	220,4
davon			
Evangelische Theologie	607	210	189,0
Katholische Theologie	412	108	281,5
Philosophie	628	367	71,1
Geschichte	1 024	284	260,6
Germanistik	2 287	2 340	- 2,3
Anglistik, Amerikanistik	660	1 015	- 35,0
Romanistik	827	625	32,3
sonstige Sprachwissenschaften ²⁾	944	357	164,4
Psychologie	416	416	-
Erziehungswissenschaften	336	567	- 40,7
Sport	300	240	25,0
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften ³⁾	5 964	4 755	25,4
davon			
Politik- und Sozialwissenschaften	1 047	1 015	3,2
Rechtswissenschaft	2 323	2 037	14,0
Wirtschaftswissenschaften ³⁾	2 594	1 703	52,3
Mathematik, Naturwissenschaften	6 223	4 733	31,5
davon			
Mathematik	883	1 283	- 31,2
Informatik	701	224	212,9
Physik, Astronomie	1 354	745	81,7
Chemie	1 117	876	27,5
Pharmazie	326	254	28,3
Biologie	1 064	811	31,2
Geowissenschaften	407	336	21,1
Geographie	371	204	81,9
Humanmedizin	2 107	1 516	39,0
davon			
Allgemeinmedizin	1 786	1 317	35,6
Zahnmedizin	321	199	61,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	546	786	- 30,5
davon			
Agrarwissenschaften	323	502	- 35,7
Forstwissenschaften, Holzwirtschaft	124	129	- 3,9
Ernährungs- und Haushaltswissenschaft	99	155	- 36,1
Ingenieurwissenschaften ⁴⁾	4 137	2 569	61,0
davon			
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	1 682	844	99,3
Elektrotechnik	646	460	40,4
Architektur, Innenarchitektur	421	206	104,4
Bauingenieurwesen	579	530	9,2
Vermessungswesen	92	95	- 3,2
Wirtschaftsingenieurwesen	717	434	65,2
Kunst, Kunstwissenschaft	529	264	100,4
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	93	316	70,6
Insgesamt	28 040	21 468	30,6

1) Studierende im 1. und 2. Fachsemester im Wintersemester 1983/84 bzw. 1973/74 - 2) Einschließlich Medienkunde. - 3) Ohne Wirtschaftsingenieurwesen, einschließlich Verwaltungswissenschaft. - 4) Einschließlich Wirtschaftsingenieurwesen.

Tabelle 4

Alter und durchschnittliche Studiendauer der Hochschulabsolventen 1979 und 1982 nach Abschlußart und Geschlecht

Abschlußart	Jahr	Männer						Frauen							
		Alter	durchschnittliche Studiendauer				Alter	durchschnittliche Studiendauer							
			vom Zeitpunkt der		Hochschulsemester	Fachsemester		vom Zeitpunkt der		Hochschulsemester	Fachsemester				
			Hochschulbe- rechtigung	Erst- immatri- kulation				Hochschulbe- rechtigung	Erst- immatri- kulation						
												bis zum Abschluß		bis zum Abschluß	
												Jahre			
Diplom ¹⁾	1982	27,6	8,0	6,7	6,5	6,0	26,9	7,5	6,7	6,4	5,9				
	1979	27,3	7,5	6,2	5,8	5,4	26,3	7,1	6,3	5,9	5,4				
Staatsexamen	1982	28,1	8,5	7,2	7,0	5,8	27,0	7,6	6,7	6,5	5,7				
	1979	27,1	7,5	6,2	5,8	5,3	25,7	6,8	5,8	5,4	5,1				
Kirchlich-theologische Prüfung	1982	26,9	7,4	6,2	5,8	5,6	26,0	7,1	6,4	6,2	5,6				
	1979	26,8	7,0	5,9	5,7	5,4	26,1	6,3	5,5	5,5	5,4				
Höheres Lehramt an Gymnasien ²⁾	1982	27,2	7,5	6,2	6,1	5,5	26,0	6,8	6,1	6,1	5,4				
	1979	26,9	7,1	5,9	5,7	5,2	25,5	6,4	5,7	5,6	5,1				
Höheres Lehramt an beruflichen Schulen ²⁾	1982	28,5	7,7	6,8	6,2	4,8	26,1	6,5	5,8	5,8	5,5				
	1979	27,8	7,2	6,1	5,8	4,9	25,1	5,7	5,2	5,2	5,1				
Universitäten zusammen ³⁾	1982	27,7	8,1	6,9	6,6	5,9	26,6	7,3	6,5	6,3	5,7				
	1979	27,2	7,4	6,1	5,8	5,3	25,8	6,7	5,9	5,7	5,2				
Pädagogische Hochschulen ⁴⁾	1982	26,8	6,6	5,2	5,0	4,3	24,8	5,3	4,5	4,4	4,2				
	1979	26,5	5,7	4,4	4,3	3,8	24,7	4,6	3,9	3,9	3,7				
Kunsthochschulen ⁵⁾	1982	27,5	7,7	6,0	5,7	4,7	26,7	7,1	5,8	5,4	4,5				
	1979	26,8	7,5	5,9	5,5	4,6	26,6	7,1	5,6	5,4	4,5				
Fachhochschulen ⁶⁾	1982	26,7	6,0	4,8	4,7	4,3	25,9	5,8	4,6	4,5	4,3				
	1979	26,5	5,5	4,5	4,4	4,1	25,7	5,3	4,4	4,3	4,1				

1) Einschließlich Magister- und entsprechende Hochschulprüfungen. - 2) Ohne Zusatzprüfungen. - 3) Ohne Promotionen, Zusatzprüfungen und sonstige Abschlüsse sowie ohne kleine Fakultas. - 4) Nur Abschluß "Lehramt" (Grund- und Hauptschulen, Realschulen, Sonderschulen und Berufliche Schulen), ohne Zusatz- (Ergänzungs-, Erweiterungs-) Prüfungen. - 5) Diplom- und entsprechende Hochschulprüfungen, Lehramt an Gymnasien sowie künstlerische Abschlüsse. - 6) Ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Tabelle 5

Teilnehmer an Hochschulprüfungen nach Prüfungsgruppen 1979 und 1982¹⁾

Prüfungsgruppe Fächergruppe Studienbereich	Teilnehmer an Hochschulprüfungen							
	insgesamt		darunter mit bestandener Prüfung		weiblich		darunter mit bestandener Prüfung	
	1979	1982	1979	1982	1979	1982	1979	1982
	Anzahl		Z		Anzahl		Z	
Diplomprüfung an Universitäten ²⁾	4 072	4 241	93,8	95,1	767	1 053	90,9	93,1
Staatsexamen ³⁾	2 753	3 080	87,2	85,3	811	978	86,7	85,2
darunter								
Humanmedizin	1 175	1 292	98,7	99,2	340	396	97,6	100
Pharmazie	153	246	80,4	93,5	77	159	84,4	93,7
Rechtswissenschaften	1 262	1 316	75,4	67,6	350	365	75,1	63,3
Zahnmedizin	135	196	98,5	100	32	44	96,9	100
Magister	385	656	96,9	99,4	174	319	96,0	99,1
Kirchlich-theologische Prüfung	110	197	93,6	88,8	12	50	83,3	88,0
Promotion ⁴⁾	2 350	2 360	99,9	100	420	460	100	100
Lehramt insgesamt ⁵⁾	7 424	5 335	87,9	91,2	4 332	2 970	88,7	92,0
davon								
Gymnasien (große Fakultas)	2 748	2 638	86,7	89,4	1 408	1 278	88,3	90,8
Gymnasien (kleine Fakultas)	210	87	80,5	75,9	147	41	77,6	75,6
Grund- und Hauptschulen	3 167	1 492	87,7	93,0	2 113	1 101	88,6	93,8
Realschulen	683	520	91,9	93,1	396	312	91,9	92,6
Sonderschulen	192	168	95,8	99,4	117	122	95,7	99,2
Berufliche Schulen (PH)	336	183	89,3	90,7	151	122	91,4	92,4
Berufliche Schulen (Universitäten)	88	113	98,9	93,8	-	10	-	80,0
Künstlerische Abschlußprüfung	227	134	99,6	99,3	115	78	99,1	98,7
Diplom an Fachhochschulen ⁶⁾	4 879	5 074	93,0	90,5	950	1 173	93,6	93,8
Insgesamt ⁷⁾	23 643	24 154	91,8	92,6	8 160	8 360	90,6	93,1

1) Wintersemester 1981/82 bzw. 1978/79 und jeweils nachfolgendes Sommersemester. - 2) Einschließlich Aufbau- und Zusatzprüfungen, ohne "Sonstige." - 3) Einschließlich Lebensmittelchemie, ohne einphasige Ausbildung. - 4) Nur Promotionen nach vorherigen Abschlußprüfungen. - 5) Ohne Ergänzungs- und Zusatzprüfungen. - 6) Einschließlich Aufbaustudium. - 7) Alle statistisch erfaßten Prüfungen: Einschließlich Lizenziatenprüfungen, Promotionen ohne vorhergehende Abschlußprüfungen, Zusatzprüfungen für Lehramter, sonstige Abschlüsse.

Tabelle 6

Die Weiterbildungsarbeit der Volkshochschulen in den Stadt- und Landkreisen 1982

Kreis Region Regierungsbezirk Land	Kurse, Arbeitsgemeinschaften und ähnliche Veranstaltungen						Einzelveranstaltungen, Vortrags- reihen und ähnliche Veranstaltungen		
	Veran- staltungen	Unter- richts- einheiten	Teilnehmer (Belegungen)		Teilnehmer je Kurs	Kursteil- nehmer je 1000 Einwohner	Veran- staltungen	Teilnehmer	Teilnehmer je Veran- staltung
			insgesamt	darunter weiblich					
Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt	2 590	79 427	44 126	30 109	17,0	88	109	2 814	25,8
Landkreise									
Böblingen	2 720	77 274	36 392	27 373	13,4	145	619	23 054	37,2
Esslingen	2 648	70 507	40 769	31 556	15,4	107	594	22 216	37,4
Göppingen	1 081	34 990	15 278	11 103	14,1	80	444	18 708	42,1
Ludwigsburg	2 056	50 240	30 699	22 472	14,9	86	391	13 310	34,0
Rems-Murr-Kreis	2 103	61 846	32 486	24 143	15,4	111	657	41 855	63,7
Region Mittlerer Neckar	13 198	374 284	199 750	146 756	15,1	101	2 814	121 957	43,3
Stadtkreis Heilbronn	1 413	36 434	20 759	15 422	14,7	70	400	14 669	36,7
Landkreise									
Heilbronn	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hohenlohekreis	237	5 712	3 523	2 720	14,9	51	97	9 969	102,8
Schwäbisch Hall	593	19 663	8 820	6 346	14,9	72	366	15 002	41,0
Main-Tauber-Kreis	504	11 521	7 823	5 581	15,5	79	272	16 696	61,4
Region Franken	2 747	73 330	40 925	30 069	14,9	70	1 135	56 336	49,6
Landkreise									
Heidenheim	566	16 560	6 747	4 868	11,9	66	286	18 400	64,3
Ostalbkreis	919	23 119	13 421	9 859	14,6	60	577	23 092	40,0
Region Ostwürttemberg	1 485	39 679	20 169	14 727	13,6	62	863	41 482	48,1
Regierungsbezirk Stuttgart	17 430	487 293	260 843	191 552	15,0	90	4 812	219 785	45,7
Stadtkreise									
Baden-Baden	305	6 852	4 883	3 767	16,0	114	35	2 934	83,8
Karlsruhe	1 024	46 985	17 887	10 786	17,5	75	11	1 203	109,4
Landkreise									
Karlsruhe	2 481	47 599	28 218	22 038	11,4	94	300	16 024	53,4
Rastatt	839	21 209	12 541	8 818	14,9	79	370	14 418	39,0
Region Mittlerer Oberrhein	4 649	124 645	63 529	45 409	13,7	86	716	34 579	48,3
Stadtkreise									
Heidelberg	724	39 551	12 739	9 277	17,6	106	96	8 424	87,8
Mannheim	1 699	92 531	28 012	18 933	16,5	106	846	44 527	52,6
Landkreise									
Neckar-Odenwald-Kreis	455	13 632	7 838	3 649	17,2	74	91	4 173	45,9
Rhein-Neckar-Kreis	2 685	74 235	36 229	27 494	13,5	93	1 059	42 885	40,5
Region Unterer Neckar	5 563	219 949	84 818	59 353	15,2	96	2 092	100 009	47,8
Stadtkreis Pforzheim	893	39 426	13 791	10 372	15,4	154	84	2 531	30,1
Landkreise									
Calw	1 057	28 026	14 485	11 173	13,7	132	540	19 242	35,6
Enzkreis	160	4 421	2 174	1 796	13,6	16	113	16 956	238,5
Freudenstadt	588	14 839	8 514	5 986	14,5	104	227	12 765	56,2
Region Nordschwarzwald	2 698	85 712	38 964	29 328	14,4	94	964	51 494	53,4
Regierungsbezirk Karlsruhe	12 910	430 306	187 311	134 090	14,5	92	3 772	186 082	49,3
Stadtkreis Freiburg im Breisgau	956	31 568	13 833	10 044	14,5	88	19	683	35,9
Landkreise									
Breisgau-Hochschwarzwald	1 020	21 099	13 722	9 808	13,5	82	301	14 521	48,2
Emmendingen	751	21 790	9 630	6 995	12,8	89	127	7 787	61,3
Ortenaukreis	2 354	83 530	39 370	25 390	16,7	135	644	25 038	38,9
Region Südlicher Oberrhein	5 081	157 987	76 555	52 237	15,1	106	1 091	48 029	44,0
Landkreise									
Rottweil	842	18 976	11 419	7 980	13,6	111	157	6 340	40,4
Schwarzwald-Baar-Kreis	982	28 240	14 253	9 619	14,5	87	492	12 082	24,6
Tuttlingen	421	10 399	5 966	4 525	14,2	66	92	2 629	28,6
Region Schwarzwald-Baar-Neuburg	2 245	57 615	31 638	22 124	14,1	89	741	21 052	28,4
Landkreise									
Konstanz	1 145	30 210	14 271	9 107	12,5	73	224	10 812	48,3
Lörrach	1 526	36 034	21 711	15 534	14,2	137	330	19 417	58,8
Waldshut	453	10 242	6 212	4 200	13,7	52	128	5 349	41,8
Region Oberrhein-Bodensee	3 124	76 486	42 194	28 841	13,5	89	682	35 578	52,2
Regierungsbezirk Freiburg	10 450	292 088	150 387	103 202	14,4	97	2 514	104 659	41,6
Landkreise									
Reutlingen	1 526	67 015	21 036	15 204	13,8	107	511	28 874	56,5
Tübingen	1 333	31 409	18 800	13 755	14,1	128	333	13 924	41,8
Zollernalbkreis	825	22 972	11 052	7 441	13,4	78	135	11 982	88,8
Region Neckar-Alb	3 684	121 396	50 888	36 401	13,8	105	979	54 780	56,0
Stadtkreis Ulm	1 300	34 798	17 773	12 923	13,7	212	679	33 489	49,3
Landkreise									
Alb-Donau-Kreis	406	9 190	5 383	3 801	13,3	42	121	8 559	70,7
Biberach	697	15 421	11 285	8 243	16,2	93	259	13 099	50,6
Region Donau-Iller ¹⁾	2 403	59 409	34 441	24 967	14,3	103	1 059	55 147	52,1
Landkreise									
Bodenseekreis	1 762	35 770	20 237	15 001	11,5	144	405	18 981	46,9
Ravensburg	1 280	33 893	19 200	15 008	15,0	102	283	21 816	77,1
Sigmaringen	246	5 396	3 600	2 266	14,6	39	105	4 451	42,4
Region Bodensee-Oberschwaben	3 288	75 059	43 037	32 275	13,1	103	793	45 248	57,1
Regierungsbezirk Tübingen	9 375	255 864	128 366	93 643	13,7	104	2 831	155 175	54,8
Baden-Württemberg	50 165	1 465 551	726 907	522 487	14,5	94	13 929	665 701	47,8

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 7

Themenbereiche der Weiterbildungsarbeit 1982 nach Veranstaltungsart und Bildungsträger

Stoffgebiet	Volkshochschulen					Evangelische und katholische Erwachsenenbildung				
	Kurse, Lehrgänge, Seminare u.ä.			Einzelveranstaltungen, Vorträge u.ä.		Kurse, Lehrgänge, Seminare u.ä.			Einzelveranstaltungen, Vorträge u.ä.	
	Veranstaltungen	Unterrichtseinheiten	Teilnehmer (Belegungen)	Veranstaltungen	Teilnehmer	Veranstaltungen	Unterrichtseinheiten	Teilnehmer (Belegungen)	Veranstaltungen	Teilnehmer
	Anzahl									
Gesellschaft und Politik	926	13 488	19 939	1 392	54 669	1 089	12 789	35 181	5 732	224 655
Erziehung, Philosophie, Psychologie, Religion, Eltern-/Familienbildung	1 760	37 456	27 971	898	40 930	6 952	83 949	201 393	14 867	576 050
Literatur, Kunst, Länder- und Heimatkunde	1 548	21 841	31 933	6 624	285 106	896	12 847	35 599	8 256	422 039
Mathematik, Naturwissenschaft, Technik	1 747	53 425	28 461	1 045	30 358	219	4 790	5 481	795	35 389
Wirtschaft und kaufmännische Praxis	2 934	136 698	48 595	129	2 992	80	1 546	1 979	39	1 657
Sprachen	16 087	548 984	224 336	515	9 593	494	13 406	13 705	17	901
Manuelles und musikalisches Arbeiten	12 462	249 690	155 726	497	29 272	3 891	64 516	68 825	3 690	114 863
Gesundheitspflege, Haushaltsführung	12 136	237 555	178 347	1 029	39 279	4 994	92 054	93 058	2 692	89 053
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	264	124 260	5 172	82	2 421	108	49 372	1 891	11	168
Sonstiges	301	42 154	6 427	1 718 ¹⁾	171 081 ¹⁾	-	-	-	-	-
Insgesamt	50 165	1 465 551	726 907	13 929	665 701	18 723	335 269	457 112	36 099	1 464 775
	Anteil in %									
Gesellschaft und Politik	1,9	0,9	2,7	10,0	8,2	5,8	3,8	7,7	15,9	15,3
Erziehung, Philosophie, Psychologie, Religion, Eltern-/Familienbildung	3,5	2,6	3,9	6,4	6,1	37,1	25,1	44,1	41,2	39,3
Literatur, Kunst, Länder- und Heimatkunde	3,1	1,5	4,4	47,6	42,8	4,8	3,8	7,8	22,9	28,8
Mathematik, Naturwissenschaft, Technik	3,5	3,6	3,9	7,5	4,6	1,2	1,4	1,2	2,2	2,4
Wirtschaft und kaufmännische Praxis	5,8	9,3	6,7	0,9	0,5	0,4	0,5	0,4	0,1	0,1
Sprachen	32,1	37,5	30,9	3,7	1,4	2,6	4,0	3,0	0,0	0,1
Manuelles und musikalisches Arbeiten	24,8	17,0	21,4	3,6	4,4	20,8	19,2	15,1	10,2	7,9
Gesundheitspflege, Haushaltsführung	24,2	16,2	24,5	7,4	5,9	26,7	27,5	20,3	7,5	6,1
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	0,5	8,5	0,7	0,6	0,4	0,6	14,7	0,4	0,0	0,0
Sonstiges	0,6	2,9	0,9	12,3	25,7	-	-	-	-	-
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Darunter 793 selbstveranstaltete Theater - oder Konzertaufführungen mit 124 284 Besuchern.

Tabelle 8

Altersgliederung der Teilnehmer (Belegungen) von Kursen, Lehrgängen u.ä. an Volkshochschulen 1982 in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Alter von ... bis, unter ... Jahren	Baden-Württemberg			Belegungen im Bundesgebiet ³⁾
	Belegungen ¹⁾		Anteil an der Wohnbevölkerung ²⁾	
	Anzahl			z
unter 18 Jahren	91 163	12,5	5,24)	15,4
18 - 25 Jahren	145 190	20,0	12,1	21,2
25 - 35 Jahren	189 251	26,0	14,5	25,2
35 - 50 Jahren	170 076	23,4	21,1	24,8
50 - 65 Jahren	59 416	8,2	16,0	9,2
65 Jahre und älter	20 864	2,9	13,9	4,1

1) Aufgrund der Auswirkungen des Datenschutzes lagen nicht für alle Kursteilnehmer Angaben über deren Alter vor. Insgesamt dürfte eine Erfassungsquote zur Altersangabe von etwa 93 % vorliegen. - 2) Bevölkerung nach Altersgruppen am 1. Januar 1983. - 3) Statistische Mitteilungen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Arbeitsjahr 1982, S. 21. - 4) Bezogen auf 15 bis unter 18 Jahren.

Tabelle 9

Weibliche Arbeitnehmer in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes nach beruflicher Qualifikation 1983¹⁾

Sypro-Nr.	Branche	Anteil der Frauen an den ...				
		Berufen insgesamt	Fertigungsberufen	tertiären Berufen		
				Dienstleistungsberufen	technischen Berufen	
					insgesamt	darunter Ingenieure ²⁾
Z						
22	Mineralölverarbeitung	13,7	3,7	31,8	4,8	1,7
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	12,5	3,0	29,6	8,4	0,6
27	Eisenschaffende Industrie	15,2	8,0	43,6	5,6	-
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzugwerke	19,5	10,2	41,9	9,3	0,4
29	Gießerei	16,1	10,9	47,4	4,3	0,6
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	24,9	17,9	59,2	8,1	2,0
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	14,1	5,5	42,7	11,9	1,5
32	Maschinenbau	16,8	7,7	46,7	8,7	0,7
33	Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kfz. usw.	14,5	7,5	38,2	5,0	0,8
3311-80	Herst. v. Kfz., Krafträdern, Kraftmotoren usw.	13,8	9,0	35,0	5,0	0,8
3390	Rep. v. Kfz., Fahrrädern, Lackierung v. Kfz.	16,9	1,3	45,4	2,4	-
34,35	Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	23,9	25,8	45,6	4,7	0,4
36	Elektrotechnik, Rep. v. Haushaltsgeräten	36,1	39,6	50,2	9,2	1,5
37	Feinmechanik, Optik, Herst. v. Uhren	42,7	41,8	58,2	15,9	1,1
38	Herst. v. EBM-Waren	32,8	29,4	49,7	8,8	1,4
39	Herst. v. Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	57,1	54,8	67,1	39,5	2,9
40	Chemische Industrie	36,0	31,0	45,7	23,4	5,8
50	Herst. v. Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	27,4	38,9	31,8	6,3	5,4
51	Feinkeramik	41,7	41,0	49,3	1,6	-
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	33,3	30,1	45,5	17,1	-
53	Holzbearbeitung	16,5	9,5	35,4	2,3	1,9
54	Holzverarbeitung	22,2	14,3	50,6	8,6	4,2
55	Zellstoff-, Holzschliff, Papier- und Pappeerzeugung	15,8	10,5	35,5	2,6	0,5
56	Papier- und Pappeverarbeitung	47,5	50,5	45,3	9,7	-
57	Druckerei, Vervielfältigung	36,3	26,9	54,1	25,1	7,3
58	Herstellung von Kunststoffwaren	36,9	36,8	46,7	7,1	1,6
59	Gummiverarbeitung	34,0	32,8	47,7	7,8	2,2
61,62	Ledererzeugung und -verarbeitung einschließlich Rep.	58,6	60,3	57,8	14,4	-
63	Textilgewerbe	63,1	67,5	55,8	27,2	9,0
64	Bekleidungs-gewerbe	82,9	89,8	65,0	58,3	19,6
68	Ernährungs-gewerbe	44,5	24,7	63,6	30,2	12,1
69	Tabakverarbeitung	50,6	64,1	30,3	11,1	-
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt		31,4	27,3	49,3	10,4	1,7

1) Jahresbeginn. - 2) Einschließlich Naturwissenschaftler.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Tabelle 10

Übersicht über die Korrelationskoeffizienten¹⁾ zwischen den einzelnen Indikatoren

	Qualifikationsindikator 1983 ²⁾						Wettbewerbsindikator	
	Anteil der tertiären Berufe	Anteil der Deutschen	Anteil der Männer	Dichte der technischen Berufe	Ingenieur-dichte	Fach-arbeiter-quote	Produktions-wachstum 1978 bis 1983	Exportquote 1983
Anteil der tertiären Berufe	-	0,63	0,14	0,83	0,78	0,23	0,65	0,51
Anteil der Deutschen	-	-	0,05	0,43	0,41	0,43	0,17	0,22
Anteil der Männer	-	-	-	0,11	0,06	0,75	0,27	0,04
Dichte der technischen Berufe	-	-	-	-	0,98	0,23	0,79	0,74
Ingenieurdichte	-	-	-	-	-	0,20	0,79	0,69
Facharbeiterquote	-	-	-	-	-	-	0,24	0,52

1) Die Berechnung des (Bravais-Pearson'schen) Korrelationskoeffizienten erfolgte i.a. jeweils auf der Basis der Sypro-Zweisteller. - 2) Definition: der Indikatoren siehe Texttabelle 4.

Tabelle 11

Vergleich der Qualifikationsindikatoren "Facharbeiterquote" und "Ingenieurdichte" mit den Investitionen je Beschäftigten

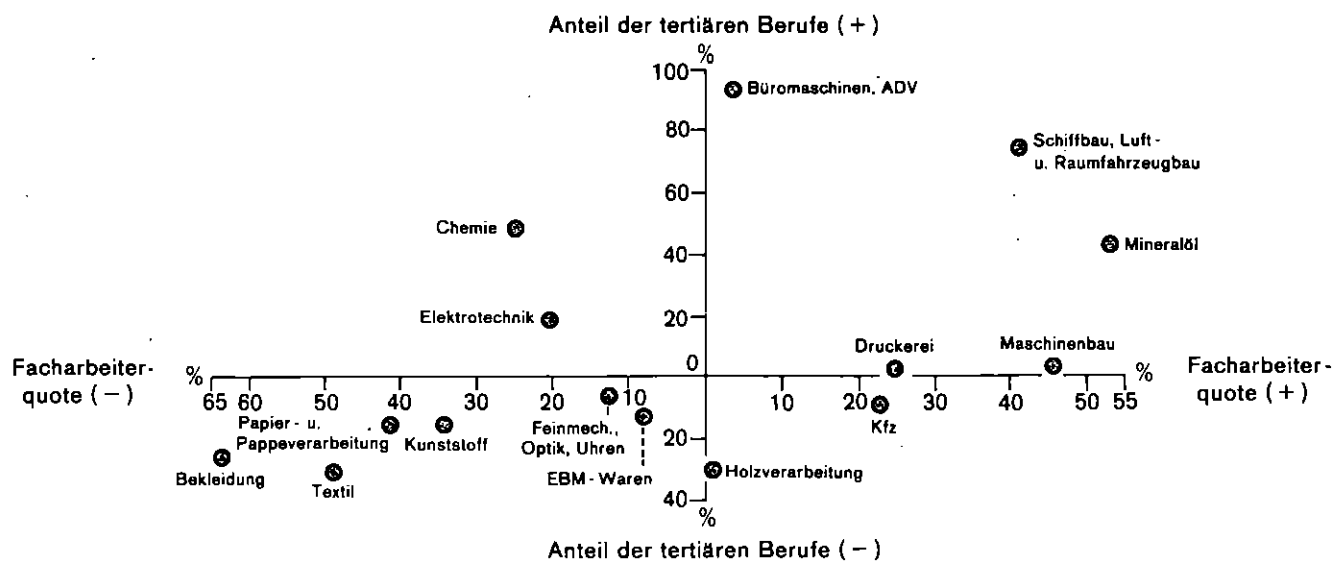
Sypro-Nr.	Branche	Facharbeiterquote ¹⁾		Ingenieurdichte ¹⁾		Investitionen je Beschäftigten ²⁾
		1980	1983	1980	1983	
		Branchendurchschnitt = 100				
22	Mineralölverarbeitung	156,5	153,0	247,5	290,5	.
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	90,0	75,5	57,5	54,7	208,7
27	Eisenschaffende Industrie	-	-	55,0	40,0	.
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metall-halbzeugwerke	-	-	72,5	77,9	131,9
29	Gießerei	-	-	25,0	27,4	61,1
30	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw.	-	-	15,0	14,7	91,2
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	-	-	90,0	84,2	49,9
32	Maschinenbau	144,5	145,6	120,0	111,6	72,5
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	128,5	122,5	105,0	105,3	160,2
3311-80	Herstellung von Kfz., Krafträdern, Kraftmotoren usw.	-	-	130,0	128,4	170,5
3390	Reparatur von Kfz., Fahrrädern, Lackierung von Kfz.	-	-	0,0	4,2	59,6
34, 35	Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	152,5	141,1	1 210,0	1 189,5	87,0
36	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	79,5	79,6	295,0	307,4	74,7
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	83,5	87,2	75,0	77,9	59,0
38	Herstellung von EBM-Waren	87,0	91,9	30,0	29,5	81,0
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Füllhaltern usw.	-	-	10,0	8,4	44,2
40	Chemische Industrie	76,5	75,1	127,5	126,3	140,6
50	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	97,3	103,6	947,5	854,7	261,3
51	Feinkeramik	-	-	35,0	25,3	90,7
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	-	-	20,0	18,9	116,2
53	Holzbearbeitung	-	-	12,5	12,6	102,2
54	Holzverarbeitung	100,0	100,9	10,0	8,4	61,0
55	Zellstoff-, Holzschliff, Papier- und Pappeerzeugung	97,3	94,2	37,5	37,9	281,6
56	Papier- und Pappeverarbeitung	55,0	58,4	12,5	12,6	115,9
57	Druckerei, Vervielfältigung	130,0	124,5	7,5	8,4	115,1
58	Herstellung von Kunststoffwaren	-	65,8	45,0	46,3	105,6
59	Gummiverarbeitung	-	-	67,5	69,5	100,6
61, 62	Ledererzeugung und -verarbeitung einschließlich Reparaturen	-	-	5,0	2,1	36,7
63	Textilgewerbe	56,3	51,2	12,5	14,7	53,7
64	Bekleidungsgewerbe	32,7	36,6	2,5	4,2	17,9
68	Ernährungsgewerbe	99,3	95,1	10,0	8,4	147,3
69	Tabakverarbeitung	-	-	7,5	14,7	95,6
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt		100	100	100	100	100

¹⁾ Definition siehe Tabelle 4. - ²⁾ Durchschnitt aus 1980 bis 1982, Bruttoanlageinvestitionen, Berichtskreis der Investitionsenerhebung bei Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes.

Anhang - Schaubild 1

Zusammenhang zwischen dem Anteil der tertiären Berufe und der Facharbeiterquote 1983¹⁾

- Abweichungen vom Branchendurchschnitt in % -



1) Definition siehe Text - Tabelle 4.

Quelle: Facharbeiterquote aus Verdiensterhebung (Juli); Anteil der tertiären Berufe aus Beschäftigtenstatistik (Jahresbeginn).

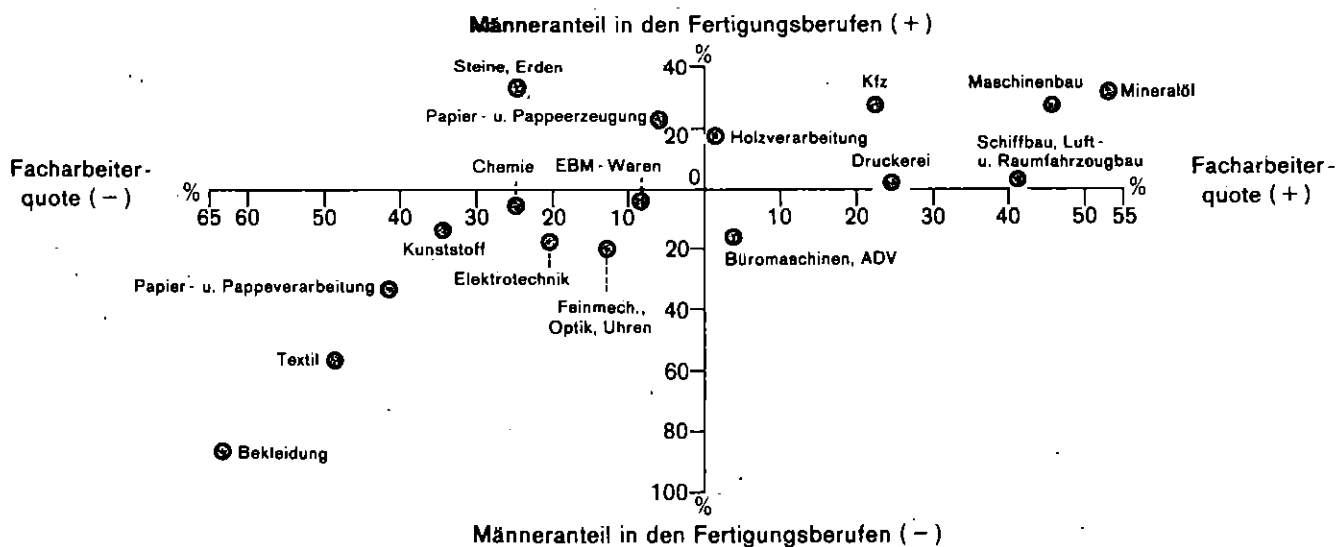
Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

173 84

Anhang - Schaubild 2

Zusammenhang zwischen dem Männeranteil in Fertigungsberufen und der Facharbeiterquote 1983¹⁾

- Abweichungen vom Branchendurchschnitt in % -



1) Definition siehe Text - Tabelle 4.

Quelle: Facharbeiterquote aus Verdiensterhebung (Juli); Männeranteil in Fertigungsberufen aus Beschäftigtenstatistik (Jahresbeginn).

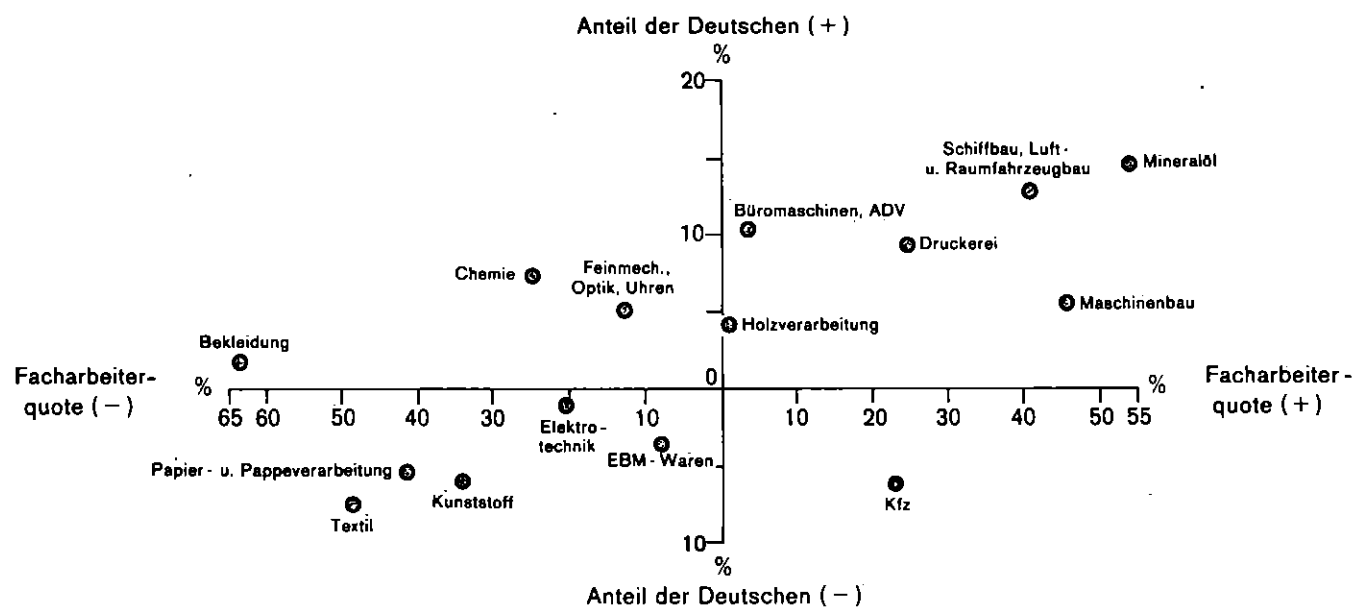
Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

174 84

Anhang - Schaubild 3

Zusammenhang zwischen dem Anteil der Deutschen und der Facharbeiterquote 1983¹⁾

- Abweichungen vom Branchendurchschnitt in % -



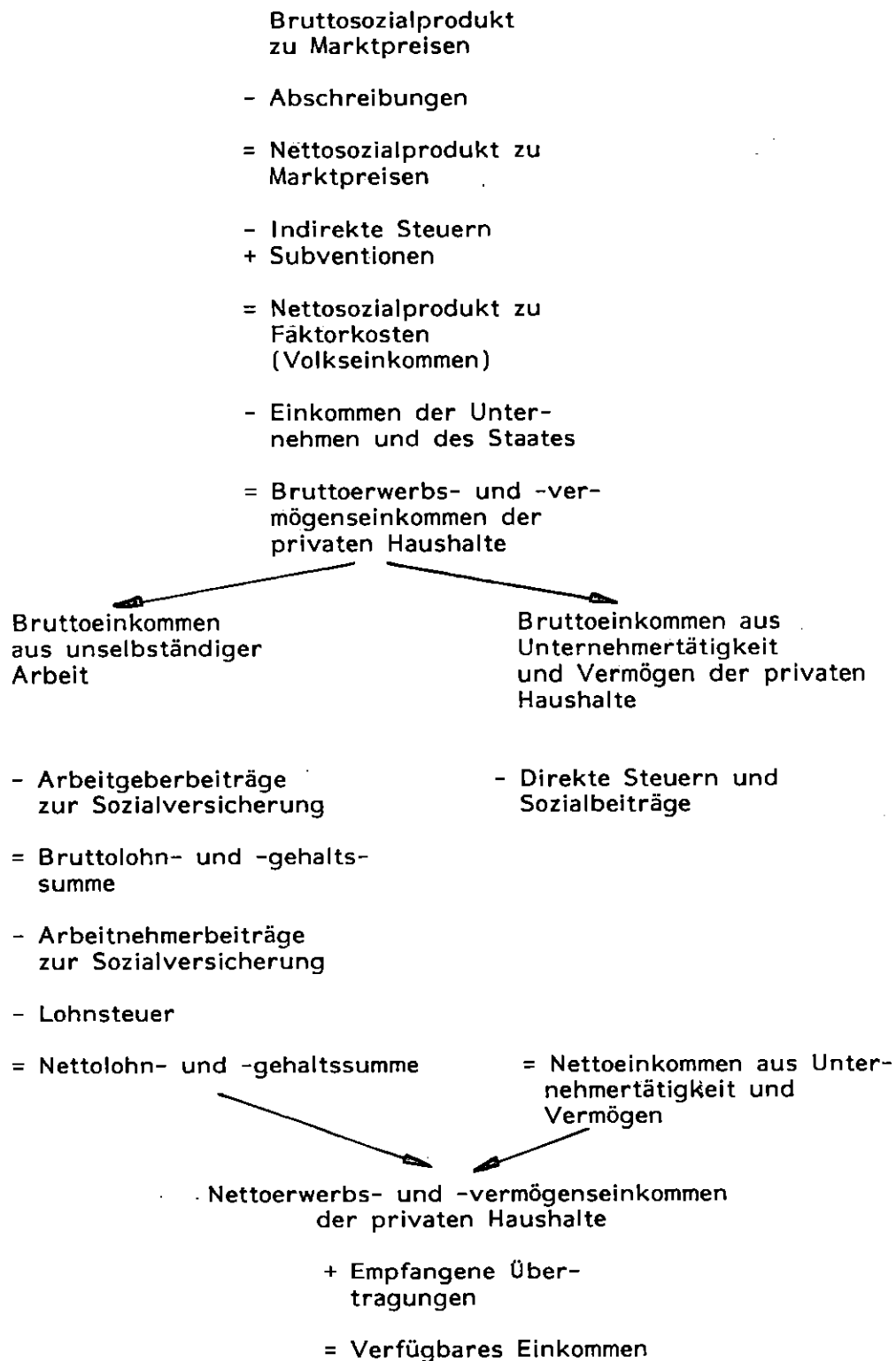
1) Definition siehe Text - Tabelle 4.

Quelle: Facharbeiterquote aus Verdiensterhebung (Juli); Anteil der Deutschen aus Beschäftigtenstatistik (Jahresbeginn).

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

175 84

Überblick über die wichtigsten Einkommensgrößen



Definition der verwendeten Begriffe¹⁾

Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)

Das Volkseinkommen untergliedert sich in Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Das Volkseinkommen stellt also die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die den inländischen Wirtschaftssubjekten in einem bestimmten Zeitraum zufließen, dar.

Das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) ist um die Abschreibungen und um den Saldo aus Indirekten Steuern und Subventionen kleiner als das Bruttosozialprodukt. Vom Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Nettowertschöpfung) unterscheidet es sich um den Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt (Ausland und übriges Inland).

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit

Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit umfassen die Bruttolöhne und -gehälter und die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Die ausgewiesenen Bruttolöhne und -gehälter (Bruttolohn- und -gehaltssumme) enthalten die Löhne und Gehälter vor Abzug der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und der Lohnsteuer.

Nach dem Inlandskonzept handelt es sich um Einkommen, die bei Wirtschaftseinheiten im Inland entstanden sind. Das Inländerkonzept hingegen bezieht sich auf die Einkommen, die den inländischen Privaten Haushalten zugeflossen sind, unabhängig, ob sie bei inländischen Wirtschaftseinheiten oder bei Einheiten entstanden sind, die nicht zum Inland gehören. Beide Konzepte unterscheiden sich um den Saldo der Einkommen aus unselbständiger Arbeit zwischen den Inländern und der übrigen Welt.

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen umfassen Zinsen, Nettopachten und Einkommen aus im materiellen Werten, Dividenden und sonstige Ausschüt-

tungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Auch beim Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen werden neben den im Inland entstandenen Einkommen, die Ströme von Einkommen von und nach der übrigen Welt berücksichtigt (Inländerkonzept). Ferner werden auf Länderebene nur Angaben für die privaten Haushalte veröffentlicht.

Nettolohn- und -gehaltssumme

Die Nettolohn- und -gehaltssumme ergibt sich nach Abzug der Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) und der Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Das Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der Privaten Haushalte ergibt sich nach Abzug von Direkten Steuern auf das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie der Sozialbeiträge (Pflichtbeiträge der Selbständigen). Freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä. sind dagegen wegen der Nichtzurechenbarkeit auf diese Einkommensart beim Übergang von den Brutto- zu den Nettowerten nicht berücksichtigt.

Nettoerwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

Die Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte werden durch Addition der Nettolohn- und -gehaltssumme und des Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ermittelt.

Direkte Steuern

Die Direkten Steuern auf das Einkommen und Vermögen umfassen: Einkommensteuer, Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (bis 1974), Lohnsteuer, Körperschaftssteuer, Ergänzungsabgabe zur Körperschaftssteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, laufende Lastenausgleichsabgaben.

Empfangene laufende Übertragungen des Sektors private Haushalte

Die empfangenen laufenden Übertragungen des Sektors Private Haushalte setzen sich aus den sozialen Leistungen und sonstigen Empfangenen laufenden Übertragungen von

¹⁾ Vgl.: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Heft 12, Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1981. Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter. Stuttgart 1983.

den Sektoren Staat- insbesondere Sozialversicherung-Unternehmen und private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie von der übrigen Welt zusammen.

Geleistete laufende Übertragungen des Sektors private Haushalte

Die geleisteten laufenden Übertragungen des Sektors private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter setzen sich aus den Direkten Steuern, Sozialbeiträge und sonstigen geleisteten Übertragungen zusammen, wobei zu den sonstigen geleisteten Übertragungen Nettoprämien für die Schadensversicherung, Rückstellungen im Rahmen der Sozialhilfe und ähnliche Erstattungen, Strafen u.ä. (an den Staat), Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmer, Visagebühren (an die übrige Welt) gehören.

Verfügbare Einkommen

Das Verfügbare Einkommen ergibt sich als Summe des Nettoeinkommens aus Unternehm-

ertätigkeit und Vermögen der privaten Haushalte, der Nettolohn- und Gehaltssumme und den empfangenen Übertragungen. Das Verfügbare Einkommen wird für den letzten Verbrauch und die Ersparnisbildung verwendet.

Lohnquote

Die Lohnquote - nach dem Inländerkonzept - gibt den Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (Inländerkonzept) am Volkseinkommen an.

Nichtlohnquote

Die Nichtlohnquote gibt den Anteil des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (Inländerkonzept) am Volkseinkommen an. Dabei können die Vermögenseinkommen sowohl Arbeitnehmern, Selbständigen, Rentnern als auch Schülern zufließen.

Tabelle 12

Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen) in den Bundesländern

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Nieder-sachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
Mill. DM												
1970	19 783	21 087	55 433	6 789	150 337	51 816	28 417	85 877	86 423	7 773	19 375	533 110
1971	22 516	23 159	62 291	7 629	165 092	56 285	31 741	95 863	96 494	8 954	21 045	591 070
1972	24 889	25 162	68 281	8 394	178 045	61 736	34 640	106 120	106 487	9 531	22 205	645 490
1973	27 773	27 813	77 333	9 766	198 494	68 637	38 631	118 195	118 669	10 811	24 796	720 920
1974	30 196	29 276	83 079	10 215	215 588	72 216	41 871	124 239	126 709	11 667	27 306	772 360
1975	32 784	30 157	87 409	10 465	222 900	75 495	43 563	128 653	134 377	12 555	28 192	806 550
1976	34 928	32 685	95 565	10 961	239 633	83 742	47 253	141 383	147 634	13 413	30 772	877 970
1977	37 634	34 799	100 828	11 962	252 991	89 257	50 655	152 273	159 319	13 986	32 837	936 540
1978 ¹⁾	39 956	36 467	109 926	12 479	270 120	97 093	54 029	163 347	173 206	15 193	34 132	1 005 950
1979 ¹⁾	42 571	40 011	117 809	13 361	289 262	104 801	58 530	177 635	187 174	16 844	36 861	1 084 860
1980 ¹⁾	45 809	42 617	125 544	13 931	303 861	108 852	62 849	188 432	200 589	17 955	39 330	1 149 770
1981 ¹⁾	47 745	44 550	130 509	14 381	311 481	113 678	65 555	193 097	208 027	18 640	40 768	1 188 430
Zu- bzw. Abnahme (-) zum Vorjahr in %												
1971	13,8	9,8	12,4	12,4	9,8	8,6	11,7	11,6	11,7	15,2	8,6	10,9
1972	10,5	8,6	9,6	10,0	7,8	9,7	9,1	10,7	10,4	6,4	5,5	9,2
1973	11,6	10,5	13,3	16,4	11,5	11,2	11,5	11,4	11,4	13,4	11,7	11,7
1974	8,7	5,3	7,4	4,6	8,6	5,2	8,4	5,1	6,8	7,9	10,1	7,1
1975	8,6	3,0	5,2	2,5	3,4	4,5	4,0	3,6	6,1	7,6	3,2	4,4
1976	6,5	8,4	9,3	4,7	7,5	10,9	8,5	9,9	9,9	6,8	9,2	8,9
1977	7,7	6,5	5,5	9,1	5,6	6,6	7,2	7,7	7,9	4,3	6,7	6,7
1978 ¹⁾	6,2	4,8	9,0	4,3	6,8	8,8	6,7	7,3	8,7	8,6	3,9	7,4
1979 ¹⁾	6,5	9,7	7,2	7,1	7,1	7,9	8,3	8,7	8,1	10,9	8,0	7,8
1980 ¹⁾	7,6	6,5	6,6	4,3	5,0	3,9	7,4	6,1	7,2	6,6	6,7	6,0
1981 ¹⁾	4,2	4,5	4,0	3,2	2,5	4,4	4,3	2,5	3,7	3,8	3,7	3,4
Anteil am Bundesgebiet in %												
1970	3,7	4,0	10,4	1,3	28,2	9,7	5,3	16,1	16,2	1,5	3,6	100
1971	3,8	3,9	10,5	1,3	27,9	9,5	5,4	16,2	16,3	1,5	3,6	100
1972	3,9	3,9	10,6	1,3	27,6	9,6	5,4	16,4	16,5	1,5	3,4	100
1973	3,9	3,9	10,7	1,4	27,5	9,5	5,4	16,4	16,5	1,5	3,4	100
1974	3,9	3,8	10,8	1,3	27,9	9,3	5,4	16,1	16,4	1,5	3,5	100
1975	4,1	3,7	10,8	1,3	27,6	9,4	5,4	16,0	16,7	1,6	3,5	100
1976	4,0	3,7	10,9	1,2	27,3	9,5	5,4	16,1	16,8	1,5	3,5	100
1977	4,0	3,7	10,8	1,3	27,0	9,5	5,4	16,3	17,0	1,5	3,5	100
1978 ¹⁾	4,0	3,6	10,9	1,2	26,9	9,7	5,4	16,2	17,2	1,5	3,4	100
1979 ¹⁾	3,9	3,7	10,9	1,2	26,7	9,7	5,4	16,4	17,3	1,6	3,4	100
1980 ¹⁾	4,0	3,7	10,9	1,2	26,4	9,5	5,5	16,4	17,4	1,6	3,4	100
1981 ¹⁾	4,0	3,7	11,0	1,2	26,2	9,6	5,5	16,2	17,5	1,6	3,4	100
DM je Einwohner												
1970	7 932	11 755	7 827	9 227	8 888	9 628	7 795	9 655	8 247	6 942	9 129	8 788
1971	8 901	12 946	8 706	10 341	9 660	10 304	8 647	10 635	9 076	7 980	10 028	9 642
1972	9 745	14 184	9 485	11 389	10 372	11 199	9 400	11 646	9 917	8 505	10 711	10 457
1973	10 792	15 817	10 685	13 346	11 525	12 345	10 448	12 838	10 969	9 692	12 072	11 632
1974	11 692	16 795	11 438	14 060	12 512	12 938	11 329	13 449	11 677	10 530	13 422	12 447
1975	12 688	17 468	12 052	14 515	12 978	13 569	11 844	13 993	12 408	11 415	14 066	13 045
1976	13 520	19 133	13 215	15 360	14 017	15 109	12 922	15 477	13 665	12 274	15 642	14 269
1977	14 553	20 610	13 952	16 930	14 837	16 114	13 898	16 695	14 734	12 884	16 941	15 253
1978 ¹⁾	15 431	21 805	15 215	17 807	15 876	17 507	14 866	17 891	16 009	14 109	17 798	16 403
1979 ¹⁾	16 407	24 125	16 300	19 183	17 013	18 840	16 116	19 392	17 253	15 737	19 350	17 681
1980 ¹⁾	17 582	25 835	17 325	20 056	17 828	19 477	17 271	20 409	18 405	16 815	20 708	18 675
1981 ¹⁾	18 252	27 152	17 972	20 761	18 270	20 280	17 999	20 818	19 011	17 507	21 550	19 267
Bundesgebiet = 100												
1970	90	134	89	105	101	110	89	110	94	79	104	100
1971	92	134	90	107	100	107	90	110	94	83	104	100
1972	93	136	91	109	99	107	90	111	95	81	102	100
1973	93	136	92	115	99	106	90	110	94	83	104	100
1974	94	135	92	113	101	104	91	108	94	85	108	100
1975	97	134	92	111	99	104	91	107	95	88	108	100
1976	95	134	93	108	98	106	91	108	96	86	110	100
1977	95	135	91	111	97	106	91	109	97	84	111	100
1978 ¹⁾	94	133	93	109	97	107	91	109	98	86	109	100
1979 ¹⁾	93	136	92	108	96	107	91	110	98	89	109	100
1980 ¹⁾	94	138	93	107	95	104	92	109	99	90	111	100
1981 ¹⁾	95	141	93	108	95	105	93	108	99	91	112	100

1) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 13

Tatsächliche und bereinigte Lohnquote sowie Arbeitnehmerquote in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

Jahr	Lohnquote ¹⁾				Arbeitnehmerquote ²⁾	
	tatsächliche		bereinigte			
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	Z					
1960	58,5	60,3	58,5	60,3	73,9	77,2
1965	63,1	65,6	59,6	62,5	78,7	80,9
1970	65,0	67,8	57,8	62,5	83,2	83,4
1971	65,7	69,1	57,9	63,6	83,8	83,9
1972	66,2	69,5	57,9	63,8	84,3	84,2
1973	68,4	70,7	59,6	64,6	84,7	84,5
1974	71,9	72,6	62,9	66,2	84,8	84,5
1975	71,7	72,3	62,5	66,1	84,6	84,5
1976	70,5	71,3	61,2	64,8	85,1	84,9
1977	70,2	71,5	60,8	64,8	85,4	85,2
1978	70,4	71,0	60,7	64,1	85,8	85,6
1979	70,5	70,9	60,3	63,7	86,4	86,1
1980	72,6	72,4	61,8	64,7	86,8	86,5
1981	74,5	73,6	63,3	65,5	87,0	86,6
1982 ³⁾	73,5	73,7	62,4	65,6	87,4	87,4

1) Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. - 2) Beschäftigte/Erwerbstätige. - 3) Geschätzt.

Tabelle 14

Steuer- und Sozialbeitragsquoten

Bundesgebiet Bundesland	Steuerquote				Sozialbeitragsquote			
	1960	1970	1975	1980	1960	1970	1975	1980
	Z							
Bundesgebiet	8,91	11,62	13,82	14,31	14,93	15,75	19,35	20,38
Baden-Württemberg	9,24	11,82	13,75	14,85	12,93	15,03	18,91	19,96
Schleswig-Holstein	7,6	10,4	13,2	14,0	12,8	15,9	18,8	20,5
Niedersachsen	7,4	10,4	12,6	13,4	13,3	16,1	19,3	20,3
Nordrhein-Westfalen	9,5	12,7	14,9	15,5	14,4	16,0	19,6	21,1
Hessen	8,9	11,5	14,2	14,4	13,4	15,6	19,9	20,7
Rheinland-Pfalz	7,3	10,5	12,9	13,9	12,9	15,9	19,7	20,5
Bayern	8,3	11,6	13,3	13,7	12,6	15,1	18,5	19,5
Saarland	5,9	10,0	11,8	11,6	17,7	18,1	21,3	22,1

Tabelle 15

Grenzbelastung des Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommens

Jahr	Bruttoerwerbseinkommen	Direkte Steuern und Sozialbeiträge	Grenzbelastung
	Veränderung gegen Vorjahr		
	Mill. DM		%
1961	4 046	1 350	33,4
1962	3 361	1 161	34,5
1963	2 361	879	37,2
1964	4 912	1 030	21,0
1965	5 522	1 015	18,4
1966	3 330	1 501	45,1
1967	1 172	109	9,3
1968	5 465	1 638	30,0
1969	7 692	2 782	36,2
1970	11 886	3 994	33,6
1971	9 712	3 923	40,4
1972	9 053	3 522	38,9
1973	12 088	6 658	55,1
1974	7 982	4 403	55,2
1975	4 638	1 068	23,0
1976	10 651	5 813	54,6
1977	11 903	4 790	40,2
1978	8 459	2 466	29,2
1979	13 884	4 056	29,2
1980	12 326	6 713	54,5

Tabelle 16

Grenzbelastung¹⁾ der Bruttolöhne und -gehälter im Bundesdurchschnitt

Jahr	Veränderung gegen Vorjahr				Grenzbelastung			
	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Abzüge zusammen	Lohnsteuer	Sozialbeiträge	Abzüge zusammen	Lohnsteuer	Sozialbeiträge	je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer
	Mill. DM				%			
1961	15 900	3 430	2 270	1 160	21,6	14,3	7,3	23,0
1962	15 100	3 200	1 650	1 550	21,2	10,9	10,3	21,8
1963	11 360	2 560	1 480	1 080	22,5	13,0	9,5	23,5
1964	16 910	3 810	2 370	1 440	22,5	14,0	8,5	23,2
1965	19 320	2 160	200	1 960	11,2	1,0	10,1	10,3
1966	14 830	4 870	2 910	1 960	32,8	19,6	13,2	32,9
1967	70	760	320	440	.	.	.	29,3
1968	14 860	5 260	2 630	2 630	35,4	17,7	17,7	37,1
1969	28 350	8 860	5 020	3 840	31,3	17,7	13,5	34,5
1970	46 800	14 740	9 540	5 200	31,5	20,4	11,1	33,0
1971	40 300	13 680	9 580	4 100	33,9	23,8	10,2	35,6
1972	32 500	7 060	2 310	4 750	21,7	7,1	14,6	21,7
1973	47 900	21 860	14 410	7 450	45,6	30,1	15,6	47,9
1974	41 000	15 300	10 620	4 680	37,3	25,9	11,4	36,1
1975	16 100	3 340	1 490	4 830	20,7	.	30,0	23,6
1976	32 300	17 940	9 840	8 100	55,5	30,5	25,1	54,1
1977	37 700	15 070	9 450	5 620	40,0	25,1	14,9	40,6
1978	36 000	6 390	1 380	5 010	17,8	3,8	13,9	15,5
1979	44 500	10 890	4 990	5 900	24,5	11,2	13,3	23,1
1980	51 590	22 040	14 660	7 380	42,7	28,4	14,3	45,9
1981	29 390	10 920	4 300	6 620	37,2	14,6	22,5	36,2
1982	14 670	10 700	5 440	5 260	72,9	37,1	35,9	51,2

1) Anteil der Abzüge an der Bruttolohn- und -gehaltssumme.

Tabelle 17

Umverteilungseffekte im Rahmen unseres Steuersystems (Berechnungen für 1980)

Lohngruppe von ... bis unter ... DM	Steuer- pflichtige	Bruttolohn		Lohn- steuer	Nettolohn		Umver- teilungs- effekt	Sp. 7 X Summe Sp. 5	Anteil an Summe Sp. 8	Verteilungs- gewinn/-ver- lust pro Kopf Sp. 8 + Sp. 1
	Anzahl	Mill. DM	%	Mill. DM	Mill. DM	%		Mill. DM	%	DM
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
unter 2 400	355 065	441,8	0,4	13,3	428,5	0,5	+ 0,1	+ 90,4	0,8	+ 254,6
2 400 - 4 800	223 003	787,9	0,7	24,3	763,6	0,8	+ 0,1	+ 90,4	0,8	+ 405,4
4 800 - 7 200	163 359	978,7	0,9	34,4	944,3	1,0	+ 0,1	+ 90,4	0,8	+ 553,4
7 200 - 9 600	168 362	1 404,2	1,3	49,2	1 355,0	1,5	+ 0,2	+ 180,7	1,7	+ 1 073,3
9 600 - 12 000	148 138	1 601,2	1,5	61,7	1 539,5	1,7	+ 0,2	+ 180,7	1,7	+ 1 219,8
12 000 - 16 000	272 182	3 800,0	3,5	166,8	3 633,2	4,0	+ 0,5	+ 451,8	4,1	+ 1 659,9
16 000 - 20 000	262 126	4 729,6	4,4	283,5	4 446,1	4,9	+ 0,5	+ 451,8	4,1	+ 1 723,6
20 000 - 25 000	396 795	8 985,0	8,4	666,8	8 318,2	9,2	+ 0,8	+ 722,9	6,6	+ 1 821,8
25 000 - 36 000	1 095 690	33 286,6	30,9	2 804,1	30 482,5	33,7	+ 2,8	+ 2 530,1	23,1	+ 2 309,1
36 000 - 50 000	679 796	28 266,9	26,3	3 870,3	24 396,6	27,0	+ 0,7	+ 632,5	5,8	+ 930,4 ¹⁾
50 000 - 75 000	272 690	16 000,3	14,9	5 634,2	10 366,1	11,5	- 3,4	- 3 072,3	28,1	- 11 266,6
75 000 - 100 000	45 922	3 874,9	3,6	1 967,7	1 907,2	2,1	- 1,5	- 1 355,4	12,4	- 29 515,3
100 000 und mehr	23 689	3 434,9	3,2	1 654,9	1 780,0	2,0	- 1,2	- 1 084,3	10,1	- 45 772,3
Insgesamt	4 106 817	107 592,0	100	17 231,2	90 360,8	100	-	-	100	-

1) Saldo aus Umverteilungsgewinn der unteren Lohngruppen dieser Klasse und Umverteilungsverlust der Gruppe von 40 000 DM bis unter 50 000 DM.

Tabelle 18

Anteil der empfangenen an den geleisteten laufenden Übertragungen und Anteil der sozialen Leistungen des Staates an den Sozialbeiträgen

Bundesgebiet Bundesland	Empfangene/geleistete laufende Übertragungen				Soziale Leistungen des Staates/Sozialbeiträge			
	1960	1970	1975	1980	1960	1970	1975	1980
	%							
Bundesgebiet	73,0	60,0	64,6	60,3	115,3	98,8	107,4	97,7
Baden-Württemberg	61,6	49,2	55,3	50,7	97,9	81,1	91,6	82,1
Schleswig-Holstein	86,0	68,4	66,5	65,3	134,7	109,1	109,3	106,5
Niedersachsen	80,8	66,3	69,2	64,7	121,7	103,9	115,3	102,7
Nordrhein-Westfalen	69,0	59,5	64,6	60,8	108,0	100,5	110,1	100,4
Hessen	72,6	54,8	59,7	57,5	113,8	87,6	97,5	91,5
Rheinland-Pfalz	75,8	63,7	66,7	60,4	111,1	98,7	105,4	94,8
Bayern	75,1	58,4	64,7	58,8	118,4	96,5	107,8	94,5
Saarland	87,6	83,7	82,5	73,6	116,5	131,0	129,6	111,1